94. Sitzung

am Donnerstag, dem 2. Februar 2012, 09.00 Uhr, in München

Geschäftliches8419	Staatsminister Dr. Markus Söder 8433 8435 8473
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Ludwig Freiherr von Lerchenfeld	8475 Volkmar Halbleib (SPD)
Karsten Klein (FDP) 8419 Markus Blume (CSU) 8420 Annette Karl (SPD) 8422 Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER) 8423 Dr. Martin Runge (GRÜNE) 8425 Martin Schöffel (CSU) 8426 Bernhard Roos (SPD) 8427 Brigitte Meyer (FDP) 8429 Klaus Stöttner (CSU) 8430 Staatsminister Martin Zeil 8431	Verweisung gem. § 148 GeschO in den Haushalts- ausschuss
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012) (Drs. 16/10799) - Erste Lesung -	und Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Münchner S- und U-Bahn (Drs. 16/11149)
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012 (Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800) - Erste Lesung -	Staatsminister Martin Zeil

Thomas Mütze (GRÜNE) 8487 8488 8488 8489 Ludwig Wörner (SPD) 8487	Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) 8497 8499 8501
	Dietrich Freiherr von
Beschluss	Gumppenberg (FDP)8499
zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/11135 8489	Ernst Weidenbusch (CSU)
	Karsten Klein (FDP)8500
Beschluss	Inge Aures (SPD)8501 8502
zum Dringlichkeitsantrag 16/11149 der FREIEN	Eike Hallitzky (GRÜNE)8502
WÄHLER 8489	Staatssekretär Franz Josef Pschierer 8503
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus	Namentliche Abstimmung
Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz	zum Dringlichkeitsantrag 16/11137 der FREIEN
Schindler u. a. und Fraktion (SPD)	WÄHLER8505
Sofortige Einsetzung eines Sonderermittlers	Namantliaha Abatimmuna
zur Aufklärung der rechtsterroristischen Morde und der Rolle des Landesamts für Verfas-	Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/11151 8505
sungsschutz (Drs. 16/11136)	Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
und	Abstimmung 16/11137 (s. a. Anlage 1) 8508
unu	(
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Initiative zu Sonderermittlungen des Parlamen-	Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung 16/11151 (s. a. Anlage 2)
tarischen Kontrollgremiums (PKG) vorantreiben! (Drs. 16/11150)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Harald Schneider (SPD)	GBW: Verantwortung übernehmen, mehr Transparenz herstellen! (Drs. 16/11138)
Dr. Manfred Weiß (CSU)	und
Dr. Andreas Fischer (FDP)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)
Staatssekretär Gerhard Eck 8496 8497	Beim Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und
Beschluss	Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für
zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/11136 8497	das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz! (Drs. 16/11152)
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/11150 8497	und
3	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a.
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert	und Fraktion (CSU),
Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und	Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer, Dietrich
Fraktion (FREIE WÄHLER)	Freiherr von Gumppenberg, Jörg Rohde und
EU Beihilfe-Verfahren/BayernLB (Drs. 16/11137)	1
20 Bennie Vertamen/BayerneB (Bio. 10/11107)	Fraktion (FDP)
und	EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Wohnun-
Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten	gen der GBW AG (Drs. 16/11153)
Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a.	Christian Komm (CDÜNE)
und Fraktion (CSU),	Christine Kamm (GRÜNE) 8505 8509 8511
Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumppenberg,	Harald Güller (SPD)
Jörg Rohde und Fraktion (FDP)	Ernst Weidenbusch (CSU) 8508 8509 8509 8510
EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Beteili-	8513
gung der bayerischen Sparkassen	Karsten Klein (FDP)8510 8510 8511
(Drs. 16/11151)	Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter
(DIS. 10/11101)	Bauer (FREIE WÄHLER) 8512 8513
	Staatssekretär Franz Josef Pschierer 8513 8516
	8517

Margit Wild (SPD)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Otto Bertermann, Julika Sandt, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Karl Freller, Georg Eisenreich u. a. und Fraktion (CSU) Keine Kürzungen bei der EU-Jugendarbeit (Drs. 16/11139) Verweisung in den Bundesangelegenheitenaus-
ge 4)8517	schuss 8518
Namentliche Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/11153 (s. a. Anlage 5)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger u. a. und Fraktion (SPD) Mittel für den Bundesfreiwilligendienst sofort
Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Anpassung der Bezüge 2012	erhöhen (Drs. 16/11140)
(Drs. 16/11000) - Erste Lesung -	Verweisung in den Sozialausschuss 8518
Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 8518	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und
Abstimmung über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)	Fraktion (FREIE WÄHLER) Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen (Drs. 16/11141) Verweisung in den Haushaltsausschuss
Beschluss	verweisung in den Hadshaltsausschuss 0510
Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechteren Wirtschaft" - Expertinnen- und Expertenanhörung zur Care-Ökonomie (Drs. 16/9398)	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Empfehlungen der Kommission "Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht" (Drs. 16/11142)
Beschlussempfehlung des	Verweisung in den Sozialausschuss 8518
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/10802) Beschluss	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion (SPD)
Mitteilung gem. § 14 Abs. 4 GeschO betr. Wechsel im Ältestenrat	Beschleunigung der Bearbeitung von BAföG- Anträgen (Drs. 16/11143)
Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Umbesetzungen im Wirtschaftsausschuss und in der Begleitkommission zur BayernLB	Verweisung in den Hochschulausschuss 8518
Mitteilung gem. § 27 Abs. 2 GeschO betr. Wahl der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Kinderkommission	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Energiewende jetzt! - 50,2 Hz-Problematik (Drs. 16/11144)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **Dürers Selbstbildnis nach Nürnberg**(Drs. 16/11145)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion (SPD)

Dürers Selbstbildnis muss nach Nürnberg ausgeliehen werden (Drs. 16/11154)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Ausleihe von Albrecht Dürers "Selbstbildnis im Pelzrock" nach Nürnberg (Drs. 16/11155)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Oliver Jörg u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Julika Sandt, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP)

Dürer-Porträt "Selbstbildnis im Pelzrock" für die Dauer der großen Dürer-Schau "Der frühe Dürer" als Leihgabe für das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg (Drs. 16/11156)

Verweisung in den Hochschulausschuss	8518	
Schluss der Sitzung	8519	

(Beginn: 09.03 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 94. Vollsitzung des Bayerischen Landtags eröffnen. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie schon im Plenarsaal sind, und erwarte die übrigen Kolleginnen und Kollegen mit Spannung. Allerdings werden wir heute auf einige verzichten müssen, auch auf den Ministerpräsidenten und Kabinettsmitglieder. Es geht ein Virus um - auch bei uns.

Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten; diese wurde wie immer vorab erteilt.

Es ist mir stets eine Freude, wenn ich zu Beginn einer Sitzung Geburtstagsglückwünsche aussprechen darf. Heute ist wieder solch ein Tag: Wir dürfen Herrn Kollegen Ludwig Freiherr von Lerchenfeld zu seinem halbrunden Geburtstag, den er am 27. Januar feierte, ganz herzlich gratulieren. Im Namen des Hauses alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Freude, auch an der parlamentarischen Arbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der vergangenen Plenarsitzung Kollegen Dr. Franz Xaver Kirschner verabschiedet; er ist aus dem Bayerischen Landtag ausgeschieden. Heute können wir einen neuen Kollegen in unserer Mitte begrüßen. Der Landeswahlleiter hat gemäß Artikel 58 des Landeswahlgesetzes Herrn Dietrich Freiherr von Gumppenberg als Listennachfolger von Herrn Dr. Kirschner festgestellt. Seit gestern ist Herr von Gumppenberg Mitglied des Bayerischen Landtags. Zuvor war er bereits in den Jahren 1990 bis 1994 Mitglied dieses Hohen Hauses.

Herr Kollege von Gumppenberg, seien Sie uns herzlich willkommen! Wir begrüßen Sie und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Damit dürfen wir in die Tagesordnung eintreten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der FDP-Fraktion "Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand - beste Chancen für Bayerns Zukunft"

Die in der Geschäftsordnung enthaltenen Regelungen zur Aktuellen Stunde sind bekannt. Ich darf den ersten Redner aufrufen und Herrn Kollegen Klein bitten zu beginnen.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand - beste Chancen für Bayerns Zukunft": Wir verzeichnen hohe Steuereinnahmen. Wir tätigen hohe Bildungsinvestitionen. Wir haben ein hohes Niveau bei den Sozialausgaben. All das wird erst dann möglich, wenn fleißige Menschen wirtschaften. Damit fleißige Menschen wirtschaften. Damit fleißige Menschen wirtschaften können, bedarf es der klugen, vorausschauenden Schaffung von Rahmenbedingungen. Die Koalition aus CSU und FDP ist der Garant dafür, dass dies geschieht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Lassen Sie mich auf ein paar wichtige Rahmenbedingungen, die wir beeinflussen können, eingehen: Ich beginne mit dem Fachkräftemangel. Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages klagen die Unternehmen darüber, dass 1,3 Millionen Stellen - 1,3 Millionen! - erst nach längerer Zeit besetzt werden können.

Wir begegnen diesem Fachkräftemangel auch in Zukunft. Ich nenne einige Beispiele: Wir sorgen für Verbesserungen im Bildungsbereich, auch im Interesse der Migranten. Wir verbessern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie; die Quote der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren hat sich seit 2008 vervierfacht. Wir begegnen dem Fachkräftemangel auch im Bereich der älteren Arbeitnehmer; so haben wir die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen drastisch verbessert. Ferner fördern wir die Zuwanderung von Fachkräften, zum Beispiel durch die Absenkung der Einkommensschwellen in Mangelberufen und die Etablierung einer Willkommenskultur in Bayern.

Dem Fachkräftemangel begegnen - das ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Die entsprechenden Rahmenbedingungen setzen wir, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir befassen uns aber auch mit Themen, die dem einen oder anderen noch nicht so bewusst sind. Eines davon ist die Rohstoffversorgung. Elementar für die bayerische sehr technologieorientierte mittelständische Wirtschaft ist die Versorgung mit Rohstoffen. Deshalb haben wir eine Rohstoffstrategie entwickelt. Wir sorgen durch Aufklärung für ein entsprechendes Bewusstsein. Zudem haben wir Rohstoffpartnerschaften mit anderen Ländern geschlossen. All das trägt zu einer auch in Zukunft sicheren Versorgung mit Rohstoffen bei.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir packen das Thema Energieversorgung an. Wir sorgen für die Energiewende.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir sorgen für Versorgungssicherheit und, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, für auch in Zukunft bezahlbaren Strom. Wir unterstützen die Unternehmen bei Innovationen sowie bei der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, zum Beispiel durch die Gründung von Transferzentren und durch die Ausgabe von Innovationsgutscheinen.

Ich habe Ihnen jetzt vier wichtige Maßnahmen im Bereich der Fachkräfte und der Rohstoffversorgung genannt, die für jedes Unternehmen, das produzieren will, die Grundlage sind. Es handelt sich um die Grundlage für die Energieversorgung, damit man zu international wettbewerbsfähigen Preisen produzieren kann, und um die Grundlage zur Unterstützung der Innovationen, damit man mit seinen Produkten wettbewerbsfähig bleibt.

Weil wir diese Rahmenbedingungen der Wirtschaftspolitik setzen, wird Wachstum nachhaltig ermöglicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir bekennen uns zu Wachstum. Wachstum ist für alle positiven Entwicklungen ursächlich.

Wir wollen keine falsche Diskussion über das Ende von Wachstum führen. Ohne die Wachstumsraten mit 3,9 % im Jahr 2010 und 3 % im Jahr 2011 wären die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt bei 3,4 % Arbeitslosenquote, dem niedrigsten Wert seit 30 Jahren, und Vollbeschäftigung in weiten Teilen Bayerns überhaupt nicht möglich gewesen. Wir wären mit der Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nicht bei einem historischen Höchststand angelangt. Wir wären bei der Erwerbstätigenquote nicht auf Platz eins in Bayern. Und Bayern wäre nicht das Gründerland Nummer eins. All das ist nur möglich, weil diese Wirtschaftspolitik auf Wachstum setzt und Wachstum ermöglicht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wachstum sorgt für diese Ergebnisse, die wir haben. Diese Ergebnisse ermöglichen den Wohlstand. Darauf wird meine Kollegin Brigitte Meyer noch eingehen.

Es ist gut, dass wir, die FDP, mit unserer Staatssekretärin Katja Hessel, unserem Wirtschaftsminister Mar-

tin Zeil und mit partnerschaftlicher Unterstützung durch die CSU die Wirtschaftspolitik gestalten; denn so können fleißige Menschen wirtschaften und können hohe Steuereinnahmen erzielt werden. Dadurch können wir hohe Bildungsinvestitionen ermöglichen und uns hohe Sozialausgaben leisten. Das alles wird durch die Wirtschaftspolitik möglich, die wir betreiben. Deshalb ist es in unserem Land ein Erfolg, dass wir die Wirtschaftspolitik gestalten und nicht Sie.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Blume. Er spricht für die CSU-Fraktion.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Guten Morgen! Wirtschaftspolitik in einer Aktuellen Stunde am frühen Morgen ist noch eine recht intime Angelegenheit und wird damit dem Thema nicht ganz gerecht. Allerdings bin ich der FDP dennoch dankbar, dass sie dafür gesorgt hat, dass dieses Thema heute auf die Agenda gesetzt worden ist. In der vergangenen Woche haben wir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gehört. Heute wird zum zweiten Mal über den Chancenraum Bayern gesprochen. Das kann eine pädagogische Maßnahme sein. Ständige Übung kann dazu führen, dass die Dinge auf der linken Seite des Hauses Eingang ins Bewusstsein finden.

Letzte Woche haben wir viel über das Chancenland Bayern gehört. Mit Blick auf die Aktualität möchte ich dazu noch ein paar Punkte behandeln.

Bayern ist Chancenland, was qualitätsvolle Bildung und Ausbildung angeht. Der deutsche Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung wird inzwischen als Sonderdruck herumgereicht.

Bayern ist auch Chancenland, was zukunftsträchtige Berufe angeht. Wir haben in Bayern de facto eine Ausbildungsplatzgarantie. Es gibt mehr Ausbildungsplätze, als nachgefragt werden. Die Arbeitsmarktdaten, die Kollege Klein gerade genannt hat, sprechen trotz des saisonalen Beschäftigungsrückgangs für sich.

Aber selbst da kann man ein Haar in der Suppe finden. Kollegin Weikert hat gesagt, es sei ganz schlimm, dass die Zunahme der atypischen Beschäftigungsverhältnisse so groß sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen ganz ehrlich: Lieber ein atypisches Beschäftigungsverhältnis als gar keines.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern schafft natürlich auch durch soziale Balance Chancen. In Bayern ist soziale Balance vorhanden. Das ist gerade mit dem Armutsatlas dokumentiert worden. Es ist deutlich geworden, dass vor allem Bayern im Bereich der Kinderarmut die mit Abstand niedrigste Anzahl in Deutschland aufweist. Man muss Bayern einmal mit Berlin vergleichen. Dort leben 34,7 % der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren in Armut, während es in Bayern 7 % sind. Das zeigt, dass in Bayern über soziale Balance nicht nur geredet, sondern sie auch gelebt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Stehen bleiben reicht aber nicht. Die Schlagzeilen, die wir in diesen Tagen, Wochen und Monaten lesen, erfreuen uns natürlich nicht; angefangen bei Quelle; das liegt schon etwas länger zurück; es ging weiter mit Eon, Manroland, jetzt aktuell mit Nokia Siemens Networks. Sie machen uns betroffen.

Es zeigt sich auch, dass der Glaube, der insbesondere in den Reihen der Opposition stark ausgeprägt ist, man könne den Wohlstand einfach einhausen, man müsse da nicht weiter vorangehen, man könne den Wohlstand konservieren, gefährlich ist; denn so funktioniert es nicht. Genauso wie die Wirtschaft innovativ sein muss, müssen auch wir als Freistaat, als derjenige, der die politischen Rahmenbedingungen setzt, vorangehen. Jeder, der glaubt, es reiche aus, das Vorhandene zu bewahren, und man könne quasi im Stillstand leben, liegt falsch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern steht heute im härtesten internationalen Wettbewerb. Das hat sich in den letzten fünf Jahren nicht geändert. Es gibt Boomregionen in Asien, aber auch in neuen Schwellenländern. Wenn Bayern nicht auf der Überholspur bleibt, läuft es Gefahr, überholt zu werden. Deshalb reicht es nicht aus, die Dinge einfach laufen zu lassen, wie es manche glauben vertreten zu können. Vielmehr muss man aktiv werden.

Deshalb erinnere ich an dieser Stelle an den Werbeblock für die aktive Wirtschaftspolitik. - Das geht jetzt nicht in Ihre Richtung, Herr Minister Zeil,

(Lachen bei der SPD)

sondern in die Richtung derjenigen, die jetzt gerade laut gelacht haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist bezeichnend, Herr Rinderspacher, dass Ihrem Münchener Oberbürgermeister und auch dem Wirtschaftsreferenten Reiter, der sich als Nachfolger empfiehlt, zu Nokia Siemens Networks nicht mehr einfällt, als zu sagen: Am Standort hat es nicht gelegen.

Ich bin bei Ihnen, wenn es um die Einsicht geht, dass es unternehmerische Fehlentscheidungen gab und das Thema Innovation in diesem Unternehmen vielleicht nicht so groß geschrieben wurde, wie wir es uns wünschten. Aber wir müssen eben auch feststellen, dass in München seit vielen Jahren eine Politik praktiziert wird, die darin besteht, sich zurückzulehnen und zu warten, was einem der Freistaat und andere in den Schoß schmeißen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aktive Wirtschaftspolitik ist in München Fehlanzeige.

Des Weiteren müssen wir technologieoffen und fortschrittsfreundlich bleiben. Das geht jetzt eher in die Richtung unserer grünen Freunde. Ich kann natürlich sagen: Neue Technologien, Nanotechnologie, Gentechnologie sind gefährlich und risikobehaftet; darum macht man lieber einen Bogen, das lässt man lieber aus, daran können sich die anderen die Finger verbrennen.

Aber diese Haltung ist zweifelhaft. Bevor man ein Verständnis dafür entwickelt hat, welche Chancen in einer Technologie liegen und welche künftigen Wachstumsperspektiven damit verbunden sind, sollte man nicht die Risiken thematisieren; denn dadurch würde man sich die Chancen von vornherein abschneiden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen werben wir dafür, dass Bayern ein fortschrittsfreundliches Land bleibt. Bayern muss den bayerischen Weg gehen. Wir wollen nicht Infrastrukturausbau und Fortschritt um jeden Preis haben, sondern ein intelligentes Wachstum, das alle Aspekte idealerweise vereint, das die Gegensätze, die gerade seitens der Opposition immer wieder aufgebaut werden, zusammenführt und dadurch vielleicht einen neuen bayerischen Exportschlager hervorbringt.

Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie, Arbeit und Wirtschaft, Mensch und Technik, Stadt und Land - all das ist mit einem intelligenten bayerischen Weg möglich. Es hat einen positiven Außeneffekt. Wir können damit exportieren. Wir haben damit am Markt einen Vorsprung. Aber es gibt auch eine positive Innenwirkung für die bayerische Bevölkerung, weil Verbesserung der Lebensqualität und anderes damit erreicht werden.

Unser Rezept für Wachstum und Wohlstand in Bayern heißt "Aufbruch Bayern". Dazu ist in der vergangenen

Woche viel gesagt worden. Wir wollen Bayern stärken und weiterentwickeln. Bayern ist heute in vielen Bereichen Leitmarkt. Die klassischen Industrien, die Sie alle kennen, haben - darauf sind wir stolz - eine Historie, mit der ich die Opposition heute nicht quälen möchte. Die Aufgabe für die Zukunft heißt, die Dinge um die industriellen Kerne herum weiterzuentwickeln, die Automobilbranche an Elektromobilität und an Karbontechnologie heranzuführen, Bayern zum Vorreiterland für intelligente Mobilität zu machen. Das geht mit der Luftfahrt weiter. Bayern muss zum Vorreiterland für grüne Luftfahrt und neue Treibstoffe gemacht werden. Und das hört bei der Energie auf - wir haben darüber schon öfter diskutiert -: Ziel ist, Bayern zum Vorreiter für intelligente Energiesysteme zu machen.

Es wird natürlich nicht so funktionieren, wie Herr Beyer und Teile der SPD-Fraktion meinen, indem man die Wirtschaft gängelt und an die Kandare nimmt. Sie schütteln den Kopf, Herr Rinderspacher, aber nachdem Herr Oberbürgermeister Ude gesagt hat, das sei vielleicht nicht der ideale Kurs, gibt es auch bei Ihnen möglicherweise eine gewisse Neujustierung. Wir sagen ganz klar: Das geht nicht durch Gängeln, sondern allein durch Anregen. Wir wollen Bayern zum Leitmarkt und Leitanbieter für intelligente Zukunftstechnologie machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch die Clusterstrategie als bayerische Erfolgsgeschichte weiterentwickeln. Sie muss die Aufgabe haben, den Mittelstand auch auf die neuen Herausforderungen vorzubereiten - auf Internationalisierung, Digitalisierung, die hybride Wirtschaft sowie die Anforderung, Dienstleistung und Industrie zusammenzubringen. Wichtig ist auch, neue Themen, zum Beispiel Sicherheit, zu besetzen.

Nochmals in Ihre Richtung, Herr Beyer, da Sie mit Ihrer Aussage, Bayern müsse mehr Werkbank statt Hightech sein, Eingang in die Zeitungen gefunden haben: Ich sage Ihnen: Der Zauberschlüssel für Bayern heißt Werkbank plus Hightech.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen, zweitens, vorausschauend auf neue Themen und Ideen setzen. Wir hatten auf unserer Klausurtagung das Thema Digitalisierung und Vernetzung in den Mittelpunkt gestellt, weil wir sehen, dass dieses Thema einer der Megatrends ist, mit denen sich Bayern in den nächsten Jahren auseinandersetzen muss und damit positiv von anderen Ländern abheben kann. Es hat natürlich eine Infrastrukturkomponente - Stichwort: Breitbandausbau, superschnelles Internet. Dabei handelt es sich um eine der großen

Infrastrukturaufgaben. Es hat aber auch die Aufgabe, die Wirtschaft und den Mittelstand, wie ich gerade ausgeführt habe, mitzunehmen und neue Branchen anzusiedeln. Auch in dieser Hinsicht könnten Sie sich in der Landeshauptstadt verdient machen, die immer von sich behauptet, sie sei die IT-Hauptstadt in Deutschland. Aktuell bröselt es aber, Herr Rinderspacher. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass man sich dort - ich habe es vorhin schon gesagt hauptsächlich zurücklehnt und wartet, dass etwas kommt. Das Zepter der IT-Hauptstadt Deutschlands ist dabei, nach Berlin übergeben zu werden. Sie können das definitiv nicht der Landespolitik in die Schuhe schieben. Ihr Bürgermeister möchte immer München als Blaupause für Bayern positionieren. Das sollte nicht unser Weg sein, und vor einem solchen kann ich auch nur warnen.

Wir brauchen drittens eine Infrastrukturoffensive - Straße, Schiene, Breitband, Flughafen. Das alles macht einen Wirtschaftsstandort aus und gewährleistet, auch in Zukunft Wachstum generieren zu können. Es gibt in Bayern nur eine Kraft, die den Wirtschaftsstandort München und Bayern voranbringt - das ist die Regierungskoalition. Das wurde gestern eindringlich im Münchner Rathaus demonstriert. Die rot-grüne Koalition hat in dieser Frage keine Mehrheit. Christian Ude hat keine eigene Mehrheit, wenn es um die dritte Startbahn und dergleichen geht. Einer solchen Koalition sollte man Bayern nicht anvertrauen.

Ich komme zum Schluss: Ludwig Erhard hat einmal gesagt, Wirtschaftspolitik sei zu 50 % Psychologie. Ich kann Sie auch im Hinblick auf Ihre weiteren Wortmeldungen nur dringend bitten: Halten Sie sich daran und reden Sie den Standort Bayern mit den hier tätigen Unternehmen nicht schlecht, sondern tun Sie alles, um mit uns anzuschieben, damit der Freistaat Bayern auch in fünf oder zehn Jahren nicht nur Spitzenreiter in Deutschland, sondern auch in Europa ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Kollegin Karl das Wort.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Minister Zeil im Dezember und Ministerpräsident Seehofer im Januar ist es jetzt das dritte Mal, dass wir die guten Wirtschaftsdaten in Bayern thematisieren. Das ist gut, aber ich finde es schade, dass die Landeshauptstadt konsequent schlechtgeredet wird. Das ist bemerkenswert für einen Abgeordneten aus der Landeshauptstadt.

Diese Aktuelle Stunde scheint aber auch die Gelegenheit zu sein, den Nachwuchstalenten der CSU-Fraktion die Chance zur Profilierung zu geben. Leider nut-

zen sie die Chance dazu nicht. Es ist sicherlich nachvollziehbar, dass die Regierungsfraktionen das Thema aufgreifen wollen. Der Erfolg hat immer viele Väter, nur der Misserfolg ist ein Stiefkind. Lassen Sie uns noch einmal darüber reden, und lassen Sie uns vor allen Dingen das glänzende Bild Bayerns ein bisschen näher betrachten.

Für die Regierungsparteien ist es gut, zu versuchen, die Urheberschaft für die guten Wirtschaftsdaten bei der hervorragenden Politik des Wirtschaftsministeriums zu verorten. Ich sage Ihnen aber, das ist ein Verdienst der hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Es ist ein Verdienst des Mittelstands in Bayern. Das größte Verdienst des Wirtschaftsministeriums dabei ist, nicht allzu störend eingegriffen zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben ein glänzendes Bild Bayerns gesehen. Lassen Sie mich, wie es Aufgabe der Opposition ist, auf einige matte Flecken hinweisen. Sie sind klein und stören die Sicht auf Bayern noch wenig. Aber genauso wie ein Steinschlag in einer Autoscheibe haben sie die fatale Tendenz, immer größer zu werden und die ganze Sicht zu vernebeln, wenn es nicht gelingt, schon im Ansatz einzugreifen.

Es ist gut, Herr Blume, wenn Sie selbst sagen, die Spitzenstellung sei eine Dauerherausforderung und wir dürften im Hinblick auf dieses Ziel nicht nachlassen. Lassen Sie mich deshalb vier Punkte ansprechen, bei denen wir in Bayern aktiv werden müssen.

Das ist zum einen eine nachlassende Dynamik in dem Zukunftssegment Forschung und Entwicklung in Bayern. Einige Zahlen: Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Bayern betragen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 2,97 %. In Baden-Württemberg sind es 4,62 % und selbst in Berlin 3,53 %. Bayern ist damit immer noch in der Spitzengruppe in Deutschland, aber die Aufwendungen stagnieren seit den Neunzigerjahren, und der Abstand zu Baden-Württemberg wird immer größer. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Dies bezieht sich nicht nur auf Sprüche, wie wir sie eben gehört haben. Es setzt vielmehr voraus, sich auf eine Richtung festzulegen. Zum Beispiel: Bin ich für Gen-Technik, bin ich dagegen, bin ich halb dafür oder halb dagegen? Es wäre richtungsweisend, wenn Sie sich dabei einigen würden.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen. Wir brauchen aber auch den Abbau der massiven Ungleichverteilung von Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in den einzelnen Regionen, die durch die Leuchtturmpolitik der Staatsregierung hervorgerufen worden ist. Wir brauchen eine gezielte Ansiedlung staatlicher Forschungseinrichtungen in den peripheren Regionen. Das ist ein wunderbares Mittel zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, weil es hochqualifizierte Arbeitsplätze und damit Zukunftschancen für die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Regionen bringt.

Wir brauchen ein konsequentes Vorgehen bei der Energiewende und nicht nur einen Wirtschaftsminister, der im Bremserhäuschen sitzt. Wir brauchen konsequente Maßnahmen gegen den sozialen Missstand, dass immer noch Hunderttausende trotz harter Arbeit zum Amt gehen müssen, um sich ihren Lohn auf Sozialhilfeniveau aufstocken zu lassen. Dieses Ergebnis ist das Gegenteil von guter Arbeit, sondern es handelt sich um einen Verstoß gegen die Menschenwürde. Sie haben schon bei der Energiewende im Hinblick auf die Atompolitik eine Kehrtwende hingelegt. Machen Sie es auch hier, stimmen Sie endlich mit uns für Mindestlöhne.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann es nicht oft genug sagen: Zu einem guten Wirtschaftsstandort Deutschland gehören gute Daten - Datenautobahnen und keine Stolperstraßen. Hier ist ein konsequenter Ausbau der Dateninfrastruktur erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich erteile für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Kollegen Muthmann das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP setzt auf Wachstum.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es! - Tobias Thalhammer (FDP): Ein ganz platter Witz!)

- Das aus Ihrem Munde ist eine interessante Formulierung. Schauen wir mal.

(Harald Güller (SPD): Es bleibt ja nichts anderes übrig!)

Wirtschaft, Wachstum, Wohlstand - WWW. Ich meine, Sie hätten es auch überschreiben können mit: Weiter Weihrauch wiederholen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In den vergangenen Wochen durften wir das Thema schon zweimal durchexerzieren, aber an der Analyse Ihres Vortrags ändert sich nichts. Sie sonnen sich weiter in den Leistungen der Wirtschaft und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir sind dankbar, dass es diese Leistungen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber ausschließlich Jubelarien sind meiner Ansicht nach zu wenig, wenn man die wirtschaftliche Situation in diesen Zeiten betrachtet, in denen wir auch die eine oder andere bittere Nachricht zur Kenntnis nehmen müssen - Nokia Siemens Networks zum einen, Manroland zum anderen; auch bei Schlecker wissen wir es nicht ganz genau. Würde die Wirtschaft so arbeiten wie unsere Wirtschaftspolitik und das Wirtschaftsministerium, wären wir derzeit nicht in einer so guten Lage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich will einmal in der Sprache der Wirtschaft die Beurteilung eines Abteilungsleiters in einem gut dastehenden Unternehmen versuchen. Er ist selbstgefällig und erkennt die Probleme nicht ausreichend. Das kommt mindestens in drei Punkten zum Ausdruck: Erstens bringen Sie, sehr geehrter Herr Zeil, die angekündigten Produkte nicht rechtzeitig auf den Markt, zweitens verzögern Sie die Neuausrichtung des Unternehmens, und drittens fehlt es auch an der Innovationskraft im Unternehmen, weil keine Kritikfähigkeit und Veränderungsbereitschaft besteht. An diesen drei Punkten will ich es Ihnen beispielhaft deutlich machen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie reden wie ein Gewerkschaftler!)

- Langsam.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das ist schon so!)

Erstens bringen Sie angekündigte Produkte nicht auf den Markt, Thema Breitband. Um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu gewährleisten, ist es Ihre Aufgabe, dafür die Infrastrukturvoraussetzungen zu schaffen. Sie haben Ende letzten Jahres das Programm hierfür auslaufen lassen und konnten kein Anschlussprogramm organisieren. Ob es in diesem Jahr überhaupt noch kommt, werden wir beobachten. Insoweit können Sie Ihre Leistungsfähigkeit durchaus unter Beweis stellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch eine Anmerkung zu diesem Thema: Von Anfang an haben wir gesagt, auf Glasfaser sei zu setzen. Da haben Sie uns immer gesagt, das müsse alles technologieneutral ausgeschrieben werden, und das sei nicht möglich. Es dauerte ein bisschen länger, bis auch in der Staatsregierung, im Wirtschaftsministerium, die Idee Einzug hielt, dass man doch Breitband fördern könne. Wir hoffen, Sie sind an dieser Stelle erfolgreich.

Ein letzter Punkt hierzu: Auch die Gebietsabgrenzung, die Sie bislang im Hinblick darauf, wo Sie noch Glasfaserprogramme auflegen wollen, vorgetragen haben, macht deutlich, dass Sie die Probleme im Land nicht ausreichend kennen. Es gibt weit mehr problematische Regionen als jene, die Sie bislang in Ihrer Karte präsentiert haben.

Zweitens. Die Neuausrichtung des Unternehmens müsste mit dem Landesentwicklungsplan erfolgen. Endlich, sehr verzögert haben wir nun das Landesplanungsgesetz bekommen; auf das Landesentwicklungsprogramm warten wir nach wie vor. Ich bin gespannt, ob Sie in dieser Legislaturperiode eine maßgebliche Neuausrichtung, die im LEP stehen müsste, noch zustande bringen. Wenn sie überhaupt noch kommt, kommt sie sehr spät, auch dies ist ein massiver Kritikpunkt.

Drittens, Veränderungsbereitschaft. Außer der Aussage heute und auch sonst, es sei alles bestens und mehr könne nicht getan werden, haben wir nichts gehört. Dass Sie sich nur auf die Schulter klopfen und nicht erkennen lassen, wo es weitere Verbesserungsmöglichkeiten gibt, macht uns große Sorge. Lieber Kollege Blume, auch in guten Unternehmen, wie das Land Bayern eines ist, ist - das wissen wir alle - ständige Optimierungsarbeit vonnöten, und nur den Stand der Dinge zu beschreiben und zu sagen, mehr sei nicht möglich, ist allemal zu wenig.

Mit Blick auf die Uhr bleibt mir nur noch, stichwortartig zu fragen: Wie schaut es mit dem Bürokratieabbau aus? Wie schaut es mit der Verlagerung von Kompetenzen aus? Wie schaut es mit der Wirtschaftsförderung aus, um die Innovationsbereitschaft der Unternehmen zu unterstützen und zu stärken? Wie schaut es mit der Unterstützung der Energiewende gerade für Mittelstand und Handwerk aus? Davon haben wir auch noch nichts gehört. Da ist viel zu tun. Packen Sie es an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN darf ich Herrn Kollegen Dr. Runge das Wort erteilen.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Guten Morgen, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wirtschaftspolitik hat selbstredend die Aufgabe, das gesellschaftliche und individuelle Wohlergehen zu fördern. Dabei muss sie unserer Meinung nach aber auch der Begrenztheit der Ressourcen Rechnung tragen, sie muss mithelfen, dass die Wertschöpfung bei möglichst allen ankommt, und sie muss die Anliegen der Menschen in allen Teilen dieser Erde und auch die Anliegen der Menschen künftiger Generationen berücksichtigen.

Wirtschaftspolitik in Bayern muss dafür Sorge tragen, dass Bayern als Wirtschaftsstandort zukunftsfähig bleibt, dass Chancen genutzt werden, dass Defiziten entgegengearbeitet wird. Bayern ist - das sagen wir hier immer wieder unverblümt - ein wirtschaftsstarkes Land; wir wollen aber auch, dass dafür Sorge getragen wird, dass das so bleibt.

Selbstredend gibt es jede Menge Defizite, jede Menge Versäumnisse. Kollege Karsten Klein hat vorhin das Stichwort Fachkräftemangel genannt. Insoweit ist in unseren Augen zu wenig geschehen. Dabei können wir das Feld der Bildung insgesamt aufblättern. Im Bildungsbereich gibt es große Defizite. Auch in der Infrastrukturpolitik gibt es Defizite. Beim Dynamik-Ranking fällt Bayern mehr und mehr nach hinten. Es besteht also tatsächlich Handlungsbedarf.

(Tobias Thalhammer (FDP): Fachkräftemangel gibt es erst, wenn es der Wirtschaft gut geht! Das müssen Sie anerkennen!)

Herr Thalhammer, Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Wachstum, Wachstum - das scheint Ihr neues Mantra zu sein. In ganz kurzen und wenig substanziellen Rösler-Reden kam achtzehn Mal die Begrifflichkeit "Wachstum" vor. Hier wird nach dem Motto verfahren, weiter so wie bisher, als sei nichts passiert und als drohe nicht noch Gravierendes. Wir müssen doch alle froh sein, dass die Konjunktur noch nicht eingebrochen ist. Wir haben das Finanzmarktdebakel erlebt, wir haben das Aufschlagen der Verschuldungskrise erlebt; aber schon zuvor haben sich doch die Krisenzeichen massiert: der Klimawandel mit seinen drohenden gravierenden Auswirkungen, zunehmende Ressourcenknappheit, Welternährungskrise, schreiend ungerechte Verteilung vor allem zwischen Nord und Süd. All dies zeigt uns. dass wir eben nicht so weiterwirtschaften können wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind mit einer Systemkrise konfrontiert, und dagegen gilt es, mit einem Gesamtkonzept zu arbeiten. Das heißt, die Finanzmärkte müssen reguliert werden, die Banken müssen wieder auf ihre eigentliche Aufga-

be zurückgeführt werden. Das sind Themen, die wir immer wieder anzudiskutieren versuchen und bei denen wir auch über den Bund und die Europäische Union einfach mehr Druck machen sollten. Selbstverständlich gilt es auch - da ist der Landtag als Spieler gefordert -, die Umverteilung von unten nach oben wieder umzukehren. Hierzu gibt es Instrumente auf Bundesebene, die wir diskutieren, die Vermögensabgabe oder einen höheren Einkommensteuersatz, aber auch wir könnten aktiv werden. Ich erinnere an die beiden Gesetzentwürfe von der SPD und von uns zur Wiedereinführung einer Tariftreueregelung, in die auch eine Mindestlohnregelung aufgenommen worden ist. Hier muss wirklich umgesteuert werden, und hier ergeht die Aufforderung zur Umsteuerung auch an den Landtag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem gilt es, endlich den ökologisch-sozialen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft anzugehen, das heißt eine die Ressourcen und das Klima schonende, sozialverträgliche Wirtschaftsweise zu forcieren und daran zu arbeiten, endlich den Wachstumszwängen zu entkommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Thalhammer und Herr Klein, Wachstumsraten von 3,9 % oder 5 % sind doch alles andere als immer gegeben. Sie wird es und kann es nicht durchgehend geben. Das heißt, Sie müssen sich auf andere Zeiten, auf andere Zahlen einstellen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Später, wenn Sie an der Regierung sind!)

- Herr Thalhammer, das heißt, sich der Wachstumsfrage anzunehmen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das heißt überhaupt nicht, Wirtschaftswachstum zu verteufeln, es heißt überhaupt nicht, jedes Wachstum in einzelnen Unternehmen, Branchen oder gar Volkswirtschaften streitig zu stellen. Nein, es geht uns darum, deutlich zu machen, wohin uns großmaßstäbliches und auf Ausbeutung beruhendes Wachstum führt. Stichworte sind hierbei Ressourcenknappheit, Klimawandel, aber auch eine Weltungerechtigkeit. Es geht uns auch darum aufzuzeigen, zu welchen Krisen und Verwerfungen das Platzen von Blasen als besonderen Wachstumsträgern immer wieder führt. Das heißt, wir müssen unbedingt auch die zwingende Verknüpfung des Funktionierens der Systeme der sozialen Sicherung wie aller öffentlicher Kassen mit ganz deutlichen Wachstumsraten infrage stellen.

Als Überschriften benannt - da bin ich dann wieder bei uns selber, beim Landtag -: Wirtschaftswachstum ist überhaupt keine Selbstverständlichkeit. Umweltschutz und großmaßstäbliches Wachstum beißen sich doch. Das Bauen auf Wirtschaftswachstum verhindert dringend erforderliche Reformen. Der Nord-Süd-Ausgleich ist bei weiterem gravierenden Wirtschaftswachstum nicht gangbar.

Wir haben hier seit gestern die Ausstellung "Entwicklungsland Bayern". Dazu gab es feierliche Eröffnungsworte zum Thema "Eine-Welt-Politik, Eine-Welt-Gerechtigkeit". Auch darüber sollte man einmal diskutieren und sich nicht nur wohlfeile Worte anhören oder sich in diesen üben. Vielmehr sollte man den Worten dann auch einmal Taten folgen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme zum Schluss: Wir brauchen eine zielführende, vorausschauende Rahmensetzung. Bildung und Infrastruktur sind angesprochen worden. Ganz wichtige Standortfaktoren sind Umwelt, Klimaschutz und Ressourcenschonung sowie Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Ausgleich. Auch das ist ein wichtiger Standortfaktor. Daran muss auch hier in Bayern noch ganz erheblich gearbeitet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Wortmeldung für die CSU-Fraktion: Herr Kollege Martin Schöffel. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Schöffel (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Florierende Wirtschaft und Wachstum erleben die Menschen in Bayern, und zwar in allen Landesteilen. Bayern hat sich da in den letzten Jahren überall positiv entwickelt. Überall können die Menschen mit Selbstbewusstsein, Zuversicht und Kreativität in die Zukunft blicken. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen sowie die Stimmung bei Handwerk und Industrie sind wichtige Belege dafür.

Dass heute alle bayerischen Regionen besser als der Bundesdurchschnitt abschneiden, meine Damen und Herren, hat viel mit der bayerischen Landespolitik über Jahrzehnte zu tun, aber gerade auch in den letzten Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Karl, wir stimmen völlig darin überein, dass das nur mit großem Engagement, mit großem Fleiß der Menschen in Bayern und mit einem starken Mittelstand zu schaffen ist.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich frage Sie: Haben Sie Ihre Argumentation, dass das nichts mit der Politik und nur mit dem Fleiß der Menschen zu tun hat, schon einmal in norddeutschen Bundesländern ausprobiert? Das würde nämlich bedeuten, dass das dort nichts mit der Politik, sondern nur mit der Faulheit der Menschen zu tun hat. Das kann aber wohl nicht schlüssig sein. Dies hat viel mit der bayerischen Politik zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben auch zur Kenntnis zu nehmen, dass der Strukturwandel zu Beginn der 1990er-Jahre und der demografische Wandel manche Landesteile vor große Herausforderungen stellen, insbesondere die Kommunen, die diesen Wandel mit hohen Investitionen abzumildern haben. Aber angesichts unserer wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und demografischen Lage hat der Freistaat den nötigen Gestaltungsspielraum, um heute Entscheidungen zu treffen, damit auch für eine kleinere, älter werdende Gesellschaft hohe Lebensqualität, Wohlstand und Innovationskraft erhalten und weiter gesteigert werden können, und zwar in der Stadt wie auf dem Land. Wie sich die demografische Entwicklung in den Regionen und Kommunen tatsächlich auswirkt, hängt in entscheidendem Maße davon ab, ob eine Region Abwanderung vermeiden kann und attraktiv für Zuwanderung ist. Arbeitsplätze sind dafür die Grundlage.

Wir können die Menschen ansprechen, die ihre Geschäfte ortsunabhängig betreiben. Bayern hat eine hohe Anziehungskraft, die wir in allen Regionen nutzen wollen und nutzen werden. Wir verfügen mit unserer wirtschaftlichen Situation über große Vorteile. Wachstums- und Entwicklungspotenziale bestehen nicht nur in wenigen urbanen Zentren, sondern im ganzen Land. Das zeigt beispielsweise die aktuelle Prognos-Studie, wonach sich Regionen in Oberfranken und Niederbayern im bundesweiten Vergleich sehr gut entwickeln. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft - vbw.

Zentrale landespolitische Herausforderung ist, mit dem gesamten regionalpolitischen Instrumentarium gerade die Landesteile zu stärken, die im Vergleich zum sehr guten Landesdurchschnitt Nachholbedarf haben.

(Zuruf von der SPD: Aha! Gibt es das?)

Wichtige Aspekte sind in diesem Zusammenhang Wanderungssalden junger Menschen, die Bevölkerungsprognose und wirtschaftliche Teilindikatoren wie Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten und Einkommenssituation. Das muss natürlich berücksichtigt werden. Die Staatsregierung tut dies seit Jahrzehnten und wird dies auch weiterhin tun.

Ich erinnere nur an die Entwicklung bei den Fachhochschulen im ganzen Land. Wir stimmen völlig darin überein: Ein nächster Schritt ist und wird sein, außeruniversitäre und wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen sowie Hochschulzweigstellen im ganzen Land zu entwickeln. Das können Bindeglieder zwischen der Spitzenforschung und dem Mittelstand sein. Das sind auch Bindeglieder zwischen den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der einzelnen Unternehmen. Allein mit diesem Doppelhaushalt bringen wir da einiges auf den Weg. Ich möchte mich bei Ihnen, Herr Minister, für viele neue Einrichtungen im ganzen Land bedanken, die Sie mit Ihrer Initiative auf den Weg bringen. Ich denke auch an ein Zentrum zum Dispergieren und vieles andere mehr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich geht es auch um die Daueraufgabe Infrastruktur. Breitband und schnelles Internet - das sind die Lebensadern für unser Land. Nur dort, wo ein schneller Internetanschluss vorhanden ist, wird sich die Wirtschaft entwickeln, dort werden Menschen ihren Wohnort wählen. Wir sind in dieser Legislaturperiode schon weit vorangekommen: 100 Millionen Euro Förderung eingesetzt, 1.300 Gemeinden gefördert, 99 % der Haushalte mit einer Mindestversorgung ausgestattet. In der Mehrheit der Förderfälle sind Glasfaserkabel verlegt worden. In einem Viertel der Fälle wurden damit Bandbreiten bis zu 50 Mbit/Sekunde erreicht.

Auch die Verbreitung der LTE-Technologie ist eine Erfolgsgeschichte. Seit der Versteigerung der Frequenzen haben die Versorger alle unterversorgten Gebiete in Bayern erschlossen. Das wird in diesem Jahr noch weitergehen. Wir haben schon über 90 % Abdeckung und kommen in Richtung 97, 98, 99 %. Seien wir froh, dass wir für eine Grundversorgung auf alle Technologien gesetzt haben, damit wir im ganzen Land vorankommen.

Für die Zukunft braucht es eine Glasfaserstrategie in ganz Deutschland. Das nächste Ziel muss sein, Glasfaserleitungen in der Nähe jeder Siedlung zu haben, praktisch ein übergeordnetes Straßennetz aus Glasfaser. Dafür muss natürlich der Bund nach großen Ankündigungen jetzt auch Taten folgen lassen, Förderprogramme auflegen und sich überlegen, wie man

Leerrohre mit jeder Bundesstraßenbaumaßnahme verbinden kann, um dafür entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Bayern wird diese Herausforderung annehmen und den Einstieg in den weiteren Breitbandausbau der neuen Generation weiter forcieren

Herr Dr. Runge hat von der Begrenztheit der Ressourcen gesprochen. Ich bin der Meinung: Besondere Unterstützung braucht dabei der ländliche Raum, wo der Markt diese Infrastruktur eben in keiner Weise vorhalten wird, wo auch die Kommunen nicht in der Lage sind, das aus eigener Kraft zu stemmen. Es gibt viele positive Beispiele im Land.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich muss Sie leider an Ihre Redezeit erinnern.

Martin Schöffel (CSU): Dort wollen auch wir ganz gezielt Punkte setzen, um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken.

Letzter Satz: Mit einer optimalen Breitbandversorgung kann man wirtschaftliche Ansiedlungen forcieren. Zudem kann man auch dafür sorgen, dass Menschen dort ihren Wohnort wählen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Zustimmung!)

Das werden wir machen. Da wird die Staatsregierung weitere Akzente setzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Kollege Roos das Wort, bitte.

Bernhard Roos (SPD): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim dritten Aufguss des Kaffees bleibt nur noch schaler Geschmack. Deswegen will ich mich bemühen, bei diesem mit Hochglanzpapier überzogenen Bayern den Grauschleier wieder herauszuziehen und zu lüften. Dennoch vorab ein Lob für Wirtschaftsminister Zeil. Exportbegleitung macht er gut. Das war jetzt das letzte Lob. Hiermit schließe ich diesen Werbeblock für die Bayerische Staatsregierung.

(Heiterkeit bei der SPD)

Industriepolitik sollte aktiv sein, am besten proaktiv. Herr Zeil, wo waren Sie - auch in der Beurteilung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft -, als es um Eon ging, als es um Manroland ging oder jetzt um Petroplus? Wir von der SPD versuchen, aus der Opposition heraus mit Wolfgang Kreissl-Dörfler, unserem

Europaparlamentarier, und mit meinem Kollegen Achim Werner, die Dinge nach vorne zu bewegen. Oder NSN, Nokia Siemens Networks - allein 3.600 Arbeitsplätze hier in München. Wo waren Sie da? Sie sprechen selbst von Managementfehlern. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Der nächste Fall kündigt sich schon an: IBM will 8.000 Arbeitsplätze in Deutschland abbauen, einen erheblichen Teil davon in Bayern. Insgesamt komme ich auf gut 8.000 Arbeitsplätze, die binnen weniger Tage, Wochen im Feuer stehen.

Kollege Klein, Sie haben davon gesprochen - - Wo ist er denn? Ach, da hinten. Schon beim Interview? Keine voreilige Pressekonferenz, bitte schön.

(Tobias Thalhammer (FDP): Im Gegensatz zu Ihnen wird er halt auch gefragt!)

- Kollege Thalhammer, zu Ihnen komme ich noch.

Sie sprachen von Fachkräftemangel. Einen Fachkräftemangel verorte ich primär in der FDP, zumal seit dem Weggang des Kollegen Kirschner, der eine Bereicherung dieses Hauses war und als Praktiker gute Beiträge geliefert hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben Rohstoffversorgung angemahnt. Den Rohstoff Geist vermisse ich auch in Ihren Reihen.

Erwerbstätigkeit. Der Arbeitsmarkt ist geprägt von einer tiefen Spaltung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 75 % aller neu entstandenen Arbeitsplätze sind prekär, sind Leiharbeit, befristete Werksverträge etc. Meine Kollegin Annette Karl hat schon auf die Mindestlohndebatte verwiesen. Wir haben 281.651 registrierte Arbeitslose in diesem Monat plus die Leichen im Statistikkeller. Auch die fehlende soziale Balance habe ich angesprochen.

Da träumen einige von der - Kollege Thalhammer, jetzt komme ich zu Ihnen; ich hoffe, Sie sind richtig zitiert worden - Ausweitung des Ladenschlusses bis 24.00 Uhr.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ja!)

Das wird natürlich den bayerischen Arbeitsmarkt beflügeln. Das wird die Einkaufsquoten, die Binnenkaufkraft in ungeahnte Höhen treiben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wie in anderen Ländern auch!)

- Meinen Sie? Wir sind dagegen im Verein mit den Gewerkschaften, mit den Kirchen. Das wird so nicht passieren. Der Ladenschluss bleibt in Bayern, wie er ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in Ihrer Klausurtagung eine weiß-blaue Note im Wahlkampf versprochen. Da bin ich sehr gespannt. Und Sie wünschen sich Ruhe aus Berlin. Darf ich fragen: Kann man sich einen ruhigeren Wirtschaftsminister vorstellen als den jetzigen, von dem überhaupt nichts zu hören ist?

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich denke, da brauchen Sie eher mehr Unterstützung als Ruhe. Wenn es um Wirtschaftsförderung geht, um die gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern, will ich fragen, warum man die Europaregion Donau-Moldau blockiert. Das ist Zentralismus im liberalen Gewand, Herr Zeil. Wir wollen mehr Verantwortung in die Regionen tragen. Dahinter stehen wir Sozialdemokraten, nicht hinter einer Blockadepolitik. Da bin ich mit dem Kollegen Alexander Muthmann auf einer Linie.

Ich kann Ihnen allen den Besuch einer Ausstellung empfehlen hier in diesem Hause - "Entwicklungsland Bayern". Damit will ich schließen. Die Ausstellung wurde von Frau Präsidentin Barbara Stamm gestern eingeweiht.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Entwicklungsland Bayern, Herr Kollege Huber. Das ist so.

(Eberhard Sinner (CSU): Eröffnet, nicht eingeweiht!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, einweihen kann ich nicht.

Bernhard Roos (SPD): Bei Ihrer Bedeutung, so habe ich gedacht, kann ich dieses Wort verwenden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Worauf ich hinaus will: Entwicklungsland Bayern, das ist durchaus ernst gemeint. Wir haben viele Defizite, viele Entwicklungsmöglichkeiten. Das Land der Chancen, von denen die Bayerische Staatsregierung spricht, das sollte sich auch darin ausdrücken: Wenn man die Zuständigkeit für Eine-Welt-Politik im Wirtschaftsministerium für sich reklamiert, dann muss mit den Menschen gesprochen werden, denen eine Ansiedlung dieser Politik in der Staatskanzlei am besten anstehen würde. Das ist zwar ein Nebenkriegsschauplatz, aber ein Zeichen dafür, ob man mit den Menschen oder gegen die Menschen Politik macht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Ich darf für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Brigitte Meyer das Wort erteilen.

Brigitte Meyer (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Wachstum ist die treibende Kraft in Bayern. Es wurde schon gesagt: Wer nicht wächst, steht still. Stillstand bedeutet nicht, das Gute zu bewahren. Selbst zum Bewahren gehört immer eine gewisse Kraftanstrengung. Stillstand bedeutet, sich ungeahnten Möglichkeiten zu verschließen.

(Beifall bei der FDP)

Wirtschaftswachstum und Wohlstand verbindet man allgemein immer mit wirtschaftspolitischem Handeln und Denken, und das ist nicht selten mit negativem Unterton belegt. Aber das ist viel zu kurz gesprungen. Eine florierende Wirtschaft ist ein Garant für vieles, auch für eine gute Sozialpolitik.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr richtig!)

Gute Wirtschaftspolitik ist sozusagen das Wurzelwerk eines gesunden Lebensbaumes, dessen Früchte den Wohlstand darstellen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr richtig!)

Es wurde schon gesagt: Die Arbeitslosenquote ist in Bayern im Januar neben Baden-Württemberg mit 4,2 % die niedrigste in ganz Deutschland und bewegt sich weiter nach unten. Natürlich sehen wir auch die Situation zum Beispiel bei Manroland. Aber die Menschen haben wenigstens die Chance, wieder neue Arbeitsplätze zu finden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Einverstanden!)

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit von 1,7 % im Januar dieses Jahres muss einfach auch von Ihnen als positive Entwicklung anerkannt werden.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das ist ein Rückgang von über 16,5 % gegenüber dem Vorjahr und eine Bestätigung für unsere Bildungspolitik und für die flankierenden Maßnahmen für arbeitslose Jugendliche.

(Beifall bei der FDP)

Die Arbeitslosenquote ist derzeit so niedrig, dass Bayerns Unternehmen teilweise gar nicht mehr ausreichend Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt finden. (Markus Rinderspacher (SPD): Auch das stimmt!)

Deshalb ist es für uns Liberale in der Regierungsverantwortung in Land und Bund wichtig, dass ausländische Arbeitskräfte angeworben werden und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse erleichtert wird. Da sind wir weiter als damals, als Sie in Regierungsverantwortung waren.

(Beifall bei der FDP)

Die Potenziale der hier lebenden Migranten und auch der Menschen mit Behinderung müssen genutzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Arbeit ist der beste Garant für Wohlstand und bietet Schutz vor Armut. Bayern ist das Bundesland - man höre und staune - mit der niedrigsten Armutsquote bei Kindern. Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge waren es 2010 in Bayern 10,1 % der Kinder unter drei Jahren und 7,8 % der Kinder unter 15 Jahren. Natürlich, jedes Kind, das in Armut leben muss, ist ein Kind zu viel. Aber in Berlin liegt die Arbeitslosen- und Armutsquote bei Kindern unter drei Jahren bei 36,3 %, also wesentlich höher. Und dort regieren bekanntlich nicht CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Sie können nicht Äpfel mit Birnen vergleichen!)

Auch die Frauenarmutsquote in Bayern sinkt seit 2005 kontinuierlich im Gegensatz zum Bundestrend. Natürlich gilt es, dies alles weiterhin zu verbessern wir wollen keinen Stillstand - durch eine gute Ausbildung, durch eine familienfreundliche Arbeitslandschaft mit flexiblen Arbeitszeiten, mit familienfreundlichen Maßnahmen, mit einer guten Kinderbetreuung und gezielter Frauenförderung in den MINT-Berufen. Eine florierende Wirtschaft bedeutet, dass es der Staatskasse gut geht, und sie ist die Voraussetzung dafür, ausreichend finanzielle Mittel in Bildung und soziale Projekte stecken zu können.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist es wichtig, den Blick auf die Wirtschaft, vor allen Dingen auf die mittelständischen Betriebe zu lenken. Es ist keine Klientelpolitik, wenn man deren Interessen im Blick hat und sie vertritt.

(Beifall bei der FDP)

Denn dort, wo das Geld erwirtschaftet wird, ist es wichtig, die notwendigen Weichenstellungen zu ermöglichen.

Der Freistaat Bayern investiert 15,8 Milliarden Euro in die Bildung. Das ist ein Drittel des bayerischen Gesamthaushalts.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben 38.000 neue Studienplätze geschaffen und steigen in den Ausbau von weiteren 10.000 Studienplätzen ein. Bayerns Rohstoff ist die Bildung unserer Nachkommen. Für familienpolitische Maßnahmen stehen 2012 allein 4,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Das ist ein Zuwachs um 50 % seit Antritt der schwarzgelben Regierungskoalition in 2008.

(Beifall bei der FDP)

Allein eine Milliarde Euro wird in die Kinderbetreuung fließen. Dass Bildung der Schlüssel zum Weg aus der Armut ist, betonen ja auch Sie immer wieder. Ich danke, da sind wir uns alle einig.

Einigkeit herrscht auch im Wissen um die Tatsache, dass die Chancengleichheit umso größer ist, je früher gute Bildung einsetzt. Qualitativ hochwertige Bildung in der Kindertagesstätte, in der Schule und in der Berufsausbildung ist die Voraussetzung für Aufstieg und Wohlstand. Nur eine gesunde Wirtschaftspolitik ermöglicht es, die notwendigen Anschub- und Fördermaßnahmen bei der Pflege, für Menschen mit Behinderung, für Jugend, Familie und Frauen, für das Ehrenamt, für die berufliche Bildung, für die Integration, für Arbeitssuchende und vieles mehr zu finanzieren.

(Beifall bei der FDP)

Für uns Liberale ist eine gute, innovative Wirtschaftspolitik - ich habe es schon gesagt - auch eine gute Sozialpolitik. Sie muss immer mit dem Ziel verbunden sein, den Menschen echte Teilhabe und ein selbstbestimmtes, eigenverantwortlich geführtes Leben zu ermöglichen und denen von staatlicher Seite aus zu helfen, die dazu nicht in der Lage sind. Vor diesem Hintergrund, werte Kolleginnen und Kollegen, sind Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand Ziele, für die wir uns aus tiefster Überzeugung einsetzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Stöttner das Wort erteilen.

Klaus Stöttner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Brücke bauen. Meine Kollegin Meyer hat deutlich gemacht, dass eine gute Bildung Voraussetzung für eine gute Wirtschaft ist. Sozial ist, was Arbeit schafft. Unsere Opposition sagt, Finnland sei ein

gutes Bildungsland. Dort beträgt die Jugendarbeitslosigkeit aber 21 %. Spanien hat eine Jugendarbeitslosigkeit von über 40 %. Ich glaube, dass unsere Bildungslandschaft die beste Voraussetzung dafür ist, gute Wirtschaftspolitik zu betreiben. Deswegen möchte ich heute den Schwerpunkt auf eine Branche legen, die eine Leitökonomie ist.

Sie wissen, dass wir in der Automobilwirtschaft in Bayern 180.000 Beschäftigte haben. Mit BMW und Audi sind wir ein starkes Automobilland. Mit über 330.000 Beschäftigten in der Gastronomie, der Hotellerie und der Tourismusbranche haben wir einen wirklichen Schwerpunkt, der speziell, wie es Kollege Schöffel gesagt hat, im ländlichen Raum einen Stellenwert hat, wie es in keinem anderen Land der Fall ist. In der Finanz- und Wirtschaftskrise waren diese Branchen stabiler denn je.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich erinnere an eine Veranstaltung des Hotel- und Gaststättenverbandes in Mühldorf, bei der alle Parteien im Bayerischen Landtag deutlich gemacht haben, dass ein Investitionsschub für die Tourismusbranche wichtig ist. Alle haben sich deutlich für eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für diese Branche ausgesprochen.

(Markus Rinderspacher (SPD): 2005 war das!)

Die positiven Auswirkungen auf Handwerker, den Schreiner, Zimmerer und Fensterbauer sind zwar schwer in Zahlen zu fassen. Sie zeigen aber ganz deutlich, dass der Investitionsschub für diese Branche wichtig war. Ich bin unserem Ministerpräsidenten und auch unserem Wirtschaftsminister dafür dankbar, dass sie in den Koalitionsverhandlungen stark geblieben sind und diesen Investitionsschub durchgesetzt haben. Leider haben sie nur für die Hotellerie einen Erfolg erreicht. Die Gastronomie braucht ebenfalls einen weiteren Investitionsschub. Dafür ist die Geschlossenheit der Staatsregierung und auch der Opposition notwendig. Ich bitte auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, zu sehen, dass über 500 Gemeinden im ländlichen Raum keine bayerische Gastronomie mehr haben. Wir alle wissen, dass wir dort einen Impuls brauchen.

Ich bin ein Freund von Abschreibungsmodellen. Wenn wir aber ein Zeichen setzen wollen, müssen wir die Ungerechtigkeit bei der Mehrwertsteuer abschaffen. Die unterschiedlichen Steuersätze für Kaffee im Stehen und Kaffee im Sitzen, für die Leberkässemmel im Stehen und die Leberkässemmel im Sitzen sind nicht nur in der Gastronomie, sondern auch in handwerklichen Branchen ungerecht. Das müssen wir uns noch genau überlegen.

Meine Damen und Herren, vor Kurzem wurde in Deutschland der beste Hotelier des Jahres gewählt. Es ist ein bayerischer Hotelier. Dietmar Müller-Elmau - er kommt aus unserer Region - ist zum besten Hotelier gewählt worden. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir auf einem guten Weg sind.

Ich möchte an die Politik der CSU und der Staatsregierung vor zehn Jahren erinnern. Damals wurde an der Hochschule München mit der Fakultät für Tourismus begonnen. Jetzt haben wir dort über 1.000 Beschäftigte. Das war ein gutes Signal. Wir haben die größte Hochschule mit Tourismusausbildung auf hohem Niveau.

Ich möchte Kultusminister Dr. Spaenle dafür danken, dass er im letzten Jahr drei weitere Hotelfachschulen genehmigt hat. Dort wird Ausbildung im mittleren Bereich betrieben. Auch während der Berufsausbildung kann das Abitur als Zugangsvoraussetzung für ein Hochschulstudium abgelegt werden. In Freilassing, in Bad Wörishofen und in Freyung-Grafenau haben wir Hotelfachschulen. Das ist ein hervorragendes Zeichen dafür, dass wir etwas für den ländlichen Raum tun.

Herr Staatsminister Zeil, Ihnen danke ich sehr dafür, dass Sie den Gastro-Pass unterstützt haben und die Tourismusbranche neu aufstellen, damit wir in dieser Branche eine Dachmarke haben, die ein Signal für den Wert der Ausbildung und die Vermarktung unserer Strukturen gibt. Vielen Dank dafür!

Herr Minister Dr. Söder, Sie tragen eine riesige Verantwortung für die 46 Schlösser. Die König-Ludwig-Ausstellung im letzten Jahr zählte über 700.000 Besucher. Wir haben in die Schlösser investiert. Das war eine gute Investition. Diese Ausstellung hat gezeigt, dass Kulturlandschaft, Tourismus und Ausbildung in der Tourismusbranche Zukunft haben. Deswegen soll die Bayerische Staatsregierung den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgen und den ländlichen Raum und die Städte gut miteinander vernetzen. Dies hat Zukunft. Wachstum und Wohlstand im ländlichen Raum werden dem Tourismus einen neuen Stellenwert geben. Dieses Thema wird uns noch lange beschäftigen. Arbeiten wir daran wieder geschlossen über die Parteigrenzen hinweg!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil ums Wort gebeten.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fand diese Aktuelle Stunde in mehrfacher Hinsicht hochinteressant; denn sie hat einmal Gelegenheit gegeben, die positive Situation in Bayern und unsere

gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darzustellen. Einer der Oppositionsredner hat sich nach dem Motto "Wir können es nicht mehr hören, wir wollen es nicht noch zum dritten Mal hören" beklagt. Es ist aber Tatsache, dass unser Land dank unserer Politik so hervorragend in das Jahr 2012 starten kann.

(Beifall bei der FDP und CSU)

Sie haben krampfhaft versucht, irgendwelche Defizite zu finden und anzusprechen. Vor allen Dingen hat diese Aktuelle Stunde aber die Informationsdefizite aufseiten der Opposition deutlich gemacht. In einigen Punkten will ich Ihnen auf die Sprünge helfen.

Sie haben gesagt, für die Innovationskraft würde nichts getan. Gleich wird der Finanzminister den Nachtragshaushalt für 2012 vorlegen. Dieser schließt sich nahtlos an das Programm "Aufbruch Bayern" an. Darin sehen wir für Investitionen in den Regionen, vor allem auch im Bereich des Hauses von Kollegen Heubisch und im Bereich meines Hauses, über 250 Millionen vor. Diese Investitionen sind für Forschung, Technologie und Technologietransferzentren in den Regionen vorgesehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das, was Sie fordern, machen wir schon längst. Natürlich tragen wir die angewandte Forschung ins Land. Dazu brauchen wir wirklich keinen Nachhilfeunterricht von Ihrer Seite.

Sie haben gesagt, es sei mit der Infrastruktur so schwierig. Ich kann Sie nur einladen. Kollege Blume hat es angesprochen. Geben Sie doch endlich bei den wichtigen Infrastrukturvorhaben, wie zum Beispiel der dritten Startbahn und anderen Vorhaben, Ihre Blockadehaltung auf. Mit diesen Vorhaben müssen wir für die Zukunft Bayerns sorgen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Über die Breitbandförderung muss ich Sie aufklären: Wir haben mit unserem Programm, das wir mit 100 Millionen Euro wirklich stark gemacht haben, einen Grad der Grundversorgung - in der Tat mit allen Technologien - von über 99 %, bald 100 % erreicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann braucht man kein Geld mehr hineinzustecken, wenn das so ist!)

Es wird immer wieder verwechselt: Jetzt geht es um die Breitbandautobahnen der zweiten Generation.

(Markus Rinderspacher (SPD): Darum geht es!)

Die Strategie der Bundesregierung ist sehr ehrgeizig. Die Bundesregierung muss ihr Programm noch mit Geld unterlegen. Wir gehen aber schon jetzt einen Schritt darüber hinaus; wir werden bereits in diesem Nachtragshaushalt, nicht irgendwann, sondern jetzt, ein weiteres Programm für diese Themen hinterlegen, und zwar mit einer Konzentration auf die strukturschwachen Gebiete. Das bettet sich in unsere Politik ein. Wir sagen: Jede Region hat Zukunft, jede Region hat Anspruch auf die ihr zustehende Förderung,

(Beifall des Abgeordneten Martin Schöffel (CSU))

damit Arbeit zu den Menschen kommt und wir überall in Bayern Zukunftschancen schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist geradezu putzig - ich glaube, es war Frau Kollegin Karl -, dass hier gesagt wird, der Wirtschaftsminister würde bei der Energiewende im Bremserhäuschen sitzen. Ich stelle Ihnen eine ganz einfache Frage:

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜ-NE))

Warum geben Sie denn im Bundesrat nicht endlich Ihre Blockadehaltung zu einem wichtigen Baustein der Energiewende, nämlich zur steuerlichen Förderung der energetischen Sanierung auf, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Wer hat denn gekürzt? Das war doch die Bundesregierung, die das gekürzt hat!)

Das haben wir gerne: Hier gescheit daherreden, uns zum Handeln auffordern und dann, wenn Sie Verantwortung übernehmen könnten, den Fortschritt blockieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Thomas Hacker (FDP): Ihr blockiert!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es war Kollege Muthmann, der das Thema angesprochen hat: Was tun wir denn für die Wirtschaftsförderung?

(Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Muthmann, Ihnen ist vielleicht entgangen, dass wir in diesem Nachtragshaushalt insbesondere auch für die strukturschwachen Räume 40 Millionen Euro mehr eingestellt haben. Wir tun also schon all das, was Ihnen jetzt gerade dazu einfällt. Was die Innovationskraft angeht, haben wir vor über zwei Jahren die Innovationsgutscheine zur Verstärkung der Innovati-

onskraft insbesondere von Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern eingeführt. Vor allem im ländlichen Raum hat sich das als ein ganz besonders wichtiges Instrument erwiesen. Bei allem, was wir tun - und das wird im Nachtragshaushalt in dem gesamten Paket zur Gestaltung des demografischen Wandels deutlich -, haben wir natürlich den ländlichen Raum und besonders die strukturschwachen Regionen im Auge. Wir schauen nicht zu und lassen die Dinge einfach geschehen; wir gestalten ordnungspolitisch sauber und aktiv, wir unterstützen die ländlichen Räume.

(Beifall bei der FDP)

Insofern finde ich es schon interessant, wenn die SPD-Fraktion uns mit ihren industriepolitischen Vorstellungen weismachen will, man müsse der Industrie mehr Vorgaben machen, die Politik müsse mehr Standards für die Industrie setzen - Klammer auf, mehr Bürokratie, Klammer zu. Das ist doch eine völlig angestaubte Vorstellung von Industrielenkung.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU) - Markus Rinderspacher (SPD): Quatsch!)

Das ist eine Vorstellung aus dem späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, aber keine moderne Innovations- und Wirtschaftspolitik für Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie müssen sich entscheiden; ich habe es Ihnen schon einmal gesagt. Viele Gewerkschafter sind weitaus moderner und eher auf der Höhe der Zeit als Sie mit diesen angestaubten Vorstellungen. Der Mittelstand braucht nicht Sie, damit Sie ihn an der Hand nehmen und ihm sagen, welche die besten Produkte sind. Der Mittelstand, die industrielle Basis dieses Landes braucht gute Rahmenbedingungen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Eben! Genau darum geht es!)

- Genau. Diese Rahmenbedingungen setzen wir mit unserer Innovations- und Forschungspolitik, auch mit unserer Haushaltspolitik. Was Sie beschlossen haben, Herr Beyer, vor allem Ihre Bundespartei, ist eine Steuererhöhungsorgie, angefangen bei der Einkommensteuer über die Erbschaftsteuer bis zur Erweiterung der Gewerbesteuer,

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

die den Mittelstand ins Mark treffen würde. Deswegen darf das nicht Wirklichkeit werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Die größten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik haben wir vorgenommen, nicht Sie!)

- Sie haben während der Großen Koalition 20 Steuererhöhungen gemacht. Ich zähle Sie Ihnen jetzt nicht alle auf.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Es war die schwarz-gelbe Bundesregierung, die mit Wirkung vom 01.01.2010 mit dieser verhängnisvollen Politik, immer nur in die Kassen der Bürger zu greifen, Schluss gemacht hat.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Mehr Netto vom Brutto ist ein Märchen! Das glaubt kein Mensch!)

Ich freue mich, dass Sie offenbar die Wirtschafts- und Haushaltspolitik als Hauptfeld der Auseinandersetzung in den nächsten Monaten erkannt haben; denn darin ist Bayern besonders stark. Das wird auch in der nachfolgenden Rede des Finanzministers deutlich werden.

Diese Regierung wird weiterhin eine hoch innovative und an neuen Entwicklungen wie Elektromobilität, Biosystemforschung, Digitalisierung und vielen anderen ausgerichtete Politik machen. Sie wird die Rahmenbedingungen richtig setzen, damit unsere Kinder und Enkelkinder überall in Bayern eine gute Zukunft haben werden. Ich stelle fest: Wir gehen voran, die Opposition bleibt zurück. Ich glaube, das ist eine gute Aufgabenteilung.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2012) (Drs. 16/10799)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/2012

(Nachtragshaushaltsgesetz 2012 - NHG 2012) (Drs. 16/10800)

- Erste Lesung -

Ich darf dem Staatsminister der Finanzen das Wort erteilen, Herrn Staatsminister Dr. Söder. - Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Haushaltseinbringung" - diese Titel steht - auch wenn er auf den ersten Blick wenig Spannendes verspricht, doch für einen ganz besonderen Termin im Parlamentsleben; denn es geht dabei nicht nur um die buchhalterische Darstellung von Einzelposten, sondern eigentlich um die Leitlinien der gesamten Politik einer Regierung. Bismarck soll einmal gesagt haben: 90 % der Politik sind Haushaltspolitik, und der Rest dreht sich auch um das Geld.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Finanzpolitik bestimmt nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa die Tagesordnungen der Politik. Die Staatsschuldenkrise hat in Europa zu vielen politischen Veränderungen geführt; insgesamt sieben Regierungen mussten im letzten Jahr unter dem Druck der Finanzmärkte und der Finanzkrise weichen. Der Grund dafür war nicht etwa eine Schwierigkeit der Euro-Währung, sondern die Problematik der Staatsschuldenkrise. Meine Damen und Herren, dies ist entscheidend; denn wir haben in diesem Hause schon seit langer Zeit gesagt: Schulden sind nicht nur deshalb unmoralisch, weil sie der nächsten Generation die Kosten für den gegenwärtigen Konsum oktroyieren, sondern weil sie durch die Zinszahlungen, die geleistet werden müssen, auch die aktuelle Haushaltspolitik und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit lähmen. Deswegen müssen wir etwas dagegen tun.

(Beifall bei der CSU)

Deutschland ist in dieser Krise in Europa der Stabilitätsanker. Bayern ist dabei der Stabilitätskern in Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in dieser Krise ein Triple-A. Der Labortest, der Bluttest sozusagen, für dieses Triple-A ist unser Haushalt. Wir haben in den letzten Jahren nicht nur an der Idee, sondern auch an der Umsetzung des ausgeglichenen Haushalts festgehalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Landesbank!)

Damals, vor sieben Jahren, gab es jedoch heftige Debatten darüber, ob das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts richtig ist. Im Jahre 2004 sagte unser Vizepräsident Franz Maget, der sich heute an anderer Stelle schon geäußert hat, Schuldentilgung sei eine finanzpolitische populistische Wahlkampfidee. Franz Maget sagte im Mai 2004 in einem Interview mit der "Welt", der ausgeglichene Haushalt sei doch nur ein Dogma. Er sei ein völlig falsches Signal.

Herr Kollege Heinz Kaiser - die Älteren unter Ihnen werden ihn noch kennen -, ein Haushaltspolitiker und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, nannte in einem Interview mit der "Nürnberger Zeitung" im Dezember 2003 folgende Wirkungen eines ausgeglichenen Haushalts: "Ein ausgeglichener Haushalt ist ein Programm für mehr Arbeitslosigkeit, mehr Insolvenzen und weiter zurückgehende Steuereinnahmen."

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm, schlimm, ganz schlimme Sache!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich gestern und heute geirrt.

Unser Ziel des ausgeglichenen Haushalts war damals richtig, es ist heute richtig, und es ist das Programm für morgen. Es ist Standardmodell für Deutschland geworden. Die Schuldenbremse wird in die Verfassungen der Länder integriert. Sie entwickelt sich jetzt zur Blaupause für ganz Europa. Meine Damen und Herren, die bayerische Finanzphilosophie ist also nicht nur gut für Bayern; sie ist letztlich auch der Kompass für eine nachhaltige europäische Währungspolitik. Konsolidierung und Wachstum sind dabei die zusammengehende Strategie.

Wir haben gerade in dem Bericht von Martin Zeil sehr eindrucksvoll gehört, wie sich Bayern entwickelt. Im Jahr 2010 gab es ein Wirtschaftswachstum von 3,9 %. Langfristig gesehen - das ist der Charakter der Finanzpolitik - ist das Bruttoinlandsprodukt in Bayern von 2000 bis zum Jahr 2010 um 13,6 % gewachsen. In Baden-Württemberg, einem starken Wettbewerber, lag der Anstieg nur bei 8,8 %. Deshalb kann man eines sagen: Der Weg, den wir in der Vergangenheit gegangen sind, hat sich trotz schwieriger Zeiten als richtig erwiesen. Bei allen Diskussionen über die Zukunft ist die Vergangenheit immer der Glaubwürdigkeitsmaßstab. Wir in Bayern können sagen: Was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war richtig. Diesen Weg wollen wir fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir spüren, dass die Welt unsicherer wird. Deshalb setzen wir ganz bewusst auf Sicherheit und Stabilität statt auf Risiko. Anstatt über kurzfristige Strohfeuereffekte zu debattieren, wollen wir mit langfristigen Strategien für Bayern die Zukunft sichern. Ein Ziel, das übrigens jedes Unternehmen und die Banken anstreben, ist es dabei, unabhängiger und autarker zu wer-

den. Unser grundlegendes Ziel muss es sein, auf lange Sicht unabhängig oder weitgehend unabhängig von den Finanzmärkten zu werden; denn das größte Abhängigkeitsproblem, das alle haben, sind die Schulden. Wer Schulden hat, muss Zinsen zahlen.

Wir sind in dieser Debatte auf einer guten Startposition. Bayern hat mit 2.573 Euro pro Kopf die niedrigste Verschuldung in Deutschland. Unter den westdeutschen Flächenstaaten ist die Verschuldung mit 7.764 Euro pro Kopf dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen, ein Referenzland, hat mit 9.673 Euro pro Kopf eine viermal so hohe Verschuldung. Das geliebte Land Berlin hat mit 17.531 Euro pro Kopf eine siebenmal so hohe Verschuldung wie Bayern. NRW und Berlin nehmen sogar ständig neue Schulden auf.

(Georg Schmid (CSU): Wer hat denn da regiert? - Markus Rinderspacher (SPD): Jürgen Rüttgers!)

Diese Länder müssen Schulden aufnehmen, um ihre Zinsen zahlen zu können. Nordrhein-Westfalen muss allein vier Milliarden Euro aufnehmen. Eines muss ich Ihnen sagen: Wer Steuergelder von Menschen so verschwendet, dass er immer neue Schulden machen muss, geht den falschen Weg. Wir gehen auf diesem Weg nicht mit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die einen verschulden sich; wir wollen tilgen. Im Moment haben wir mit 2,4 % die niedrigste Zinsquote. In Nordrhein-Westfalen liegt sie bei 8,4 %. Trotzdem ist uns eine Milliarde Euro, die wir für Zinsen zahlen müssen, auf Dauer zu viel; denn Schuldenzinsen sind verlorenes Geld. Wir wollen nicht dauerhaft Zinsen für Schulden zahlen, sondern wir wollen tilgen, weil wir glauben, dass dies für die nächsten Generationen der nachhaltigste Weg ist. Wir wollen tilgen, nicht sparen. Unser Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 die Schulden auf Null zu fahren. Damit wäre Bayern schuldenfrei.

Meine Damen und Herren, wir wollen mit allen darüber reden, wie wir diesen Weg gestalten können. Wir arbeiten jetzt an einem Tilgungsplan. Die Menschen in Bayern haben sehr positiv auf dieses Ziel reagiert. Anders war allerdings die Reaktion von Teilen dieses Hauses in den letzten Tagen. Herr Rinderspacher, anstatt sich inhaltlich engagiert und fair einzubringen, haben Sie in einer Pressekonferenz gepoltert und mit einer Wortwahl, die diesem Thema vollkommen unangemessen ist, agiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu sagen, die Schuldentilgung sei auf dem Pissoir erfunden worden, diskreditiert ein zentrales politisches

Thema und beleidigt alle Bürger und Ökonomen, die seit Jahren eine Schuldentilgung fordern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass dieser Stil normalerweise nicht der Ihre ist. Deshalb sollten Sie an dieser Stelle umkehren und in sich gehen. Wahlkampfdiskussionen sind bei diesem Thema nicht angebracht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Richtige! Sie müssen über Stil reden!)

Es geht aber nicht nur um den Stil. Der Stil ist das eine. Es geht auch um den Inhalt. Offenkundig lehnen Sie Schuldentilgung generell ab.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie setzen lieber auf Anlagestrategien. In der letzten Woche gab es hier im Parlament eine große Debatte. Dabei hat der Fraktionsvorsitzende der SPD bewusst gesagt, besser als eine Schuldentilgung wäre das Anlegen des Geldes zum Beispiel für die Versorgungsrücklagen. Er hat dabei eine dauerhafte Rendite von 7 % genannt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das stammt aus Ihren Zahlen!)

Diese 7 % sind eine Momentaufnahme. Wenn man eine kluge Strategie für die Zukunft entwickeln will, muss man wissen, dass dieser Zinssatz nicht die nächsten 30 Jahre garantiert ist. Die Entwicklung des Versorgungsfonds in den letzten Jahren hat gezeigt, dass er erheblichen Schwankungen unterworfen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Danke für die Belehrung!)

- Zuhören. Erst schauen, dann hauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, natürlich schwanken die jährlichen Renditen. Sie müssen auch schwanken, weil die wirtschaftliche Entwicklung unterschiedlich ist. Wir hatten Jahre, in denen es für den Versorgungsfonds und die Rücklagen hervorragend lief. Wir haben unterschiedliche Anlageoptionen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Die Zinsen waren in jedem Jahr höher!)

Im Jahr 2000 hatten wir beispielsweise eine durchschnittliche Rendite von 6,41 %. Das ist gut. Im Jahr 2002 hatten wir jedoch nur 0,66 %. Bezogen auf das schwierige Jahr 2008 gab es sogar einen Rückgang in der Versorgungsrücklage von minus 1,5 %.

Deshalb ist das Vorhaben, auf eine Anlage zu setzen, weil dies in jedem Fall besser als eine Schuldentilgung sei, nicht seriös.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war das Glanzstück von Herrn Stoiber! - Volkmar Halbleib (SPD): Sie beklagen die Politik, die Herr Stoiber gemacht hat!)

Meine Damen und Herren, in den nächsten 30 Jahren gibt es nur eine wirkliche Anlageoption, die ganz sicher 7 bis 8 % Zinsen verspricht, nämlich italienische oder ungarische Staatsanleihen. Ich hoffe nicht, dass Sie den Bayern empfehlen wollen, solche Staatsanleihen zu erwerben, statt Schulden zu tilgen. Wir werden diesen Weg nicht mitgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): So ein Quatsch!)

Anlagen bergen die Chance auf hohe Renditen. Sie haben jedoch immer das Risiko von Ausfällen. Das Schuldentilgen ist hingegen ganz sicher; denn am Ende sind die Schulden weg und die Zinslasten nicht mehr zu zahlen. Deswegen ist unser gemeinsamer Ansatz, dass wir Schulden tilgen wollen. Ich sage Ihnen eines: Während Sie lieber spekulieren, setzen wir auf die Tilgung, weil dies ein seriöser Weg ist, den wir in Bayern gehen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, einen Augenblick bitte. Ich muss mich wiederholen: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht permanent. Herr Kollege Halbleib, Sie werden in Kürze hier stehen. Dann wird es Ihnen recht sein, wenn man Ihnen zuhört. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie können nicht Woche für Woche in einem Stil, der parlamentarisch unangemessen ist, austeilen, wenn Sie nicht bereit und in der Lage sind, Gegenargumente zu akzeptieren. Dies gehört zur fairen Demokratie.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann erlauben Sie auch, dass Herr Stoiber zitiert wird!)

Wir errechnen derzeit einen Tilgungsplan, was nicht einfach ist. Wir verfolgen ein ambitioniertes Ziel. Er muss seriös und valide und darf keine Sparorgie sein. Das darf übrigens schon gar nicht auf Kosten der Kommunen gehen. Unsere Philosophie und die Philosophie der Finanzpolitik war es, die Kommunen ganz bewusst an wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben zu lassen.

Der kommunale Finanzausgleich, den wir derzeit haben, meine Damen und Herren, ist der höchste in der Geschichte Bayerns. Mit 7,26 Milliarden Euro setzen wir ein ganz deutliches Signal der Teilhabe der Kommunen an der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir erhöhen die reinen Landesleistungen um über 400 Millionen Euro; wir erhöhen den Anteil der Kommunen am Steuerverbund, damit sie mehr wirtschaftliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit auch vom Staat erreichen. Die Schlüsselzuweisungen steigen. Ganz besonders die kleinen, strukturschwachen Gemeinden bekommen durch den Demografiezuschlag auf der einen Seite und durch die Erhöhung der Mindestinvestitionspauschale auf der anderen Seite eine neue Chance, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Das beweisen die Äußerungen der kommunalen Spitzenverbände. Sowohl Jakob Kreidl als auch Uwe Brandl sagten, sie fühlten sich dieses Mal ausgesprochen gut behandelt. Sogar der SPD-Oberbürgermeister von Nürnberg Maly sagt in typisch fränkischer Euphorie: Passt scho!

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt, dass wir damit auf einem guten und richtigen Weg sind. Wir sparen nicht zulasten der Kommunen, sondern wir beteiligen sie am wirtschaftlichen Erfolg, den Bayern hat. Das ist ein guter Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Tilgung geht nicht auf Kosten unserer Kommunen. Meine Damen und Herren, es geht auch nicht, dass wir nur zugunsten anderer Länder tilgen. Wir sind für Bayern. Die neuesten Zahlen aus dem Bund zum Länderfinanzausgleich sind schon ein Anlass, nachhaltig zu diskutieren. Meine Damen und Herren, die neuesten Zahlen bestätigen, dass das System nicht mehr funktioniert. Von den 7,3 Milliarden des Länderfinanzausgleichs muss der Freistaat Bayern 3,7 Milliarden und damit mehr als die Hälfte zahlen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat uns Stoiber eingebrockt!)

Die Zahlen haben sich von 2003 bis 2011 nahezu verdoppelt. Wenn man noch die Umsatzsteuerverteilung berücksichtigt, dann zahlen die Bayern derzeit 16 % der gesamten Steuereinnahmen an andere Länder. Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, dass

Bayern quasi im Alleingang den Rest der Republik finanziert.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument, wir seien nicht solidarisch, muss man ernst nehmen. In der Tat stimmt, dass wir seit 1950 3,4 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten haben, und dafür sind wir dankbar. Dass wir ab 1989, als wir Geberland geworden sind, insgesamt 38,3 Milliarden eingezahlt haben, unter dem Strich also insgesamt 34,9 Milliarden Euro netto an die anderen Ländern, entkräftet aber den Vorwurf der mangelnden Solidarität eindeutig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mittlerweile gibt es auch unter den Empfängerländern Diskussionen. Das Bundesland Berlin empfängt mit über 3 Milliarden Euro über 40 % des gesamten Länderfinanzausgleichs. Dadurch wird jeder Berliner Einwohner bei der Ausgleichsberechnung deutlich höher bewertet als jeder Bayer. Meine Damen und Herren, dazu muss ich Ihnen sagen: Aus meiner Sicht sind die Bayern mindestens genauso viel wert wie die Berliner Bürger.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dem Berliner Finanzsenator ist es heute zu nervig, dass wir uns für die Bayern einsetzen. Da kann ich ihm versprechen, dass wir das auch weiter tun werden; unser Auftrag ist es, für Bayern da zu sein und nicht für die anderen Länder.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir streben klar die Reduktion unseres Anteils im Länderfinanzausgleich an, und bieten an, inhaltlich darüber zu diskutieren, wie wir ihn dämpfen können. Dazu haben wir Pläne vorgelegt. Wenn es nicht zu einem Gesprächsergebnis kommt, wollen wir den juristischen Weg beschreiten. Das war übrigens schon einmal erfolgreich. Eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht 1999 hat zu Dämpfungswirkungen geführt, wenn auch leider nicht so hoch, wie wir das gewollt hätten. Martin Zeil, wir werden de facto für die gute Wirtschaftspolitik bestraft, die Bayern macht, weil fast nichts von dem, was wir hier mehr erwirtschaften, übrig bleibt.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Baustein für jeden Tilgungsplan ist natürlich die Konjunktur; das wird die Herausforderung der Zukunft sein. Uns geht es gut, uns geht es besser, und wir wollen, dass das so bleibt. Die Konjunktur ist immer die Basis des Möglichen. Jeder Tilgungsplan muss daher die

konjunkturellen Schwankungen berücksichtigen. Wir brauchen de facto bis 2030 ein langfristiges und nachhaltiges Tilgungs-Controlling. Das heißt, dass wir die Tilgung in konjunkturell schwierigen Zeiten sanfter machen müssen und in konjunkturell starken Zeiten kräftiger. Letztlich ist eine solche Tilgung ein atmender Prozess.

Meine Damen und Herren, unsere Konjunktur läuft und wächst. Das finanzpolitische Polster hat sich dank einer hervorragenden Wirtschafts- und Wachstumspolitik ständig verbessert. An dieser Stelle sage ich dem Wirtschaftsminister ein herzliches Dankeschön für seine Arbeit. Seine Rede hat vorhin bewiesen, dass er leidenschaftlich eine kraftvolle und gute Politik macht.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Bei jeder Rede muss einmal der Wirtschaftsminister gelobt werden!)

- Sie lobe ich nicht, Herr Güller, dessen können Sie sich sicher sein, egal, was passiert.

(Harald Güller (SPD): Dagegen würde ich mich verwahren, wenn Sie mich loben!)

Meine Damen und Herren, es gibt einen Beweis dafür, dass dieses Lob gerechtfertigt ist, nämlich die Steuerschätzungen und die tatsächlichen Steuern seit November. Wir erstellen derzeit den aktuellen Haushaltsabschluss, und dabei stellen wir positivste Zahlen fest. Meine Damen und Herren, seit der November-Steuerschätzung haben wir eine deutliche, stetige Verbesserung. Wir hatten 700 Millionen Euro geschätzt. Nach den aktuellen Abrechnungen hat sich das Ergebnis noch einmal deutlich verbessert. Wenn man alle Abschlussrechnungen und die Bundeserstattung zusammennimmt, kommen wir sogar auf über eine Milliarde mehr, als im November geschätzt wurde. Meine Damen und Herren, das ist ein Beweis dafür, wie stark Bayern in der Welt dasteht. Ich sage ein Dankeschön an alle, die dabei mitgeholfen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben im Dezember bei Beachtung der damaligen Steuerschätzung mit einer deutlichen Tilgung von 250 Millionen Euro begonnen. Jetzt haben wir ein Ergebnis von über einer Milliarde Euro. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns nachhaltig Gedanken darüber machen, wie wir die Tilgung weiterentwickeln. Ich halte es als Finanzminister bei konservativer Rechnung jetzt für seriös und vertretbar, über einen noch nachhaltigeren Einstieg in die Schuldentilgung für dieses Jahr zu diskutieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Barbara Stamm (CSU): Sehr gut!)

Selbst bei konservativer Planung wäre eine Aufstockung möglich. Wir halten eine Aufstockung bis zu einer Milliarde für vertretbar.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Thomas Hacker (FDP): Solche Signale muss man auch kraftvoll setzen!)

Das wäre ein nachhaltiges und glaubwürdiges Signal. Sowohl die Haushaltsexperten der Fraktion als auch die Koalitionspartner haben zu Recht mehrfach darauf hingewiesen, dass wir, wenn wir Spielräume haben und sie seriös bewerten können, den Menschen auch ein Signal geben sollten, dass wir nicht nur langfristig diskutieren, sondern auch nachhaltig stark sind. Meine Damen und Herren, würden wir das tun, würden wir auf einen Schlag über vier Prozent der Schulden aus dem allgemeinen Haushalt tilgen. Das wäre übrigens die größte Tilgung in der Geschichte des Freistaats Bayern. Das wäre für alle ein gutes Signal.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch was den Landesbank-Sonderhaushalt betrifft - der muss natürlich auch für die Jahre bis 2030 bewertet werden -, müssen wir den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung konsequent fortsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Bis 2030 muss die Landesbank ihre Unterstützung an den baverischen Staatshaushalt zurückleisten, sei es durch Ausschüttungen, Zahlungen oder am Ende durch einen möglichen Verkauf, den wir hier anstreben. Meine Damen und Herren, dabei sind - das ist wichtig, weil wir das seriös diskutieren müssen - die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte nach wie vor volatil und unsicher. Die Kapitalquoten werden durch die jeweiligen Bankenaufsichten - die BaFin und die European Banking Authority, EBA - ständig aufgestockt. Die Landesbank kann aber derzeit im Wettbewerb stabiler Banken mithalten. Der EBA-Stresstest vom Dezember hat bewiesen, dass die Landesbank dabei sogar besser dastand als die Deutsche Bank. Diese Strategie der Konsolidierung müssen wir fortsetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn man Steuergelder hineinpumpt, ist das doch klar! Steuergeld ist da drin!)

- Ich würde mir so sehr wünschen, dass die Opposition hier im Hause nicht Woche für Woche darüber diskutiert, wie man eine Bank klein- und schlechtredet, sondern dass sie sich mit klugen Ideen daran beteiligt, was wir tun können, um das Geld der Steuerzahler zurückzubekommen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Tobias Thalhammer (FDP): Sehr richtig! - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Dabei könnten Sie wirklich mithelfen.

Unsere Strategie ist es, die Stabilität der Bank zu gewährleisten und Risikoaktiva abzubauen. Unsere Strategie ist, die EU-Beihilfeverfahren abzuschließen und einen Ausschüttungsplan zu ermitteln. Ich sage an dieser Stelle ausdrücklich: Die Sparkassen sind hierbei auf einem guten und konstruktiven Weg, um auch ihren Beitrag zu leisten. Deshalb sind die einen oder anderen Pressekonferenzen in dieser Woche auch nicht im Interesse der Sparkassen gewesen. Wir wollen die Geschäftsmodelle weiter verbessern, um die Bank, wie es die Opposition immer wieder gefordert hat, für Verkaufsmöglichkeiten zu stärken. Als Stichworte nenne ich: kleiner und stabiler, mehr Regionalität statt Internationalität, mehr Transparenz statt Politik, mehr Mittelstands- statt Konzerngeschäft. Dazu gehört auch - diesen Punkt muss man an dieser Stelle ansprechen -, dass Beteiligungen verkauft werden, wenn man reduziert.

In Baden-Württemberg liegt eine ähnliche Aufforderung der EU-Kommission vor, sich in Anteilen von der Wohnungsgesellschaft zu trennen. Die GBW, über die am Nachmittag diskutiert werden wird, muss in einem Verfahren dargestellt werden, weil Beteiligungen verkauft werden müssen. Die GBW hat einen Gesamtmietdurchschnitt, der unterhalb des normalen Mietspiegels liegt, hat aber nur zu einem Drittel Sozialwohnungen. In anderen Bundesländern hat man zunächst ein rein freies Verfahren gewählt, wie es die EU-Kommission zunächst gefordert hat. Dies führt dazu, dass sich viele Investoren melden, deren prioritäre Geschäftspolitik nicht der Sozialschutz ist. Für uns war der Mieterschutz wichtig. Deshalb haben wir die Aufforderung des Städtetags sehr ernst genommen, der uns vor Weihnachten aufgefordert hat, einen Weg zu finden, um dem Mieterschutz Priorität zu geben. Herr Güller, auch Sie haben das hier im Parlament gefordert. Zu Recht.

(Harald Güller (SPD): Zu Recht, aber Sie haben den Antrag abgelehnt!)

- Gerade nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind in Abstimmung mit der EU-Kommission einen anderen Weg gegangen. Wir haben vorgeschlagen, mit den Kommunen ein privilegiertes Angebot auszuarbeiten, weil die Sozialbindung dort mit Abstand am sichersten erreicht wird. Wir haben einem kommunalen Konsortium ein Angebot gemacht. Es gab ein erstes Treffen. Das war ein gutes Gespräch. Die Kommunen arbeiten derzeit intensiv an einem solchen Programm. Umso unverständlicher und belastender für den Prozess war es, dass der Prozess nicht von den Kommunen, sondern aus einer Sitzung des SPD-Landesvorstands belastet wurde, indem er quasi abgebrochen wird. Dr. Maly, der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, hat mir dem entgegen sofort geschrieben, er wolle auf jeden Fall weiter verhandeln. Daran könnte sich Herr Ude ein Beispiel nehmen. Vielleicht haben Sie den Falschen aufgestellt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Exakt, was Ude gesagt hat. Das waren seine Worte. Aber es ist Ihre Verantwortung!)

Meine Damen und Herren, der heute eingereichte Nachtragshaushalt setzt klare politische Akzente für unser Land. Er beantwortet - das ist das Spannende darin die gesellschaftlichen Zukunftsfragen. Wir investieren bewusst für die Familien und in die Bildungspolitik, indem wir die Kommunen beim Ausbau der Krippen und beim Einstieg in das beitragsfreie Kindergartenjahr unterstützen. Ich halte das für eine ausgesprochen gute Idee. Wir bauen die Lehrerstellen aus, um den Unterrichtsausfall abzubauen. Das ist wichtig, weil im Parlament ausführliche Debatten geführt werden, was Bildungskompetenz sei. Ein Drittel des gesamten Haushalts geben wir seit 2008, seit sich diese Regierung strukturiert hat, für Bildung aus. Das ist ein Plus um 18 %. Mich freut es, dass das bei den Bürgern Akzeptanz findet. In den jüngsten Umfragen des Bayerischen Rundfunks gab es klare Kompetenzzuweisungen. Die Staatsregierung befindet sich weit vor allen anderen. Ich meine, das ist ein richtiges Signal für den Weg, den wir fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir beteiligen uns an der Gestaltung der Energiewende, indem wir die energetische Sanierung - Martin Zeil hat dies vorhin angesprochen -, Speichertechnologie und das Klimaprogramm fortsetzen. Wir entwickeln den Gedanken der Teilhabe des gesamten Landes am Erfolg. Von Oppositionsseite hört man nur das Beispiel einer Stadt. Ich finde, manchmal wäre Solidarität unter den Kommunen denkbar. Für die zweite Stammstrecke fände ich es nötig, dass die nach Ihren Aussagen offenkundig sehr reiche Landeshauptstadt ihren Beitrag zur Finanzierung erbringt, damit das Umland ordentlich erschlossen wird, und nicht nur auf den Freistaat verweist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen bewusst etwas für den ländlichen Raum, indem wir die Regionalförderung stärken, den Breitbandausbau, den Hochschulausbau und die Konversionsplanung fördern. Thomas Kreuzer redet mit den Kommunen, die von der Bundeswehrreform und möglicherweise von der Entscheidung der USA zum Truppenabbau betroffen sind, über Hilfe. Wir setzen ein ganz klares Signal. Wir lassen niemanden in Bayern allein. Die Starken müssen denen helfen, die in Schwierigkeiten sind. Wir als Freistaat Bayern werden das tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen das sicherste Bundesland noch sicherer, indem wir für Polizei, Justiz und Gerichte klare Signale setzen, dass uns die Sicherheit im öffentlichen Raum sehr wichtig ist.

Auch in diesem Nachtragshaushalt geht es sehr stark um die Beamten. Das Thema ist die Bezügeanpassung. Darüber diskutieren wir im Nachtragshaushalt.

Meine Damen und Herren, hier spreche ich im Namen aller. Wir schätzen die gute Arbeit, die unsere bayerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Teilen der öffentlichen Verwaltung leisten. Wir wissen, was die bayerischen Beamten und Beamtinnen erbringen, und wir wissen auch, dass sie in den letzten Jahren ihren Sparbeitrag zur Konsolidierung erbracht haben. Ich möchte ein ausdrückliches Dankeschön für die Leistungsfähigkeit, aber auch für den Beitrag und die Solidarität sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei allen Maßnahmen liegen die bayerischen Bezüge im bundesweiten Vergleich weiter mit an der Spitze. In vielen Fällen ist eindeutig, dass es besser ist, in Bayern Beamter zu sein als anderswo. Wir gleichen mit der ersten Stufe die Besoldungshöhe ab Januar 2012 zwischen den Arbeitnehmern und Beamten an. Die Steigerung beträgt 1,9 %. Die zweite Erhöhung mit 1,5 % findet am 1. November 2012 statt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Weitere Maßnahmen werden folgen: Leistungsstufen und Leistungsprämien leben ab dem 1. Januar 2013 wieder auf. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wird in zwei Schritten auf die 40-Stunden-Woche zurückgeführt. Die jährliche Sonderzahlung wird unverändert weiter gewährt. Im Vorgriff auf das neue Dienstrecht wurden bereits 18.000 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten und Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2009/1010 geschaffen. Das ist besonders wichtig, weil es Flexibilität bietet. Meine Damen und Herren, man kann durchaus sagen, dass wir uns der

Verantwortung für die bayerischen Beamtinnen und Beamten bewusst sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aktuell geht es um die Frage, wie die weitere Vorsorge für die Pensionen geregelt wird. Eines möchte ich dazu sagen: Egal, welches Modell weiter diskutiert wird, können sich alle Beamten zu 100 % darauf verlassen, dass gewollt und gesetzlich verankert wird, die Pensionen in Zukunft so zu erhalten, wie sie sich jetzt darstellen. Meine Damen und Herren, die Altersvorsorge muss gewährleistet sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben bislang die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Beide haben das Ziel, in Zukunft die Belastungen des Staatshaushalts, die durch Pensionszahlungen erfolgen werden, zu dämpfen. Wir sollten jetzt beraten und auf lange Sicht entscheiden, welcher Weg richtig ist im Vergleich von durchschnittlichen Renditen und Zinsbelastung. Die jetzige Struktur ist sicherlich verbesserbar. Sie muss mit dem Ziel der Schuldentilgung in Einklang gebracht werden. Klar ist aber auch, meine Damen und Herren: Die bisherigen Leistungen für die Beamten bleiben dadurch Bestandteil der Pensionsplanung.

Für eines bitte ich aber der Ehrlichkeit halber um Verständnis: Alle derzeitigen statistischen Planungen basieren auf dem heutigen Stand der Mitarbeiter. Sollte die Zahl der Staatsdiener weiter wachsen und sollten jedes Jahr neue Forderungen erhoben werden, sind alle Planungen Makulatur. Deshalb bitte ich herzlich, nicht nur isoliert über die Pensionen zu reden, sondern auch über die Zukunft des modernen Staatswesens. Meine Damen und Herren, man kann nicht über Pensionen philosophieren und ständig neue Stellen fordern. Beides muss in Einklang gebracht werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch einen Punkt aufgreifen, der für die Zukunft des Landes finanzpolitisch wichtig ist. Martin Zeil hat ihn vorhin angesprochen. Ich glaube, wenn die Bayern in Deutschland ganz alleine wären, könnten sie die Zukunft gut planen. Für unsere Konjunktur gibt es nicht nur internationale, sondern auch nationale Herausforderungen. Die gute Nachfrage in Deutschland ist bedroht. In den letzten zwei bis drei Jahren haben wir die Frage gestellt, welche Steuersenkungen möglich sind. Bezüglich der kalten Progression müssten Sie mithelfen. Es kann nicht sein, dass in einem Land, das von Leistung lebt, diejenigen bestraft werden, die besonders viel leisten. Wir brauchen die Änderung. Ich bitte alle SPD-regierten Länder mitzumachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Leider haben wir bei der öffentlichen Debatte über Steuersenkungen scheinbar verpasst, dass Parteitage klammheimlich das Gegenteil beschlossen haben. 2013 werden wir anlässlich der Haushaltsdebatte nicht nur darüber diskutieren, ob wir uns Steuersenkungen leisten können, sondern eher, ob wir Steuererhöhungen national verkraften können. Die Parteitage der SPD und der GRÜNEN haben Beschlüsse gefasst; ich nehme an, mit Beteiligten aus diesem Hohen Haus. Dort wurden Steuererhöhungen beschlossen. Dort geht es um den radikalen Abbau ökologischer Subventionen, ob bei Agrardiesel, Flugbenzin, der Begrenzung der Betriebsausgaben, dem Abzug für Kraftstoffe, Ökosteuer-Ausnahmen oder der ökologisch gesteuerten Dienstwagenbesteuerung. Sie fordern die Anhebung der Einkommensteuer, und Sie fordern die Rücknahme der steuerlichen Entlastung durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Sie wollen die Vermögensteuer für Unternehmen und Privatleute einführen. Sie wollen die Gewerbesteuer verschärfen und, und, und. Ökonomen rechnen, dass diese Steuern - von beiden Parteien beschlossen insgesamt circa 30 Milliarden Euro Steuererhöhungen für die Wirtschaft und die deutschen Bürger bedeuten würden. Das wäre die höchste Steuererhöhung, die es je in Deutschland gegeben hat. Das muss man mit den Menschen im Land diskutieren. Das wäre eine Schädigung der Konjunktur, die wir nachhaltig ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir diskutieren heute eigentlich über den Kurs der Zukunft. Hierzu ein Vergleich: In Nürnberg gibt es einen wundervollen kleinen See, den Dutzendteich. Er ist etwa 30 bis 40 Zentimeter tief und sehr schön. Dort kann man im Sommer bei schönem Wetter wunderbar Boot fahren. Es ist letzten Endes egal, wer am Ruder ist. Da können auch drei miteinander fahren, der eine kann nach rechts fahren, Herr Aiwanger vielleicht, der andere kann nach links rudern, beispielsweise Frau Bause, und Herr Ude kann zurückrudern. Letztlich ist es nicht schlimm, jeder hat Spielräume. Ich befürchte aber, so gern ich das auch hätte, Bayern ist nicht auf dem Dutzendteich unterwegs, sondern es fährt auf den unruhigen internationalen Gewässern. Wir haben schwere Wolken am Horizont, die noch nicht beseitigt sind. Ich glaube deshalb, es ist wichtig, einen klaren Kurs zu fahren, einen Kompass zu haben und Kraft, das Steuerrad zu halten. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Regierungskoalition, die wir jetzt haben, Bayern durch die internationalen Krisen steuern kann. Wir sind sturmfest und sturmerprobt! Wir können den Kurs auch in schwieriger Zeit halten!

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU) - Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, der jetzige Haushalt ist das Kursbuch für die Zukunft. Ich sage Ihnen deshalb eines: Wir lassen uns durch Beleidigungen nicht davon abbringen. Wir glauben mit der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, dass wir genau auf dem richtigen Weg sind. Diesen Weg werden wir gemeinsam gehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Hierzu wurde eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem Herr Staatsminister Dr. Söder zweieinhalb Minuten länger geredet hat als die vorgesehenen 30 Minuten, verlängert sich auch die Redezeit der einzelnen Fraktionen um diese zweieinhalb Minuten. Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Kollege Volkmar Halbleib das Wort. Bitte schön, Herr Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben soeben einen klassischen Söder erlebt. Auch in seiner neuen Rolle als staatstragender Finanzminister kann Herr Söder von einem die Finger nicht lassen: vom gnadenlosen Populismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Nein, nein! - Thomas Hacker (FDP): Keine Panik! - Unruhe bei der CSU und der FDP)

- Ganz ruhig, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, das kann ich Ihnen versprechen.

Das fängt doch schon einmal damit an, dass wir selbstverständlich bestätigen, dass Deutschland und Bayern im Jahr drei nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise gut dastehen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo, Bravo!)

In den letzten zwei Jahren ist eine deutliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Nach einem Einbruch haben sich auch die Steuereinnahmen wieder deutlich erholt. Der Finanzminister hat die aktuelle Situation geschildert, sie schlägt sich im Haushaltsergebnis 2011 nieder: Wir haben Mehreinnahmen von 2,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit 1,5 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen als im Stammhaushalt niedergeschlagen. Das ist zu-

nächst einmal das Verdienst der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber in Bayern. Das kann man hier schon einmal klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist vor allem auch das Verdienst der Gewerkschaften und der Betriebsräte, die für Vertrauen und Akzeptanz von Übergangsregelungen geworben haben. Diese Gewerkschaften hat der schwarz-gelbe Außenminister dieser Republik vor einiger Zeit noch als "Pest Deutschlands" gebrandmarkt. Diese Gewerkschaften haben mitgeholfen, dass die Firmen und die Arbeitnehmer gut durch die Krise kamen. Das muss man an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der SPD)

Was aber die politische Gestaltung als Folge dieser Krise betrifft, so hören wir hier die übliche Anmaßung, die übliche Hybris der schwarz-gelben Staatsregierung. Sie erklärt, diese positive Entwicklung, die wirtschaftliche Erholung und damit auch die Steuereinahmen wären ihr Verdienst. Diese Anmaßung war schon immer falsch. In Zukunft aber werden wir sie in diesem Hause nicht mehr länger hinnehmen. Es waren sozialdemokratische Rezepte, die Bayern so gut aus dieser Krise geführt haben.

(Lachen bei der CSU)

- Es waren sozialdemokratische Rezepte!

(Thomas Hacker (FDP): So wie in Nordrhein-Westfalen und Berlin!)

Das verdanken wir doch nicht konservativen - -

(Alexander König (CSU): Der Unterhaltungswert steigt! - Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

- Das führt zu Heiterkeit, das ist klar.

(Albert Füracker (CSU): Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie hier sagen!)

- Wenn Sie zuhören würden, hätten Sie noch mehr Grund, sich aufzuregen, das kann ich Ihnen versprechen. Gönnen Sie sich deshalb das Vergnügen.

Es waren nicht die konservativen Rezepte, es waren nicht die neoliberalen Rezepte, die in dieser Krise weiterführten. Es waren doch sozialdemokratische Rezepte, die in der Finanz- und Wirtschaftskrise geholfen haben.

(Beifall bei der SPD)

Es war Peer Steinbrück, der als Finanzminister dafür gesorgt hat, dass der Finanzmarkt wieder Vertrauen fasste.

(Unruhe bei der CSU und der FDP - Glocke des Präsidenten)

Es war das überzeugende Konzept von Frank-Walter Steinmeier, mit einem Konjunkturprogramm durch die Krise zu gehen, mit einer Abwrackprämie, mit wichtigen Investitionen in die Zukunft. Dieses sozialdemokratische Rezept hat Erfolg gezeigt!

(Beifall bei der SPD)

Das müssen doch sogar Sie in Ihrer Borniertheit zugeben. Schließlich war es Olaf Scholz, der mit der Kurzarbeiterregelung dafür gesorgt hat, dass Arbeitnehmer durch dieses tiefe Tal der Krise gekommen sind, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren, ohne dass wir in Transferkosten investieren mussten. Als die Wirtschaft wieder ansprang, war der Arbeitnehmer sofort wieder an seinem Arbeitsplatz. Das waren doch sozialdemokratische Rezepte. Das waren weder konservative noch liberale Konzepte. Das sollten Sie an diesem Tag auch einmal eingestehen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Deshalb haben Sie aber allein beschlossen! Nur die SPD hat zugestimmt!)

Dass Deutschland und Bayern so gut und so robust auf die Gefahren dieser Finanz- und Wirtschaftskrise vorbereitet waren und so gut durch die Krise gekommen sind, haben wir weder CSU noch CDU oder gar der FDP zu verdanken, sondern der Sozialdemokratie gemeinsam mit den GRÜNEN unter Bundeskanzler Schröder. Diese Bundesregierung hat die Arbeitsmarktreformen angepackt. Das waren nicht Sie, das war die SPD!

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

Dafür haben wir einen bitteren Preis bezahlt. Wir haben es aber angepackt. Wir haben etwas gemacht, wir haben nicht nur geredet.

(Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Peter Paul Gantzer (SPD))

Wir haben Deutschland zukunftsfest gemacht. Deshalb hat es sich in der Krise auch hervorragend bewährt. Wir haben diesen Mut aufgebracht, Sie nicht!

(Beifall bei der SPD)

Ein Finanzminister in Bayern muss vielleicht an dieser Stelle noch etwas lernen und etwas zugeben können. Die Fundamentaldaten in Bayern, auch was die Steuer anbelangt, würden anders aussehen - auch das muss man sich vor Augen halten -, wenn wir nicht seit Jahren und Jahrzehnten, seit der Nachkriegszeit, das sozialdemokratisch regierte München als Kraftzentrum hätten. München mit seiner guten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist das Kraftzentrum. Dieser Landeshauptstadt haben wir es zu verdanken, dass die Steuereinnahmen so deutlich angestiegen sind. Herr Finanzminister, machen Sie sich und uns doch einfach einmal das Vergnügen, die Steuereinnahmen, die aus der Landeshauptstadt München und den sie umgebenden Landkreisen kommen, herauszurechnen. Sagen Sie uns dann, wo wir stehen. Es wird sich bewahrheiten: Ohne dieses sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum wäre die Steuerentwicklung nicht möglich gewesen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, wir haben eine Wortmeldung des Herrn Kollegen Graf Lerchenfeld für eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Volkmar Halbleib (SPD): Ich möchte Herrn Kollegen Lerchenfeld bitten, sich im Augenblick auf Zwischenrufe zu beschränken.

(Heiterkeit der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Soviel zur Ausgangslage. Der Finanzminister redet zum Nachtragshaushalt 2012. Wenn man schaut, wie viel Redezeit er tatsächlich dem Nachtragshaushaltsentwurf 2012 gewidmet hat, dann sieht man: Dieser Abschnitt nimmt den geringsten Teil seiner Redezeit ein. Das verwundert auch nicht; denn das, was der Finanzminister zum Nachtragshaushalt 2012 sagte, macht vor allem eines deutlich: Dieser Entwurf eines Nachtragshaushalts ist nichts anderes als ein Dokument des Eingeständnisses früherer Versäumnisse. Das kann ich Ihnen auch belegen: Erstens. Der Nachtragshaushalt bestätigt nur das, was wir bei der Beratung zum Doppelhaushalt gesagt haben. Wir haben aufgezeigt, an welchen Stellen zu wenig gemacht wird, was dort, wo es notwendig wäre, nicht gemacht wird.

Unsere Kritik am Doppelhaushalt bezieht sich genau auf die Punkte, die Sie im Nachtragshaushalt ändern. Sie haben einen Aufbruch gefeiert, den es nicht gab. An vielen Stellen im Doppelhaushalt 2011/2012 kam es eher zu einem Abbruch. Jetzt bewahrheitet sich, was wir schon vor langer Zeit gesagt haben: In den Bereichen, in denen Sie massiv gespart und damit Lasten in die Zukunft verschoben haben, müssen Sie nunmehr nachjustieren. Sie haben viel zu wenig investiert - auf Kosten der Infrastruktur. Ich wiederhole:

Sie bessern nach und bestätigen damit die Kritik nicht nur der SPD-Fraktion, sondern aller Oppositionsfraktionen.

(Beifall bei der SPD)

Nur ein paar Beispiele aus Ihrem Mängel-Portfolio: Was die Staatsstraßen angeht, so machen Sie im Nachtragshaushalt nichts anderes, als den völligen Absturz der Ausgabemittel, der im Stammhaushalt noch festgeschrieben ist, zu verhindern und dafür zu sorgen, dass es wenigstens zu einer stetigen Ausgabenentwicklung kommt.

Ähnliches gilt hinsichtlich der Lehrerausstattung: Was haben wir hier für Jubelarien gehört, was die Lehrerausstattung angeblich alles hergibt! Die Koalition behauptete stets, die Kritik des BLLV und der Opposition sei nur Polemik. Jetzt wird deutlich, dass die Mangelverwaltung der Staatsregierung auch in diesem Bereich an ihr Ende gelangt ist. Sie müssen einräumen, dass Sie ohne zusätzliche Lehrerstellen die Unterrichtsversorgung im Freistaat Bayern nicht mehr gewährleisten können. Das ist nichts anderes als ein Eingeständnis Ihrer Versäumnisse bei der Aufstellung des Doppelhaushalts!

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Ausbildung der Finanzbeamten und der Polizeibeamten justieren Sie nach.

Nächster Punkt: Breitbandausbau. Es ist gut, wenn in den Nachtragshaushaltsentwurf mehr Mittel für den Breitbandausbau eingestellt werden. Das ist jedoch nichts anderes als das Eingeständnis, dass Sie bisher viel zu wenig für den Breitbandausbau getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Heute, im Jahr 2012, fordern Sie ein Breitbandkompetenzzentrum für den Freistaat Bayern, und das, nachdem Sie in den vergangen Jahren "Laptop und Lederhose" lächerlich gemacht haben. Nur noch die Lederhose blieb übrig; der Laptop funktioniert nicht mehr, weil Sie keinen Breitbandanschluss bereitgestellt haben. Das ist doch die Wahrheit! Hier muss nachjustiert werden, weil Sie Versäumnisse zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Das beste Beispiel ist das Abfinanzierungsprogramm, das Sie im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt auflegen. Das ist doch nichts anderes als das Eingeständnis dessen, dass Sie bisher zugesagte Fördermittel nicht ausgezahlt haben. Es gibt lange Wartezeiten, viele warten auf ihr Geld. Sie schieben

einen riesigen Investitionsstau vor sich her. Kleinkläranlagen, private Volksschulen, Behindertenförderung, Sportstätten, Wohnbauförderung, Städtebauförderung - überall justieren Sie nach. Sie korrigieren die Fehler, die Sie bei der Aufstellung des Doppelhaushalts gemacht haben, nichts anderes. Als wir diese Fehler damals benannten, wiesen Sie unsere Kritik mit Empörung zurück. Heute aber müssen Sie eingestehen: Wir lagen richtig, als wir die wunden Punkte ansprachen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Staatsregierung führt zwar oft die Worte "Nachhaltigkeit" und "Generationengerechtigkeit" im Munde, aber für heute schon erkennbare Lasten, für die ein Unternehmen zwingend eine Rückstellung bilden müsste, trifft sie keine Vorsorge; das heißt, die Lasten werden in die Zukunft verschoben.

Ich gehe noch näher darauf ein, weil der Finanzminister heute interessante Ausführungen dazu gemacht hat. Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb ein Beleg dafür, dass Sie Lasten in die Zukunft verschieben, weil Sie trotz Steuermehreinnahmen die Versorgungsrücklage nicht bedienen. Auch das ist ein Eingeständnis dessen, dass Ihre bisherige Vorsorgestrategie gescheitert ist. Von der Bedienung der Versorgungsrücklage wollen Sie anscheinend nichts mehr wissen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Konsequenzen des Desasters mit der Landesbank sind ein Eingeständnis Ihres Scheiterns. In diesen Nachtragshaushalt sind roundabout 350 Millionen Euro für Zinsaufwendungen eingestellt, für die die Regierung unter Horst Seehofer die Verantwortung trägt, weil sie, beginnend 2008, 10 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen hat. Das ist die Wahrheit. 350 Millionen Euro stehen für andere Zwecke nicht zur Verfügung, weil die CSU die Landesbank nicht gut gesteuert und in ein Desaster geführt hat. Wofür könnten wir 350 Millionen Euro nicht alles verwenden: für Bildung, für Soziales, für Infrastruktur in Bayern. Dass das nicht möglich ist, dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Pleitegeier!)

Dieser Nachtragshaushalt ist auch deshalb das Eingeständnis Ihres Scheiterns, weil die Privatisierungserlöse - zustande gekommen durch den Verkauf von Volksvermögen, der unter Edmund Stoiber massiv vorangetrieben wurde - allmählich zu Ende gehen und perspektivisch keine weiteren Mittel zur Verfügung stehen. Das merkt man diesem Haushalt an. Es steht

zwar noch eine gewisse Restmenge zur Verfügung, aber sie läuft aus.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein Dokument der Widersprüche und der Unzulänglichkeiten. Wie kann die Staatsregierung im Jahr 1 nach der Energiewende einen Nachtragshaushalt vorlegen, in dem für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude - eine zentrale Aufgabe; auch insoweit hat der Freistaat eine Vorbildfunktion - nicht mehr vorgesehen ist als im Vorjahr, sondern sogar 17,5 Millionen Euro weniger! Nichts macht Ihr Gerede von der Energiewende und Ihr angeblich engagiertes Anpacken unglaubwürdiger als dieser Sachverhalt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Nächster Punkt: Bei den Kindergartengebühren eiern Sie herum. Statt klar Position zu beziehen und Ihren eigenen Koalitionsvertrag beherzt umzusetzen, folgen Sie in dieser Frage einer Salamitaktik. Wir erwarten, dass Sie Ihre Unzulänglichkeiten endlich korrigieren und das einlösen, was Sie den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl versprochen und dann im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Alles in allem muss das auch von Ihnen so gesehen werden. Das ergibt sich aus meiner Aufstellung, auch wenn vielleicht ein Polemikabschlag vorgenommen werden kann; das gebe ich gern zu. Nach meiner festen Überzeugung sehen Sie das auch so. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer vertraut seiner eigenen Haushaltspolitik nicht mehr. Erstmals lässt die CSU erkennen, dass ihre eigene aktuelle Haushaltspolitik keine Überzeugungskraft mehr hat. Würde Horst Seehofer seiner eigenen Haushaltspolitik, wie sie heute im Zuge der Einbringung des Nachtragshaushalts 2012 vorgetragen wurde, tatsächlich vertrauen, dann wären nach dem Kabinettsbeschluss in der Winterklausur von Wildbad Kreuth die finanzpolitischen bzw. fachlichen Qualitäten aus der Sicht der Regierungsfraktionen stärker herausgestellt worden. Vielleicht wäre da und dort noch eine kleine Änderung vorgenommen worden, aber mit dem üblichen Tamtam wäre das Ganze in der letzten Woche, wie es eigentlich geplant war, vorgestellt worden.

Stattdessen wurde in der vergangenen Woche der Nachtragshaushalt nicht eingebracht. Dabei handelt es sich um eine Verschiebung nicht nur des Terminsdas wäre verkraftbar -, sondern auch der finanzpolitischen Diskussion. Diese führt weg vom konkreten Nachtragshaushalt und hin zu einer seltsamen, abstrakten, luftleeren Diskussion, weg von der konkreten finanzpolitischen Situation und hin zu einer Phantom-

diskussion ohne fachliches Fundament. Mir drängt sich der Gedanke auf, dass Sie mit Ihrer CSU der eigenen Regierungspolitik entfliehen wollen. Der Ministerpräsident ist müde geworden, weil er immer wieder mit seinen Versprechungen konfrontiert wird, die er noch in der laufenden Legislaturperiode einlösen soll.

Wie es in der nächsten Legislaturperiode weitergeht, weiß auch er nicht. Deswegen setzt er sich Ziele, deren Erreichung er politisch nicht mehr erleben wird. Er wird mit Sicherheit nicht mehr an deren Erreichung gemessen werden. Endlich ist er die Debatte um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Worten und Taten los. Er kann in die Ferne des Jahres 2030 entfliehen

(Beifall bei der SPD)

Das ist verständlich bei diesem Haushaltsentwurf. Aber es ist abstrus, wenn man sich anschaut, was die CSU in Sachen Verschuldung und Verschieben von Lasten in die Zukunft zu verantworten hat.

(Zurufe von der CSU)

- Ich weiß, dass Sie das erregt.

(Barbara Stamm (CSU): Das erregt mich nicht!)

Das ist ja auch klar - bei dieser Bilanz! Hören Sie in aller Ruhe zu.

Statt Schuldentilgung hat diese Regierungskoalition, insbesondere die CSU, einen massiven Anstieg der Staatsverschuldung zu verantworten - hört, hört! Diese Regierungskoalition hat seit Oktober 2008 die Verschuldung des Freistaates Bayern von 24,1 Milliarden Euro auf 32,6 Milliarden Euro nach oben getrieben. Ursache sind vor allem Fehlentscheidungen und Aufsichtsversagen der CSU im Zusammenhang mit der Landesbank. Das ist Fakt, das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Ihr habt doch auch zugestimmt bei der Landesbank! - Harald Güller (SPD): Wo denn?)

Die Schuldenbelastung für jeden Einwohner des Freistaates Bayern - vom Säugling bis zum Greis - ist seit 2006 um 830 Euro angewachsen. Auch das ist Fakt. Dass Sie angesichts dessen unruhig werden, ist mir völlig klar. Seit 2006, seitdem der Haushalt des Freistaates Bayern angeblich ausgeglichen sein soll - der Finanzminister hat das heute in der ihm eigenen unnachahmlichen Art noch einmal behauptet -, wurden pro Jahr 1,42 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft. Das ist die Wahrheit, die Sie zu verantworten haben.

Weiteres steht bevor. Die Garantieverpflichtung für das ABS-Portfolio der Landesbank wird derzeit als Risiko für den Haushalt des Freistaates Bayern mit 1,6 Milliarden Euro eingeschätzt. Das heißt, auf den Steuerzahler kommen nicht nur die 10 Milliarden Euro, sondern weitere 1,6 Milliarden Euro zu, die der Finanzminister korrekterweise schon in seiner Finanzplanung ausweist. Sie haben also nicht nur die Neuverschuldung nach oben getrieben, sondern sorgen auch dafür, dass weitere finanzielle Belastungen durch die Landesbank auf den Freistaat Bayern zukommen. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Sie muten dem Doppelhaushalt und dem Nachtragshaushalt eine massive Zinsbelastung von 350 Millionen Euro pro Jahr zu. Die Zinsuhr tickt. Unter Ihrer Verantwortung läuft täglich etwa 1 Million Euro auf. Die Zinsuhr läuft unentwegt. Bislang summiert sich der Betrag auf 740 Millionen Euro, die auf die 10 Milliarden Euro noch aufzuschlagen sind. Das ist die finanzpolitische Realität im Freistaat Bayern. Verantwortlich sind Sie.

(Beifall bei der SPD)

In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von voriger Woche steht ein besonderer Satz, für den Herr Finanzminister Söder heute eine Interpretation geliefert hat: "Wir setzen neue Standards für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit." Ihr neuer Standard ist offensichtlich, dass die Zukunftsvorsorge, die Nachhaltigkeit und die Generationengerechtigkeit bei den Pensionslasten Vergangenheit sind, von Ihnen gestrichen werden und dass Sie 563 Millionen Euro an jetzt schon klaren Lasten mit Ihrer Haushaltspolitik in die Zukunft verschieben.

Auch das passt nicht zu Schuldentilgung und Schuldenabbau. Sie schieben finanzielle Lasten in die Zukunft. Ob Sie das mit Schulden oder Pensionslasten machen, kommt auf das Gleiche hinaus. Aber Sie drücken sich davor, dies auszuweisen. Das halten wir für einen fundamentalen Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Reden wir einmal über die Verschuldung, die im Haushalt des Freistaates Bayern überhaupt nicht auftaucht. Ich meine die versteckte Verschuldung. In den letzten Jahren - das ist immer wieder bestätigt worden - ist die Neuverschuldung bei der versteckten Verschuldung, also bei derjenigen, die nicht im Haushalt auftaucht, gestiegen. Der Staatshaushalt spiegelt nur die Einnahmen und Ausgaben wider. Das heißt, beim Verzicht auf Unterhalt, auf Erhaltungsinvestitionen, auf Sanierung von Gebäuden, Straßen und anderen

Einrichtungen des Freistaates bleibt der Haushalt zwar formal ausgeglichen; aber in der doppelten Buchführung von Unternehmen würde dafür ein klarer Verlust ausgewiesen, weil permanent Vermögensverzehr stattfindet.

Genau darauf hat der Oberste Rechnungshof in einer Legion von Hinweisen immer wieder aufmerksam gemacht. Letztlich hat die Staatsregierung das Beanstandete eingeräumt. Aber es ist zu wenig passiert. Die versteckte Verschuldung steigt weiter. Für die Staatsstraßen und den Gebäudeunterhalt steht nach aktuellen Feststellungen des Haushaltsausschusses von dieser Woche viel zu wenig im Etat. Das gilt auch für die Sanierungsmittel. Die versteckte Verschuldung des Freistaates Bayern steigt unter Ihrer Verantwortung tagtäglich. Das ist ein inakzeptabler Zustand.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es eine Verschuldung, die nicht nur beim Freistaat, sondern auch woanders geschieht. Sie ist ebenfalls eine Verschuldung der öffentlichen Hand. Damit spreche ich die Verschuldung an, die der Freistaat Bayern auf die Kommunen abgewälzt hat. In keinem anderen Flächenland der Bundesrepublik ist der kommunale Anteil an der Gesamtverschuldung von Kommunen und Staat so groß wie im Freistaat Bayern; er beträgt nämlich fast 30 %.

Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, weil es unangenehm ist. Aber das heißt nichts anderes, als dass der Freistaat Bayern peu à peu finanzielle Lasten stärker auf die Kommunen abgedrückt hat, also auf diejenigen, die für die Daseinsvorsorge im Alltag zuständig sind. Sie haben mehr Schulden nach unten abgedrückt als jedes andere Bundesland. Die nächsten Bundesländer liegen auf dieser Skala sehr viel weiter hinten. Das ist ein Zustand, den Sie sich zuschreiben müssen. Sie haben die Verschuldung des Freistaates zwar abgebaut, aber die Verschuldung der Kommunen aufgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt zur aktuellen Politik. Bei den Schuldentilgungsüberlegungen, die Horst Seehofer in Wildbad Kreuth bekannt gegeben hat, klafft eine Lücke zur aktuellen Politik. Wenn ich mich recht entsinne - es ist schon lange, lange her; ich glaube, es liegt schon acht Wochen zurück -, hat der Oberste Rechnungshof die Staatsregierung aufgefordert, mehr für die Schuldentilgung zu tun. Aber was war die Reaktion des Ministerpräsidenten? Hat er etwa gesagt, das sei ein sinnvoller Vorschlag und man müsse wirklich mehr für die Schuldentilgung tun? Nein, die Reaktion war genau umgekehrt: Er hat sich darüber empört, dass es der ORH überhaupt wagt, einen solchen Vorschlag zu machen, und hat gesagt: Ich muss, wenn ich dafür Zeit habe, dem ORH einmal erklären, wie moderne Finanzpolitik funktioniert.

Also, noch vor wenigen Wochen hat Ministerpräsident Horst Seehofer das Ansinnen einer weiteren Schuldentilgung brüsk zurückgewiesen, und wenige Tage später verkündete er genau das Gegenteil. Wenn das eine substanzielle und gute Politik sein soll, dann weiß ich nicht mehr, wie man die Politik des Ministerpräsidenten bezeichnen soll. Substanziell und gut wäre es gewesen, wenn er damals dem Obersten Rechnungshof zugestimmt und Konsequenzen gezogen hätte. Dem ORH zu widersprechen und wenige Wochen später genau das Gegenteil zu sagen, halte ich für unsolide und unseriös.

(Beifall bei der SPD)

Was soll man von einem Finanzminister halten, der den Ministerpräsidenten in dieser Sache nicht nur bestätigt, sondern in der darauf folgenden Woche gegenüber dem Obersten Rechnungshof noch nachgetreten hat? Der Finanzminister hat zurückgewiesen, was der Oberste Rechnungshof der Staatsregierung ins Stammbuch geschrieben hat. Das passt doch alles nicht zu den Erklärungen, die Sie heute mit vollem Pathos abgeben. Wenigstens heute wäre es angebracht, wenn Sie, Herr Finanzminister, sich in aller Form beim Rechnungshof und bei seinem Präsidenten entschuldigten. Wenn Sie schon die Entschuldung auf die lange Bank schieben, sollten Sie wenigstens mit der Entschuldigung gegenüber dem Rechnungshof nicht warten.

(Beifall bei der SPD)

Ein Widerspruch ist es auch - vielleicht ändert sich das aufgrund der heutigen Debatte noch; es kann ja sein, dass Sie hinzulernen -, dass Sie die permanente Fortführung von Kreditermächtigungen im Haushalt betreiben. Kreditermächtigungen dienen dazu, Schulden aufzunehmen. Sie ermöglichen dem Finanzministerium zwar eine flexible Handhabung, führen aber - darauf weist der ORH ganz klar hin - in letzter Konsequenz dazu, dass auch in konjunkturell guten Zeiten keine Schulden abgebaut werden.

Wir fordern Sie deshalb auf: Beenden Sie Ihr widersprüchliches Verhalten. Sie predigen Wasser, trinken aber Wein. Sie hätten die Möglichkeit, die Kreditermächtigungen zu streichen. Das haben Sie bisher nicht gemacht. Auf dieses Signal warten wir noch. Vielleicht kommt es aufgrund der heutigen Debatte aber noch. Sie haben das Gegenteil von dem gemacht, was Sie hier behaupten. Sie haben die Kreditermächtigungen im Nachtragshaushalt belassen.

Beim Thema Schulden hat die CSU einen weiteren Widerspruch verursacht. Diesen Versuch hat heute ja auch der Finanzminister noch einmal gemacht. Im Bund ist es pfui, in Bayern hui: Sie nehmen in Ihrer Regierungskoalition in Berlin unter Beteiligung der CSU - der Ministerpräsident sitzt im Koalitionsausschuss - voraussichtlich 26 Milliarden Euro neue Schulden auf. Das sind 6 Milliarden Euro mehr als 2011. Das heißt, unter der Regierungsmitverantwortung der CSU steigt im Bund die Nettoneuverschuldung des beschlossenen Bundeshaushalts.

Die Beschlüsse, die Horst Seehofer als Parteivorsitzender in der schwarz-gelben Koalition zu verantworten hat - sei es das Betreuungsgeld oder die Steuersenkung -, sollen ab 2013 auf Pump finanziert werden. So schaut im Augenblick die Sachlage aus. Was soll man eigentlich von dieser finanzpolitischen Schizophrenie halten? In Bayern geht es so und im Bund so. Insgesamt haben CSU und FDP in dieser Frage keine Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu Ihren Schuldentilgungsüberlegungen. Ich habe gedacht, dass Sie heute etwas konkreter sagen, wie Sie sich das vorstellen. An einer Stelle waren Sie furchtbar konkret; darauf komme ich gleich. Heute wäre der richtige Tag, ein Konzept vorzulegen. Aber Sie haben noch nicht einmal eine grobe Orientierung gegeben. Nachdem ich das Interview mit Ihnen, Herr Finanzminister, in der "Welt am Sonntag" gelesen habe, weiß ich, warum Sie keine Orientierung gegeben haben: weil Sie nämlich in zentralen Fragen keine Orientierung haben. Ich kann Ihnen das belegen. Das fängt schon beim Umfang der Schuldentilgung an. Der Journalist Peter Issig von der "Welt am Sonntag" fragt Sie: "Stimmt es, dass durchschnittlich iährlich 1.8 Milliarden Euro zurückbezahlt werden müssen?" Antwort von Ihnen, Herr Finanzminister: "Das ist eine willkürlich gesetzte Zahl." Dabei ist es die exakte Zahl, die bei 32,6 Milliarden Euro Schulden und einem Abbauzeitraum bis 2030, somit von 18 Jahren, durchschnittlich pro Jahr herauskommt. 18 Jahre bis zum Jahr 2030 bei 32,6 Milliarden sind damit 1.8 Milliarden pro Jahr. Sie bezeichnen dies in einem zentralen Interview als eine willkürlich gegriffene Zahl. Das kann doch nicht sein. Was steckt dahinter, wenn Sie selbst beim Umfang der Schuldentilgung keine Klarheit haben, sondern Unklarheiten verbreiten? Damit fängt es schon einmal an.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Meine Auffassung ist, dass Schuldentilgung immer etwas mit Sparanstrengungen zu tun hat. Mich überrascht sehr, dass Schuldentilgung nach Auffassung des bayerischen Finanzministers nichts mit Sparanstrengungen zu tun hat. Das ist eine sehr überraschende These, die ich kaum nachvollziehen kann. So ist es aber wohl zu verstehen. Naheliegende Frage des Journalisten: "Müssen sich also alle Ministerien auf Kürzungen einstellen?" Antwort des Finanzministers: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Die Antwort des bayerischen Finanzministers ist also: "Wir sparen nicht, wir tilgen." Der Journalist hat natürlich nachgefragt, wie er seine Fraktion überzeugen wolle, die nach neuen Straßen, neuen Konzertsälen und Bewachern für die Gerichte ruft. Antwort Söder - zum wiederholten Mal -: "Nein, ich betone: Wir sparen nicht, wir tilgen." Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU und der FDP: Wenn ein Finanzminister erklärt, dass er nicht sparen will und gleichwohl Schulden tilgt, dann ist er ein unglaubwürdiger Finanzminister. Sie wissen das, und wir wissen das. Wir müssen das an dieser Stelle auch der Bevölkerung in Bayern deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Nächste Frage zum Personalabbau: Frage des Journalisten - ganz selbstverständlich -: "Dennoch wollen Sie den Staatsapparat schlanker machen, also bei den Beamten kürzen?" Antwort des Finanzministers: "Es geht nicht um Kürzung." Das gleiche Spiel. Nachfrage des Journalisten: "Sie müssen doch irgendwo einsparen." Antwort Söder: "Es gibt ja Reduzierungspläne aus früheren Verwaltungsreformen, die noch gar nicht zu Ende gebracht worden sind." So weit, so klar. Dann fragt der Journalist, wie der Finanzminister vorgehen wolle. Antwort des Finanzministers: "Wir wollen klären, ob es nicht flexiblere Einsatzmöglichkeiten geben kann." Zwischenfrage des Journalisten: "Sollen Polizisten Lehrer werden?" Antwort des Finanzministers: "Natürlich nicht. Aber es gibt viele Aufgabenbereiche, die flexibler gestaltet werden können so wie in anderen Unternehmen auch." Ich schaue in Ihre Gesichter. Sie sind ähnlich ratlos wie ich. Wenn Sie mir ein Beispiel nennen würden, wo man bei flexiblem Einsatz signifikant einsparen kann, dann wäre ich Ihnen dankbar. Der Finanzminister hat jedenfalls keines genannt. Allgemeine Behauptungen und keine Belege - das ist die Devise dieses Finanzministers.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt. Der Finanzminister hat heute in diesem Hohen Hause für Klarheit gesorgt. Es geht um den Pensionsfonds und die Pensionsrücklage. Hier sagt der Finanzminister auf Frage des Journalisten, ob nicht die derzeit aus-

gesetzte Bedienung des Pensionsfonds nachhaltig wäre, schlicht die Unwahrheit. Das gleich dreimal - auch das muss man an dieser Stelle sagen. Der Finanzminister behauptet, die Versorgungsrücklage werde laufend bedient. Das ist falsch. Auch die Zuführungen zur Versorgungsrücklage aus der Absenkung des Versorgungsniveaus werden nicht korrekt bedient. Das weisen auch dieser Haushalt und die Aussagen der Staatsregierung eindeutig nach. Das ist eine Falschbehauptung.

Weiter behauptet der Finanzminister, die Zahlungen in den Pensionsfonds seien in den vergangenen Jahren ausgesetzt worden. Er verschweigt - das ist die nächste falsche Aussage -, dass Sie die Zahlungen auch in der Gegenwart ausweislich Ihres heute vorgestellten Haushaltsentwurfs vollständig aussetzen und in Ihrer eigenen Finanzplanung selbst ab dem Jahr 2013 zeitlich verschieben. Das heißt, Sie täuschen die Öffentlichkeit über Ihre tatsächlichen Absichten.

Nächste Behauptung - Sie haben diese heute in das Hohe Haus eingebracht -: Schuldentilgung für alle ist besser, als nur Geld für Pensionen zurückzulegen. Diese Aussage ist ökonomisch falsch, und Sie mussten heute vor dem Hohen Haus zugeben, dass im Augenblick diese Aussage definitiv nicht stimmt. Diese Aussage hat auch bisher nicht gestimmt. Nach der Aussage Ihres eigenen Hauses liegen die Habenzinsen derzeit deutlich höher als die Sollzinsen. In Ihrer ersten Herausforderung Ihres Amtes treffen Sie gleich drei Falschaussagen. Sie versuchen, die Menschen in Bayern für dumm zu verkaufen, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch politisch ist es ein großer Fehler; denn Sie verraten das, wofür Sie eigentlich stehen sollten, nämlich das Nachhaltigkeitsprinzip in der Finanzpolitik. Sie treten mit Ihrer Aussage vor dem Bayerischen Landtag kurzerhand das hinter dem Versorgungsfonds und der Rücklage steckende Prinzip in die Tonne, dass ebenso wie beim Angestellten entsprechend der Rentenversicherungsbeiträge für Beamte zeitnah Rückstellungen gebildet werden sollen, um keine Lasten in die Zukunft zu verschieben. Bei der doppelten Buchführung, die gerade diese Grundsätze der langfristigen Perspektive im Blick hat, müssten Sie Rückstellungen bilden. Das machen Sie nicht, und das wollen Sie auch in Zukunft nicht mehr machen. Anscheinend wollen Sie auch die Rücklage, die schon gebildet worden ist, auflösen. Sie zerstören - darüber sollten Sie sich im Klaren sein - ein Herzstück der Stoiberschen Politik, und zwar ein vernünftiges Herzstück. Dass das gerade ein Stoiberianer macht und dem damaligen Ministerpräsident des Freistaats bei der Gründung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage mittelbar Spekulationspolitik vorwirft, schlägt dem Fass den Boden aus. Es ist ein inakzeptabler Vorwurf, gegen den man Edmund Stoiber und alle anderen in Schutz nehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie demontieren die Nachhaltigkeitspolitik. Sie haben dabei in Kreuth den Aufstand der Jungen zur Kenntnis nehmen müssen, die gesagt haben: Wir wollen den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage bedienen. Aber anscheinend ist die Frage, wie man finanzpolitisch in die Offensive kommen kann, so entschieden worden, dass jetzt irgendetwas her muss, was die Versprechen des Freistaates Bayern hinsichtlich der Schuldentilgung stützen kann. Dann nehmen Sie, bevor der Ministerpräsident wie ein nackter Mann dasteht und nichts vorlegen kann, dieses wichtige und traditionsreiche Instrument in die Hand und zerstören die Ergebnisse der Regierungspolitik von Edmund Stoiber und zerstören auch das, was damit verbunden ist. Auch wir von der SPD haben darum gekämpft, dass rechtzeitig Vorsorge getragen wird. Das ist eine Politik, die sich selber Lügen straft. Eine solche machen wir nicht mit, und deswegen werden wir Sie im Haushaltsausschuss zwingen, Farbe zu bekennen. Wir sind sehr gespannt auf die Antwort der Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. Sie haben die Redezeit Ihrer Fraktion um eineinhalb Minuten überzogen. Ich gebe den anderen Fraktionen die gleiche Möglichkeit zur Überziehung. Als Nächste hat nun die Kollegin Erika Görlitz das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche jetzt, wieder etwas auf die Realität zurückzukommen und darzustellen, wie es bei uns in Bayern tatsächlich aussieht.

(Beifall bei der CSU)

"Bester kommunaler Finanzausgleich. Freistaat unterstützt Kommunen mit Rekordzahlung" - so titelte die "Augsburger Allgemeine" und sagt damit aus, wie es tatsächlich um die bayerischen Finanzen steht.

Die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich haben ein historisches Hoch erreicht. Die Sieben-Milliarden-Grenze wurde geknackt. Ich glaube - das muss man vorausschicken -, das geschah im besten Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Mit den Verantwortlichen konnte ein Finanzausgleich ver-

handelt werden, der den Kommunen den Spielraum gibt, erfolgreich ihre Politik zu tätigen. Das ist die Grundaussage dieses Finanzausgleichs.

Im Jahr 2012 haben wir Ausgaben in Höhe von 7,3 Milliarden Euro zu verzeichnen. Das ist der höchste Finanzausgleich aller Zeiten, und das bedeutet einen Aufwuchs von 5,6 %. Bei den reinen Landesleistungen bedeutet dies sogar eine Steigerung um 6,5 %. Das Ganze muss man vor dem Hintergrund sehen, wie die bayerischen Kommunen ohnehin aufgestellt sind. Die Finanzsituation der Kommunen hat sich besonders gut entwickelt. Die Einnahmen aus Steuern sind in den letzten zehn Jahren um 34,8 % gestiegen. Wenn man dagegen die staatlichen Einnahmen anschaut, so sind es dort 21,5 %. Also stehen die Kommunen weit besser da, als es nach den derzeitigen Bedingungen für den Freistaat der Fall ist.

Meine Damen und Herren, die Ausgaben stiegen ebenfalls. Auch die Kommunen haben weiter stark investiert. In den letzten zehn Jahren sind die Ausgaben der Kommunen um 28,2 % gestiegen, während es beim Freistaat Bayern 26 % waren, und das bei einer Investitionsquote von 23,4 % bei den Kommunen und von 12,5 % beim Freistaat Bayern. Wir können heute feststellen, dass die Kommunen inzwischen wieder beim Höchststand des Jahres 2008 angekommen sind und dass damit die schwierige Zeit hinter uns liegt.

Der kommunale Finanzausgleich setzt Schwerpunkte, und dies sowohl durch einen deutlichen Aufwuchs bei den Schlüsselzuweisungen, bei der Stärkung der Verwaltungshaushalte der Kommunen als auch durch einen enormen Aufwuchs bei den Investitionsförderungen. Der Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund - das ist ja eine Forderung, die strukturelle Verbesserungen für die Kommunen bringt - wird von 12,2 % auf 12,5 % angehoben. Ich darf daran erinnern, dass wir im Jahr 2005 damit begonnen haben, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund kontinuierlich zu erhöhen. Damals lagen wir bei 11,54 %, jetzt sind wir bei 12,5 % angelangt. Das ist eine Steigerung um 8 %, die für die Kommunen verlässliche Werte bringt.

Die Schlüsselzuweisungen - das ist die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich - steigen um 100,2 Millionen Euro und damit um 3,9 %.

(Zuruf von der SPD: Das können wir alles nachlesen! - Gegenrufe von der CSU)

- Das kann man alles nachlesen. Warum tun Sie es dann nicht und behaupten, wir würden die Kommunen zusätzlich belasten? (Volkmar Halbleib (SPD): Ist der Verschuldungsgrad hoch oder ist er nicht so hoch? - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Bildungsinfrastruktur hat eine ganz hohe Priorität in Bayern. Wir stellen zusätzlich Lehrer ein. Das werden wir heute noch hören. Aber auch die Kommunen sorgen dafür, dass wir beste Voraussetzungen haben, damit die Kinder eine gute Bildung erreichen. Beim Schulbau und bei den Kindertageseinrichtungen werden die Ausgaben um 80 Millionen Euro steigen. Das ist eine Steigerung um 30 %. Damit sind die bayerischen Kommunen bei den Kindertagesstätteneinrichtungen vorbildlich. Überall, landauf, landab, werden Kinderkrippen eröffnet, überall werden ausreichend Krippenplätze zur Verfügung gestellt außer in München, aber auf dem Land überall. Das muss man einmal feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Vor allem werden auch die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir die Ganztagsschulen weiter voranbringen können. Damit verbessern wir die Bildungschancen weiter und stärken auch unser Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Ein weiterer wichtiger Beitrag sind die Investitionspauschalen zur Unterstützung der Kommunen bei kleineren Investitionen. Sie steigen enorm um 47 %, auf 255 Millionen, an. Damit erhöht sich die Finanzstärke der kleineren Kommunen enorm. Im Jahr 2009 haben wir damit begonnen, diese Mindestinvestitionspauschale umlagekraftabhängig auszugestalten, und sind damals mit durchschnittlich 26.000 Euro gestartet. Jetzt liegen wir bei einer durchschnittlichen Umlagekraft von 68.000 Euro. Das bedeutet eine eindeutige Stärkung der kleineren Kommunen mit zurückgehender Steuerkraft. Das gibt unseren Kommunen die Möglichkeit, ihre Aufgaben zu meistern.

Der Demografiezuschlag ist eingeführt worden. Wenn der Rückgang der Einwohner in den nächsten zehn Jahren 5 % überschreitet, gibt es einen Zuschlag. Damit haben die Kommunen die Möglichkeit, der Abwanderung durch eine Steigerung der Attraktivität der Gemeinde entgegenzuwirken. Insoweit geschehen großartige Dinge in den Kommunen. Das werden wir weiter stärken. Die kleinen Gemeinden sind also die Gewinner dieses Finanzausgleichs.

Um die Investitionspauschalen anheben zu können, wird bei der Abwasserförderung um 20 Millionen Euro moderat abgesenkt. Dadurch, dass diese aber mit der Förderung von Einrichtungen der Wasserversorgung austauschbar ist, haben wir insoweit keine Engpässe zu erwarten. Dabei geht es auch nicht um Einsparun-

gen für den Freistaat Bayern, sondern alles kommt den Kommunen zugute.

Die Zuweisungen für die kommunalen Umgehungsstraßen werden um 50 % auf 30 Millionen steigen. Das kommt gerade jenen Kommunen zugute, die Umgehungsstraßen in kommunaler Sonderbaulast bauen wollen. Es gibt einige ganz dringende Fälle, zum Beispiel auch in meinem Stimmkreis. Damit können wir Verbesserungen erreichen. Das kommt der Verkehrssicherheit zugute, auch dem Radwegebau, der für uns sehr wichtig ist, weil er die Attraktivität und den Freizeitwert enorm steigert.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Zuweisungen an die Bezirke. Hier haben wir eine Steigerung von 6,8 % auf 623,6 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir freuen uns darüber, dass die Menschen ein immer höheres und gesegnetes Alter erreichen dürfen. Als Folge davon sind sie aber auch auf immer mehr Hilfen angewiesen. Um die sozialen Aufgaben besser bewältigen zu können, steigt die Bezirksumlage. Wir versuchen und hoffen, dass dadurch die Umlagen stabil bleiben.

Die Überlassungsbeträge bei der Grunderwerbsteuer sollen um 50,3 Millionen Euro anwachsen. Damit kommt man einigen Kommunen entgegen, denen dies ein ganz dringender Wunsch war.

Die Zuweisungen des Einkommensteuersatzes sollen um 53,5 Millionen auf 508 Millionen steigen. Das ist der Ausgleich des Bundes für die Steuererleichterungen, die unsere Bürgerinnen und Bürger erhalten haben. Es ist ein besonderer Verhandlungserfolg, dass insoweit ein Ausgleich geschaffen wird.

Meine Damen und Herren, ich darf in diesem Zusammenhang noch daran erinnern, dass wir durch die Entlastung aus der Grundsicherung vom Bund auch für unsere Kommunen den ersten Rückgang und eine Erleichterung von 141 Millionen Euro in diesem Jahr zu erwarten haben. Auch dies wird die Kommunen stärken.

Dieser Finanzausgleich macht deutlich: Wir sind ein verlässlicher Partner der Kommunen. Kein anderes Land tut so viel für seine Kommunen. Deshalb sind wir auch so erfolgreich. Das Zusammenspiel einer erfolgreichen Landespolitik mit erfolgreichen Kommunen macht Bayern zu einem so lebenswerten Land. Pfaffenhofen ist nicht nur die lebenswerteste Kommune, sondern in Bayern lässt sich insgesamt gut leben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Der CSU-Fraktion stehen noch 24 Minuten Redezeit zur Verfügung. Als Nächster hat der Kollege Mannfred Pointner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Pointner.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Nachtragshaushalt 2012 steht unter einem besonderen Vorzeichen. Die Nachtragshaushalte, die wir als FREIE WÄHLER hier im Landtag bisher erlebt haben, waren dadurch bestimmt, dass der Staat mehr Geld brauchte und damit Kreditermächtigungen notwendig waren, um zum Beispiel - ich erinnere an den Nachtragshaushalt 2008 - die Landesbank zu retten. Der Betrag von 10 Milliarden Euro ist schon genannt worden. Das hat unsere Verschuldung von 24 Milliarden Euro auf 34 Milliarden Euro erhöht. Inzwischen ist das wieder um einiges reduziert worden.

Der Nachtragshaushalt 2010 sollte ja die befürchteten Folgen der Wirtschaftskrise auffangen. Der Nachtragshaushalt 2012 zeichnet sich dadurch aus, dass aufgrund der erheblich gestiegenen Steuereinnahmen weitaus mehr Geld zur Verfügung steht, als im Doppelhaushalt 2011/2012 eingeplant war. Die Steuereinnahmen 2011 waren so hoch wie nie zuvor. Auch 2012 ist laut Steuerschätzung nochmals eine Steigerung zu erwarten.

Zu verdanken haben wir das natürlich unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern, die diese Steuereinnahmen mit ihrem Fleiß, mit ihrer Arbeit erst erwirtschaften konnten. Hier sind vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu nennen, die durch Lohnverzicht, Kurzarbeit, Leiharbeit, Zeitarbeit und andere Modelle dazu beigetragen haben, dass die Lohnstückkosten dem Wettbewerb mit anderen Nationen durchaus mehr als standhalten konnten. Die Arbeitgeber haben ihre Möglichkeiten genutzt, ihre Mitarbeiter zu halten, und haben innovativ und flexibel auf die schwierige Situation reagiert.

Natürlich brauchen unsere Unternehmen mit ihren Beschäftigten dafür gute Rahmenbedingungen. Diese schaffen der Bund und die Länder mit ihrer Gesetzgebung, aber auch mit ihrer Förderung von Unternehmen. Vor allem ist auch wichtig - das wird leider immer wieder übersehen -, dass die Verantwortlichen vor Ort für unsere Unternehmen, für unsere Beschäftigten die besten Voraussetzungen schaffen. Es sind die Kommunen, die durch ihre Planungen und durch ihre Infrastrukturmaßnahmen erst die Grundlagen dafür schaffen, dass die Unternehmen tätig werden können. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerbesteuer nach wie vor bestehen bleibt - es gibt noch immer Leute, die sie abschaffen wollen -; denn gera-

de die Gewerbesteuer bringt die Verknüpfung der Kommunen mit den Unternehmen zustande und ist ein ganz wichtiger Faktor.

Eine ganz besondere Rolle spielten und spielen für die Bewältigung der Krise auch unsere mittelständischen Kreditversorgungsunternehmen wie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die vor allem in schwierigen Zeiten ausreichend Finanzmittel zur Verfügung stellen und stellten. - Sie, Herr Finanzminister, sind gerade beschäftigt. Entschuldigung, dass ich Sie störe.

(Dr. Markus Söder (CSU): Ich höre zu! Ich bin multitaskingfähig!)

- Gut, Sie hören zu. - Sie sollten das berücksichtigen, wenn die im Zusammenhang mit der Rettung der Landesbank gestellten Forderungen aus Brüssel an die Sparkassen verhandelt werden. Eine Schwächung der Sparkassen würde nämlich auch zu einer Schwächung der mittelständischen Wirtschaft führen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU)

- Das macht nichts, entscheidend sind die Inhalte.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie sind heute in einer sehr komfortablen Lage. Frühere Finanzminister hätten davon geträumt, gleich beim Einstieg so viel Geld zur Verfügung zu haben. Die Steuereinnahmen 2011, die vorhandene Rücklage aus 2010 und die Steuerschätzung 2012 ergeben ein deutliches Plus in den Kassen des Freistaats. Heute sind noch einmal 300 Millionen Euro dazugekommen. Wenn man die Entnahme aus den Rücklagen, die vorgesehen war, und die Beleihung des Grundstocks nicht vollzieht - das ist ja nicht mehr nötig -, dann verbleiben Ihnen nach meiner Rechnung noch gut 4 Milliarden Euro an Überschuss, sozusagen an Rücklagen. 3,5 Milliarden Euro reichen auch schon.

Ursprünglich hatten Sie 250 Millionen Euro für die Tilgung vorgesehen. Heute haben Sie mich und uns mit der Mitteilung überrascht, dass erstens mehr Geld da ist - das haben wir vorher nicht erfahren - und dass Sie zweitens die Schuldentilgung jetzt entsprechend erhöhen wollen. Ich habe gestern mein Redekonzept gemacht. Wahrscheinlich hatten Sie jemanden, der da hineingeschaut hat; denn genau den Betrag, den Sie heute vorgeschlagen haben, nämlich die eine Milliarde Euro - mit Einrechnung der 300 Millionen Euro, die Sie heute genannt haben -, hätte auch ich Ihnen vorgeschlagen. Deswegen möchte ich jetzt zum Schuldenabbau, zu diesem Betrag, nichts Näheres mehr sagen. Ich meine, in guten Zeiten - wir haben die bes-

ten Zeiten, was die Einnahmen betrifft - müssen wir tilgen; denn wann sonst sollen wir tilgen, wenn nicht in diesen Zeiten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jeder Privatmann, jeder Geschäftsmann weiß, dass er die Schulden abbauen muss, wenn er gute Zeiten und entsprechende Einnahmen hat, damit er Luft hat, wenn die Zeiten einmal nicht mehr so gut sind.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle trotzdem auf den Schuldenabbauplan bis 2030 eingehen und einige Anmerkungen dazu machen. Es gibt Vorschläge - wir wissen ja nicht, ob die Steuereinnahmen immer so gut sind -, wie man sich Geld beschaffen kann.

Die Neuordnung des Finanzausgleichs ist jetzt wieder einmal auf den Tisch gekommen. Es ist richtig, dass das Land Bayern das meiste einzahlt; das ist bedauerlich. Aber was hat dazu geführt? Was ist die Ursache? - Das ist doch darauf zurückzuführen, dass damals die alleinregierende CSU 2001 unter Ministerpräsident Stoiber eine entsprechende Vereinbarung mit den anderen Ländern abgeschlossen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Vereinbarung und auch die gesetzlichen Regelungen dazu gelten bis 2019. Interessant ist, dass 2001, also zu dem Zeitpunkt, als diese Vereinbarung geschlossen worden ist, das Land Hessen das meiste zahlte. Baden-Württemberg und Bayern zahlten ungefähr gleich viel. Aber insgesamt haben damals die Geberländer mehr gezahlt als heute. Das spielt sicherlich eine Rolle, wenn jetzt weitere Verhandlungen geführt werden. Sie haben gesagt, wenn diese Verhandlungen nicht erfolgreich sind, dann wird geklagt. Ich kann mich erinnern, dass wir vor ungefähr einem Jahr hier schon einmal die gleiche Diskussion geführt haben. Auch damals wurde vom Verhandler und von der Klage gesprochen. Ich frage mich, warum das damals nicht weiterverfolgt worden ist und nun völlig neu auf den Tisch kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das kann natürlich mit Baden-Württemberg zu tun haben, weil man sich dort neu orientieren musste. Aber der Sachverhalt hat sich seither nicht verändert.

Interessant ist auch, dass Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, das Instrument der "Einwohnerveredelung" aus Berlin angesprochen und kritisiert haben. Man kann auf jeden Fall darüber reden. Ich möchte Sie aber darauf hinweisen, dass wir auch im kommunalen Finanzausgleich diese "Einwohnerveredelung" haben.

In München oder Nürnberg werden nicht nur 135 Punkte gerechnet, sondern weit über 150 Punkte. Auch darüber müsste man reden; denn zu dem Finanzausgleich bei den Kommunen besteht ja kein großer Unterschied. Es geht um die großen Städte. Darüber muss man diskutieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einen Wert von weit über 150 % bei München und von 150 % bei Nürnberg. Man muss auch mit den Leuten in Passau oder anderen kleinen Dörfern reden, wie sich das zueinander verhält, ob die Einwohner dort mehr wert sind.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Passau ist kein kleines Dorf!)

- Auch Passau bekommt mehr. Gut, das Wort "andere" nehme ich zurück. Man muss auch mit kleineren Orten darüber reden, ob das so in Ordnung ist.

Ich kann, was den Finanzausgleich betrifft, der Staatsregierung nur empfehlen, nicht immer nur zu drohen oder zu diskutieren, sondern diese Klage schnellstmöglich einzureichen, sollten Sie der Überzeugung sein, dass diese Klage Erfolg verspricht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine weitere Option für den Schuldenabbau - diese ist schon genannt worden - ist der Verkauf der Landesbank. Dies dürfte derzeit wohl schwer zu verwirklichen sein, wenn wir die Probleme mit der ungarischen MKB oder auch die Risiken betrachten, die bestehen, weil die ABS-Papiere noch längst nicht alle eingelöst worden sind.

Wir alle hoffen, dass diese 10 Milliarden Euro einmal zurückgezahlt werden können und dass vor allem die stillen Einlagen kurzfristig eventuell zurückkommen. In dieser Hinsicht hoffen Sie auch auf einen Beitrag der Sparkassen. Allerdings steht noch die eventuelle Inanspruchnahme der Garantie für die Landesbank für diese ABS-Papiere in Milliardenhöhe im Raum. Es stellt sich erst 2014 oder später heraus, ob sie in Anspruch genommen wird.

Darüber hinaus bitte ich auch zu bedenken: Wenn die Landesbank, was wir alle hoffen und wünschen, wieder Gewinne macht und Ausschüttungen machen kann, muss gut überlegt werden, ob ein Verkauf sinnvoll ist, vor allem dann, wenn die Gewinnausschüttungen über den Schuldzinsen liegen würden.

Es sind auch noch Einsparmöglichkeiten beim Personal genannt worden. Man könne beim Personal sparen - nicht natürlich bei den Lehrern und Polizisten.

Ich frage mich nur, wo dann. Es ist ja schon einiges passiert. Ich darf auf den Vorvorgänger des Ministerpräsidenten verweisen und daran erinnern, zu welchen Verwerfungen das damals geführt hat und heute noch führt und welche Folgen das in vielen Bereichen zum Beispiel bei der Justiz, bei den Finanzämtern, aber auch im Bildungsbereich und bei der Polizei hatte. Die Folgen sind heute noch zu spüren.

Wenn Sie vom Schuldenabbau für den Freistaat Bayern reden, dann sollten Sie natürlich auch den Bund und die Kommunen im Auge behalten. Es geht nicht an, dass ein Schuldenabbau zulasten des Bundes erfolgt, indem man Zustimmungen zu bestimmten Gesetzesänderungen oder Leistungen nur dann erteilt, wenn der Bund die vollen Kosten übernimmt, oder auch zulasten der Kommunen, wenn man Zuständigkeiten und Aufgaben auf die Kommunen abschiebt.

Andererseits ist Schuldenabbau nicht unrealistisch. Er muss nur konsequent verfolgt werden. Man muss auch ein Konzept haben. Natürlich kann man nicht jedes Jahr den gleichen Betrag abbauen, sondern man muss schauen, was möglich ist. Aber es muss über die Jahre hinweg kontinuierlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn das nicht der Fall ist - ich möchte jetzt ein bisschen zur Erheiterung beitragen -, könnte es so ausgehen, wie wenn der Pfarrer über die Abschaffung des Zölibats spricht und sagt: Wir werden es nicht mehr erleben, aber vielleicht unsere Kinder.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, absolut widersprüchlich ist es, wenn Sie von Schuldenabbau reden und gleichzeitig die Einzahlung in den Versorgungsfonds und in die Rücklage aussetzen wollen. Für mich ist es auch nicht nachvollziehbar, dass inzwischen sogar eine Diskussion darüber eröffnet wurde, den Versorgungsfonds ganz aufzuheben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war vorher die Erklärung!)

- Ja, das ist erklärt worden. Es gibt keine Diskussion mehr. Nachdem es der Minister verkündet hat, gehen wir davon aus, dass er es durchsetzen möchte.

Das Argument, dass Anlagen aus dem Fonds weniger Ertrag bringen, als Zinsen für die Schulden zu zahlen sind, ist nicht stichhaltig. Wenn diese Pressemeldungen stimmen - sie stimmen zum jetzigen Zeitpunkt offenbar -, wonach die Fondsanlagen einen höheren Ertrag erwirtschaften, als aktuell Zinsen zu zahlen sind, wäre das aus wirtschaftlichen Gründen richtig. Es ist

auch richtig, dass es nur eine Momentaufnahme sein kann. Es kann sich morgen schon anders darstellen. Trotzdem müssen der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage weiter erhalten bleiben und auch bedient werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die eingezahlten Gelder müssen natürlich den künftigen Haushalten entzogen werden. Es kann nicht so eine Art Fonds sein, bei dem man sich ständig bedient und, wenn es notwendig ist, das Geld wieder herauszieht. Wer nicht in den Versorgungsfonds einzahlen will, braucht von Schuldenabbau nicht zu sprechen, weil er dann eben die indirekten Schulden für die nächsten Jahre laufend erhöht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsweisend. Nicht nachhaltig und zukunftsweisend ist auch, dass nach wie vor zu wenig Mittel für die Instandhaltung der staatlichen Gebäude eingesetzt werden. Ich darf ausdrücklich auf den neuesten Bericht des Rechnungshofs verweisen. Es ist schon eine alte Geschichte, es kommt immer wieder vom Rechnungshof, dass hier weitaus zu wenig getan wird. Diese Vernachlässigung von staatlichen Gebäuden wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einholen. Es ist auch nicht zumutbar für die Leute, die dort beschäftigt sind, dass sie in maroden Gebäuden arbeiten müssen, wo der Putz abblättert, wo man sogar Angst haben muss, dass einem mal ein Brocken aus der Mauer auf den Kopf fällt. Hier muss auf jeden Fall mehr getan werden.

Zum Nachtragshaushalt ist allgemein festzustellen, dass wir einige Anträge, die wir zum ordentlichen Haushalt, also zum Stammhaushalt 2012 gestellt haben, nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang stellen müssen, weil Sie ihnen im Nachtragshaushaltsentwurf ganz oder zum Teil nachgekommen sind. Es ist eine ganze Latte, die ich Ihnen vorlesen könnte. Momentan sind Kollegen von der CSU - von der SPD und der FDP habe ich das noch nicht gehört - draußen unterwegs und erklären den Leuten, dass die Oppositionsparteien, also auch die FREIEN WÄHLER, Anträge gestellt hätten, die ganz und gar nicht finanzierbar seien. Wenn wir nun den Haushaltsentwurf anschauen, so stellt sich schnell heraus, dass diese Aussage völlig falsch ist und jeglicher Grundlage entbehrt, weil Sie den Anträgen jetzt weitgehend nachkommen.

(Zuruf: Hört, hört!)

Ich nenne den kommunalen Finanzausgleich. Frau Görlitz hat vorhin schön dargestellt, was veröffentlicht

worden ist. Sie sind dabei auf unsere langjährige Forderung der Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 12,5 % eingegangen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das verlangen wir schon, seitdem wir im Parlament sind. Das ist auch eine Forderung der kommunalen Spitzenverbände. Die wollen natürlich mehr, aber solche Dinge muss man schrittweise machen. 12,5 % sind jetzt vereinbart. Insgesamt sollen die Kommunen nach dem vorliegenden Entwurf etwa 300 Millionen Euro mehr bekommen, als im Stammhaushalt vorgesehen ist - 400 Millionen Euro mehr als im letzten Haushalt drinstand.

In der Gesamtsumme entspricht das in etwa unseren Forderungen. Es geht sogar in einigen Teilen - das muss ich loben - darüber hinaus. Andererseits hätten wir uns anstatt der einmaligen Leistungen im Haushalt, die natürlich auch richtig sind, eine strukturelle Verbesserung der Kommunalanteile gewünscht und zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils an der Kfz-Ersatzsteuer erwartet. Auch bei der Schülerbeförderung sind wir immer noch auf dem Stand von 60 % Kostenerstattung, obwohl das früher einmal 80 % waren.

Jetzt ist die Uhr hier stehen geblieben, da stimmt etwas nicht.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Red weiter! - Zuruf von der CSU: Dem Glücklichen schlägt keine Stunde! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine gute Viertelstunde hast du noch!)

Ich rede jetzt einfach weiter. Ich habe jetzt 44 Minuten. Hier steht "Redezeit zu Ende". Das kann nicht sein.

Andererseits, meine Damen und Herren, ist die Situation bei allen Gemeinden nicht so gut, wie sie dargestellt wird. Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den sogenannten reichen Gemeinden und ärmeren Gemeinden. Wenn man die Tabellen, die Sie dem Finanzausgleichsgesetz beigelegt haben, anschaut, so ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen. Schaut man aber dahinter, ist es anders. Vor Kurzem ist zwar veröffentlicht worden, dass es circa 1,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen bei den Kommunen gibt. Allein München erhält davon 500 Millionen Euro. Für die anderen Kommunen bleibt relativ wenig übrig. Man muss also schon alle Gemeinden sehen. Es gibt erhebliche Unterschiede.

Man hat die Schlüsselzuweisungen erhöht. Zwar kommt die Investitionspauschale ärmeren Gemeinden

zugute, aber man muss sich Gedanken machen, was man noch mehr tun könnte.

Für uns war es ein ganz besonderes Anliegen, die Sparmaßnahmen, die die Beamten als ihren Beitrag zur Lösung der Wirtschaftskrise auf sich nehmen mussten, zurückzunehmen und die Besoldung entsprechend den Angestelltengehältern anzupassen. Sie haben das jetzt geplant und wollen 2012 wieder eine Anpassung vornehmen. Allerdings soll die zweite Stufe erst zum 1. November erfolgen. Ob das gerecht ist? Wir treten dafür ein, die Anpassung zum 1. Juli zu machen. Das wäre eine gerechte Lösung und würde das, was die Beamten verloren haben, einigermaßen ausgleichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben mehr Geld in den Straßenbau gegeben, weitaus mehr als zunächst geplant war. Sie haben 105 Millionen Euro zusätzlich draufgelegt. Das war auch eine Forderung von uns. Es ist immer noch nicht ausreichend für den Bestandserhalt und den Neubau von Straßen - die Summe gilt ja für beides -, das wissen wir. Es ist sicher noch Bedarf da, aber es ist zumindest weitaus besser, als ursprünglich geplant war.

Für die Regionalförderung und die Breitbandversorgung haben Sie die Mittel, die wir gefordert haben, eingestellt. Diese Mittel sind unbedingt notwendig, um auch in den schwächeren Regionen einigermaßen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Auch hier sind Sie unseren Anträgen nachgekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eine Forderung von uns galt der Erhöhung der Mittel für die Städtebauförderung. Diese ist erfolgt. Dann haben wir eine Aufstockung der Mittel für das Kulturlandschaftsprogramm sowie Maßnahmen für den Waldumbau und Schutzmaßnahmen im Bergwald gefordert. Dem sind Sie auch umfänglich nachgekommen. Unsere Anträge waren offenbar nicht so schlecht, wie es bei den Diskussionen in den Ausschüssen oder auch hier im Plenum dargestellt worden ist. Nach und nach haben Sie alle unsere Forderungen erfüllt.

Schließlich haben Sie auch 20 Millionen Euro für das kostenfreie Kindergartenjahr eingeplant. Das ist ein Einstieg in die vollständige Finanzierung. Auch das ist eine alte Forderung von uns und von den anderen Fraktionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Darüber können wir noch reden, wenn im Ausschuss über den Haushalt diskutiert wird.

Ich bin mir auch sicher, dass Sie die von uns zum Haushalt 2012 gestellten Forderungen erfüllen werden; vielleicht nicht gleich, aber doch nach einer gewissen Schamfrist, spätestens aber zum Wahljahr 2013, weil das bei den Bürgern auf positive Resonanz stoßen wird.

In erster Linie geht es bei unseren Forderungen um die Bildung. Für die Bildung ist etwas getan worden, aber es reicht bei Weitem nicht aus. In vielen Teilen ist die Situation noch unbefriedigend. Ich nenne nur Stichpunkte: Ausbau der Ganztagsschulen; Gleichstellung der privaten Schulen mit den staatlichen Schulen; mehr Förderlehrer und mehr Personal in der Verwaltung der Schulen. Hier liegt einiges noch im Argen. Dazu werden wir Anträge stellen.

Obwohl schon etwas getan ist, brauchen wir an den Hochschulen noch mehr Studienplätze, damit alle Studierenden untergebracht werden können. Ein ganz besonderes Anliegen ist uns die Abschaffung der Studiengebühren. Das ist nach wie vor unser Thema.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei den beruflichen Schulen besteht Handlungsbedarf.

Handlungsbedarf sehen wir auch bei der Justiz, und das nicht erst seit dem schlimmen Vorfall in Dachau. Handlungsbedarf besteht nicht nur bei den Justizwachtmeistern. Hierzu haben wir bereits zum Stammhaushalt Anträge gestellt. Wir werden sie wieder bringen, weil hier echter Bedarf gegeben ist.

Auch in den Finanzbehörden ist die Personalquote nach wie vor zu gering. Das wird auch vom Rechnungshof immer wieder beanstandet. Vor allem hat der Rechnungshof nachgewiesen, dass sich mehr Stellen in der Steuerverwaltung zigfach rechnen würden. Der Steuergerechtigkeit kann es nicht dienen, wenn Leute nur wegen der Personalknappheit in den Finanzämtern nicht die Steuern zahlen müssen, die sie nach dem Gesetz zahlen müssten. Das ist für unser Land keine gerechte Lösung. Ich will uns jetzt nicht mit Griechenland vergleichen. Bestimmte Situationen sind aber doch ähnlich.

Die Energiewende ist heute schon angesprochen worden. Ich bin der Überzeugung, dass auf jeden Fall mehr getan werden muss, um sie erfolgreich voranzutreiben.

Jetzt komme ich wieder auf die Kommunen zurück. Völlig unverständlich ist für uns, dass die Krankenhausfinanzierung um 20 Millionen gekürzt worden ist. Die Krankenhausgesellschaft und die Landkreise haben das schon moniert. Gerade die Krankenhäuser - das wissen die, die in der Kommunalpolitik tätig sind,

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das war deren Vorschlag!)

- Lesen Sie einmal das Schreiben der Krankenhausgesellschaft!

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich war bei den Verhandlungen dabei!)

- Dann müssen Sie sich besser abstimmen. Als ehemaliger Vertreter der Kommunen weiß ich, unter welch großen Schwierigkeiten viele Krankenhäuser leiden. Und deswegen ist diese Kürzung nicht richtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema sind die Bezirke. Sie fallen auch unter den kommunalen Finanzausgleich. Für die Bezirke haben Sie etwas draufgelegt. Vielleicht wäre noch mehr besser gewesen; denn dann müssten die Bezirke ihre Umlagen nicht so kräftig erhöhen. Wir werden einen Antrag einbringen, damit bei den Bezirken nachgebessert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme jetzt zu einem Thema, das kein Schwerpunkt im Haushalt ist, aber doch eine Rolle spielt. Wir haben für die Aufstockung des Gesellschafterdarlehens an den Flughafen Nürnberg 20 Millionen vorgesehen, die nach und nach ausgegeben werden sollen. 2012 sind es 3,75 Millionen, und dann soll es weitere Zahlungen geben. Jetzt gibt es Diskussionen darüber, wie der Flughafen Nürnberg wirtschaftlicher arbeiten kann und wie er sich am Markt behaupten kann. Fakt ist, dass die Flugbewegungszahlen in Nürnberg laufend zurückgehen. Die Passagierzahlen sind zunächst etwas angestiegen, sie gehen aber jetzt auch wieder zurück. Es werden Konzepte entwickelt. Sie, Herr Dr. Söder, haben gesagt, Nürnberg soll für den kontinentalen Verkehr ausgebaut werden, während München den interkontinentalen Verkehr abwickelt. Das passt aber nicht zusammen. Der interkontinentale Verkehr in München führt dazu, dass alle möglichen kontinentalen Verbindungen nach München fühsollen, weil das die Zubringer für die interkontinentalen Verbindungen sind. Auf dem Flugplan sehen Sie, dass wir nicht so viele interkontinentale Flüge haben. Das meiste sind kontinentale Flüge.

München tut aber alles, um diese Flüge für sich zu holen.

Dasselbe gilt für die Urlaubsflüge. An der Vorbereitung des Flugplans für 2012 sieht man, dass München alles daransetzt, möglichst viele Flüge für sich zu holen, um den Flughafen auszulasten und damit mehr Gründe für eine dritte Bahn zu haben. Momentan ist bei den Flügen ein Rückgang festzustellen. Im Januar hatten wir ein Minus von 5 %. Die weltweite Krise und vor allem die Tatsache, dass viele Länder ihr Wachstum auf Schulden aufgebaut haben, wirken sich jetzt auch auf den Luftverkehr aus. Wenn München weiter ausbaut, sehe ich für Nürnberg kaum Chancen. Wir können machen, was wir wollen. Wenn wir München nicht in den Griff bekommen, wird Nürnberg weiter abnehmen und kaum mehr auf eine wirtschaftlich vernünftige Basis kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen ist es auch im Sinne von Nürnberg, wenn wir in München auf einen weiteren Ausbau verzichten. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Memmingen, Herr Kollege Kreuzer. Dort haben wir die gleiche Situation.

(Staatsminister Thomas Kreuzer: Wir haben aber keine interkontinentalen Flüge!)

Die kontinentalen Flüge sind in München, und München tut alles, um noch mehr kontinentale Flüge zu bekommen. Die interkontinentalen Flüge brauchen die kontinentalen Flüge, sonst bekommen sie den Flieger nicht voll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

München wird alle möglichen Verbindungen nutzen. Sie werden jedes Unternehmen, das nachfragt, nehmen, damit sie noch mehr haben.

Noch einmal zum Flughafen München: Wir fordern nach wie vor die Rückführung des Darlehens in Höhe von 250 Millionen. Der Flughafen floriert auch ohne dritte Bahn. Der Flughafen macht sogar Gewinne. Er hat die Zinsen aufgrund einer Vereinbarung leider nur bis 2006 bezahlt. In den Jahren 1987 und 1988 ist ein Großteil des Darlehens ausbezahlt worden. Damals waren es insgesamt 1,3 Milliarden. 2006 ist nur einmal Zins gezahlt worden, sodass rechnerisch ein Zinsverlust von über einer Milliarde besteht. Die 250 Millionen brauchen die Münchner gar nicht. Sie haben selber gesagt - ich kann es Ihnen nachweisen, denn es steht in der Zeitschrift der FMG -, dass sie den Ausbau und auch das Satellitenterminal ohne Fremddarlehen bewerkstelligen. Ob es funktioniert, weiß ich nicht.

Ich möchte noch kurz auf zwei Punkte eingehen, um Ihnen zu zeigen, wie widersprüchlich sich die Politik verhält. In der "Süddeutschen Zeitung" ist Herr Ramsauer zitiert worden. Er beschwert sich bei den Schweizern massiv darüber, dass die Flüge ab dem Flughafen Zürich die Menschen im Landkreis Waldshut schwer belästigen. Er spricht von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Es geht um 100.000 Flüge. Waldshut liegt etwa 30 km vom Flughafen entfernt, die nächsten Orte sind etwa 15 bis 20 km davon entfernt. Freising und Erding liegen direkt am Flughafen. Die Stadt Freising ist 5 km vom Flughafen entfernt. Wir haben 400.000 Flüge. Kein Mensch spricht aber von einer schweren und nicht hinnehmbaren Belastung. Herr Ramsauer will nur auf die Schweizer einwirken, dass sie die Flugbewegungen zurückfahren. Er sollte das auch einmal in München tun, damit die Leute dort einigermaßen vernünftig leben können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein Letztes noch, Herr Hacker, ich muss das klarstellen. Ich spreche Sie an, Herr Thalhammer: Ich habe eine Pressemitteilung von Ihnen gelesen, wonach das Nachtflugverbot in München gefährdet sei, wenn die dritte Bahn nicht komme. - Es gibt kein Nachtflugverbot in München. Ich weiß gar nicht, wie Sie darauf kommen. Es gibt eine Nachtflug*regelung*. Diese Nachtflugregelung lässt in München je nach Lautstärke 100 Flüge zwischen 22 Uhr und 6 Uhr zu. Man müsste einmal klarstellen, dass das nicht so ist. Wenn gesagt wird, mit der dritten Bahn gäbe es weniger Nachtflüge, dann sollte man diese Regelung ändern, die diese 100 Nachtflüge zulässt. Diese 100 Flüge werden sicher genutzt, wenn die Regelung nicht geändert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage das zur Klarstellung, damit der Fokus auf diese Problematik gelegt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Pointner.

Wir fahren in der Aussprache fort. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Stamm für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. - Bitte schön, Frau Kollegin Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen! Bayerns Finanzen zwischen Schein und Sein. Es ist Wahlkampf. Der Wahlkampf ist definitiv eingeläutet. Der Finanzminister war

sich gerade nicht mehr ganz sicher, ob der Dutzendteich in Nürnberg ein See oder ein Teich ist. Er redete etwas vom Kurs, der mit dem Haushalt zu halten sei. Aber was macht die Staatsregierung? - Die Staatsregierung steuert mit dem Haushaltsentwurf gleichzeitig in alle möglichen Richtungen. Der Ministerpräsident redet von Schuldenabbau, der Finanzminister will Steuern senken, der Wirtschaftsminister will Großinvestitionen, der Innenminister will immer mehr neue Straßen bauen, der Umweltminister will eine nachhaltige Entwicklung und beklagt gleichzeitig den hohen Flächenverbrauch in Bayern, ohne aber wirklich etwas dagegen zu tun, und das alles, ohne dass es irgend jemandem wehtun soll. Die Staatsregierung ist vielstimmig und dabei nicht einmal ein Chor. Alle Interessen sollen gleichzeitig, aber zusammenhanglos befriedigt werden. Die Staatsregierung erkennt nicht, dass das gar nicht möglich ist. Auch im Haushalt spiegelt sich das wider.

Ganz besonders hat man das gesehen, als Ministerpräsident Seehofer letzte Woche hier im Landtag eine Bierzeltrede gehalten hat. Mit dieser Bierzeltrede hat er versucht, seine leeren Ankündigungen von Wildbad Kreuth wieder einzufangen. Bei den Menschen draußen hat der Herr Ministerpräsident nur noch die Spendierhosen an. Mit diesem Kleidungsstück rennt er draußen herum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Alles wird versprochen - ich gebe hier keine Garantie auf Vollständigkeit -, zum Beispiel ein Uni-Klinikum für Augsburg. Die Augsburger werden mit einem Rettungshubschrauber abgespeist. Die Uni-Klinik Augsburg kann nicht kommen, das wäre dann doch zu kos-Stationierung tenintensiv. Die Rettungshubschraubers in Augsburg ist völlig schwachsinnig. Wenn man sich die Landkarte anschaut, erkennt man, dass es bei der Versorgung einen weißen Fleck in Mittelfranken gibt. Wenn man den Hubschrauber ein bisschen weiter nördlich stationiert hätte, wäre damit auch Mittelfranken versorgt gewesen. Augsburg hat aber ein Trostpflaster gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansonsten gibt es neue Straßen. Dort, wo man gerade eine Veranstaltung besucht, wo man gerade hinkommt, wird hie und da etwas versprochen. Kurzzeitig hieß es vor der Sommerpause sogar, die Studiengebühren würden abgeschafft. Das hat sogar die eigenen Leute massiv überrascht; manche wussten es noch gar nicht, als es die Presse schon wusste.

Vom Flughafen Hof wird weiter abgehoben, ganz egal, wie viel Geld diese Art der - in dicken Anführungszeichen - "Regionalförderung" kostet.

Schließlich wird den Münchnern bzw. dem Bayerischen Rundfunk nach einem wunderschönen Konzert in Berlin ein Konzertsaal bzw. dem Rest Bayerns genauso viel Geld versprochen, wie dieser Konzertsaal kosten würde.

Obwohl der Ministerpräsident draußen immer die Spendierhosen anhat, kommt er hier als Sparkommissar daher. Ich würde sagen, das ist nichts weiter als ein neuer PR-Gag, nichts weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass es nicht erstrebenswert ist oder wäre, Schulden abzubauen oder schuldenfrei zu sein. Das ist natürlich ein hehres, ein tolles und erstrebenswertes Ziel auch unserer Haushaltspolitik. Nachhaltige Haushaltspolitik muss aber eigentlich eines sein: ehrlich und transparent. Das sind die Grundsätze des Haushalts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Ihrem sogenannten Sonderprogramm "Aufbruch Bayern" werden bei genauerer Betrachtung zumeist nur die Hausaufgaben erledigt. Mit dem Auftrag an eine Werbeagentur, die ziemlich gut und bekannt ist, machen Sie den Haushalt zu einem Produkt, das man vermarkten und verkaufen soll. Es steckt nicht mehr dahinter.

Aus der Westentasche des Ministerpräsidenten kommt die Ankündigung, man wolle den Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 schaffen. Ich nehme an, die Beamten wurden davon ziemlich überrumpelt, zumindest die, die im Finanzministerium seriös und ernsthaft rechnen. Sie halten ein Konzept offenbar auch nicht für so wichtig. Ein Konzept braucht man nicht. Das wird irgendwann geliefert. Das soll der Finanzminister irgendwann im Sommer vorlegen. Dieses ultimative Versprechen, Bayern werde bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein, bedeutet knapp 2 Milliarden Euro Schuldentilgung pro Jahr.

Es ist wirklich erstaunlich - jetzt muss ich noch auf die Regierungserklärung von letzter Woche eingehen -, wie man hier eine Regierungserklärung von knapp einer Dreiviertelstunde halten und die ganze Zeit nur von 20 Milliarden Euro Schulden sprechen kann. Das ist eine Unverschämtheit. Das ist eine Lüge. Man lügt die Menschen an.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Es sind nicht 20 Milliarden, es sind 30 Milliarden Euro Schulden. Diese Tatsache lässt sich nicht wegreden, leugnen und verschweigen, ganz im Gegenteil. Wie sieht die Realität aus? - Die Staatsschulden haben sich von 24 Milliarden Euro im Jahr 2008 unter dem Ministerpräsidenten Seehofer, auch wenn er nicht originär daran beteiligt ist, drastisch auf weit über 30 Milliarden Euro erhöht, nicht zuletzt wegen des Landesbank-Desasters, das allein von der CSU zu verantworten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄH-LERN)

Das rot-grün regierte München hat jedenfalls in der gleichen Zeit seine Schulden deutlich reduziert.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

- Das war eine schwache Reaktion.

(Tobias Thalhammer (FDP): Noch schwächer war die Behauptung!)

- Das ist keine Behauptung. Sie können das nachlesen, wenn Sie wollen, Herr Kollege Thalhammer.

Ein Konzept auf bayerischer Ebene, wie die Schuldentilgung funktionieren soll: Fehlanzeige. Ein ehrliches Konzept gibt es nicht und kann es nicht geben. Wer bitte kann denn Steuereinnahmen, Ausgaben oder wirtschaftliche Entwicklungen der nächsten 20 Jahre einigermaßen vorhersagen? - Das kann niemand, ganz im Gegenteil. Das ist vorhin schon kurz angesprochen worden. Die meisten hier haben ein mulmiges Gefühl. Sie treibt doch eher die Angst davor um, wie es mit Europa und mit den Verpflichtungen weitergeht, die Deutschland schon für Europa eingegangen ist. Was passiert damit?

Fakt ist: Die Lage der Weltwirtschaft und vor allem der Finanzwelt ist labil. Das kann niemand von der Hand weisen. Die Staatsregierung macht es sich einfach; sie hat schon einen Schuldigen gefunden: Bayern zahlt zu viel in den Länderfinanzausgleich und will deshalb klagen. Seit Jahren kommen diese Drohungen, anstatt einfach einmal ein Konzept vorzulegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsregierung hat einen Wahnsinnsapparat; wo ist denn ihr Konzept? Klar ist: Kein Bundesland verschenkt gerne etwas, übrigens auch nicht die Bundesländer, aus denen Abiturienten und Studienabgänger zu uns nach Bayern kommen. Dieser Zustrom ist massiv. All diese Menschen hier auszubilden, würde uns viel Geld kosten, wenn wir das Geld endlich in die Bildung stecken würden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

- Rechnen Sie es doch einmal aus, bevor Sie schreien, Herr Miller. Das Grundgesetz schreibt den Ländern einen Finanzausgleich vor, genauso wie es innerhalb Bayerns einen kommunalen Finanzausgleich gibt. Ich glaube, den würden auch Sie nicht aufkündigen wollen.

Es kommt aber noch viel besser: Der Länderfinanzausgleich ist nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zwischen dem Bund und den Ländern neu ausgehandelt worden, und zwar mit Zustimmung der damaligen CSU-Staatsregierung, aber namentlich auch mit der Zustimmung von Herrn Seehofer, damals noch nicht Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Berlin wurde zugestimmt. Zu Hause hat man gesagt, wie toll man verhandelt habe; der neue Länderfinanzausgleich sei toll, man habe all das durchgesetzt, was man habe durchsetzen wollen.

Der Länderfinanzausgleich ist nicht nur verfassungsfest, sondern er ist auch von Bayern mitverhandelt und unterschrieben worden. Deshalb ist das Geschrei, dass Bayern dagegen in Karlsruhe klagen werde, nichts als Populismus. Man sucht schon einmal nach einem Schuldigen für die PR-Nummer, für den Rohrkrepierer "Bayern schuldenfrei":

Ich komme noch kurz auf die beiden anderen Punkte zu sprechen, die in den Raum geworfen wurden. Der Ministerpräsident hat es letzte Woche angesprochen, Herr Söder heute auch noch einmal. Eine große Nummer ist der Abbau im öffentlichen Dienst. Insgesamt gibt es für diesen Schuldenabbau drei Säulen. Ehrlich gesagt haben wir hier nichts dagegen, aber bitte nicht auf dem Rücken der Beamten. Sagen Sie bitte ehrlich, wo Sie abbauen wollen und was vom Staat nicht mehr geleistet werden kann. Das wäre ehrlich und redlich. Tun Sie nicht so, als ob das niemandem weh tun würde und als ob es keine Arbeitsverdichtung bei den Beamten geben werde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein dritter wichtiger Punkt bei dem Plan, die Schulden abzubauen, ist die Landesbank. Geschätzt war die Landesbank einmal acht Milliarden Euro wert. Zehn Milliarden Euro wurden dann hineingeschossen, um sie zu stützen. Damit sind wir bei 18 Milliarden Euro. Wir reden dabei noch gar nicht von den Zinsen, die ständig anfallen. Das sind konkret gut 300 Millionen Euro pro Jahr. Am Ende dieses Jahres 2012 wird es ein Betrag von einer Milliarde Euro sein, den wir ge-

zahlt haben. Selbst wenn Sie durch den Verkauf dieser Bank drei bis fünf Milliarden Euro herauskriegen sollten, wird ein Verlust, eine Vermögensvernichtung in Höhe von 13 Milliarden Euro entstehen. Das ist eine sehr schiefe Rechnung.

Statt einen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 in den Raum zu werfen, würde ich mir von Ihnen wirklich wünschen, dass Sie Ihre Arbeit ordentlich machten. Stellen Sie den Haushalt rechtzeitig auf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung soll diesen Haushalt aufstellen und dann die Legislative ihre Arbeit machen lassen, die darin besteht, das Budgetrecht ernsthaft wahrzunehmen. Lieber Herr Seehofer - er ist leider nicht da, sondern hat über Facebook und Twitter verkünden lassen, dass er verschnupft und krank ist - - Vielleicht können Sie ihm meine Rede mit Ihren Genesungswünschen überreichen.

(Georg Schmid (CSU): Das kann vorkommen, dass jemand krank wird!)

Lieber Herr Seehofer, Ihre Regierungserklärungen zum Haushalt, bevor der Haushalt in diesem Hohen Haus eingebracht ist, zwingen uns in der Fraktion zu absolut absurden Vorgängen. Bevor die Erste Lesung durchgeführt wird, müssen wir eine Menge Änderungsanträge formulieren, um den Zeitplan einzuhalten. Es tut mir herzlich leid, das ist eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Änderungsanträge würden den Haushalt ehrlich, nachhaltig und gerecht machen. Liebe Kollegen und Kolleginnen der CSU und der FDP, seien Sie einmal ein bisschen weniger Dagegen-Parteien und stimmen Sie diesen Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir könnten dann unsere Ziele früher und effektiver erreichen. Stichworte sind zum Beispiel die Krippen und die Energiewende. Herr Kollege Pointner hat vorhin angesprochen, dass nicht nur die FREIEN WÄHLER Anträge zum Stammhaushalt eingebracht haben, die die CSU exakt übernommen hat. Anträge, die wir vor einem Jahr gestellt haben, werden exakt mit den darin genannten Summen etatisiert. Das ist zwar unser Erfolg, aber wir hätten ihn schneller erreicht.

Ein Beispiel muss ich herausgreifen: Nach dem Tod eines Staatsanwalts in einem Gericht haben Sie die Wiederbesetzungssperre beim Justizwachpersonal aufgehoben. Ich möchte nicht weiter darauf eingehen, aber nur eines sagen: Die Wiederbesetzungssperre ist für gar nichts geeignet, für Null Komma Null. Sie taugt weder zum Sparen noch für irgendetwas anderes. Eine gescheite Personalpolitik ist damit sowieso nicht möglich. Brauchen wir eine Stelle nicht, dann ziehen Sie sie bitte ein. Grundlage muss aber die Aufgabenkritik sein und nicht das Ziel, Geld zu sparen oder den Haushalt zu konsolidieren. Das ist absurd, ganz abgesehen davon, dass in der Justiz die Haushaltskosten mit den Personalkosten deckungsgleich sind. Wir haben ein Recht auf Rechtsstaatlichkeit, auf gut und zügig durchgeführte Gerichtsverfahren in diesem Lande. Dieses Recht hat auch die Staatsregierung bei der Haushaltsaufstellung zu beachten. Wir werden deswegen Änderungsanträge stellen, um die Situation in der Justiz vor Ort zu verbessern.

Bei der Steuer würden die Stellen, die aufgrund der Wiederbesetzungssperre nicht besetzt sind, Geld in dreistelliger Millionenhöhe bringen. Folgen Sie deshalb unserer Forderung und heben Sie die Wiederbesetzungssperre auf. Wir haben diesen Antrag bereits zum Doppelhaushalt und zum Stammhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir werden ihn wieder stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann die CSU nur ermuntern, das Königsrecht des Parlaments wahrzunehmen. In Kreuth gab es dazu schon einen kleinen Versuch. Herr Schmid, nehmen Sie dieses Recht wahr, das Sie so vehement gegenüber dem ORH verteidigt haben. Das Budgetrecht liegt beim Landtag. Wir wollen den Pensionsfonds bedienen. Diese Forderung haben wir schon zum Doppelhaushalt vor einem Jahr gestellt. Wir können Sie nur auffordern: Machen Sie mit, und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie denken jetzt wahrscheinlich: Das habe ich alles schon einmal gehört. Es ist tatsächlich so. Der Doppelhaushalt 2011/2012 wurde zu spät aufgestellt und zugunsten einer Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Seehofer zum Haushalt nach hinten verschoben. Dabei wurde schon wieder das Königsrecht missachtet. Das war jedoch nur eine Verschiebung um eine Woche. Ich frage mich, ob die Staatsregierung und dieses Haus noch wissen, dass der Haushaltsplan vor Beginn eines Haushaltsjahres zu verabschieden ist. Das ist hier wirklich etwas schräg geworden. Im letzten Jahr und jetzt erneut wurde der Fahrplan zu spät aufgestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Pünktlich machen sie das nur vor Wahlen!)

- Sicherlich.

Bei der Zweiten Lesung im letzten Jahr war schon klar, dass wir Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für diese beiden Jahre 2011 und 2012 haben werden. Im Gesetz zum Versorgungsfonds ist geregelt, dass die Zahlungen nur ausgesetzt werden dürfen, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ausgehebelt ist. Das war es im letzten Jahr nicht, und in diesem Jahr ist es das auch nicht. Eigentlich handeln Sie rechtswidrig. Tun Sie etwas dagegen und bedienen Sie den Pensionsfonds.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie schuldenfrei werden, wenn die vielen verdeckten Schulden nicht bedient werden? Erledigen Sie erst einmal beim Nachtragshaushalt Ihre Arbeit, bevor Sie stichpunktartig à la Bierzelt Versprechungen machen. Machen Sie erst einmal diesen Haushalt wetterfest.

Fakt ist, bei der Aufstellung dieses Haushalts gibt es einen Bilanzierungssaldo in Höhe von 570 Millionen Euro. Das bedeutet, um 570 Millionen Euro decken sich die Ausgaben nicht mit den Einnahmen. Also weg mit dem Mythos vom ausgeglichenen Haushalt. Es gibt ihn nicht, nicht einmal bei der Aufstellung dieses Haushalts. Dieses Wort zieht sich immer durch den Sprachgebrauch.

Herr Dr. Söder, ich bin vom ehemaligen Lebensminister einiges gewohnt. Aber dass Sie vorhin, ohne rot zu werden, gesagt haben, Sie hätten sieben Jahre in Folge einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, das war schon echt der Hammer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Margarete Bause (GRÜNE): Der ist noch neu im Amt! Der weiß es noch nicht so genau!)

Tatsache ist, die verdeckte Verschuldung ist enorm. Die implizite Verschuldung Bayerns wegen der Pensionsverpflichtungen gegenüber den Beamtinnen und Beamten beläuft sich auf 100 Milliarden Euro. Diese Zahl habe ich nicht erfunden. Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes gab es eine Anhörung. Dies sind die Angaben einer großen Bank. Andere haben sogar behauptet, dass dafür 163 Milliarden Euro aufgewendet werden müssten. Wegen der Abzinsung wurden diese Zahlen etwas nach unten geschätzt. Der Pensionsfonds ist daher nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Deshalb kann es nicht darum gehen, welche Rendite höher ist. Im Gegenteil: Wenn in den Pensionsfonds nicht eingezahlt wird, ist das Geld weg, wie man das bei diesem Doppelhaushalt sieht.

(Zuruf von der CSU: Ist das Finanzmathematik oder was?)

Wer käme denn auf die Idee, die Sozialbeiträge für die Renten abzuschaffen, weil die Rendite woanders vielleicht höher ist? Klar ist, die Pensionslasten werden in den folgenden Jahren den Gestaltungsspielraum innerhalb des Haushalts auffressen. Die Zeche dafür müssen die kommenden Generationen zahlen.

Fakt ist, im Bauunterhalt fehlen mehrere Milliarden Euro. Im Jahr 1999 hat der Landtag beschlossen, dass mehr und ausreichend Geld für den Bauunterhalt eingesetzt werden müsste. Was machen stattdessen die Staatsregierung und die Mehrheit des Landtags? Seit dem letzten Jahr wird die Summe dafür in jedem Einzelplan um 20 % pauschal gekürzt. Das ist das Gegenteil dessen, was der Landtag beschlossen hat. Wir fordern Sie auf, Ihrem eigenen Beschluss zu folgen. Fehlanzeige. Die Staatsregierung lässt die Substanz der staatlichen Gebäude verkommen. Dabei reden wir noch gar nicht von der energetischen Sanierung. Das ist eine andere traurige Baustelle, sofern Baustellen traurig sein können.

Tatsache ist: Die Staatsstraßen entsprechen am ehesten dem, was immer wieder mit den Worten "Aufbruch Bayern" angekündigt und vermarktet wird: Die Straßen brechen auf. Das ist eine verdeckte Verschuldung im Umfang von gut 700 Millionen Euro. Mein Vorschlag ist nicht besonders neu. Ich habe ihn schon ein paar Mal eingebracht. Eröffnen Sie eine reparierte Straße mit einem weiß-roten Band. Herr Winter, das wäre doch ein Vorschlag für Sie im Schwabenland. Nehmen Sie die Presse dazu und Politiker aller Ebenen und eröffnen Sie mit großem Tamtam eine reparierte Straße. Dann haben wir mehr reparierte Straßen und weniger sinnlosen Straßenneubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tatsache ist auch, dass es noch eine Menge an anderen versteckten Verschuldungen gibt. Als Beispiele nenne ich die Privatschulen und die Kommunen. Es gibt auch noch Verpflichtungen, die der Staat abgewälzt hat, obwohl sie klar staatliche Aufgabe wären, wie zum Beispiel die Schulsozialarbeit, die man auf die Kommunen abgewälzt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es einfach unehrlich und unredlich, ein völlig unausgegorenes Projekt wie den Abbau aller Staatsschulden bis 2030 anzukündigen. Gleichzeitig - das zeichnet sich jetzt schon ab - werden Sie mit Wohltaten um sich werfen. Das haben Sie direkt und indirekt angekündigt, indem man zum Beispiel auf die Kreditermächtigungen verweist, die knapp drei Milliarden Euro umfassen. Es wäre doch ein erster Schritt zum Schuldenabbau, wenn Sie die Kreditermächtigungen zurückgeben würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann wäre die Kriegskasse - das ist ein wörtliches Zitat, so hat es Finanzminister Söder selbst bezeichnet - weniger voll. Herr Minister, gegen wen wollen Sie denn Krieg führen, gegen die Opposition, oder mit ihren Drohungen wegen des Länderfinanzausgleichs vielleicht gegen die Bundeshauptstadt? Das ist die Frage, gegen wen Sie hier Krieg führen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Er ist Kriegsminister geworden!)

Unser Motto zum Nachtragshaushalt lautet: umschichten nach grün. Damit wollen wir den Haushalt gerecht und nachhaltig machen. Die aktuellen Zahlen zum Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zeigen, dass die von der Staatsregierung vorgesehenen Ausgaben definitiv nicht reichen werden, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Ganz klar fehlen 240 oder 260 Millionen Euro, vielleicht auch mehr. Es kommt darauf an, welche Zahlen zugrunde gelegt werden. Von der Staatsregierung gibt es verschiedene Zahlen dazu, wie weit sie mit dem Ausbau ist; mal sind es 22, mal 26 und mal 28 %. Mit Sicherheit fehlen mehrere 100 Millionen - also gut 200 Millionen Euro - für den Krippenausbau, der nötig wäre, um den gesetzlichen Anspruch zu erfüllen. Das ist kein Wunschdenken von uns, das ist nicht, was wir wollen, sondern diesen gesetzlichen Anspruch gibt

Wir schlagen als Gegenfinanzierung die Streichung des Landeserziehungsgeldes vor - das sagen wir laut und ehrlich - und fordern den Einstieg in die Kostenfreiheit des dritten Kindergartenjahres. Wir fordern nicht deshalb so viel Geld für den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren, weil wir das wollen, sondern weil das ein gesetzlicher Anspruch ist, der, anders als der Länderfinanzausgleich, einklagbar ist, und zwar mit großen Erfolgsaussichten.

Wir wollen den Erhalt kleiner Grundschulen und eine Landschulregelung, damit das Motto "Kurze Beine, kurze Wege" wirklich wahr wird.

Wir wollen die Studiengebühren an den Hochschulen abschaffen.

Der zweite Schwerpunkt unserer Vorstellungen zum Nachtragshaushalt ist das Thema Inklusion. Es gibt ein interfraktionelles Gesetz, das aber leider noch nicht mit Leben erfüllt ist. Deshalb fordern wir zusätzliche Lehrerstellen an Schulen. Auch wenn die Inklusion geltendes internationales Recht ist, wollen wir die Kommunen nicht im Regen stehen lassen und Hochbaumittel über den Finanzausgleich an sie geben. Ansonsten brauchen wir für die Inklusion nicht beson-

ders viel Geld, weil wir erst einmal einen ordentlichen Aktionsplan erstellen müssen. Da stehen wir noch ganz am Anfang.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser dritter Schwerpunkt ist die Energiewende, um den Haushalt nachhaltig zu machen. Wo bleibt bei Ihnen denn die Energiewende? Sie war schon groß bei den Haushaltsberatungen zum Stammhaushalt angekündigt; da war das Unglück in Fukushima schon passiert. Dann wurde dafür aber nicht ein Cent in den Doppelhaushalt 2011/12 eingestellt immer mit dem Hinweis darauf, dass die Energiewende jetzt in Bayern eingeläutet wird. Zur Finanzierung der Energiewende und des Klimaschutzes ist gar nicht unbedingt mehr Geld nötig, sondern es muss einfach eine Umschichtung her. Völlig unseriös ist es, wenn immer wieder behauptet wird, die Wende koste eine Milliarde Euro, besonders dann, wenn diese Mittel nicht einmal annähernd in den Haushalt eingestellt werden.

Ganz wichtig und grundlegend wäre eine andere Verkehrspolitik. Man kann nicht so tun, als hätte die Verkehrspolitik, der Straßenneubau, das Setzen auf Autoverkehr und das Vernachlässigen des öffentlichen Nahverkehrs nichts mit Klimapolitik zu tun. Bitte verzichten Sie endlich auf den Straßenneubau und die dritte Startbahn am Münchner Flughafen; das würde Geld, Emissionen und Flächen sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen dagegen ganz konkret die Kraft-Wärme-Kopplung fördern und mehr Geld für die Moor-Renaturierung ausgeben; dafür ist das Geld im letzten, tollen Klimaschutzprogramm 2020 schon im April 2011 ausgegangen, auch wenn man irgendwo für ein Moor noch etwas zusammengekratzt hat. Wir wollen endlich die Umstellung von Nachtspeicherheizungen fördern und wollen ein Beratungsprogramm für Kommunen zur Energieeinsparung bei Kläranlagen und der Straßenbeleuchtung.

Ganz klar wollen wir den Ansatz für Public Relations der Energieagentur kürzen. Sie haben zahlreiche Mittel für eine Forschung eingestellt, die wir aber als Aufgabe der Industrie betrachten. Da übernimmt auf einmal der Staat Aufgaben, die wir gar nicht als staatliche Aufgabe betrachten.

Richtig peinlich ist es - da habe ich mich schon sehr gewundert, Herr Wirtschaftsminister Zeil -, wenn auf einmal die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude gelobt wird. 2011 waren in dem damals noch existierenden Klimaschutzprogramm knapp 40 Millionen Euro enthalten, jetzt sind es nur noch 20 Millionen. Obwohl eine Energiewende ausgerufen

wird, wird hier Geld gekürzt, und zwar 17 Millionen Euro. Dabei reicht das Geld hinten und vorne nicht. Wir wollen hier 100 Millionen Euro. Das sind Hausaufgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Konkret heißt das: Sie stellen für die ausgerufene tolle Energiewende in den Nachtragshaushalt 120 Millionen ein. Wenn wir aber die 70 Millionen Euro abziehen, die nicht mehr da sind, weil das Klimaschutzprogramm 2020 bereits 2011 ausgelaufen ist - und wer weiß schon, warum -, sind wir nur noch bei ungefähr 50 Millionen. Das ist also die groß angekündigte Energiewende!

Zum Bereich Verkehr: Wir fordern, endlich auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke zu verzichten und stattdessen den Südring durch Ausbau zu ertüchtigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen Sie endlich Modellprojekte zur Anpassung des ÖPNV an den demografischen Wandel. Das wäre wahnsinnig wichtig und würde ganz wenig Geld kosten. Sie sprechen immer von den Herausforderungen durch den demografischen Wandel, aber es passiert nichts Konkretes. Das wäre nur eine finanzielle Kleinigkeit, und wir brauchen Modellprojekte, damit wir Mobilitätskonzepte für morgen haben.

Eine Forderung muss ich auch aus aktuellem Anlass hervorheben. Der Fall Hof zeigt, wie unwirtschaftlich ein solcher Flughafen ist. Wenn er so notwendig ist, wie manche Lokalpolitiker sagen, dann frage ich mich, warum er nicht angenommen wird, nicht einmal ein bisschen. Wir zahlen 440 Euro pro Ticket pro Fluggast, der da fliegt. Das ist absurd.

(Thomas Hacker (FDP): Sie müssen die Fluglinie vom Flughafen trennen!)

Streichung der Förderung des Nahluftverkehrs und Rückforderung des Restdarlehens an die Flughafen München GmbH von 250 Millionen Euro - das sind unsere Forderungen. Der bayerische Staatshaushalt muss Rahmenbedingungen setzen, ehrlich und transparent sein. Eines Pseudosonderprogramms "Aufbruch Bayern" mit massiven PR-Ausgaben bedarf es definitiv nicht. Sparen Sie sich lieber das Geld. Das wird übrigens einer unserer Anträge sein. Vielleicht können Sie wenigstens ein paar Kürzungsanträgen folgen. Sie sagen doch immer, dass Sie Geld sparen wollten, aber wenn man genau hinschaut, sieht man, dass da von Ihnen auch nichts kommt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei wird massiv gekürzt. Dann greifen Sie wenigstens nicht in das Königsrecht des Landtags, nämlich in sein Budgetrecht, ein. Der bayerische Staatshaushalt muss Prioritäten setzen. Wir tun das mit den Bereichen Bildung, Inklusion und Energiewende. Wir werden aber erleben, dass für Sie Wohltaten ohne Ende mit Blick auf die Wahl 2013 erste Priorität haben werden. Priorität Nummer zwei werden leere Versprechungen à la Schuldenabbau bis 2030 sein, der auch noch generationengerecht sein soll.

Wer sagt denn, dass Generationengerechtigkeit nicht auch innerhalb einer Generation hergestellt werden kann und soll? Sorgen Sie doch hier und auch in Berlin endlich für mehr Gerechtigkeit bei den Einnahmen, anstatt sie massiv und mutwillig zu kürzen! Ich nenne als Stichworte Spitzensteuersatz und höhere Erbschaftsteuer. Ministerpräsident Seehofer würde die Erbschaftsteuer ganz abschaffen, und Herr Söder spricht von reduzieren. Gehen Sie nicht an unsere Einnahmen, gehen Sie nicht an die Erbschaftsteuer, bekennen Sie sich stattdessen zur Finanztransaktionssteuer und zu einem ökologischen Umbau der Einnahmen. Geben Sie sich einen Ruck, seien Sie weniger die Dagegenpartei und stimmen Sie unseren Anträgen zu, sowohl denen, die Kürzungen vorsehen, als auch jenen mit nachhaltigen Ausgaben. Machen Sie den Haushalt nachhaltig, generationen- und bildungsgerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. Nächster Redner ist Kollege Klein für die Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wachstum macht hohe Steuereinnahmen möglich; das haben wir heute schon angesprochen. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern sind auf Rekordniveau. 2011 waren es 32,2 Milliarden Euro. Für 2012 rechnen wir mit weit über 34 Milliarden Euro Steuereinnahmen. Das ist das Resultat der Arbeit von fleißigen Menschen in Bayern und auch der Rahmenbedingungen, die wir setzen. Die Bayerische Staatsregierung aus CSU und FDP legt heute dem Landtag einen Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 44,3 Milliarden Euro und einer Investitionsquote von 12 % vor. Der Durchschnitt der westlichen Bundesländer liegt übrigens bei 9,4 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Früher lag Bayern bei 15 %!)

Die Zinsausgaben betragen 1,1 Milliarden Euro. Das ist eine Zinsquote von 2,4 %. Der Durchschnitt der

westlichen Bundesländer liegt bei 7,5 %. Der Entwurf sieht ein Sonderprogramm für die Abfinanzierung in Höhe von 50 Millionen Euro vor.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind Altlasten, die Sie vor sich herschieben!)

zusätzlich ein Paket zu den vorhandenen Ausgaben für Bildung und Familien von 169 Millionen Euro, für Energie, Klima und Innovation in Höhe von 126,5 Millionen Euro und für den ländlichen Raum von 232 Millionen Euro. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 7,3 Milliarden Euro - so hoch wie noch nie. Herr Kollege Halbleib, an dieser Stelle möchte ich Sie korrigieren. Wenn Sie schon aus den Vorlagen des Finanzministeriums zitieren, sollten Sie das voll umfänglich machen. Bei der Pro-Kopf-Verschuldung liegen die bayerischen Kommunen auf Platz 2 im innerdeutschen Vergleich. Das zeigt eindeutig, dass die Koalition ein starker Partner der Kommunen ist.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Solidarität ist quasi grenzenlos. Wir zahlen in den Länderfinanzausgleich 3,9 Milliarden Euro ein.

Einige fragen sich, warum ich das alles vortrage. Es kam der Einwurf, man könne das nachlesen. Ich muss aber leider bemerken: Nach der Debatte, die ich verfolgt habe, weiß ich nicht, ob Sie es können; dass Sie es aber nicht getan haben, konnte ich feststellen. Sonst hätten Sie vieles, was Sie gesagt haben, heute nicht gesagt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Was ist das?)

Die Koalitionsregierung aus CSU und FDP legt zum vierten Mal in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden vor. Aus dem Regierungshandeln der FDP sind keine neuen Schulden entstanden. Das ist ein hervorragendes Markenzeichen am Haushalt.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Aber in Ihrer Regierungszeit sind sie entstanden!)

Nun darf ich kurz die Schwerpunkte der FDP im Haushalt ansprechen. Uns ging es von Anfang an um den Schuldenabbau. Wir haben die Neuverschuldung auf null gebracht. Wir haben Rücklagen gebildet und im November 2011 beschlossen, dass wir in den Abbau der Schulden des Freistaats Bayern einsteigen wollen. Dass die CSU im Januar 2012 in Kreuth einen ähnlichen Beschluss gefasst hat, bestätigt uns in unserem Handeln und hat uns in keinster Weise überrascht.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wer's glaubt, wird selig!)

Die FDP-Fraktion hat auch einen Beschluss gefasst, was mit den Steuermehreinnahmen aus dem Jahr 2011 getan werden soll. Auf unserer Klausurtagung im Januar 2012 haben wir beschlossen, dass wir neben dem Versorgungsfonds noch mutiger in die Schuldentilgung einsteigen wollen. Nach den aktuellen Zahlen würden wir zusätzlich 700 Millionen Euro, also praktisch eine Milliarde Euro, in die Schuldentilgung geben. Es freut uns, dass der Finanzminister heute dazu seine Zustimmung ausgedrückt hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir machen eine Haushaltspolitik - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karsten Klein (FDP): Nein, am Schluss. Dann ist genügend Gelegenheit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Also am Schluss als Zwischenbemerkung.

Karsten Klein (FDP): Man sieht eindeutig, dass wir bei der Haushaltspolitik im Freistaat Bayern Taktgeber für eine Haushaltspolitik für künftige Generationen sind. Bei uns hat Konsolidierung Vorfahrt vor neuen Ausgabenprogrammen. Diese Koalitionsregierung betreibt unter der FDP-Beteiligung eine hervorragende Zukunftspolitik für diesen Freistaat.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zudem auch Eckpunkte vorgelegt, wie wir uns die Schuldenzurückführung vorstellen. Unter anderem wollen wir die Zinszahlungen, die momentan 1,1 Milliarden Euro ausmachen, einfrieren und den Betrag, den man in Zukunft nicht mehr für die Zinsen braucht, in die Schuldentilgung stecken. Wir haben einen mutigen Schritt beschlossen - ich sagte das eben - für die erste Verwendung der zusätzlichen Steuermehreinnahmen, und wir haben entschieden, dass wir bei künftigen Steuermehreinnahmen zuerst festlegen, welcher Betrag in die Schuldentilgung einfließen soll. Damit haben wir Eckpunkte für den Tilgungsplan der künftigen Jahre vorgelegt.

Ein Baustein ist auch die BayernLB. Deshalb werden wir im ersten Quartal dieses Jahres mit der BayernLB über einen Zeitplan zur Rückführung der eingezahlten Mittel reden, und wir werden beim Auslaufen der Gewährträgerhaftung die Privatisierung als mittelfristiges Ziel im Auge behalten.

Der Länderfinanzausgleich treibt auch uns um. Wir haben in der Fraktion schon vor langer Zeit Beschlüsse gefasst. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, und wir haben jetzt noch einmal festgehalten, dass wir in den nächsten sechs Monaten ein Verhandlungsergebnis wollen. Sollte dies nicht zu erzielen sein, erwarten wir von den Ministerpräsidenten der drei Länder, die das zusammen postuliert haben, dass sie den Klageweg beschreiten. Handeln, nicht reden, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gruß nach Baden-Württemberg!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden seit drei Jahren, und die Staatsregierung hat keine Zeile zum Länderfinanzausgleich vorgelegt!)

Unsere Vision von Bayern ist ein schuldenfreies Bayern. An dieser Vision werden wir auch in den nächsten Jahren festhalten.

(Beifall bei der FDP)

Nun komme ich ganz kurz auf die dunklen Wolken, die an den Himmel gemalt worden sind, zurück. Ich darf die GRÜNEN zum Nachtragshaushalt 2010 zitieren: "Düstere Aussichten für die Staatsfinanzen." Sie monieren, dass es 2011, 2012 und 2013 einen Konsolidierungsbedarf von insgesamt 10 Milliarden Euro gebe. Sie kritisieren, wir würden unsere Rücklagen aufbrauchen, und Sie sagten: Die Staatsregierung erwartet ab 2012 wieder steigende Steuereinnahmen, die aber vor 2013 das Niveau von 2008 nicht mehr erreichen werden. 2012 werden Einnahmesteigerungen von 6 % erwartet. - Prinzip Hoffnung.

Ich kann heute nur noch einmal feststellen: Wir haben die Rücklagen nicht nur gehalten, sondern ausgebaut. Wir haben den Konsolidierungsbedarf gedeckt, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip Hoffnung, das Sie beschreiben, hat sich in der Realität bewahrheitet. Wir haben die Steuereinnahmen generiert. Wenn Sie dunkle Wolken an den Horizont malen, sollten Sie auch in die Vergangenheit schauen und überlegen, ob Ihre Prognosen eingetroffen sind.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CSU)

Für die FDP-Fraktion ist der Versorgungsfonds ein Thema. Es gibt klare gesetzliche Regelungen. Wir werden in den kommenden Wochen mit unserem Koalitionspartner CSU fachlich und sachlich fundiert diskutieren. Aktuell finden wir eine jährliche Rendite von 4,67 % bei der Rücklage seit deren Bildung vor und 7,76 % beim Fonds seit Auflage. Es handelt sich um die durchschnittliche Rendite und nicht um eine Augenblicksbetrachtung. Deshalb müssen wir eine sachliche Debatte über die Thematik im Sinne eines nach-

haltigen, zukunftsorientierten, der Generationengerechtigkeit Rechnung tragenden Haushalts führen. Wir werden das in den nächsten Wochen tun. Darauf können Sie sich verlassen. Für uns gilt das Verursacherprinzip. Das alles werden wir in einer offenen Diskussion sachlich austragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir setzen mit diesem Haushalt Schwerpunkte in der Familienpolitik. Wir steigen in das beitragsfreie dritte Kindergartenjahr ein. Das wurde vonseiten der GRÜ-NEN bereits kritisiert. Es ist immer gut, dass es unterschiedliche politische Einstellungen gibt. Diese werden wir nach außen tragen. Wir starten mit 50 Euro Zuschuss ab dem 01.09.2012. Das heißt, dass im Kindergartenjahr 2012/2013 die Familien um 600 Euro jährlich entlastet werden. Ich glaube, das ist ein gutes Signal, das von diesem Haushalt ausgeht.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren weiterhin in den Krippenausbau. Wir haben die Anzahl der Angebote vervierfacht. Wir werden bis Ende 2013 planmäßig 36 % erreichen. Das ist nicht nur mehr, als uns vom Bund mit 31 % vorgegeben worden ist, sondern wir übersteigen sogar die 33 %, die für die gesamte Bundesrepublik vorgegeben worden sind, um drei Prozent. Ich meine, auch das könnte man an dieser Stelle honorieren.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren 56 Millionen Euro zusätzlich in den Krippenausbau. Wir erhöhen die Investitionsförderung für den Krippenausbau nochmals um zusätzlich 92 Millionen Euro. Wir stecken über eine Milliarde Euro in den Betriebskostenzuschuss. Das alles zeigt, dass uns das Thema "Vereinbarkeit von Beruf und Familie" nicht nur in Programmen wichtig ist, sondern auch beim politischen Handeln. Da, wo wir es tun können, handeln wir, die FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag. Das hat sich in diesem Haushalt niedergeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Diese Maßnahmen zeigen auch Wirkung. Die Quote der erwerbstätigen Mütter ist in Bayern mit 70,7 % im Spitzenfeld aller Bundesländer. Auch die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter drei Jahren liegt bei 42 % und ist damit im innerdeutschen Vergleich spitze. Das Bild von einem rückständigen Bayern, das oft gezeichnet wird, stimmt seit 2008 nicht mehr. Auch dafür steht die FDP-Fraktion gemeinsam mit der CSU-Fraktion in dieser Koalition.

(Beifall bei der FDP)

Ein Schwerpunkt dieser Koalition aus CSU und FDP bleibt die Bildungspolitik. Ein Drittel unserer Gesamtausgaben geht in den Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir haben die Bildungsausgaben seit 2008 um 2,4 Milliarden Euro angehoben. Wenn man den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich abzieht, bleiben uns etwa 34 Milliarden Euro. Wenn wir jetzt 16 Milliarden Euro in Bildung investieren, dann bedeutet das, dass fast 50 % des uns zur Verfügung stehenden Geldes in den Bildungsbereich fließen. Deutlicher kann in einem Haushalt kein Schwerpunkt gesetzt werden, als wir dies gemeinsam tun, CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn ich Debattenbeiträge höre, wenn ich Pressemitteilungen lese, wenn ich Äußerungen von Kollegen im Ausschuss höre, in denen behauptet wird, das ganze Geld würde in Pensionszahlungen fließen und verschwinden, dann kann ich dem die Fakten entgegenhalten: Wir haben 5.500 zusätzliche Lehrerstellen im Freistaat Bayern geschaffen. 2008 waren es 81.000 Lehrerstellen, im Jahr 2012 sind wir bei 86.685 Lehrerstellen. Diese Zahlen sind Fakten, sie sprechen für sich. Sie sind nicht durch lange Pressemitteilungen, Redebeiträge oder Pressekonferenzen wegzudiskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Aber 2.700 Stellen fallen weg!)

Da, wo wir Probleme erkennen, packen wir sie auch an. Mit diesem Nachtragshaushalt und den 1.082 Lehrerstellen, die wir im Haushalt belassen, werden der Unterrichtsausfall bekämpft, die Ganztagsschulen ausgebaut und die Bildungsgerechtigkeit durch den Ausbau der Förderschulen und der Integration gestärkt. Uns ist es wichtig, nicht nur über Probleme zu reden, wenn man sie erkennt, sondern diese Probleme auch anzupacken. In diesem Nachtragshaushalt gehen wir einen Schritt in diese Richtung.

(Beifall bei der FDP)

Bayern ist auch Wissenschaftsland. Das unterstreichen wir mit den Investitionen an den Hochschulen. Kein Bundesland hat in den letzten vier Jahren so viele Studienplätze ausgebaut wie Bayern. Wir haben 38.000 zusätzliche Studienplätze für den doppelten Abiturjahrgang geschaffen und 5.500 Studienplätze zusätzlich wegen der Aussetzung der Wehrpflicht. Mit dem Nachtragshaushalt haben wir nun noch einmal 10.000 zusätzliche Studienplätze auf den Weg gebracht. Das ist in Deutschland beispiellos. Damit kommen wir dem Bedarf und den Verpflichtungen nach, die dieser Freistaat in der Bildungspolitik hat.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch noch auf die Situation der Kommunen eingehen, nachdem hier immer versucht wird, deren Situation besonders schwarz zu malen. Ich habe bereits die 7,3 Milliarden Euro genannt. Das sind 390 Millionen Euro mehr als bisher. Damit handelt es sich um den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten. Die Landesmittel steigen um 418 Millionen Euro. Die im Vergleich geringe Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen ist in Deutschland absolut spitze. Wir erhöhen den allgemeinen Steuerverbund. Herr Kollege Pointner hat das schon erwähnt. Wir erhöhen die Schlüsselzuweisungen, fördern den Schulausbau und unterstützen die Kindertageseinrichtungen. Wir erhöhen die Investitionspauschale, die Zuweisung an die Bezirke. Auch bei der Schülerbeförderung - ein in diesem Haus immer wieder aktuelles Thema - legen wir nach. Ich könnte die Liste noch lange fortführen. All das macht deutlich, dass wir uns sehr wohl bewusst sind, dass vor Ort, in den Kommunen, eine wichtige Arbeit geleistet wird. Viele Mitglieder unserer Fraktion sind so wie ich Kommunalpolitiker. Ich will das an dieser Stelle betonen, weil immer wieder das Gegenteil behauptet wird. Wir wissen, was vor Ort los ist, wir brauchen da keine Belehrungen, schon gar nicht von anderen, die über weniger kommunale Erfahrung verfügen als unser Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Man merkt es aber nicht!)

Wir haben für das Thema "Energie, Klima und Innovation" ein Paket geschnürt.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

- Wir sind auf kommunaler Ebene im Unterschied zu anderen immer noch tätig.

Wir haben ein Paket geschnürt für Energie, Klima und Innovation, weil wir in der Energiewende eine Aufgabe sehen. Dieser Aufgabe kommen wir auch nach. Wir investieren in Bereiche, in denen eine unmittelbare Verantwortung des Freistaats besteht. Das gilt beispielsweise für die Energieforschung. Wir setzen uns für energiesparende Produktionstechnologien ein, für Speichertechnologien, für Batteriespeicher und für das Energiemanagement. All dies sind wichtige Themen, um die Energiewende zu bewältigen. In Ihrem Konzept, im Konzept von Rot-Grün, haben diese Aspekte der Energiewende jedoch völlig gefehlt.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Das alles müssen wir mit unserem Konzept anpacken.

(Beifall bei der FDP)

Wir investieren in innovative Antriebstechnik. Dies ist der erste Schritt zum Energiewandel auf einem Weg, den wir für die nächsten fünf Jahre noch fortschreiben werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag und gehen einen wichtigen Weg für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Unternehmen vor Ort in Bayern.

Auch die Probleme des ländlichen Raums haben wir erkannt. Wir investieren schon lange über verschiedenste Töpfe, beispielsweise über die Regionalförderung, im ländlichen Raum. Wir verstärken unsere Bemühungen mit diesem Nachtragshaushalt noch einmal. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass wir die gewerbliche Regionalförderung und die Innovationsgutscheine ausbauen und zusätzlich - auch das wurde heute hier gefordert, und deshalb muss man es an dieser Stelle auch deutlich sagen - die außeruniversitäre Forschung und die Technologiezentren im ländlichen Raum stärken. Wir haben das im Doppelhaushalt schon getan, und nun legen wir im Nachtragshaushalt noch eine Schippe drauf. Sie sollten sich deshalb diesen Haushalt näher anschauen, bevor Sie hier Forderungen stellen, denen wir schon längst nachgekommen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir geben Mittel in Bedienformen des ÖPNV. Auch dies ist ein wichtiges Thema für den ländlichen Raum: Wie kann der ÖPNV dort in Zukunft aufrechterhalten werden? - Wir schaffen einen zusätzlichen Baustein das hat Martin Zeil heute schon beim Thema "Breitbandversorgung und schnelles Internet" dargelegt mit der Glasfasererschließung. Wir sind uns dieser Herausforderungen bewusst. Wir stellen uns diesen Herausforderungen. Dafür sind wir in der Politik und in diesem Landtag. Der Nachtragshaushalt 2012 der Staatsregierung, getragen von CSU und FDP, packt diese Herausforderungen an. Dieser Nachtragshaushalt ist zukunftsgerichtet, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

All diese Maßnahmen, die wir in den letzten Jahren ergriffen haben und die wir jetzt ergreifen, zeigen auch Wirkung. Bayern ist Nummer eins. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote mit 3,4 % im Dezember 2001. Nirgendwo in Deutschland sind so wenig junge Menschen arbeitslos wie im Freistaat. Wir haben Bestnoten beim Schuldenstand, bei der Pro-

Kopf-Verschuldung. Wir sind das erste Bundesland, das ein Energiekonzept vorgelegt hat. - Schöne Grüße nach Baden-Württemberg. - Wir sind Vorreiter beim schnellen Internet. Wir bauen die Kindertagesstätten aus und investieren in die Bildung.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie können sich vorstellen, dass es nicht im Naturell eines FDP-Politikers liegt, sich so oft auf die Schulter zu klopfen.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Nach der Debatte, die ich heute hier gehört habe, muss man Ihnen aber vor Augen führen, in welchem Land Sie leben. Sie leben in Bayern, nicht in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Ausführungen des Herrn Kollegen Pointner haben mich deshalb besonders gefreut. Kollege Pointner hat allerdings vieles von dem, was wir gemacht haben, fälschlicherweise der Urheberschaft der FREIEN WÄHLER zugeordnet. Wir sehen das selbstverständlich anders.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Reichhart (FREIE WÄHLER))

Ich darf vielleicht ganz kurz zitieren. Im Zuge Ihrer Klausurtagung 2012 haben Sie gesagt: "Einem Haushalt sind Spielräume zu gewähren, damit der Staat in einer Rezession auch handeln kann." - Wir haben Rücklagen in Höhe von 2,4 bzw. drei Milliarden Euro. "Diese Haushaltsspielräume müssen in wirtschaftlich guten Zeiten geschaffen werden." - Das tun wir angesichts der aktuellen Lage. "Über den Konjunkturverlauf sind keine zusätzlichen Schulden abzubauen." - Auch das tun wir nicht. Wenn ich dieses Zitat und Ihre heutigen Aussagen zusammennehme, dann gehe ich davon aus, dass die FREIEN WÄHLER dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung ihre Zustimmung geben werden.

(Beifall bei der FDP)

Ob dies allerdings nach dem Geschmack von Rot-Grün ist, muss sich in ihrer angedachten Partnerschaft noch zeigen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir haben hohe Steuereinnahmen, die im Wachstum begründet sind. Dieses Wachstum wird von fleißigen Menschen, der

guten Wirtschaftspolitik und den Rahmenbedingungen begünstigt. Wir investieren dieses Geld, beispielsweise 12 % in die Investitionsquote. 50 % der uns zur Verfügung stehenden Gelder investieren wir in die Bildung. Wir betreiben eine nachhaltige Haushaltspolitik mit null Neuverschuldung, mit Rücklagenbildung und mit Einstieg in die Tilgung der bestehenden Schulden. Das hat die FDP schon im November beschlossen. Wir betreiben - das ist in diesem Haushaltsentwurf der Bayerischen Staatsregierung zu sehen - eine zukunftsorientierte nachhaltige Haushaltspolitik, die der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt. Ich glaube deshalb, dass wir mit diesem Haushalt gemeinsam, CSU und FDP, einen weiteren Schritt in die positive Zukunft dieses Freistaats gegangen sind.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege. Wenn Sie bitte vorn bleiben; es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Halbleib. Bitte, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich bedanke mich zunächst für den Vorapplaus.

(Heiterkeit)

Jetzt darf ich meine Frage stellen.

(Unruhe)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wenn Sie zuhören, gibt es vielleicht auch für Sie einen Ertrag. -Bitte, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich darf zunächst einmal festhalten, Herr Kollege Klein, dass Sie in dieser zentralen Haushaltsdebatte Folgendes erklärt haben - dafür bin ich dankbar -:

Erstens. Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage werden auch vonseiten der FDP als wichtige Bausteine der Finanzpolitik des Freistaates Bayern beurteilt.

Zweitens. Die Rentierlichkeit des Fonds und der Rücklage ist so, wie wir sie beschrieben haben. Das ist eine Bestätigung dessen, was wir sagen.

Sie haben damit in einer Plenardebatte des Bayerischen Landtags dem von dieser Regierungskoalition gestellten Finanzminister in zwei zentralen Punkten widersprochen. Finanzminister Söder hat heute nämlich klar gesagt, dass er Versorgungsfonds und Versorgungsrücklage für im Kern problematisch und abschaffbar halte.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Ich habe kein Wort von "Abschaffung" gesagt! Das ist eine Lüge!)

- Langsam, langsam, Herr Kollege! Jetzt bin ich dran.

Auf jeden Fall hat der Finanzminister beides zur Disposition gestellt. Zudem hat er, was die Zinsentwicklung anbetrifft, klar zum Ausdruck gebracht, dass er die Beiträge der Opposition für unsinnig hält. Nunmehr wird die Kritik der Opposition von Vertretern der Koalition bestätigt.

Abschließend die Frage: Herr Kollege Klein, sind Sie bereit, heute für die FDP ein klares Bekenntnis zur Beibehaltung des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage abzugeben sowie dazu, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Zuführungen in diesem Nachtragshaushalt komplett vorgesehen werden?

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir überhaupt keinen Grund haben, die Arbeit des Finanzministers infrage zu stellen, auch nicht im Hinblick auf die Beachtung des Prinzips der Nachhaltigkeit.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Markus Söder)

- Wir loben ihn natürlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir gehen davon aus, dass er sich an die gesetzlichen Vorgaben hält. Ich habe nicht wahrgenommen, dass er einer Abschaffung des Versorgungsfonds das Wort geredet hat. Es besteht allerdings Diskussionsbedarf. Ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass wir uns der Diskussion nicht verschließen. Wir wollen sie sachlich führen, um zu einem Ergebnis zu kommen, das im Sinne der Generationengerechtigkeit tatsächlich Bestand hat.

Deshalb bleibe ich bei meiner Aussage: Wir sind durchaus der Meinung, dass der Versorgungsfonds ein wichtiger Baustein ist, dass man über diesen aber wie über jeden Baustein reden kann. Die Renditen habe ich genannt; das brauche ich nicht zu wiederholen. Wir werden uns in den nächsten Wochen mit unserem Koalitionspartner partnerschaftlich wie bei allen Themen der Diskussion stellen und dann zu einem Ergebnis kommen.

Darf ich im Umkehrschluss feststellen: Für den Fall, dass wir den Versorgungsfonds ansparen, stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt zu?

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Bei der FDP stirbt die Hoffnung zuletzt!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Es ist nicht vorgesehen, dass Sie Rückfragen stellen. Ich verstehe das aber als Anregung, diese Möglichkeit in der Geschäftsordnung zu berücksichtigen. - Die nächste Rednerin ist schon vorn. Frau Kollegin Kamm, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu den Themen "Schattenhaushalte" und "ungelöste oder vernachlässigte Aufgaben" haben wir schon viel gehört. Meine Ausführungen beziehen sich auf das allgemein proklamierte Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern zu schaffen.

Wir hatten Anfang November eine Anfrage zur Finanzlage der bayerischen Kommunen gestellt; sie ist bis heute nicht beantwortet worden. Das ist ärgerlich für die Arbeit der Opposition. Noch ärgerlicher finde ich es, dass Sie von der Staatsregierung sich offenbar überhaupt nicht für die finanzielle Lage der bayerischen Kommunen interessieren; sonst hätten Sie diese Anfrage schon beantworten können und die Daten längst gehabt.

Sie wissen nicht nur nicht, wie viele Kommunen in Bayern ihre Kreditaufnahmen nur auf der Basis von Ausnahmeregelungen und unter Auflagen genehmigt bekommen; Sie wollen das auch gar nicht wissen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen eine Investitionsquote von null - oder sogar eine negative - aufweisen. Sie wollen nicht wissen, wie viele Kommunen derzeit nicht investieren können, weil sie ein Haushaltssanierungskonzept durchführen bzw. nicht über einen genehmigten Haushalt verfügen. Wie soll ich Ihnen dann abnehmen, dass Sie sich dafür interessieren, wie in Bayern gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden können?

Viele Kommunen haben bis heute nicht die Folgen des Einbruchs der Steuereinnahmen der Jahre 2009 und 2010 ausgleichen können, zu denen übrigens Sie, Herr Klein, und andere mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz einen maßgeblichen Beitrag geleistet haben. Dieses Gesetz belastet die bayerischen Kommunen nach wie vor alljährlich mit rund 300 Millionen Euro. Neue Investitionen konnten in vielen Kommunen in den vergangenen Jahren ausschließlich mit Mitteln des Konjunkturprogramms getätigt werden, das jedoch mittlerweile ausgelaufen ist. Daher ist zu

befürchten, dass diese Investitionstätigkeit etwas zurückgehen wird.

Die fragwürdigen Durchschnittsbetrachtungen, die das Finanzministerium zur Lage der Kommunen in Bayern anstellt, berücksichtigen weder demografischen Wandel noch die Situation von Kommunen mit Strukturproblemen.

Aber nicht nur die Kommunen, sondern auch Dritte werden herangezogen, um Ihr Ziel der Schuldenfreiheit zu erreichen. So warten die Schulen in freier Trägerschaft auf zugesagte Mittel in Höhe von einer halben Milliarde Euro, viele Kommunen warten auf zugesagte Investitionszuschüsse. Sie sanieren auf Kosten der Kommunen.

Es reicht zudem überhaupt nicht aus, nur ein Eingliederungsgesetz auf Bundesebene zu fordern, so notwendig es auch ist. Der Freistaat muss über den Sozialhilfeausgleich einen sachgerechten eigenen Anteil der Kosten sozialer Aufgaben übernehmen. Ich stimme mit Herrn Kollegen Pointner völlig darin überein, dass der Schritt, den die Koalition gegangen ist, dafür nicht ausreicht.

Der Freistaat spart selbst, überlässt aber den Kommunen die Bewältigung der Zukunftsaufgaben. Das gilt für viele Bereiche: Bildung, Schulsozialarbeit, Inklusion, Krippen- und Kindertagesstättenausbau, Eingliederungshilfe, Klimaschutz, Integration. Besonders deutlich wird das am Umgang mit den Mieterinnen und Mietern der GWB-Wohnungen.

Das werden wir heute Nachmittag noch vertiefen. Ihre gelegentlich angewandte Politik des goldenen Zügels - hier eine Straße einweihen, dort ein kleines Projekt bezuschussen - reicht nicht aus. Sie müssen die Situation der Kommunen grundsätzlich verbessern. Es hilft ihnen nicht, wenn Sie wie derzeit kleine Trostpflaster verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Nächster Redner ist Herr Kollege Winter. Ihm folgt, wenn keine weitere Wortmeldung mehr dazwischenkommt, Herr Staatsminister Söder. - Bitte, Herr Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen! Die Staatsregierung hat heute zum siebten Mal in Folge einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorgelegt. Das ist für uns alle sehr erfreulich und alles andere als selbstverständlich; das zeigt der Blick auf andere Länder in Deutsch-

land und darüber hinaus. Gleichzeitig wird daran deutlich: Bayern hat sorgfältig und gut gewirtschaftet.

An dieser Stelle gilt Herrn Staatsminister Söder, seinem Staatssekretär Pschierer und allen Damen und Herren des Finanzministeriums unser herzlicher Dank für die engagierte, zügige und vor allem solide Arbeit, die zu den guten Ergebnissen, die heute vorgetragen wurden, geführt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun weiß man, dass ich für Loberteilung in der Fraktion nicht der Prädestinierteste bin, sondern lieber andere Aufgaben übernehme. Ein bisschen Aufgabenteilung muss sein. Aber ich möchte an dieser Stelle Ihnen, Herr Staatsminister, herzlich danken, weil es wirklich ein Auftakt im Schweinsgalopp war. Schon wenige Tage, nachdem Sie im Amt waren, haben Sie den kommunalen Finanzausgleich verhandelt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es waren zügige Verhandlungen mit guten Ergebnissen. Sie haben dem Vertreter des Parlaments die Möglichkeit gegeben, Vorschläge einzubringen. Mich freut es, dass die guten Ergebnisse anerkannt wurden und dass es ein guter, gelungener Auftakt war.

Im gleichen Tempo ging es weiter mit der Kabinettsklausur zum Haushalt 2012. Kaum war es damit vorbei, waren wir in Berlin und haben mit der EU versucht, das Beihilfeverfahren zu beschleunigen. Darauf werde ich heute noch eingehen.

In der Jahresendphase standen wir vor einem Bündel von Aufgaben. Heute können wir uns mit einem Haushalt beschäftigen, der sich sehen lassen kann. Es ist die beste Botschaft des Jahres schlechthin, dass wir eine Milliarde Schulden tilgen.

Bei den Beratungen werden wir uns mit dem Nachtragshaushalt intensiv befassen. An dieser Stelle sage ich herzlichen Dank dem Kollegen Klein, der heute sehr detailliert und engagiert vorgetragen und deutlich gemacht hat, dass die Fraktionen trotz ihrer unterschiedlichen Ansätze bemüht sind, alle Kräfte zu einem aktiven Regierungshandeln zusammenzuführen. Letztlich zählt wie immer der Erfolg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich ist die Frage der Opposition berechtigt - wir stellen sie uns ja auch selber -: Wie kann die Entschuldung gelingen? Laotse hat gesagt: Selbst eine Reise von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt. Damit hat er recht. Wir orientieren uns daran.

2012 haben wir einen echten, ausgeglichenen Staatshaushalt und - das kann man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen - keine neuen Schulden, keine Aktienverkäufe, keine inneren Darlehen. Neu ist auch eine Schuldentilgung um eine Milliarde Euro, und zwar bei gleichzeitig gestärkter Rücklage, hohen Investitionen, auch nach Beendigung des Konjunkturprogramms II. Der Pensionsfonds ist ein so wichtiges Thema, dass wir es mit Ihnen hier gleich gesondert besprechen. Der Staatshaushalt hat die geringste Pro-Kopf-Verschuldung und die niedrigste Zinslast in Deutschland.

Das ist eine gute Bilanz. Sie macht deutlich, dass Bayern keinen Anlass hat, sich schlechtreden zu lassen. Wir können ganz im Gegenteil stolz auf das sein, was die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement im Beruf und im Ehrenamt als gesellschaftliche Leistung erbracht haben. Das Ergebnis überzeugt und macht deutlich, dass wir auf unsere Heimat Bayern stolz sein können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich darf man die Gegenfrage stellen: Wenn ein SPD-geführtes Bundesland die Absicht verkündet hätte, alle Schulden zu tilgen, was wäre dann gewesen? - Alle hätten dann gelacht, weil jeder weiß: Das schaffen die nie. Das ist klar. Das ist der Unterschied.

Heute war schon die Rede von der sozialdemokratischen Politik. Kollege Halbleib, wo ist sie geblieben? - So hat Hildegard Knef einmal gesungen. Die SPD bekennt sich ja nicht mehr zu dem Kanzler, der ebenso wie Minister Steinbrück die Grundlagen gelegt hat. Sie hat sich von der Agenda 2010 distanziert. Deswegen kann man das nicht als sozialdemokratische Rezepte verkaufen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das muss man wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

- Lieber Herr Kollege Wengert, als Schröder ins Amt kam, habt ihr gesagt: Woher kommt der? Was hat der mit uns vor? Und als er gegangen war, haben Sie gesagt: O Gott, damit haben wir nichts mehr zu tun. Wir haben uns darüber gewundert. Denn das eine oder andere war ja erfolgreich. Aber ihr habt gesagt: No, das ist nicht unsere Politik.

Wir wollen ganz offen zugeben: Alle Schulden abzubauen, ist eine riesige Aufgabe, ist auch für Bayern ein Kraftakt, eine wahre Herkulesaufgabe. Dessen sind wir uns bewusst.

Wenn man hier von Populismus und von einem PR-Gag spricht, dann hätten wir es uns doch wirklich ganz einfach machen können. Jetzt ist dieser Riesengeldsegen da. Die Wirtschaft verbucht gute Erträge. Kollege Klein hat es gesagt: Da zeigt sich wieder, wie positiv sich Wachstum auswirkt. 2009 hatten wir das Gegenteil: 5 % Rezession. In den Folgejahren mussten wir sparen.

Es wäre doch wirklich toll gewesen, wenn wir jetzt hätten sagen können: Herr Finanzminister, bitte überweisen Sie künftig alle offenstehenden Posten noch bevor die Opposition Sie anmahnt. Populismus wäre es gewesen, wenn man das Geld einfach ausgegeben, Wahlgeschenke gemacht und die Stimmungen bedient hätte.

Sie haben es aber nie geglaubt, dass der Ministerpräsident, dem Sie gern etwas unterstellen würden, genau das Gegenteil tut. Er schlägt vor: Bei diesem Thema machen wir keine neuen Schulden. Das ist der richtige Weg. Dies ist die ganz große Messlatte, auf die die Bürgerinnen und Bürger warten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber ohne Einschränkungen!)

Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise über den Bundeshaushalt reden und diese sagen, die Schulden würden weniger, dann müssen Sie denen doch schon seit Jahren sagen: Es handelt sich um weniger Neuaufnahmen; die Schulden werden insgesamt jedoch mehr. Wenn Sie mit den Bürgerinnen und Bürgern über Schuldentilgung, über Reduzierung der Schulden diskutieren, dann erfahren Sie deren Wunsch, die Schulden abzubauen.

Wie gesagt, wir haben es uns nicht einfach gemacht. Einfachheit ist nicht der Anspruch von CSU und FDP. Unser Anspruch ist viel höher. Das Ziel in der ersten Stufe war: keine neuen Schulden. In der zweiten Stufe gilt es, die bestehenden Schulden zu tilgen. Aber das - ja Sie sind überrascht - haben Sie uns nicht zugetraut. Ja, der Vorschlag von Horst Seehofer hat Sie total überrascht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Überhaupt nicht!)

Jetzt gibt es natürlich eine ganze Reihe offener Fragen. Die Zeit wird nicht reichen, sie alle zu beantworten. Wir sind gefordert. Sie und die Bürgerinnen und Bürger haben die Chance, die Dinge hautnah zu verfolgen. Wir haben es in den elf Monaten, die uns noch bleiben, mit drei Haushalten zu tun: In den nächsten Wochen beraten wir den Nachtragshaushalt 2012, im Herbst den Doppelhaushalt 2013/14.

Im Zuge dieser Beratung sind viele Fragen zu beantworten: Wie sieht es mit den bestehenden Verpflichtungen aus? Wie geht es mit der Schuldentilgung weiter? Finden noch Zukunftsinvestitionen statt? An den Antworten werden wir uns messen lassen müssen, auch gern messen lassen.

Ein wichtiger Punkt ist die Pensionsvorsorge. Dazu hat Kollege Klein ausführlich gesprochen. Es handelt sich um ein wichtiges Thema. Worum geht es? Was ist Sinn und Zweck? Man muss immer vermeiden, dass man den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Der Fonds ist eine Erfindung von uns. Deswegen dürfen wir auch darüber nachdenken, ob man die Dinge noch besser gestalten kann. Da geht es um die Vorsorge für künftige Generationen. Es geht darum, möglichst viel für die Altersvorsorge zu tun. Lasten sollen nicht aufgebürdet, sondern dort, wo sie entstehen, abgemildert und abgefedert werden.

Wir alle wissen, dass die 1,3 Milliarden Euro, die in den beiden Töpfen enthalten sind, gut sind. Aber sie sind angesichts der Herausforderungen noch lange nicht ausreichend. Deswegen stellt sich sehr wohl die Frage: Wie können wir dem begegnen? Wie können wir Belastungen für die Zukunft wegnehmen? So kam es zur Ansage, die Schulden zu tilgen. Der Vorschlag ist ja nicht vom Himmel gefallen. In Kreuth wurde darüber debattiert, was wir dafür tun können. Unsere Auffassung ist: Der beste und wichtigste Schritt im Hinblick auf die demografische Veränderung, im Hinblick auf die Alterspyramide und die Tatsache, dass die nächste Generation sehr viel zu tragen hat, wenn es weniger Aktive und mehr Empfänger gibt, ist ein Haushalt, ein Staat, der weniger Belastungen kennt, der keine Schulden hat. Das ist unsere Priorität. Alle anderen Punkte wollen wir in diesem Jahr miteinander diskutieren. Wir haben ein ganzes Jahr, bis zum Dezember Zeit, bis wir das zweite Haushaltsgesetz verabschieden und sagen, wie wir uns das Ganze vorstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Also abschaffen!)

Ansonsten bleibt natürlich das, was uns zu diesem Spezialthema bekannt ist, dass das Sondervermögen 4,6 % und dass der Fonds 7,7 % gebracht hat. Es ist richtig, dass wir momentan dank des AAA-Ratings niedrige Zinsen haben. Das wollen wir gar nicht beklagen. Wir sind vielmehr froh darüber, dass der Zinssatz bei nur 3,3 % liegt. Aber wir müssen auch sagen, dass wir im Jahr 1.080 Millionen Euro für Schuldzinsen aufzubringen haben, und das trotz des niedrigen Zinssatzes. Das berechtigt, darüber nachzudenken, welches der richtige Weg ist, und es berechtigt auch, darüber nachzudenken und sich bewusst zu machen, dass der Zinssatz nicht immer so niedrig bleiben

muss. Auch muss man wissen, dass bei Aktien, dass bei Wertpapieren nun mal ein Risiko besteht. Jeder, der täglich die Kurse verfolgt, weiß: Eine höhere Rendite bedeutet ein höheres Risiko. Umgekehrt kann man sagen: Das geringste Risiko besteht, wenn man Schulden tilgt oder gar keine mehr hat. Dann ist man vor den Kapitalmarktzinsen, die ja auch steigen können, am besten geschützt. - Dies zur Situation.

Es ist interessant. Die eine Milliarde, die der Finanzminister heute vorgeschlagen hat, bringt auch bei diesem niedrigen Zinssatz immerhin 33 Millionen Zinsersparnis, und sie bringt bis zum Jahr 2030 eine Ersparnis von 600 Millionen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir wissen das! 350 Millionen Landesbank!)

Wenn wir das Beispiel von heute, von 2012, im nächsten Jahr fortsetzen könnten, dann wären es nicht nur 600 Millionen Euro, sondern 1,2 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030.

Herr Kollege Halbleib, ich kann mich noch daran erinnern, dass ein ganz wichtiger Mann der Sozialdemokraten sagte - Erwin Huber weiß das auch -: Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit. Was war dann? Am Ende hatten wir beides, und beide, die Inflation und die Arbeitslosigkeit, betrugen mehr als 5 %.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da müssen Sie aber tief in der Geschichte graben!)

Dann hat die Luft gefehlt, um investieren zu können. Das ist der Knackpunkt.

Wer Bofinger liest und verfolgt, muss sagen, dass er uns eigentlich gar nicht widerspricht. Er sagt nur, man müsse differenzieren und immer abwägen, was gerade passt. Selbst in diesem Zusammenhang kann man ihn nicht gut bemühen. Sonst hätte ich es gern getan und gesagt, dass er widerspricht.

Jetzt habe ich noch einen anderen Punkt anzusprechen. Er richtet sich an die Kollegen der FREIEN WÄHLER. Ich kann mich nicht erinnern, die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren je attackiert, gegen sie polemisiert oder sonst irgendetwas gegen sie getan zu haben. Aber mit Ihrer Pressekonferenz bezüglich der Sparkassen haben Sie uns wirklich überrascht. Herr Kollege Pohl, ich weiß nicht, ob Sie tiefgestapelt oder Naivität vorgetäuscht haben. Dazu fällt mir wirklich nichts Positives ein. Da kann man nur noch staunen. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Wir sind der Bayerische Landtag, wir sind die Vertretung von 12,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, wir sind nicht der Sparkassentag. Das bitte ich auch zu sehen. Dass Sie den Sparkassen einen Gefallen

getan haben, bezweifle ich sehr. Man muss darüber reden, wie gut wir sie bedient haben, wie gut sie dabei wegkommen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aha!)

Sollen wir einmal das Beispiel der Stadt München nehmen? Wie viel sind denn 15 % von 5 Milliarden? Da fragen wir einmal: Ist das notwendig gewesen? War es berechtigt? Welche Begründung gibt es dafür? Oder könnte man dafür nicht besser eine S-Bahn bauen oder andere wichtige Dinge tun?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

- Herr Pohl, ich weiß nicht, wie man so in eine Pressekonferenz gehen kann - entweder nicht informiert oder so, dass man das, was man weiß, verdrängt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

Ich trage es Ihnen einmal kurz vor: Der Freistaat Bayern ist bei der Rettung der Bank nach der Pleite von Lehman Brothers allein in Vorleistung getreten und hat den hälftigen Anteil der Sparkassen von 5 Milliarden mit übernommen. - Den gesamten Anteil. - Das Gleiche gilt für den Rettungsschirm von insgesamt 6 Milliarden Euro. Auch da hat der Freistaat Bayern den hälftigen Anteil in dieser Ad-hoc-Hilfe mit übernommen. Angesichts dieses großen Engagements, das der Freistaat erbracht hat, bestand zwischen der Staatsregierung und den Regierungsfraktionen sehr schnell Konsens darüber, dass diese Hilfsaktion die Obergrenze dessen darstellt, was der Freistaat Bayern leisten kann. Das muss die Obergrenze bleiben, und dafür treten wir auch bei den Gesprächen mit der EU ein.

Darüber hinaus gibt es Dinge wie Zinsen und ABS-Garantien und -ausfälle. Das käme alles hinzu. Ich war mit Georg Fahrenschon immer schon darüber einig, dass diese 10 Millionen Euro die Obergrenze bleiben müssen und dass dies die Marschrichtung ist. Die EU-Kommission hat bereits im Dezember 2008 und dann noch einmal im November 2010 mitgeteilt, dass diese Hilfsmaßnahmen Beihilfecharakter haben und dass dies nur vorläufig geduldet ist.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was wollen Sie sagen? Das ist nicht einmal zuruffähig!)

- Jetzt warten Sie doch einmal den Beschluss ab. Den Beschluss, von dem Sie dauernd reden, gibt es doch noch gar nicht. Die Presse hat Sie aufgefordert, ihn vorzulegen; aber es gibt ihn ja nicht. (Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ach, die 10 Milliarden haben wir nicht beschlossen?)

- Hören Sie einmal gut zu. Die 10 Milliarden sind doch umgesetzt. Sie reden doch von Beschlüssen, die der Minister noch umsetzen müsste. Hierzu gibt es nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die EU hat im November 2010 mitgeteilt, dass eine Beschlussfassung über den Grundlagenvertrag nicht ohne vorherige Abstimmung mit der Kommission möglich ist. Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

Jetzt gehen wir weiter. Mich erstaunt, wie Sie zu der Annahme kommen, dass Bayern nicht zu Europa gehört, dass in Bayern kein EU-Verfahren betrieben wird.

(Lachen des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das scheinen Sie manchmal zu meinen!)

Ich möchte gern wissen, woher diese Irritation kommt. Vielleicht gibt es bei den Sparkassen einige, die genauso unaufgeklärt durch die Gegend marschieren. Das mag sein. Von irgendwoher werden Sie den "großartigen" Schmarren ja haben. Mich würde einmal interessieren, wie man zu dieser Annahme kommen kann. Ich höre immer wieder, Bayern sei das größte Land. Ich kann Ihnen, auch wenn es so etwas schon einmal bei uns gegeben haben sollte, nur bestätigen: Bayern ist kleiner als Deutschland und ist kein Kontinent. Das möchte ich für die CSU noch einmal eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Jetzt ziehen wir den Vergleich zu Baden-Württemberg. Als Kaufbeurer sind Sie schließlich nicht weit weg. Baden-Württemberg hat als erstes Land das Beihilfeverfahren abgeschlossen. Dort sieht es wie folgt aus: In Baden-Württemberg hatten die Sparkassen im Jahr 2010 einen Umsatz von 174 Milliarden Euro; die bayerischen Sparkassen hatten einen Umsatz von 171 Milliarden Euro. Das sind also vergleichbare Größenordnungen. In Baden-Württemberg haben die Sparkassen einschließlich der Stadt Stuttgart, also der kommunalen Seite, ein Eigenkapital von 2,9 Milliarden Euro eingebracht und leben immer noch und machen immer noch Mittelstandsfinanzierungen.

- Dies zur Information. Und was haben dagegen die bayerischen Sparkassen, von denen Sie sagen, man

müsse sie schonen, an Eigenkapital eingebracht?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer sagt das? Das haben wir im Bayerischen Landtag beschlossen!)

- Sie sind doch jetzt gar nicht an der Reihe. Hören Sie doch einmal zu, wenn Sie schon nichts wissen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn Sie mit mir reden!)

- Dann melden Sie sich halt. - An der Stelle, an der bei den baden-württembergischen Sparkassen 2,9 Milliarden Euro stehen, stehen bei den bayerischen Sparkassen 0,0 Euro. Das ist der Vergleich mit den Nachbarn.

Jetzt gehen wir zum Thema Garantien über. Diesbezüglich stehen bei den baden-württembergischen Sparkassen und der Stadt Stuttgart 7,4 Milliarden, und bei den bayerischen Sparkassen steht: Garantiesumme: 0,0 Euro. Das ist die Realität. Deswegen kann ich Ihnen heute schon sagen: Selbst wenn das Verfahren abgeschlossen ist, wird es in Deutschland keine Sparkassenlandschaft geben, die so gut, so günstig, so billig weggekommen ist wie unsere bayerischen Sparkassen.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle erinnere ich mich an meine Oma, die gesagt hat: Wer Gutes tut, muss sich in Acht nehmen.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄH-LERN)

Manchmal frage ich mich, warum wir uns jetzt gegenüber den Sparkassen verteidigen müssen, wenn man doch so großzügig war und so vieles getan hat. Das versteht wirklich kein Mensch mehr.

(Beifall bei der CSU)

Meine verehrten Kolleginnen, werte Kollegen, was kann man als Politiker oder einfacher Abgeordneter für den Länderfinanzausgleich tun? Gelegentlich Anregungen geben, die wie ein Stein im Wasser Wellen schlagen und weitergehen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich 2010 bei der Ersten Lesung des Nachtragshaushalts das Thema Länderfinanzausgleich aufgreifen konnte, dass es jetzt deutschlandweit in aller Munde ist und dass wir heftig darüber diskutieren, nachdenken und verhandeln mit dem Ziel, dass es beim Länderfinanzausgleich wieder gerechter zugeht.

Zu der Frage: Ihr habt ja mitverhandelt, warum habt ihr denn zugestimmt? - Ich habe mir sagen lassen, dass es bei Verhandlungen über den Länderfinanz-

ausgleich bisher immer das Ziel war, am Ende Konsens zwischen den Ländern und der Bundesregierung zu erreichen und dieses einfache Bundesgesetz nicht mit Mehrheit durchzudrücken. Das ist der Punkt. Einvernehmlich ein Ergebnis zu erreichen, bei dem die Nehmer nachgeben sollen und die Geber nicht mehr so viel wie bisher zahlen müssen, ist alles andere als einfach.

Aber um Missverständnissen vorzubeugen: Wir stehen zur Solidarität. 35 Milliarden hat Bayern in den Länderfinanzausgleich eingezahlt, 21 Milliarden Euro beim Umsatzsteuerausgleich. In der Summe haben wir insgesamt 56 Milliarden Euro mehr überwiesen, als wir bekommen haben.

Jetzt zu der Frage: Wer profitiert? Wie soll es weitergehen? Wo sehen wir die Spielräume? Natürlich sagt das Grundgesetz: Dieser Ausgleich muss sein. Aber, meine Damen und Herren. 2011 wurden 27 Milliarden Euro umverteilt. Könnten wir uns vorstellen, dass vielleicht etwas weniger, dass auch eine Umverteilung von 25 oder 22 oder gar 20 Milliarden Euro noch ein guter Bund-Länder-Finanzausgleich in Deutschland wäre? Schauen wir doch einmal in Europa herum, wo werden da 20. 22 oder 25 Milliarden Euro umverteilt? Das ist der Spielraum, den wir sehen und den wir ansprechen. Es ist aber auch unsere Verpflichtung, dafür zu kämpfen, hier eine Besserung zu erreichen. An der Stelle, Herr Finanzminister, herzlichen Dank, dass Sie dieses Thema engagiert aufgreifen und anpacken. Das finden wir großartig.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn es zwölf Nehmerländer und nur noch vier Geberländer gibt und ein Land davon ohnehin nur einen geringen Betrag einzahlt, dass es fast nicht mitzählt, dann ist das Ganze in eine Schieflage gekommen. Das kann jeder nachvollziehen. Wir wollen eine faire Lastenverteilung und mehr Anreize. Wir wollen die Chance, dass derjenige, der sich engagiert, auch etwas bekommt.

Ich sehe, wenn die Uhr richtig geht, dass die Zeit knapp wird. Deswegen komme ich zum Schluss: Wir sichern die gründliche Beratung des Nachtragshaushalts zu. Er ist ja zum Nachjustieren da. Der Haushalt ist schon ein bisschen älter. Er wurde im Herbst 2010 entworfen. Deswegen gibt es einen Bedarf nachzuarbeiten. Schwerpunktsetzung aus Parlamentssicht das ist unser Anliegen. Wir selbst haben uns große Ziele und Maßstäbe vorgenommen. Wir tilgen und investieren. Das gilt für den Haushalt 2012.

Herr Finanzminister, Sie haben das heute mit dem Tilgen festgemacht, und unser Anliegen liegt beim Investieren. Beides zusammen wird gelingen. Wir set-

zen auf die wirtschaftliche Stärke Bayerns. Wir setzen auf einen gerechteren, ausgewogeneren und leistungsfördernden Bund-Länder-Finanzausgleich sowie auf Haushaltsdisziplin. Darum sagen wir nicht immer Ja. Wir werden unseren Verpflichtungen nachkommen und Zukunftsaufgaben umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Herr Winter, kommen Sie bitte zurück. Kollege Hallitzky hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Winter, Sie werden mir sicherlich in zwei Punkten zustimmen, die wir Herrn Söder dringend in den Stammbaum, Pardon, ins Stammbuch schreiben müssen.

Erstens. Ein belastbares Konzept für eine Schuldentilgung über 20 Jahre hinweg kann es nicht geben, weil weder die staatlichen Ausgaben noch die staatlichen Einnahmen - die erst recht nicht - angesichts der Volatilität der Weltwirtschaft und der Finanzmärkte in Europa und der Welt über einen solch langen Zeitraum vorhergesehen werden können. Sie wissen, dass es bei dem Dahergerede von "Keine Schulden mehr in 20 Jahren" nicht wirklich um 2030 geht. Vielmehr geht es um einen letzten, verzweifelten Versuch, mit ungedeckten Wetten auf die ferne Zukunft eine Wahl zu bestehen. Herr Winter, was Herr Söder macht, sind ungedeckte Leerverkäufe. Das hat er von der BayernLB übernommen. Aber verkauft hat er damit auch jede finanzpolitische Ernsthaftigkeit, die Georg Fahrenschon noch besaß. Damit werden auch die Bürgerinnen und Bürger Bayerns verkauft. Das ist der erste Gedanke, den Sie Herrn Söder bitte einmal auflegen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das ist Unsinn! Frecher Unsinn!)

Zweitens. Der Länderfinanzausgleich ist verfassungsfest. Das ist klar, weil er nach den Vorgaben des Verfassungsgerichts gemeinsam ausgehandelt wurde. Er ist von Bayern selbst verhandelt, unterschrieben und selbstverständlich auch selbst gelobt worden. Aber jetzt tönen Sie, Sie wollten eine Klage gegen den Finanzausgleich anstrengen.

Schließen Sie sich doch bitte dem ernsthaften Vorbild der grün-roten Koalition in Baden-Württemberg an! Die möchte Verhandlungen. Die sagt, eine Klage sei ohnehin ohne Erfolgsaussichten, und will eine Föderalismuskommission III. Sie möchte eine Neukonstruktion des Finanzausgleichs, damit die Anreize für Geber- und Nehmerländer erhöht werden. Vom grün-

roten Baden-Württemberg kommen Konzepte. Von Ihnen hingegen kommt nur heiße Luft.

Damit bin ich beim letzten Satz: Wenn sich einmal jemand hinsetzen und die ganzen Versprechungen des Finanzministers von Steuersenkungen und Schuldenabbau durchrechnen würde - Herr Winter, Sie werden mir sicherlich recht geben -, der käme nur zu einem Ergebnis: Gäbe es eine Luftblasensteuer für das Verblasen heißer Luft, dann müsste der bayerische Finanzminister noch heute Privatinsolvenz anmelden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Das war echt ein sachgerechter Beitrag!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, Sie dürfen, wenn Sie wollen.

Georg Winter (CSU): Herzlichen Dank. - Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Da der Kollege Hallitzky das Stichwort "grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg" geliefert hat, muss ich sagen: Man kann nur dazulernen. Man schließt einen Koalitionsvertrag mit einer völlig unterschiedlichen Zielrichtung und sagt dann: Okay, jetzt lassen wir die Bürger entscheiden, und dann müssen wir das übernehmen, was herauskommt. - Denn immerhin hat man falsche Erwartungen geweckt.

(Zuruf)

- Das ist sehr wichtig. Man muss sich schon am Beispiel orientieren, wenn man Prognosen abgeben soll. Er will von mir eine Prognose und eine Aussage.

(Beifall bei der CSU)

Wie soll man denn das Angebot von Baden-Württemberg zum Länderfinanzausgleich werten, wenn sich die Koalitionsfraktionen dort beim Thema Stuttgart 21 nur darauf verständigen konnten, die Bürger entscheiden zu lassen, und jetzt setzen die Grünen die Sache um, die sie im Grunde genommen verhindern wollten?

Zum Länderfinanzausgleich habe ich vorhin Stellung genommen. Hätten Sie einmal zugehört; aber vielleicht war die Frage schon vornotiert. Es werden 27 Milliarden Euro umverteilt. Ich habe gesagt, dass auch bei 25 oder 22 Milliarden Euro noch Solidarität und ein kraftvoller Ausgleich möglich wären; das ist das eine.

Das Zweite kennen Sie auch - wir sehen das am Beispiel Schlüsselzuweisungen -: Die Landeshauptstadt München bekommt 2011 eine Schlüsselzuweisung, obwohl sie Steuereinnahmen ohne Ende hat. Was heißt das? Diese Systeme werden jeweils auf dem Stand entwickelt, der aktuell ist. Aber dann verändern

sich die Situationen in den Ländern, und wir stellen fest: Sie passen nicht mehr, obwohl sie so unheimlich feinsinnig gemacht worden sind, dass sie für die Mehrheit von uns undurchschaubar sind. Wir müssen feststellen, dass diese unterschiedlichen Systeme ihre Schwächen und Tücken, trotz ihrer Kompliziertheit haben. Das ist der Punkt. Deswegen ist die größte Beständigkeit in unserem Leben die Veränderung.

Zum Schluss darf ich noch sagen: Ich danke dem Finanzminister für die engagierte Arbeit. Mir macht es Spaß, mit ihm zusammenzuarbeiten. Auch er wird sich an allem, was er sagt und tut, messen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir nach der zusammenfassenden Stellungnahme von Herrn Staatsminister Söder eine halbe Stunde Mittagspause machen.

(Erwin Huber (CSU): Mindestens!)

Wir schauen dann, wie viel Uhr es ist, und machen ab dann 30 Minuten Mittagspause.

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort. Bitte schön. - Danach ist die Mittagspause.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die letzten drei Stunden wirklich zugehört

(Zuruf von den GRÜNEN: Mehr oder weniger!)

und habe versucht aufzuschreiben, wo die konkreten Vorschläge der Opposition sind, die Schuldenproblematik abzubauen und zu lösen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nichts ist an der Stelle gekommen, meine Damen und Herren.

(Alexander König (CSU): Es war auch nichts anderes zu erwarten, oder?)

Die Oma von Georg Winter hat recht. Da machen wir einmal etwas - man kann auf den Facebook-Seiten sehen, welche positive Resonanz es dazu gibt -, was vernünftig ist und die Menschen und Ökonomen im Land begeistert. Und was machen Sie? Entschuldigung, dass ich das sage: Sie sind immer gleich beleidigt und nörgeln und kritteln die ganze Zeit herum.

Helfen Sie im Land doch einmal mit! Wer beleidigt ist, wird nicht gewählt. Ich habe mir alles angehört.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt zu Herrn Halbleib: Er hat vorhin gesagt - das war eine bemerkenswerte Aussage; ich habe sie verinnerlicht -: Schröder und Eichel haben die Grundlagen für bestes Wirtschaftswachstum, für solide Finanzen und für eine guasi ethische Wirtschaftspolitik in Deutschland geschaffen. Ich habe immer respektiert, was aus der Agenda 2010 gefolgt ist. Was Sie verschwiegen haben: In Deutschland hat es vor Schröder/Eichel eine intensive wirtschaftliche Mittelstandskultur gegeben. Aber Hans Eichel und die Regierung damals haben einen neuen Weg beschritten, an dem wir heute ein Stück leiden. Mit den ganzen Steuerbefreiungen für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften haben sie Hedgefonds und anderen erst ermöalicht. ihr Unwesen treiben. zu Verantwortung liegt auch auf Ihren Schultern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist Kokolores!)

- Es ist wirklich so.

Zweitens. Ich finde es fast schon putzig, dass Sie jetzt das Hohe Lied auf Edmund Stoiber singen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich muss ihn doch gegen Sie verteidigen!)

Die ganze Zeit lesen wir nur, dass es eine ganz schlimme Sache gewesen ist, dass der Freistaat Bayern in den letzten Jahren eine Privatisierungspolitik, die gerade Edmund Stoibers Handschrift trägt, betrieben hat und dass das alles zum Schaden gewesen sei, dass es doch das Beste wäre, wenn der Staat alles behält.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Bayern in allen Rankings in Wissenschaft, Forschung und Bildung an erster Stelle liegt, beruht darauf, dass wir strategisch investieren konnten, weil wir Beteiligungen verkauft und damit für das Land etwas erreicht haben. Das sollten Sie auch einmal loben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben mich kritisiert dafür - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Dürfen wir doch!)

- Das dürfen Sie. Was anderes wäre zwar schön, aber unwahrscheinlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das werden Sie auch nicht erwartet haben! - Tobias Thalhammer (FDP): Wäre auch nicht angebracht!)

- Tobi, da hättest du dir auch ein Beispiel nehmen können.

(Heiterkeit)

Sie haben mich also kritisiert, schwer hinterfragt, haben wortgewaltig diskutiert, dass das mit der Tilgung alles nicht funktioniere und eine Luftnummer sei. Ich habe Verständnis dafür, wenn man nicht tilgen will. Aber eines geht nicht: Man kann nicht sagen, wenn der Söder tilgt, ist es Populismus, aber wenn der Ude tilgt, ist es Heldentum. Das geht nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Entweder sind wir aus Ihrer Sicht beide Helden oder beide Populisten. Wenn das Letztere der Fall wäre, könnte ich eher damit leben als Sie, wenn Sie Ihren eigenen Spitzenkandidaten als Populisten beschreiben. Das wäre schwierig.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Ich habe nur zugehört. Sie haben ein Interview von mir in der "Welt am Sonntag" zitiert. Sie haben darauf hingewiesen, ich hätte gesagt - ich habe den Text zufällig da -, die Versorgungsrücklage, die der eindeutig größere Teil ist, wird laufend bedient. Das war der Text. Sie haben gesagt, das stimme nicht. Das, lieber Herr Halbleib, ist falsch. Die Versorgungsrücklage wurde in den letzten Jahren immer bedient, und zwar im Jahr 2010 mit 137 Millionen Euro, im Jahr 2011 mit 68,5 Millionen Euro und in 2012 mit 71,7 Millionen Euro. Was nicht bedient wurde durch Beschluss des Haushaltsgesetzgebers, war der Versorgungsfonds. Allein daran, dass Sie als wirklich bemühter und engagierter Kollege im Haus - ich meine das ernst nicht den Unterschied zwischen Rücklage und Fonds genau kennen, stimmt mich zuversichtlich, dass wir uns gemeinsam etwas überlegen, um das zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn er es nicht weiß, dann weiß es die Bevölkerung auch nicht.

Nun zur Landesbank. Kollege Hallitzky hat zum Schluss wirklich einen epochalen Beitrag eingebracht. Zu dem Argument, das auch von anderen erwähnt wurde, nach dem Motto, diese Regierung ist schuld daran, dass weltweit Finanzmärkte zusammengebrochen sind, muss ich sagen, dass ich Verständnis für Diskussionen habe. In einem konkreten Fall gibt es

eine Fülle von Klagen, mit denen juristisch aufgearbeitet wird, inwieweit der Freistaat und die Landesbank offenkundig betrogen wurden. Das wird diskutiert.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

Aber zu sagen, der Freistaat Bayern und die Staatsregierung, am besten noch die Mehrheit des Parlaments seien dafür verantwortlich, dass weltweit Finanzmärkte zusammenbrechen, ist wirklich einfach unseriös. Seien Sie an der Stelle einmal ehrlich.

(Eike Hallitzky (GRÜNE): Das hat kein Mensch gesagt!)

- Doch, doch. Ständig nur über das Jahr 2008 zu philosophieren - - Ich brauche Lösungen für das Jahr 2012 folgende. Jeder Vorschlag, der da kommt, ist uns recht, meine Damen und Herren. Wirklich jeder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte, das seriös zu machen. Denn eines wird nicht gehen: Man kann nicht sagen, bringt möglichst schnell viel Geld für den Staatshaushalt, aber das, was ihr verkaufen wollt, müsst ihr quasi umsonst abgeben. Es geht nicht, zu sagen, die Bank muss kleiner werden, aber gleichzeitig muss sich das Personal fast verdoppeln. Das haben Sie zwar heute in der Debatte nicht so gesagt, aber andere sagen es. Wenn, dann müssen wir das ökonomisch seriös machen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Sie sollten erst zuhören, bevor Sie reden!)

- Ich brülle auch nicht dazwischen, weil ich mir wirklich Mühe gebe, jeden Satz, den Sie gesagt haben - Ich habe zugehört. Herr Kollege Hallitzky sprach davon, mir etwas in den "Stammbaum" zu schreiben. Ich habe nicht so einen Stammbaum wie andere, aber das ist ein anderes Thema.

(Heiterkeit)

Kommen wir weiter zu den FREIEN WÄHLERN.

Herr Pointner, Ihr Beitrag war im Grunde sehr höflich. Vielen Dank. Eines möchte ich Ihnen aber noch sagen, das ist wichtig. Beim Thema Flughafen sind Sie aus alter Erfahrung in der Sache drin. Die FREI-EN WÄHLER - ich glaube, auch Herr Aiwanger - haben in Nürnberg einen grandiosen Vorschlag zur Flughafenstrategie gemacht. Den Vorschlag, den die GRÜNEN gestern gemacht haben, kann man ja noch irgendwie kritisch bewerten. Die FREIEN WÄHLER

haben aber in Nürnberg zur Lösung der Problematik folgenden Vorschlag gemacht: Der Flughafen liegt im Nürnberger Norden. Da reißen wir ihn ab und bauen ihn im Nürnberger Süden. Ich muss wirklich sagen, das war ein ökonomisch weitreichender Vorschlag.

(Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄH-LER): So ein Käse! Wir sind die Landtagsfraktion! Das war ein irregeleiteter Stadtvorsitzender, der das gesagt hat. Es wurde eine Pressekonferenz in Nürnberg abgehalten! Also, zuhören können Sie wirklich nicht!)

- Ja, ja, gehen wir weiter. Ich kann wirklich nichts dafür, was Sie sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In der Zeitung stand es so. Aber Sie würden schon gerne den Flughafen abbauen und woanders hinbauen, oder?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Minister! Weiter geht's.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Ich weiß, der Herr Präsident möchte in die Pause.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich habe eine gewisse Fürsorgepflicht, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Das habe ich über all die Jahrzehnte bei Ihnen auch so gesehen.

Jetzt noch zum Thema von Frau Stamm junior. Wissen Sie, es ist sehr faszinierend. Ich glaube, wenn wir eine Umfrage in der Bevölkerung machen würden, wen die bayerischen Bürgerinnen und Bürger als wirkliche Dagegen-Partei ansehen, dann würde die CSU in dieser Umfrage das schlechteste Ergebnis generell bekommen. Sie sind doch die Einzigen, die hier im Parlament und bei jeder Infrastrukturmaßnahme, die es national gibt, dagegen sind. In Berlin haben Sie deswegen keine Regierung bilden können. In Stuttgart gibt es deswegen Probleme mit dem Koalitionspartner. Und hier in München gibt eine rot-grüne Stadtregierung vor, sie wäre die beste Regierung nach 2013 mit noch einem anderen Partner, kann sich aber bei der ganz zentralen Infrastrukturmaßnahme der nächsten Jahrzehnte nicht einigen und macht quasi wechselseitige Ratsbegehren. Da kann ich nur sagen: Wenn jemand dagegen ist, dann sind es die GRÜNEN in Bayern, meine Damen und Herren, und das sehr nachhaltig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zu der Frage, wie man Angst vor der Zukunft schürt oder abbaut. Das haben Sie, Frau Stamm, angesprochen. Das ist schon wichtig. Sie haben gesagt, es gebe in Europa verschiedene Verpflichtungen und die Menschen seien besorgt, wie es weitergeht.

Ich möchte Ihnen sagen, worüber ich mir Sorgen mache, nämlich wie es hätte weitergehen können. Wir haben in den letzten Tagen über Fiskalpakte diskutiert. Wir, die bürgerliche Regierung, hatten immer die klare Auffassung: Staatsschuldenkrise in Europa findet so statt, dass die anderen die Schulden abbauen müssen. Wir wollen nicht das Konzept, Schulden zu teilen. Aber noch am letzten Donnerstag - meine Damen und Herren, das muss in der Öffentlichkeit einmal diskutiert werden - hat der Finanzausschuss des Bundesrates auf Antrag der A-Länder, also der von Grün-Rot oder Grün mit anderen Farbkonstellationen regierte Länder, folgenden Antrag gestellt, ganz massiv zu sagen: Die Schuldenkrise in Europa sei nur damit zu lösen, dass wir Eurobonds einführen. Hier im Bayerischen Landtag ständig zu sagen, wir sollen etwas gegen die Schulden machen, aber gleichzeitig in Europa zu versprechen, die Schulden anderer zu übernehmen, ist nicht redlich. Wir lehnen ein solches Vorgehen ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Länderfinanzausgleich: Sie haben völlig recht. Der letzte Länderfinanzausgleich wurde am Ende nach einer Klage gemeinschaftlich entschieden. Es ist tatsächlich schon ein Erfolg, weil die Schätzungen so sind, dass wir bis zu 300 oder 400 Millionen Euro weniger zahlen müssen, als wir nach dem alten zahlen müssten. Wissen Sie, worin der Hauptunterschied liegt? Die Disparität der ökonomischen Entwicklung macht die Zahlen so knallhart.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist richtig!)

Es ist so: Der Freistaat Bavern ist aufgrund seiner starken Wirtschaftspolitik mit allen Partnern hier im Land - dazu gehört nicht nur die Staatsregierung aufgrund kluger Innovationen in Unternehmen, aufgrund der jungen Menschen, die sich selbstständig machen, und aufgrund der vielen fleißigen helfenden Hände in unserem Land wirtschaftlich so stark. Sie wollen aber wohl nicht sagen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen und Berlin weniger fleißig wären. Die Grundveranlagung zum Fleiß und zum wirtschaftlichen Erfolg ist überall gleich. Also muss der Erfolg auch etwas mit der Politik zu tun haben. Wir werden zwar immer erfolgreicher, aber alles, was wir mit unserem Erfolg erzielen, geht von uns weg und an die, die sich gar nicht darum bemühen, aus ihrer Situation herauszukommen, so zum Beispiel das Bundesland

Berlin. Die einzige Aussage, die von dort kommt, lautet aber: Nervt uns einmal nicht, wir wollen euer Geld haben, was sonst passiert, ist uns aber wurscht. Das ist kein Weg, den man als bayerischer Minister ernsthaft vertreten kann. Es tut mir leid.

(Beifall bei der CSU)

Für die Gespräche haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Wir wollen über mehr Anreize und mehr Eigenverantwortung reden. Wir wollen eine Belastungsgrenze für die Zahlerländer einführen. Wir wollen über den anteiligen Bezug der Gemeindesteuerkraft neu diskutieren. Wir werden nämlich doppelt bestraft, weil es aufgrund sogenannter Bundesergänzungszuweisungen über den Länderfinanzausgleich hinaus eine zusätzliche Finanzierung strukturschwacher Länder gibt. Wir haben eine Fülle von Vorschlägen gemacht, und über diese Vorschläge wollen wir diskutieren. Wenn diese Vorschläge nach dem Motto "Das stört uns jetzt, das nervt uns jetzt, was wollt ihr überhaupt?" abgelehnt werden, bleibt uns gar nichts anderes übrig. 2019 läuft der Vertrag aus. Dann wird neu darüber verhandelt. Es wird dann zwar einen Länderfinanzausgleich geben, aber nie wieder in dieser Höhe. Sollte die Schuldenbremse greifen - wir hoffen es zumindest -, wird sie zu veränderten Konsolidierungen und Einnahmesituationen führen, sodass wir 2020 unabhängig vom Länderfinanzausgleich deutliche Rückgänge haben werden. Wir wollen uns aber nicht damit abfinden, darauf zu warten. Deshalb liegt eine Reduzierung des Finanzausgleichs im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung Bayerns. Sie können darüber jederzeit in Bayern eine Volksabstimmung machen und fragen, was die Bürgerinnen und Bürger in Bayern wollen. Wollen sie weiter diese Form der Solidarität, oder wollen sie mehr finanzielle Gerechtigkeit? Wir setzen auf finanzielle Gerechtigkeit in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben Sie aufgefordert, etwas zu tun!)

Ich bedanke mich für viele Beiträge. Eines wollte ich aber noch sagen; denn es ist wichtig. Es ist wirklich eine grundsätzlich konzeptionelle Frage. Sie haben gesagt, wir würden zu wenig Schulden abbauen, wir würden den Schuldenabbau nicht ernst nehmen. Aus den Wortbeiträgen der Opposition habe ich nur Vorschläge gehört, wie man mehr, mehr und noch mehr ausgeben kann. Mehr Stellen da, mehr Stellen dort, höhere Förderungen hier und höhere Förderungen da. Ein oder zwei Vorschläge gab es, wo man etwas streichen könnte. Wir müssen uns in diesem Land überlegen, wohin der richtige Weg führt. Ich habe volles Verständnis dafür, dass man sagt -

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Wenn Sie Ihre Zwischenrufe besser koordinieren würden, wären sie wirkungsvoller!

(Harald Güller (SPD): Danke für den Hinweis!)

Wenn alle brüllen, hilft es nichts.

(Harald Güller (SPD): Kommen Sie wieder zur Sache, Herr Minister! Mangelnder Sachverstand wird nicht durch Arroganz kompensiert!)

Es steht mir nicht zu, Ihnen Vorschläge zu machen, aber es wäre für Sie besser.

Eines können Sie nicht: Sie können nicht sagen, Sie wollten konsolidieren; denn mit Ihrer Form der Konsolidierung nehmen Sie nicht etwa die Ausgabenpolitik ins Visier, sondern Ihre Konsolidierungsstrategie läuft alleine auf die Einnahmenseite hinaus. Das ist für die Menschen der Unterschied in Deutschland und in Bayern. Wir nehmen die Ausgaben ins Visier. Sie beschließen auf Ihren Parteitagen ein ums andere Mal Steuererhöhungen. Darüber muss diskutiert werden. Wollen wir in Deutschland am Ende Steuererhöhungen in Höhe von 30 Milliarden haben? Wenn wir das wollen, ist die linke Seite die richtige. Wenn wir aber wollen, dass das Geld vernünftig eingesetzt wird, dann ist die rechte Seite die entscheidende. Darüber sollten wir in Deutschland abstimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP -Harald Güller (SPD): Ihre finanzpolitische Kompetenz haben Sie bei der Landesbank hinreichend bewiesen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Um das Wort für eine persönliche Erklärung nach § 112 der Geschäftsordnung hat Herr Kollege Halbleib gebeten.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Finanzminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es liegt mir viel auf der Zunge, was ich nach diesem wirklich eigenartigen Abschlussbeitrag des Ministers sagen könnte. Nach der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags steht mir dies aber nicht zu. Es steht mir aber zu, mich vor dem Hohen Haus und vor der Öffentlichkeit gegen den Vorwurf des Staatsministers, ich hätte falsche Tatsachen in den Raum gestellt, zu verwahren. Dagegen verwahre ich mich in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Finanzminister, Sie haben die Aussage, eine Zuführung zum Versorgungsausgleich sei unterblieben, als falsch bezeichnet. Dem ist nicht so. ich kann Ihnen den aus Ihrem eigenen Hause stammenden Finanz-

plan vorhalten. Ich sage anschließend auch, was für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 gilt. In Ihrem eigenen Finanzplan tragen Sie auf Seite 82 vor - Zitat: Die Zuführungen des staatlichen Anteils aus der Absenkung des Versorgungsniveaus an die Versorgungsrücklage bleiben wie 2011 und 2012 vorläufig weiterhin ausgesetzt.

Das steht schwarz auf weiß in Ihrem eigenen Finanzplan, im Bericht aus Ihrem Hause auf Seite 82. Sie sagen, ich hätte hier wissentlich oder unwissentlich eine falsche Aussage in den Raum gestellt. Sie sind es, der falsche Aussagen in den Raum stellt und sie hier im Landtag auch noch wiederholt.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Sie sollten einmal das Protokoll nachlesen! Lesen Sie, was im Protokoll steht!)

- Langsam!

Die Zuführung zur Versorgungsrücklage soll um den staatlichen Anteil aus der Absenkung des Versorgungsniveaus gekürzt werden.

Das Gleiche betrifft eine Auskunft aus dem Finanzministerium aus dem Jahr 2011.

(Karl Freller (CSU): Das ist ein Wortbeitrag! -Ernst Weidenbusch (CSU): Zur Sache bitte! - Harald Güller (SPD): Jetzt ist sogar der Kollege Weidenbusch aufgewacht!)

- Ich bin dabei, eine persönliche Erklärung abzugeben. Dass Sie das irritiert, wundert mich sehr. Das ist mein gutes Recht, und das bitte ich auch zu respektieren.

(Beifall bei der SPD)

Aus dem Finanzministerium kam am 25. Januar auf eine Anfrage der Kollegen Schuster und Güll die gleiche Antwort. Ich kann Ihnen die Beträge nennen, die nicht der Versorgungsrücklage zugeführt wurden. Das Finanzministerium hat uns mitgeteilt, dass 2011 62 Millionen nicht zugeführt worden seien und 2012 77 Millionen nicht zugeführt werden. Insofern fällt das, was der Finanzminister mir gegenüber gesagt hat, in sich zusammen. Ich verwahre mich in aller Deutlichkeit dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Selbstverständlich ist es möglich, im Rahmen einer persönlichen Erklärung etwas richtig zu stellen, wenn man wegen einer aus seiner Sicht falschen Darstellung oder falschen Aussage angegriffen wurde.

(Alexander König (CSU): Die Betonung liegt auf "aus seiner Sicht"! - Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Sie wollen das nur nicht hören!)

Sie dürfen sich jederzeit - das regelt auch § 112 der Geschäftsordnung - Ihrerseits zu Wort melden. - Das ist nicht der Fall. Niemandem ist danach.

(Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Hat jemand noch etwas zu sagen?)

Dann darf ich feststellen, dass gemäß § 148 der Geschäftsordnung die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss überwiesen werden.

Wir unterbrechen die Sitzung für eine Pause bis 14.30 Uhr. Dann geht es mit dem Tagesordnungspunkt 3, Dringlichkeitsanträge, weiter.

(Unterbrechung von 13.58 bis 14.35 Uhr)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt 14.35 Uhr.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU),

Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer u. a. und Fraktion (FDP) Gelder von Bund und Land für den U-Bahn-Ausbau in München (Drs. 16/11135)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Münchner S- und U-Bahn (Drs. 16/11149)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat sich Herr Staatsminister Zeil zu Wort gemeldet. - Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für München laufe ich natürlich hier durch das Haus. Darum bin ich jetzt noch etwas außer Atem, aber für meine Geburtsstadt tue ich alles.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Gelegenheit, gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit heute zu den Leistungen von Bund und Freistaat für die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs in München Stellung zu nehmen. Das ÖPNV-Angebot in München ist sehr gut und im nationalen und internationalen Vergleich beispielgebend. Die U-Bahn ist das Rückgrat des innerstädtischen Verkehrs. Dabei wird sie allerdings durch die S-Bahnen ergänzt, die außerdem die regionale Verknüpfung mit dem Zentrum übernehmen.

Der Landeshauptstadt gebührt Anerkennung für die hohe Wertschätzung des öffentlichen Verkehrs. Sie konnte sich dabei immer auf die Unterstützung durch Bund und Freistaat verlassen. Alle U-Bahn-Projekte der Landeshauptstadt wurden mit 80 % der Investitionskosten bezuschusst: 60 % übernimmt der Bund, 20 % der Freistaat, und das gilt ausnahmslos. Im Fall der Linie nach Garching wurde vom Freistaat noch ein stattlicher Betrag draufgelegt. Bis einschließlich 2011 waren das insgesamt 3,234 Milliarden Euro.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Zusätzlich hat der Freistaat ohne Beteiligung des Bundes 169 Millionen Euro für die Schienenfahrzeuge der Landeshauptstadt beigesteuert; damit meine ich U-Bahn-Fahrzeuge und Straßenbahnfahrzeuge. In der Summe von 3,2 Milliarden Euro war natürlich der Bundesanteil enthalten. Ich sage das zur Klarstellung.

(Lachen des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Auch wenn danach nicht gefragt wurde: Allein für die beiden jüngsten Straßenbahntrassen in Schwabing und nach Sankt Emmeram in Oberföhring haben wir zusammen rund 130 Millionen Euro an Zuschüssen gegeben - freiwillig, aber aus Überzeugung vom Nutzen der beiden Projekte.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER will die Diskussion um das Thema "Barrierefreiheit" ergänzen. Ich halte das im Prinzip für richtig. Ich meine allerdings, dass dieses Thema zu wichtig ist, um als Nebenaspekt in dieser aktuellen Diskussion betrachtet zu werden. Ich mache deshalb an dieser Stelle nur eine Bemerkung: Die Barrierefreiheit ist inzwischen bei allen Projekten ein wichtiger Maßstab. Außerdem haben wir viele Projekte gefördert, die speziell die Verbesserung der Barrierefreiheit zum Ziel hatten.

Sie sehen also: Bisher war der Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur immer ein Thema, das alle föderalen Ebenen unseres Landes als jeweils eigenes Thema in eigener Verantwortung gesehen haben.

Bund, Freistaat, Städte und Gemeinden haben Verantwortung und Kosten gemeinsam geschultert. Wir mussten jetzt zur Kenntnis nehmen, dass sich die Landeshauptstadt derzeit auf die formale Zuständigkeitsverteilung zurückzieht und nicht bereit ist, für das Projekt der zweiten Stammstrecke, von dem zuallererst sie profitiert, Verantwortung zu übernehmen,

(Alexander König (CSU): Denen geht es zu gut!)

und das, obwohl die S-Bahn auch rein innerstädtische Nachfrage aufnimmt, die das U-Bahn-System zusätzlich nicht bewältigen könnte. Sie entlastet die U-Bahn unmittelbar und damit auch den Haushalt der Landeshauptstadt.

Wenn es um die Finanzierung geht, meine Damen und Herren, will die Landeshauptstadt überhaupt nichts mehr mit ihrer S-Bahn zu tun haben. Ich halte diese Vorgehensweise nicht nur für unangemessen, sondern auch für sehr durchsichtig. Ich werde die Gespräche mit dem Bund über die Absicherung der Vorfinanzierung mit Hochdruck vorantreiben; denn ich bin entschlossen, mit beharrlicher Sacharbeit alle Chancen zur Realisierung der zweiten Stammstrecke zu wahren, und zwar auf eine Weise, die eben nicht zulasten der Projekte in anderen Regionen unseres Freistaates geht, die genauso Anspruch auf eine gute Infrastruktur haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich bin nicht bereit, die Landeshauptstadt München aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Deshalb fordere ich alle auf, auch den Oberbürgermeister, die Türen nicht zuzuschlagen. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in der Metropolregion wissen, wer sie im Stich lassen will und wer dafür kämpft, den ÖPNV in der Metropolregion attraktiv und zukunftssicher zu gestalten.

(Alexander König (CSU): Da wäre ich mir nicht so sicher!)

Wenn es der Mehrheit im Stadtrat der Landeshauptstadt tatsächlich um die zweite Stammstrecke ginge, dann wäre doch nicht ein so völlig übereilter Beschluss gegen die Vorfinanzierung gefasst worden, deren Ausgestaltung überhaupt noch nicht feststeht. Es ist ein Unding, wenn das Ergebnis der Verhandlungen mit der Bundesregierung über die verbindliche Rückzahlung der Vorfinanzierung nicht einmal abgewartet wird. Dieser Umgang ist aus der Sicht des Freistaates inakzeptabel; denn wir tragen die Verantwortung für das ganze Land. Der Freistaat und auch die Regionen, die bisher nicht nur bei der Infrastruktur, sondern auch bei der Kultur und vielen anderen Dingen bereit waren, die Belange der Landeshauptstadt

München zu berücksichtigen und mitzufinanzieren, haben jetzt den gleichen Anspruch auf Solidarität und eine konstruktive Zusammenarbeit der Landeshauptstadt München.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Das ist der Weg, den die Staatsregierung in dieser Sache weitergehen will.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Jörg Rohde (FDP): Und das ist gut so!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU bitte ich Herrn Huber ans Mikrofon.

Erwin Huber (CSU): Frau Präsidentin! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Nachsicht, die Sie wegen der paar Minuten mit uns hatten. Ich danke außerdem dem Wirtschaftsminister für die sehr aufschlussreichen Zahlen, die wir gerade bekommen haben. Ich bitte Sie dennoch, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen; denn ich meine, diese Zahlen müssen dokumentiert werden. Im Übrigen sind wir auch bereit, dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zuzustimmen, damit das Hohe Haus diese Zahlen schwarz auf weiß hat.

Der Herr Wirtschaftsminister hat schon den Hintergrund beleuchtet. Bedeutsam ist zunächst einmal, wie es um das partnerschaftliche Verhältnis beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt München steht. Zunächst einmal können alle - der Bund, das Land und natürlich auch die Stadt - sehr stolz darauf sein, dass München mutmaßlich das attraktivste Nahverkehrssystem in ganz Deutschland hat. Allein in der S-Bahn sind pro Tag 800.000 Leute unterwegs. Hinzu kommen die Fahrgäste von U-Bahn, Bus und Tram. Insgesamt besteht hier ein gut funktionierendes Netz, das wir weiter ausbauen wollen, und zwar gemeinsam.

Nun möchte ich ein Zitat verlesen, das mich veranlasst hat, diesen Dringlichkeitsantrag zu formulieren. In einer Veröffentlichung der Landeshauptstadt München heißt es unter dem Namen von Oberbürgermeister Christian Ude, ich zitiere wörtlich:

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt hat sich also verkehrs- und umweltpolitisch gelohnt! Allein in meiner Amtszeit ist das Netz der städtischen U-Bahn um 55 % verlängert worden und die Zahl der Bahnhöfe um 41 % gestiegen. Die Vergleichszahlen des Freistaats Bayern nehmen sich dagegen kümmerlich aus: Streckennetz und Bahnhofszahl wurden in diesem Zeitraum nicht einmal um 2 % gesteigert.

Ende des Zitats. Meine Damen und Herren, was ist daran falsch? Zunächst tut der Oberbürgermeister so, als hätte er die U-Bahn allein finanziert, ohne Bund und Land. Das ist Falschmünzerei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bund und Land haben in der Regel 80 %, in manchen Fällen sogar 90 % dieser Baumaßnahmen finanziert. Ich nenne als Beispiel den Bau der Strecke zur Messe. Die Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurden zu 85 bis 90 % von Bund und Land finanziert. Herr Ude schmückt sich mit völlig falschen Federn, schamlos, wie er ist und wie wir ihn seit langer Zeit kennen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Und er lächelt noch dabei!)

Das Ganze wäre eigentlich wurscht. Das ist Propaganda, und Herr Ude sagt viel, wenn der Tag lang ist. Entscheidend ist aber, dass er dieses Argument auch einführt, um gegen eine Beteiligung der Stadt bei der Vorfinanzierung der zweiten Stammstrecke zu reden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ein Unsinn!)

Herr Ude sagt: Für die U-Bahn bin ich zuständig. Ich mache das tadellos, in eigener Zuständigkeit und mit eigenem Geld. Für die S-Bahn ist jedoch das Land zuständig. Seht einmal zu, wie ihr das Zeug finanziert. Wissen Sie, da wird es jetzt hinterfotzig und gemein. 80 bis 90 % der städtischen Verkehrsmaßnahmen werden von Bund und Land finanziert. Herr Ude erweckt den Eindruck, er finanziere das allein. Meine Damen und Herren, dies zerstört das partnerschaftliche Denken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir ein Miteinander wollen, dann hat die Landeshauptstadt München eine Mitverantwortung, dafür zu sorgen, dass die zweite Stammstrecke finanziert werden kann; denn wir finanzieren nicht nur die Infrastruktur für die U-Bahn und die Straßenbahn, sondern übrigens auch die U-Bahn-Wägen.

Bei der S-Bahn, sagt Herr Ude, sei er überhaupt nicht dabei, auch nicht mit einer Vorfinanzierung. Ich halte das, was der Münchner Oberbürgermeister macht, für vordergründig und verantwortungslos. In anderen Ländern Deutschlands ist es durchaus üblich, dass sich die jeweiligen Gemeinden an der Finanzierung des Nahverkehrssystems S-Bahn beteiligen.

(Alexander König (CSU): Können wir diese Zahlen auch einmal anfordern?)

Ich nenne den Bahnhof Stuttgart 21. Daran ist die Stadt Stuttgart mit 238 Millionen Euro beteiligt, und zwar bei der Endfinanzierung, nicht der Zwischenfinanzierung. Den City-Tunnel in Leipzig finanzieren sowohl das Land als auch die Stadt Leipzig mit, und zwar in der Endfinanzierung, wo man allgemein sagt, dass das ein verlorener Zuschuss sei. Im Land Hessen sind die Gemeinden generell mit 12,5 % an der Finanzierung beteiligt.

(Alexander König (CSU): Da machen wir doch was falsch!)

Wir erwarten von der Landeshauptstadt München, dass sie den Betrag, den die Kommunen in Hessen voll finanzieren müssen, wenigstens leihweise für einige Jahre zur Verfügung stellt. Der Oberbürgermeister von München kann sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. In diesem Dringlichkeitsantrag wird deutlich, dass es überzeugende Gründe dafür gibt, dass sich die Landeshauptstadt München zumindest bei der Vorfinanzierung der zweiten Stammstrecke einbringen sollte.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Nicht nur an der Vorfinanzierung, sondern überhaupt an der Finanzierung!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Professor Dr. Piazolo zu Wort gemeldet.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich halte diesen Dringlichkeitsantrag und auch diese Begründung für grotesk. Wir haben vor zwei Tagen die Meldung erhalten, dass in München 3.000 Leute entlassen werden sollen. Wir haben GBW-Wohnungen der Landesbank, wo Menschen und ihre Mieten gefährdet sind. Außerdem haben wir das Beihilfeverfahren bei der Landesbank. Das dringlichste Problem in dieser Situation ist für die Regierungsparteien jetzt aber die Frage, wer die U-Bahn finanziert hat und inwieweit sich Bund und Land daran beteiligt haben. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Alexander König (CSU): Sie haben schon gelesen, dass die anderen Themen auch noch kommen? Keine Aufregung!)

Ich halte das für grotesk.

(Alexander König (CSU): Sagen Sie etwas dazu, wenn wir schon bei dem Thema sind!)

- Ich werde etwas dazu sagen.

Ich sage es in einem Bild: Herr Zeil, Sie bemühen sich zwar um München, Sie laufen, aber Sie kommen zu spät. Ähnlich ist es bei der dritten Startbahn und bei der zweiten Stammstrecke. Sie werden auch hier zu spät kommen. Bei der zweiten Stammstrecke wird es nicht funktionieren. Herr Zeil, Sie erzählen uns seit zweieinhalb Jahren, dass die Finanzierung stehe. Es steht aber gar nichts. Wir wollen jetzt keine Sandkastenspiele machen und sagen: Ich habe dir das Förmchen geliehen, deshalb musst du mir das Förmchen leihen. So geht es doch nicht.

Wir können doch nicht sagen: Weil der Staat Kommunen unterstützt, müssen die Kommunen plötzlich einspringen, wenn der Staat für ein Projekt kein Geld hat. In diesem Fall müssten die Kommunen für jede Staatsstraße zahlen. Diese Argumentation erschließt sich mir nicht.

(Erwin Huber (CSU): Wem nutzt denn das?)

Das Nächste, was mich überrascht hat, war die Methode, wie Sie Dringlichkeitsanträge begründen. Die FDP hat einen Dringlichkeitsantrag an die Staatsregierung gestellt, in dem sie die Staatsregierung etwas fragt. Diesen Dringlichkeitsantrag begründet der Staatsminister. Irgendwie greifen da doch die Ebenen nicht ineinander.

(Tobias Thalhammer (FDP): Der Minister ist auch Abgeordneter!)

- Er war nicht als Abgeordneter tätig, sondern als Staatsminister. Heißt das, dass er sich selbst fragt, oder was macht er denn hier?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Jetzt werde ich Ihnen mal die Geschäftsordnung geben!)

Das ist doch einfach lächerlich. Es ist völlig grotesk, so tätig zu werden. Er hat die Fragen ja auch beantwortet.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die FREIEN WÄH-LER sind im Parlament immer noch nicht angekommen! - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie auch nicht! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Thalhammer, vorhin war Herr Zeil hier im Parlament noch nicht angekommen. Er war zu spät dran. Daher sollten Sie ganz vorsichtig sein, wenn Sie sagen, wer angekommen ist und wer nicht. Da saß die ganze Opposition schon da und hat dankenswerterweise gewartet, bis Herr Zeil kam.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Dieses falsche Samaritertum!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir über U- und S-Bahn reden, sollten wir uns überlegen, was die Menschen in München und Umgebung interessiert. Die interessiert, dass S-Bahn und U-Bahn pünktlich sind, sie interessiert, dass S-Bahn und U-Bahn sicher sind, dass die Menschen nicht vor die S-Bahn fallen, wie das in letzter Zeit geschehen ist, dass S-Bahn und U-Bahn schneller werden, dass es also eine Taktverkürzung gibt. Das sind die Dinge, um die wir uns hier kümmern müssen, anstatt miteinander zu hadern, wer wem wie viel Geld schuldet oder nicht schuldet und wer zuständig ist. Diese Fragen kann man klären. Dringlicher ist die Beschäftigung mit dem, was die Menschen in diesem Land wirklich interessiert.

Da müssen wir handeln. Wir brauchen eine vernünftige S-Bahn. Wir brauchen nicht unbedingt einen zweiten S-Bahn-Stammstreckentunnel, sondern wir brauchen eine Ertüchtigung. Mich stört unglaublich, dass im Moment jede Ertüchtigung der S-Bahn aufgeschoben wird, damit der Kosten-Nutzen-Faktor nicht nach unten geht. Wir brauchen Maßnahmen auf den Außenästen; wir brauchen im Leitsystem Maßnahmen; wir brauchen Vollzüge; wir brauchen sehr, sehr viele kleine Verbesserungen, die man jetzt schon leisten könnte. Wir aber verschieben alles auf das Jahr 2020 oder 2022.

Herr Zeil, ich sage Ihnen: Handeln Sie so schnell, wie sie vorhin gelaufen sind, und agieren Sie im Kleinen. Das ist für uns wichtig, und nicht der Streit darüber, ob die Stadt München dem Freistaat ein paar Millionen vorstreckt. Das muss man dann schon selbst stemmen, so wie es im Gesetz vorgesehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Erwin Huber (CSU): Der Bund ist zuständig!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Piazolo. Als Nächsten bitte ich Herrn Dr. Bertermann zu uns nach vorne. Bitte schön.

(Ludwig Wörner (SPD): Jetzt kommt die Erklärung zum Antrag!)

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir in diesem Hohen Hause sehr wohl unterscheiden können, wer gefragt wird und wer antwortet. Herr Zeil hat eine Antwort gegeben und keine Frage gestellt. Das steht ihm als Minister auch zu.

Lassen Sie mich zwei Dinge unterscheiden. Erstens. Warum ist das Thema so wichtig? - Es ist deshalb so wichtig, weil im Winter Tausende von Menschen an den S-Bahnen in der Kälte stehen, frieren und Nach-

teile haben, weil dieses System nicht funktioniert. Sie sind sachlich anderer Meinung als wir. Sie sagen, wir müssten die Außenäste und die Südkurve ausbauen.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen aber: Die zweite S-Bahn-Stammstrecke löst das Problem der Verspätungen und Wartezeiten. Sie denken bei Ihrer Argumentation nicht an die Landshuter, nicht an die Augsburger, nicht an die Rosenheimer. Sie machen eine reine Politik für die Metropolregion und lassen das Land darben.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU - Widerspruch bei der SPD)

Das wollen wir nicht; das muss klipp und klar sein.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist doch eine Politik für den Großraum München, die hier gemacht wird.

Zweitens. Der Wahlkampf wurde durch Herrn Ude eröffnet, er ist nicht durch uns eröffnet worden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn man argumentiert, ich kümmere mich um die S-Bahn, ich kümmere mich um die U-Bahn, ich habe Geld für die Infrastruktur, streut man den Leuten Sand in die Augen, weil für die U-Bahn der Staat und der Bund zuständig sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

80 % der Gelder werden vom Staat und vom Bund an die Stadt gegeben. Wenn man dann argumentiert, das ist mein Erfolg, das ist meine Arbeit, dann ist das unredlich und der falsche Weg. So können wir dem Bürger nicht glaubhafte Politik verkaufen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist meine Kritik an der Stadt München.

Oberbürgermeister Ude zieht sich auf die Position zurück, dass die Stadt rechtlich nicht für die Finanzierung der Stammstrecke zuständig ist. Das ist richtig. Er will damit aber die Chance verstreichen lassen, jetzt die zweite Stammstrecke zu realisieren, und das alleine - hören Sie gut zu! - wegen formaler Zuständigkeit.

Herr Beyer, Sie haben vorher gesagt: Es gibt doch Regeln.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ja, natürlich!)

Natürlich gibt es Regeln, aber nützen sie denn denjenigen, die an der S-Bahn warten, die frieren, die zu spät zur Arbeit kommen? Was ist denn das für ein Politikverständnis?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSI)

Weiter fordert der Oberbürgermeister, dass der Freistaat für die Finanzierung der zweiten Stammstrecke GVFG-Bundesmittel - und jetzt hören Sie gut zu - von anderen Projekten abzieht. Was bedeutet das denn für Bayern? - Das Geld wird anderen wichtigen Strecken, zum Beispiel in der Oberpfalz, weggenommen.

(Widerspruch des Abgeordneten Professor Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Es kann und darf doch nicht sein, dass wir den ländlichen Raum benachteiligen.

(Unruhe)

Wir haben eine Strategie für den ländlichen Raum. Deshalb soll er die 350 Millionen gewähren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Was sind denn 350 Millionen für die Stadt München? Ich erinnere mich noch daran, wie ich als Stadtrat allein 4 Millionen für eine Radlkampagne ausgeben sollte. Dagegen sind 350 Millionen doch überhaupt nichts.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, deshalb appelliere ich an den Oberbürgermeister, die zweite S-Bahn-Stammstrecke nicht wahlkampftaktischen Spielchen zu opfern.

(Lachen bei der SPD)

Die Landeshauptstadt muss zu ihrer Verantwortung stehen und alles dafür tun, dass wir gemeinsam das Zukunftsprojekt der zweiten S-Bahn-Stammstrecke realisieren können. Derzeit ist beharrliche Sacharbeit gefragt und nicht öffentliche Deklaration. Gefragt sind nicht Taktik und nicht Dialektik, wie Sie sich das vielleicht wünschen, sondern Sacharbeit.

Andere Städte in Deutschland sind mit Investitionen in ihren Nahverkehr nicht überfordert. Denken Sie nur an Frankfurt oder Hamburg. Warum soll also München nicht in der Lage sein, in die Verkehrssysteme zu investieren? Das ist ein billiges parteitaktisches Manöver, um die ganze Problematik in die nächsten Runden zu verschleppen. Ude zieht offensichtlich die machtpolitische Auseinandersetzung einer sachpolitischen Auseinandersetzung vor - auf Kosten der

Pendler aus Augsburg, Rosenheim und Landshut. Die Landbevölkerung hat aber den OB noch nie interessiert. Seine geografischen Kenntnisse sind nicht besonders gut, wie wir aus der jüngsten Vergangenheit wissen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Wir werden dafür sorgen, dass das politische Versagen des Oberbürgermeisters nicht nur in der Verkehrspolitik, sondern auch in der Zukunftspolitik bekannt wird. Sein Sündenregister ist ziemlich groß; denken Sie nur an die Kliniken und an Stellenbesetzungen. Ich will das jetzt nicht vertiefen, sonst müsste ich noch zwei Stunden reden.

Meine Damen und Herren, wenn Rot-Grün die soziale Marktwirtschaft mit einer staatlichen Planwirtschaft verwechselt, dann gehen in Bayern wirklich die Lichter aus.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Bayern ist zu schade für die Opposition, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Genau so ist es! - Thomas Mütze (GRÜNE): Wer hat Ihnen denn diese Rede aufgeschrieben?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Bertermann. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zuerst hat sich Herr Dr. Beyer gemeldet, dann spricht Herr Professor Piazolo, je zwei Minuten. Bitte.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Meine Damen und Herren, Herr Kollege Bertermann! Wahrscheinlich wird Kollege Pfaffmann jetzt gleich den Stadtrat Bertermann fragen, was er von der Rede des Abgeordneten Bertermann hält, nachdem es heute hier Persönlichkeitsspaltungen gibt und Sie gerade sehr großzügig mit dem Geld der Münchner Bürgerinnen und Bürger umgegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Mich treibt um, dass Sie sich schon sehr intensiv auf den Wahlkampf vorbereiten. Wir sollten aber bei der Sache bleiben. Regeln sind dazu da, damit sie eingehalten werden. Das ärztliche Handwerk hat auch Regeln, die es einzuhalten gilt. Halten wir die Regeln bitte auch bei der Verkehrspolitik ein, dann kommen wir weiter.

Sie sagen, die Finanzierungsverantwortung und Aufgabenträgerschaften spielten keine Rolle, wenn das

Ergebnis stimmt. Ich finde das schön und freue mich darauf, dass Innenminister Herrmann im Nürnberger Land bald die Radwege an den Staatsstraßen bauen lässt, die er nun von den Kommunen bauen lassen will, weil er Radwege zwar toll findet, aber sagt, dafür habe er kein Geld. Ich finde es sehr schön, dass wir auch bald mit unserer Forderung nach barrierefreien Bahnhöfen in ganz Bayern erfolgreich sein werden.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): In ganz Bayern!)

Das treibt uns gemeinsam um, Herr Kollege Dr. Bertermann. Ich hoffe doch, dass Herr Zeil dann sagen wird, weil dies gut für die Menschen sei, bezahle das Bayern, obwohl der Bund zuständig ist. Ich freue mich auf Ihre Untersützung.

Das Spielchen, das Sie heute mit dem äußeren Anschein eines Antrags treiben, damit Sie über das Thema reden dürfen, sollten Sie anderswo auch spielen. Wenn eine Bundeseisenbahninfrastruktur gebaut wird, erklärt uns Minister Zeil bis zum letzten Handlauf am Treppengeländer, damit habe er nichts zu tun; das müsse der Bund bezahlen. Bevor Sie hier die Papiertiger brüllen lassen, sollten Sie Ihren Mumm zusammennehmen und nach Berlin fahren. Der Verkehrsminister heißt Ramsauer. Er kommt aus Bayern und ist von der CSU. Mit dem besprechen Sie das, was Sie hier nicht schaffen. Uns aber lassen Sie bitte mit solchen Scheingefechten in Ruhe. Das war in der Tat nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Lieber Herr Dr. Beyer, ich schätze Sie außerordentlich, und wir sind in vielen Dingen beieinander, auch beim Thema Barrierefreiheit.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Ja, auch!)

Ich kann nicht für Martin Zeil sprechen. Aber es gibt einen Ermessensspielraum. Wenn der eine oder andere Abschnitt barrierefrei gemacht wird, ist er sicherlich der Letzte, der nicht mit sich reden ließe.

(Ludwig Wörner (SPD): Das stimmt doch nicht!)

Es geht nicht nur um 350 Millionen Euro. Diese sind rechtlich abgesichert. Was aber hängt alles an den 350 Millionen Euro? - Das sind nicht nur die Fahrgäste. Daran hängen der Mittelstand, Arbeitsplätze und das Wachstum der Metropolregion. All das blockiert Herr Ude. Das darf nicht sein.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das sind die Argumente für Ramsauer!)

Deshalb setzen wir uns für eine starke Wirtschaft ein. Was soll es heißen, wenn Frau Nahles nach der dritten Strategiekonferenz sagt, nun könne man auch Wirtschaft? Das können Sie doch nicht auf dem Papier machen. Das müssen Sie in der sozialen Marktwirtschaft von der Pike bis oben hin praktizieren. Dann funktioniert es, nicht jedoch mit theoretischen Diskussionen.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So wie heute hier!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Bertermann, bleiben Sie bitte am Redepult. Die nächste Zwischenbemerkung stammt von Herrn Dr. Piazolo. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Dr. Bertermann!

Erstens. Zunächst möchte ich Folgendes klarstellen. Sie sagten, die FREIEN WÄHLER setzten sich besonders für den ländlichen Raum ein. Darin haben Sie vollkommen recht. Deshalb sagen wir, dass nicht das ganze Geld in die zweite S-Bahn-Stammstrecke fließen soll, sondern nur Ertüchtigungen im Raum finanziert werden sollen, damit Geld für den ländlichen Raum übrig bleibt. Ich will deutlich machen: Wir stehen für die Stadt und für den ländlichen Raum. Es muss aber gerecht zugehen.

Zweitens. Nennen Sie mir ein Beispiel in einer deutschen Großstadt, wo Nahverkehr mit entsprechenden Darlehen, die Sie einfordern, finanziert wurde. Das ist insbesondere eine ganz neue Forderung. Drei Jahre lang hat der Wirtschaftsminister gesagt, die Finanzierung stehe, er bekomme sie ohne Geld der Stadt München zustande. Plötzlich stellt man fest, dass es nicht geht. Nun fängt man krampfhaft zu suchen an, woher man Geld bekommt.

Drittens. Herr Zeil sagte vorhin, dass diejenigen, die sich nicht für die zweite Stammstrecke aussprechen, von den Wählern bestraft würden. Dazu frage ich: Was ist mit der FDP im Stadtrat, die seit Jahren gegen die zweite Stammstrecke ist? Herr Zeil und Herr Dr. Bertermann, heißt das, dass wir im nächsten Münchner Stadtrat keine FDP mehr haben werden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Bertermann, bitte.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich bin mittlerweile von einer kleinen und vorü-

bergehenden Partei Gegenwind gewohnt. Die Fragen werfen mich nicht um. Zur zweiten Frage, welche Städte investieren: Dazu gehören Hamburg und Frankfurt. Sie investieren in ihre Infrastruktur.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): München investiert auch in seine Infrastruktur!)

Die Unterstützung des ländlichen Raums ist differenziert zu sehen. Der ländliche Raum wird abgehängt, wenn Sie sich gegen die zweite Stammstrecke aussprechen, weil Sie dann dagegen sind, dass die Menschen aus Augsburg,

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Ist Augsburg ländlicher Raum?)

Landshut oder Rosenheim in die Metropolregion München gelangen können. Das ist die Folge der Ablehnung der Stammstrecke.

Den Ermessensspielraum, den es in der Politik gibt, könnte Herr Ude nutzen und die 350 Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung stellen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Den könnte Minister Zeil auch nutzen!)

Ein Zwei-Milliarden-Projekt wird doch nicht an 350 Millionen scheitern. Sie wissen, dass die Stadtwerke genügend Geld erwirtschaften. Da soll er etwas lockermachen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Bertermann, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Herr Huber hat ebenfalls eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Erwin Huber (CSU): Herr Dr. Bertermann, stimmen Sie mir zu, dass die Aussagen von Herrn Dr. Beyer und Herrn Dr. Piazolo zunächst bestätigen, dass beide nicht die Grundahnung für die Finanzierung solcher Projekte haben

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir arbeiten auf der Basis von Kenntnis und nicht von Ahnung!)

und dass wir der gesamten Opposition Nachhilfeunterricht geben müssen?

Unter anderem kann man das an der Aussage des Vertreters der FREIEN WÄHLER erkennen, dass der Freistaat Bayern von der Stadt mitfinanziert werden solle. Das stimmt nicht. Der Freistaat Bayern hat seine Bereitschaft erklärt, den rund hälftigen Beitrag bei Einbeziehung der Planung voll zu erbringen. Im

Moment fehlt der Zuschuss des Bundes. Der Freistaat Bayern hat seinen Beitrag voll erbracht. Korrigieren Sie sich bitte.

Der Bund verteilt die Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes - GVFG - nach einer Länderquote und nicht in freier Vergabe. Der Bundesverkehrsminister kann den Bayern nicht einfach eine Milliarde geben, sondern die Mittel werden nach Länderquote vergeben. Bis 2019 hat er für Bayern nicht ausreichend Geld. Deshalb gibt der Freistaat Bayern den gleichen Betrag von 350 Millionen Euro. Der Freistaat Bayern geht über seine Verpflichtung hinaus und stellt weitere 350 Millionen Euro zur Verfügung unter der Voraussetzung, dass der Hauptnutznießer, die Landeshauptstadt München, eine vergleichbare Leistung erbringt.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wir kennen Ihren Vorschlag!)

Der Münchner Oberbürgermeister teilte mit, München habe die größten Gewerbesteuereinnahmen seiner Geschichte und es könnten eine Menge Schulden getilgt werden. Das halte ich für sehr gut, sehe München aber auch in der Verpflichtung, für eines der größten Nahverkehrsprojekte in der Landeshauptstadt München eine gewisse Zwischenfinanzierung zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der nächste Punkt ist: -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Huber, denken Sie an die zwei Minuten.

(Unruhe)

Erwin Huber (CSU): - Noch zwei Sätze, Frau Präsidentin.

Herr Dr. Piazolo hat behauptet, das wäre singulär für die Landeshauptstadt München. Hätten Sie zugehört, wüssten Sie, dass in Hessen alle Kommunen zahlen, dass Stuttgart und Leipzig zahlen. Das sind Vergleichsfälle. Warum soll der Bundesverkehrsminister dafür sorgen, dass der Bund alles zahlt und die Stadt München nichts?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege!

Erwin Huber (CSU): Das arme Leipzig zahlt schon.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Zwei Minuten sind längst um!)

Deshalb, so meine ich, ist München in der Verpflichtung.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich habe die Sätze nicht mitgezählt. Zum Trost für alle Fraktionen kann ich vermelden, dass alle noch relativ viel Redezeit haben. Bitte, Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Die erste Frage kann ich am leichtesten beantworten. Die verkehrspolitische Inkompetenz liegt aufseiten der Opposition, die gefragt hat. Das war die erste klare Antwort.

Die zweite Frage ist klipp und klar von Herrn Huber beantwortet worden. Als Verkehrsexperte hat er deutlich gesagt, München habe viel Gewerbesteuer, es könne also 350 Millionen Euro für die Menschen im Großraum München mobilisieren, damit diese pünktlich zur Arbeit kommen und auch der Mittelstand davon profitiert.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Bertermann. Es liegen keine weiteren Anmeldungen für Wortmeldungen vor. Nun hat Herr Pfaffmann das Wort.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, vielen Dank! Es ist sehr interessant, wie man einen einfachen Berichtsantrag, der im Übrigen schon vor einem halben Jahr beantwortet wurde, nutzen kann, um Wahlkampf in das Hohe Haus zu tragen. Ich bedanke mich ganz herzlich für die gut gemeinten Ratschläge der Vertreterinnen und Vertreter der CSU und der FDP. Diese Debatte, so wie sie bisher geführt wurde, zeigt eindeutig: Sie haben nur ein einziges Interesse. Sie haben nur das Interesse, den Münchner Oberbürgermeister hier anzuschwärzen, und dies ohne jegliche sachliche Begründung.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe bei der CSU)

Das wird an dieser Stelle wieder einmal ganz deutlich.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch Nibelungentreue!)

Es ist geradezu skurril, wenn derjenige, der für das Desaster der Landesbank zuständig ist, hier meint, der Landeshauptstadt Ratschläge geben zu können.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CSU)

Herr Huber, lassen Sie das bleiben. Sie sind in dieser Frage nicht mehr glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD - Erwin Huber (CSU): Das zeigt nur, dass Sie keine Argumente haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen noch einmal: Der Antrag ist erledigt. Wenn Sie die Politik verfolgen würden, gerade auch die Münchner Verkehrspolitik, dann wüssten Sie, Herr Kollege Dr. Bertermann, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen von der Münchner Rathausfraktion den Antrag, den Sie hier eingebracht haben, nahezu wortgleich vor einem halben Jahr im Münchner Stadtrat gestellt haben. Dieser Antrag ist bereits beantwortet. Allein diese Tatsache zeigt, dass Sie nur ein einziges Interesse verfolgen: Sie wollen hier öffentlichen Wahlkampf machen, sonst nichts. Ich lese Ihnen jetzt die Beantwortung Ihrer eigenen Anfrage vor, damit Sie Bescheid wissen. Das ist eine völlig überflüssige Anfrage. Die Antwort lautet:

1,5 Milliarden Euro wurden in den letzten 15 Jahren investiert. Davon hat der Bund 815,6 Millionen Euro, das Land 233,8 Millionen Euro und die Stadt 409,0 Millionen Euro bezahlt.

Danke schön für die Unterstützung des Landes und des Bundes, wir können das Geld in München gut brauchen. Das haben wir schon immer gesagt, und auch der Oberbürgermeister hat schon immer erklärt, er bedanke sich bei den Mitfinanzierern der Münchner U-Bahn.

Wenn Sie aber den Eindruck erwecken wollen, das wäre eine Wohltat der Bayerischen Staatsregierung, es handle sich sozusagen um eine freiwillige Leistung, wenn Sie also den Eindruck erwecken wollen, Sie würden die Landeshauptstadt München gönnerhaft unterstützen, dann darf ich Sie auf die Gesetzeslage verweisen. Es ist keine gönnerhafte Unterstützung und auch kein Almosen, Sie sind geradezu gesetzlich dazu verpflichtet, die Stadt hier zu unterstützen. Ich verweise auf das FAG - Finanzausgleichsgesetz - und das GVFG - Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Es ist also nicht Ihre freiwillige Leistung, sondern Ihre gesetzliche Pflicht.

Ich möchte noch einmal auf das Thema "zweite Stammstrecke" hinweisen. Die ganze Zeit verlangen Sie von der Stadt München eine Mitfinanzierung der zweiten Stammstrecke. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte das für eine Aufforderung zum Rechtsbruch. Es gibt Gesetze in diesem Land, die sind mit Ihrer Stimme beschlossen worden und die besagen, dass es Ihre Aufgabe ist, lieber Herr Zeil; es ist Aufgabe von Land und Bund, die S-Bahn zu finanzieren. Genau das machen Sie aber nicht. Weil Sie es nicht fertigbringen, die zweite Stammstrecke zu realisieren, versuchen Sie heute in diesem Hause, die Stadt in die Pflicht zu nehmen, obwohl sie gar nicht

verpflichtet ist. Das ist schäbig. Das ist der Versuch, den Menschen ein "X" für ein "U" vorzumachen und sie letzten Endes für dumm zu verkaufen.

Ich zitiere Herrn Wirtschaftsminister Zeil aus dem Verbundbericht der MVG vor ungefähr eineinhalb Jahren. Damals hat er öffentlich mit schönen Worten erklärt:

Es ist dringlich, die zweite S-Bahn-Stammstrecke zu realisieren. Die Verhandlungen mit Bund und Bahn müssen zügig zu Ende gebracht werden, damit 2011 gebaut werden kann.

2011! Jetzt haben wir 2012, doch bisher wurde mit keiner einzigen Baumaßnahme begonnen. Lieber Herr Wirtschaftsminister, Sie haben in diesen Verhandlungen komplett versagt.

(Beifall bei der SPD)

Hier aber tun Sie so, als müsse die Stadt dieses Versagen kompensieren. Das ist geradezu lächerlich.

Lieber Herr Kollege Bertermann, ich darf Ihnen noch etwas zu den Investitionen sagen. Die Landeshauptstadt München wird 2012 135 Millionen Euro aus dem städtischen Haushalt selbst finanzieren. Sie hat 2011 aus dem städtischen Haushalt 150 Millionen Euro investiert. Das ergibt eine Summe von 285 Millionen Euro in zwei Jahren. Diesen Betrag hat die Stadt München aus eigener Kraft erbracht. Ihre Zuschussleistung für die U-Bahn betrug in den letzten 15 Jahren 233 Millionen Euro. Nach Adam Riese heißt das, die Stadt München hat aus eigener Kraft doppelt so viel in die U-Bahn, die Trambahn und in die Busse investiert, wie Sie Zuschüsse für den U-Bahnbau gegeben haben. Das beruht auf der effektiven Finanzpolitik der Stadt München, und dies bei gleichzeitiger Schuldenrückführung im Haushalt. Das ist effektive Politik, lieber Herr Huber, das ist sozialdemokratische Politik. Davon können Sie sich ein Stück abschneiden!

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen nun auch noch die Investitionsplanung für die nächsten acht Jahre nennen. München wird in den nächsten acht Jahren, also bis 2020, 1,5 Milliarden Euro aus eigener Kraft in die Modernisierung, in die Verbesserung der Strecken, in die Züge und in die Infrastruktur investieren, und zwar aus eigener Kraft. So viel Geld aus eigener Kraft! Mir würde gut gefallen, wenn es Ihnen gelingen würde, auch nur einen Bruchteil dieser Investitionsmaßnahmen für die zweite Stammstrecke bei Ihrem Kollegen Ramsauer und bei Ihren Kollegen von der Bahn lockerzumachen. Damit wäre den Fahrgästen und den Münchnern, überhaupt dem Ballungsraum München, mehr genützt als mit dem, was Sie hier abliefern. Das sind nämlich rein

wahlkampftaktische Formulierungen. Hätten Sie, lieber Herr Zeil, lieber Herr Huber, nicht jahrelang mit Transrapid-Träumereien wertvolle Zeit für die Planung verschleudert,

(Erwin Huber (CSU): Das stimmt doch gar nicht!)

hätten Sie nicht jahrelang auf den Transrapid gesetzt, dann wären wir heute vielleicht mit einem besseren Verkehrssystem der S-Bahn weiter.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf Ihnen deshalb sagen, und das haben Sie auch selbst schon gesagt: Das Münchner U-Bahnund Verbundsystem ist eines der besten und effektivsten in ganz Europa. Die Planungen und die Durchführung dieses Systems sind im Kernpunkt von einer Stadt München ausgegangen, die sozialdemokratisch regiert ist. Sie hingegen gehen heute bei der Stadt München betteln, weil Sie die zweite Stammstrecke, die Sie selbst für wichtig halten, nicht mehr finanzieren können. Sie gehen bei der Landeshauptstadt betteln, damit Sie Ihre eigenen Aufgaben erfüllen können. Und dann versuchen Sie, die Menschen für dumm zu verkaufen, indem Sie den Eindruck vermitteln, die Stadt München sei schuld, dass Sie Ihre Hausaufgaben nicht machen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte am Mikrofon, es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Bertermann. Bitte, Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Pfaffmann, wir sollten keine Geschichtsklitterung treiben. Die Geschichte, die Wahrheit und die Glaubwürdigkeit, die Sie glauben, hier ins Hohe Haus zu bringen, stimmen nur zum Teil. Es sind nicht alles Regeln und Gesetze, auf deren Basis die Stadt München die Gelder bekommen hat. Ich nenne Ihnen hierzu ein kleines Projekt, nämlich die U-Bahn-Verlängerung nach Garching. Das ist eine freiwillige Leistung des Freistaats Bayern gewesen, der zusätzlich im Rahmen seines Ermessensspielraums die Gelder hierfür gegeben hat. Soviel zu Ihrer Äußerung über Gesetze. Das hat der Freistaat freiwillig gemacht.

Was mir überhaupt nicht gefallen hat, war Ihre Behauptung, die Staatsregierung würde betteln. Wir haben es überhaupt nicht nötig, bei der Stadt München betteln zu gehen. Wir appellieren an ihre Verantwortung. Wenn jemand in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden Euro in die Infrastruktur investiert warum ist es ihm dann nicht möglich, 350 Millionen vorzuschießen? Er hat doch das Geld!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Zu Ihrer ersten Bemerkung kann ich Ihnen nur sagen: Danke schön, dass Sie sich für ein effektives Münchner Verkehrssystem einsetzen; darüber freuen wir uns. Machen Sie weiter so!

Was Ihre zweite Äußerung angeht, so frage ich Sie: Würden Sie - ohne Sicherheiten, ohne Rückzahlungsgarantie - 350 Millionen Euro vorfinanzieren, und das für eine Aufgabe, für die Sie gesetzlich nicht zuständig sind? Es kommt hinzu, dass der von Ihnen gestellte Wirtschaftsminister keinerlei Verhandlungserfolge erzielen konnte. Würden Sie das vorfinanzieren? - Ich glaube nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Pfaffmann. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bitte ich Herrn Mütze an das Redepult. Den "Doktor" lasse ich weg.

(Heiterkeit)

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin; das wäre auch zu viel der Ehre gewesen. -Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wozu wird hier überhaupt geredet? Ich darf Sie an das Thema des Dringlichkeitsantrags erinnern: "Gelder von Bund und Land für den U-Bahn-Ausbau in München". Weder Minister Zeil, sein Parteikollege Bertermann noch der Wirtschaftsausschusses Vorsitzende des Huber haben zum U-Bahn-Ausbau in München geredet. Einzig Kollege Pfaffmann hat Ihnen, meine Damen und Herren von der Koalition, die Frage, die Sie gestellt haben, ordentlich beantwortet. Die Vertreter der Koalition dagegen haben zur zweiten Stammstrecke in München gesprochen. Wenn Sie darüber beraten wollen, warum schreiben Sie das dann nicht in den Antrag? Was soll das hier?

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU: Ganz ruhig!)

Zu Hof sage ich heute nichts. Zudem bin ich nicht der Marketingberater des Ministerpräsidentenkandidaten Ude. Aber das, was Sie heute hier abschießen, ist wunderbar. Wir haben keinen Abgeordneten Ude im Haus!

(Zuruf von der FDP: Auch nach 2013 nicht!)

Aber ich höre nichts anderes als "Ude! Ude! Ude!" Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier sitzen der verkehrspolitische Sprecher Thomas Beyer und Herr Pfaffmann aus München; beide können Ihnen qualifiziert Auskunft geben, wenn Sie zum U-Bahn-Verkehr in München Fragen haben.

München soll also vorfinanzieren. Sie wagen es, das hier zu fordern, und verweisen auf das angebliche Engagement des Landes. Ich stelle fest: Hinsichtlich der Strecke Mühldorf - Freilassing warten wir schon seit 20 Jahren darauf, dass das Land vorfinanziert, lieber Herr Minister Zeil. Das Land sagt jedoch Nein, da das Aufgabe des Bundes sei.

Sie finanzieren nur dann etwas vor, wenn es peinlich wird. Ein Beispiel ist die Strecke München - Lindau. Wenn die Schweiz sagt: "Wir geben euch Geld, bitte finanziert die Strecke!", dann ist der Freistaat bereit, vorzufinanzieren, aber nicht in einem anderen Fall. Ich finde es unglaublich, wie Sie hier auf dem Rücken von Menschen Wahlkampf betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie flunkern ihnen vor, Sie würden irgendetwas erreichen. Sie erreichen nichts! Auf der Strecke München - Mühldorf bewegt sich kilometerweise etwas. Wir können gern über jeden einzelnen Kilometer sprechen, den sich die Strecke München - Mühldorf in den vergangenen 20 Jahren weiterentwickelt hat, obwohl sie doch so wichtig für Bayern ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, einem solchen Berichtsantrag werden wir nicht zustimmen.

Von den FREIEN WÄHLERN sollten Sie sich einmal eine Scheibe abschneiden; sie haben einen Berichtsantrag geschrieben, dem man zustimmen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte, Herr Kollege Mütze. Zunächst eine Zwischenbemerkung des Kollegen Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Mütze, Ihnen ist doch sicherlich genauso bekannt wie uns in München, dass auf das unsittliche Ansinnen des Wirtschaftsministers, die Stadt solle sich an der Finanzierung beteiligen, die umliegenden Gemeinden und Landkreise befragt wurden, ob sie dazu ebenfalls bereit seien. Sie wären doch in erster Linie - und zwar zu Recht - Nutznießer eines erfolgreichen Systems, das sich bewährt hat. Es war

übrigens ein Herr Vogel, falls Sie sich an ihn erinnern können, der damals Verantwortung trug und nicht so lange brauchte wie Sie, Herr Zeil, um das zu realisieren, was notwendig ist; damals ging das schneller.

Die befragten Kommunen und Landkreise haben sich mit dem Hinweis verweigert, dafür seien sie nicht zuständig. Ich frage: Leben dort keine Bürgerinnen und Bürger, die täglich nach München hinein und aus München wieder hinausfahren? Ist es für sie nicht notwendig, dass dieses System funktioniert? Wenn diese Kommunen und Landkreise schon auf ihre nicht gegebene Zuständigkeit verweisen, warum soll dann die Landeshauptstadt München die zusätzliche Last tragen? Die eigentliche Last, am Erhalt der Infrastruktur mitzuwirken - das ist eine Verpflichtung -, wird doch sowieso übernommen. Das sollte man nicht unter den Teppich kehren; es gibt durchaus Kosten, die die Landeshauptstadt München trägt. Sie sollten nicht den Eindruck erwecken, München sei da völlig außen vor.

Wenn dem so wäre, wie es von der Koalition dargestellt wird, dann wären doch als Erste die Landkreise aufgerufen, sich finanziell zu beteiligen. Das haben diese zu Recht verweigert. Wir meinen, München kann genauso argumentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Wörner. - Bitte, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Kollege Wörner, ich möchte noch eins draufsetzen: Wenn wir mit dem Konzernbeauftragten der Deutschen Bahn sprechen, dann sagt er uns, dass die Bahn gern neue schienenverkehrsgebundene Projekte in Bayern planen würde. Der Freistaat bezahlt aber noch nicht einmal für die Planungen der Bahn! Auch in diesem Fall könnten wir dazu auffordern, vorzufinanzieren, damit die Projekte zumindest in der Schublade sind. Die CSU/FDP-Staatsregierung weigert sich, vorzufinanzieren, weil das nicht ihre Aufgabe, sondern die des Bundes sei. Liebe Kollegen von der Koalition, Sie können nicht hier in München A, aber im Rest von Bayern B sagen. Wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, wenn Sie hier so tun, als ob die Regeln in München andere wären als im Rest von Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Mütze. - Eine weitere Zwischenbemerkung hat Herr Dr. Bertermann angemeldet. Bitte.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Mütze, wie stehen Sie denn zu der Äuße-

rung des Oberbürgermeisters, wonach der Freistaat zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke Bundesmittel von anderen Projekten abziehen solle?

(Zurufe von der SPD: Welches Oberbürgermeisters?)

- Des Oberbürgermeisters von München. - Dann träte doch genau das ein, was Sie geschildert haben: Projekte im ländlichen Raum, zum Beispiel die Strecke nach Mühldorf, könnten nicht weiterfinanziert werden. Genau das kritisiere ich.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Dr. Bertermann. Bitte, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Kollege Dr. Bertermann, Sie haben schon wieder eine Frage gestellt, die mit der U-Bahn-Politik in München überhaupt nichts zu tun hat. Ich bin hier nicht angetreten, um zur zweiten Stammstrecke zu reden; ich bin angetreten, um zum U-Bahn-Bau zu reden. Dazu wollten Sie doch etwas wissen. Es tut mir leid, wenn ich Ihnen keine Auskunft darüber geben kann, was der Oberbürgermeister von München, Herr Ude, gesagt hat. Das ist von mir auch nicht zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. - Die dritte Zwischenbemerkung hat Herr Huber angemeldet. Bitte.

Erwin Huber (CSU): Herr Mütze, Sie haben die Frage gestellt, warum ein Zusammenhang zwischen U-Bahn-Bau und zweiter Stammstrecke bestehe. Ich möchte Sie darüber gern aufklären: Erstens. Die Landeshauptstadt München verweigert diese Vorfinanzierung mit dem Hinweis, sie finanziere die U-Bahn allein. Das ist jedoch widerlegt. Es handelt sich um eine Schutzbehauptung, die der Münchner Oberbürgermeister immer vorschiebt; sie ist in sich zusammengebrochen.

(Zurufe von der SPD)

Zweitens. Es ist gesagt worden, die Landeshauptstadt München sei nicht verpflichtet, die Vorfinanzierung in Höhe von 350 Millionen Euro zu leisten. Das ist richtig; sie ist dazu nicht verpflichtet. Es gibt aber auch kein Verbot in dem Sinne, dass sie das nicht dürfte. Im Gegensatz zu Landkreisen, die freiwillige Leistungen zulasten der Gemeinden nach dem Urteil des VGH nicht übernehmen dürfen, ist es der Landeshauptstadt München als originärer Gebietskörperschaft erlaubt, diese freiwillige Leistung zu übernehmen.

Die Frage lautet also nicht: "Können wir die Landeshauptstadt München verpflichten?"; wir wissen, dass wir sie nicht verpflichten können. Aber - ich wiederhole es - der Stadt München ist die Übernahme der Vorfinanzierung dieser 350 Millionen Euro nicht verboten. Wenn der Bund bis 2019 das Geld nicht aufbringt und der Freistaat Bayern bereit ist, diese Vorfinanzierung zu machen, dann wird es letztlich in der politischen Verantwortung der Landeshauptstadt München liegen, ob das Projekt finanziert werden kann oder nicht.

Drittens. Es gibt im gesamten Land Beispiele für die Finanzierung von Staatsstraßen in kommunaler Zuständigkeit; viele Kollegen, die damit befasst sind, können das bestätigen. Auf diese Art und Weise wird von kleinen Gemeinden eine Staatsstraße finanziert. Da muss ich sagen: Was für kleine Gemeinden in ganz Bayern gilt, muss auch für die stinkreiche Gemeinde München gelten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte, Herr Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Ausschussvorsitzender, ich stehe gern zur Verfügung, wenn Sie hier über Bande spielen wollen. Erlauben Sie mir aber, dass ich zu Ihren Aussagen einen Kommentar abgebe.

Erstens. Ihre Behauptung, es müsse möglich sein, dass München vorfinanziert, wird vielleicht dann richtig, wenn der Freistaat Bayern von seiner Regel abgeht, dass er grundsätzlich nicht vorfinanziert, auch keine Planung finanziert, wenn es um Schienenprojekte im Rest von Bayern geht.

Zweitens. Ob das Geld für die zweite Stammstrecke vorhanden ist oder nicht, steht allein im Verantwortungsbereich des Freistaates und der Bundesrepublik Deutschland. Fragen Sie Ihren Parteikollegen Ramsauer, wann er das Geld bereitstellen kann. Fragen Sie ihn möglichst heute; dann wird es vielleicht eher etwas.

Drittens. Herr Huber, in diesem Vergleich mit der S-Bahn München die Sonderbaulast zu erwähnen, ist wie ein Vergleich zwischen Äpfeln und Bananen. Ich vergleiche keinen Südtiroler Apfel mit einer Banane aus Sri Lanka.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir schreiten zur Abstimmung. In der Abstimmung werden die Anträge getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11135 - das ist der interfraktionelle Antrag von CSU- und FDP-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CSU und FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. - Bei zwei Stimmenthaltungen der FREIEN WÄHLER ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11149 - das ist der Antrag der Fraktion der FREI-EN WÄHLER - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Dr. Pauli. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die CSU und die FDP. Enthaltungen bitte ich anzuzeigen. - Es gibt keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u. a. und Fraktion (SPD) Sofortige Einsetzung eines Sonderermittlers zur Aufklärung der rechtsterroristischen Morde und der Rolle des Landesamts für Verfassungsschutz (Drs. 16/11136)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Initiative zu Sonderermittlungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) vorantreiben! (Drs. 16/11150)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erster hat sich Herr Kollege Schneider von der SPD zu Wort gemeldet.

Harald Schneider (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bereits am 30. November letzten Jahres hat der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit einstimmig beschlossen, dass wir einen umfassenden Bericht zu den fünf Neonazi-Morden in Bayern bekommen. Wie gestern bekannt wurde, soll der Bericht am 7. März durch Innenminister Herrmann im Innenausschuss gegeben werden. So weit, so gut. Reicht dies aus? Wir sagen: Nein. Ich möchte dies begründen.

Vonseiten der Staatsregierung wird schon seit Wochen gebetsmühlenartig wiederholt, dass den bayerischen Behörden keine Fehler unterlaufen sind. Ich muss zugeben, dass ich davon als ehemaliger Polizeibeamter auch überzeugt war. Dieses Bild hat in den letzten Tagen aber leider einen Riss bekommen. So war in den Tageszeitungen zu lesen oder bei "Frontal 21" zu sehen, dass es hier ganz eklatante Widersprüche zwischen ehemaligen Ermittlern der Soko Bosporus auf der einen Seite und Innenminister Herrmann sowie dem Verfassungsschutz auf der anderen Seite gibt.

Wurde das LfV, das Landesamt für Verfassungsschutz, nun von der Soko Bosporus gebeten, die Verfassungsschutzbehörden der anderen Bundesländer einzuschalten, oder nicht? Wurden der Soko Informationen vorenthalten, wurden sie einfach nicht weitergegeben? Insbesondere interessiert hier die Rolle des LfV ab Sommer 2006, als erstmals von einem Profiler der Verdacht geäußert wurde, dass es sich hierbei um eine rassistisch motivierte Gewalttat handeln könnte.

Es gibt also Widersprüche. Diese müssen wir aufklären. Da geht es beileibe nicht um parteipolitisches Gezänk oder darum, wie Kollege Weiß gestern im Innenausschuss bemerkt hat, dass die Opposition ihr parteipolitisches Süppchen kochen will. Nein, es geht um Glaubwürdigkeit und Vertrauen, um das Vertrauen in die bayerischen Ermittler und um die Glaubwürdigkeit der Staatsregierung. Glauben Sie mir: Niemandem ist mehr daran gelegen als mir, dass sich der Verdacht auf vermutliche Pannen bei den Ermittlungen als haltlos herausstellt.

Mir ist es wie vielen hier unerklärlich, wieso die Auswertung von über 3.500 Spuren, 11.000 Personen und Millionen von Datensätzen nicht zum Erfolg geführt hat. Ich gehöre nicht zu denen, die Innenminister Herrmann Untätigkeit vorwerfen. Meine ehemaligen Kollegen sind nicht auf dem rechten Auge blind; auch das möchte ich einmal klarstellen.

Ich erinnere dabei an die Grundsteinlegung für die neue Synagoge in München, als ein geplantes Attentat am 9. November 2003 verhindert werden konnte. Aber was wir wollen, sind Klarheit und Wahrheit. Ein eigener Untersuchungsausschuss ist nicht notwendig. Hier wird auf Bundesebene und in Thüringen Aufklärungsarbeit geleistet.

Auch die Sonderkommission Trio des Bundeskriminalamts mit fast 400 Ermittlern - übrigens auch aus Bayern - ist mit der Aufklärung der Morde und der vermeintlichen Pannen beschäftigt. Aber es ist davon auszugehen, dass die Vorkommnisse in Bayern mit den fünf Morden von 2000 bis 2006 nicht allein im Fokus der Ermittler stehen. Zu verwoben, zu undurchsichtig ist das Netz der Rechtsterroristen.

Genau aus diesem Grund halten wir es für sinnvoll und richtig, einen unabhängigen Sachverständigen mit der Untersuchung der Rolle des Landesamts für Verfassungsschutz zu beauftragen. Er soll uns berichten, ob es ein mögliches Versäumnis oder gar ein Versagen des Landesamts für Verfassungsschutz gegeben hat.

Ich betone nochmals eindringlich: Wir wollen kein parteipolitisches Süppchen kochen. Wir wollen niemanden beschädigen. Wir wollen Klarheit und Wahrheit. Dazu ist der unabhängige Sonderermittler notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Schneider. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Tausendfreund von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Geheimdienst braucht Kontrolle, und diese Kontrolle muss auch wirksam ausgestaltet sein. Bei der jetzigen Konstruktion und Konstellation des Parlamentarischen Kontrollgremiums - PKG - ist diese Form der notwendigen Kontrolle nicht möglich,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und dies trotz der neuen gesetzlichen Grundlage, die seit gut einem Jahr gilt. Die Beantwortung von Fragen im PKG ist von der Mehrheit abhängig. Ich habe zum Beispiel nach Anzahl und Bezahlung der V-Leute gefragt. Diese Frage wurde mir nicht beantwortet. Die Mehrheit meinte, das sei nicht nötig. Akteneinsicht und die Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind ebenfalls von der Mehrheit im PKG abhängig.

Das heißt, die Regierungsfraktionen können in diesem Gremium die Kontrolle verhindern. Bei der Berichterstattung erfahre ich sehr häufig nur Dinge, die ohnehin schon in der Zeitung gestanden sind.

Ein weiteres Beispiel ist die Sondersitzung, die ich im letzten Jahr beantragt hatte. Diese Sondersitzung hat zwar stattgefunden, dafür fiel aber dann die nächste reguläre Sitzung aus. Das kann doch wirklich nicht die Kontrolltätigkeit dieses Gremiums sein.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das ist ökonomisch!)

Wann, wenn nicht im Zusammenhang mit den NaziMorden, ist es geboten, die neuen Kontrollinstrumente, die die neue gesetzliche Grundlage geschaffen
hat, auch anzuwenden? In unserem Antrag wird erstens gefordert, einen unabhängigen Sonderermittler
einzusetzen, es wird zweitens ein Bericht an den
Landtag durch diesen Sonderermittler und drittens
noch ein in Bezug auf die Geheimhaltung gelockerter
Bericht durch das Parlamentarische Kontrollgremium
gefordert. Dann sind nämlich auch Sondervoten möglich.

Bereits am 22. November habe ich deshalb beantragt, die Nutzung dieser Kontrollinstrumente einzuleiten, bisher noch ohne Erfolg. Im PKG bin ich insoweit auf Unverständnis gestoßen, was wiederum bei mir auf Unverständnis gestoßen ist. Heute ist es längst überfällig, einen Schritt weiterzukommen. Als vierten Punkt beantragen wir daher noch, dass wir Informationen von der Bundesebene bekommen. Es ist, so denke ich, notwendig, dass unsere PKG-Mitglieder den Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz zur Kenntnis bekommen.

Nach wie vor ist es absolut unbegreiflich, wie die "Zwickauer Terrorzelle" dreizehn Jahre lang aus dem Untergrund heraus unbehelligt zehn Menschen ermorden konnte. Hat es Versäumnisse gegeben? Wo wurde nicht genau hingesehen? Wann hätten auch beim Bayerischen Verfassungsschutz die Alarmglocken läuten müssen? Trotz des vielfältigen V-Mann-Einsatzes durch die Verfassungsschutzbehören und die umfangreichen Ermittlungen der Polizei blieben der ausländerfeindliche, rechtsextremistische Hintergrund der Taten und die Existenz des NSU unentdeckt. Viel zu schnell wurden die Morde der organisierten Kriminalität zugeordnet, viel zu leichtfertig wurden die Opfer mit dem kriminellen Milieu in Verbindung gebracht.

Die Öffentlichkeit und insbesondere auch die Hinterbliebenen haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wie es dazu kommen konnte. Das Parlament hat dabei die Pflicht, alle zur Verfügung stehenden Kontrollinstrumente wirksam einzusetzen, um eventuelles Behördenversagen aufzuklären oder auch festzustellen, dass ordnungsgemäß gehandelt worden ist. Dass es eben kein Versäumnis gegeben hat, wäre auch ein mögliches Ergebnis, das dann auch offensiv nach außen getragen werden kann. Deshalb ist die Überprüfung der Arbeit des Verfassungsschutzes durch einen Sonderermittler nötig.

Viele Fragen wurden aufgeworfen. Welche Informationen lagen dem Verfassungsschutz vor, insbesondere über die Netzwerke der Neonazis in Thüringen und in Bayern und deren Verbindungen? Welche Informatio-

nen gab es über deren Gewaltbereitschaft, welche über den Waffenbesitz und die Waffenbeschaffung? Wie hat sich der Verfassungsschutz mit den anderen Verfassungsschutzämtern ausgetauscht? - Diesbezüglich hat es anscheinend durchaus Defizite gegeben, was auch die Aussage des stellvertretenden Leiters der Soko Bosporus belegt hat. - Welche Informationen wurden an die Ermittlungsbehörden weitergeleitet und welche gegebenenfalls nicht? Welche Recherchen hat das Landesamt selbst eingeleitet, insbesondere nachdem im Dezember 2006 die Anfrage der Soko Bosporus eingetroffen war? - Man redet sich heraus und sagt, man habe mit den anderen Verfassungsschutzämtern keinen Kontakt aufgenommen, weil das die Soko doch selber hätte tun können. Ich meine, der Verfassungsschutz hätte hier auch selbst tätig werden müssen. - Welche Unterstützung hat das Landesamt der Sonderkommission gegeben, um die Liste mit mehreren Hundert Neonazis aus dem Raum Nürnberg auszuwerten, aufzubereiten und bei den Ermittlungen konkret zu helfen, oder hat es keinerlei Unterstützung gegeben?

Die bisherigen Informationen können absolut nicht ausreichen. In der letzten Sitzung des PKG war dann einfach wieder die Zeit herum; weitere Fragen waren dann nicht mehr möglich, und Informationen an die Öffentlichkeit - -

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist nicht wahr!)

Ich wollte die Fortsetzung in der nächsten Sitzung, ich wollte, dass das bei einem regulären Termin fortgesetzt wird.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

- Doch. Natürlich. - Aber eigentlich dürfen wir hier gar nicht aus der Sitzung und vom Ablauf berichten.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Genau! Eigentlich darf man gar nicht aus der Sitzung berichten!)

Aber ich habe hier keine Informationen gegeben, die nicht schon Herr Dr. Weiß gestern in der Ausschusssitzung genannt hätte. Jedenfalls kommen auch die öffentlichen Informationen vom Innenministerium nur scheibchenweise. Erst hieß es: Wir geben gar nichts heraus. Als dann der Druck der Presse durch die Berichterstattung bezüglich der Soko und des stellvertretenden Leiters zu groß wurde, wurde plötzlich die Presse informiert, bekam aber auch nur ein paar Bröckchen. So kann es nicht weitergehen. Ich denke, die Kontrollaufgaben müssen besser wahrgenommen werden. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu beiden Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Es folgt Herr Kollege Dr. Weiß.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Jetzt bin ich aber gespannt!)

Dr. Manfred Weiß (CSU): - Zu Recht.

Herr Präsident, Hohes Haus! Die schlimme Mordserie der rechtsextremistischen Terroristen hat uns alle erschüttert. Es war für uns nicht vorstellbar, dass so etwas in unserem Land passieren kann. Wir haben das alles durch die Zeitungen miterlebt, aber auch wir haben natürlich keine Zusammenhänge erkannt.

Wenn man feststellt, dass so etwas vorgefallen ist, ist es selbstverständlich, dass man klärt, ob und gegebenenfalls wo Fehler gemacht wurden. Dazu gibt es eine Sonderkommission im Bundeskriminalamt unter der Leitung des Generalbundesanwalts. Das ist das Gremium, das Zugriff auf alle Behörden hat. Es gibt, nachdem es konkrete Vorwürfe gegenüber Bundesbehörden gibt, einen Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags. Nachdem es auch konkrete Vorwürfe im Bereich Thüringen gibt, gibt es auch einen Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags. In Bayern gab es bisher keine konkreten Vorwürfe.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Weil wir nichts wissen!)

Dennoch haben wir am 30. November den Beschluss gefasst, dass das Innenministerium sobald wie möglich einen umfassenden Bericht abgeben solle. In der nächsten Sitzung wird natürlich kein umfassender Bericht abgegeben werden. Das ist klar. Aber am 7. März wird im Innenausschuss ein Zwischenbericht der Staatsregierung erfolgen. Dies kann nicht, wie die GRÜNEN es gefordert haben, ein detaillierter Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Ermittlungen sein, denn über die Ermittlungen ist nicht der Innenminister informiert, sondern der Generalbundesanwalt. Das Innenministerium wird vielmehr über die Fragen informieren, die in den letzten Wochen aufgekommen sind und die bayerische Behörden betreffen. Zu jeder dieser Fragen wird es die entsprechende Antwort geben.

Was die Untersuchungen angeht, gibt es noch ein Gremium, das von diesem Landtag hierfür eingesetzt wurde, das Parlamentarische Kontrollgremium. Ich weiß nicht, ob Frau Kollegin Tausendfreund immer als Einzige in einer ganz anderen Sitzung sitzt; aber, Frau Tausendfreund, auf jeden Fall hat das Innenministerium in dieser von Ihnen als Sondersitzung be-

zeichneten Sitzung zu allen damals bekannten Fragen Stellung genommen.

(Beifall bei der CSU)

Es sind Kollegen aus allen Fraktionen hier, die das bestätigen können. Wenn Kollegin Tausendfreund meint, sie hätte noch weitere Fragen gehabt, dann muss ich feststellen, dass sie das zumindest nicht gesagt hat. Und was Sie sich denken, kann niemand von uns wissen. Man hat auch nicht die nächste Sitzung ausfallen lassen, sondern wir haben gesagt: Jetzt ist alles behandelt worden. Wenn es die nächsten drei Wochen etwas Neues gibt, dann machen wir die planmäßige Sitzung. Wenn es nichts Besonderes mehr gibt, brauchen wir keine weitere Sitzung zu machen. - Ich habe angeboten, Frau Kollegin Tausendfreund, dass wir dann, wenn sich über Weihnachten etwas Besonderes ergeben würde, in der ersten Sitzungswoche des Landtags, in der Klausurtagungen waren, eine Sitzung machen. Aber niemand hat eine Sitzung gefordert. Warum? - Weil es keine neuen Informationen gegeben hat.

Das Parlamentarische Kontrollgremium wird innerhalb der nächsten zwei Wochen seine nächste Sitzung durchführen. Dann werden die Fragen behandelt, die in den letzten Tagen aufgetaucht sind. Ich muss deutlich sagen: Eine Frage, die Anfang Januar auftaucht, kann der Innenminister natürlich nicht schon Ende November beantworten.

Kommen wir jetzt einmal zu dem Punkt, wo Sie gesagt haben, der pensionierte ehemalige stellvertretende Leiter der Soko erinnere sich an eine Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz nach rechtsradikalen Mitgliedern im Großraum Nürnberg. Er hat damals eine umfassende Antwort bekommen. Hunderte von Namen sind genannt worden. Aber das Problem ist: Die Täter Mundlos und Böhnhardt waren nicht dabei, weil sie nicht zur Nürnberger Szene gehört haben. Sie werden wissen, dass die in Thüringen waren. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob eine Gruppe in Nürnberg agiert und dort Straftaten begeht oder ob eine Gruppe in Thüringen ist und woanders Straftaten begeht.

Kurzum: Die Fragen, die jetzt gestellt worden sind, werden in der nächsten Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums behandelt. Es ist also alles in die Wege geleitet, um eine umfassende Klärung des Sachverhalts herbeizuführen.

Was sollen diese beiden Anträge an den Landtag zur Aufforderung an das Parlamentarische Kontrollgremium? Das Parlamentarische Kontrollgremium ist ein Organ dieses Landtags, in dem alle Fraktionen vertreten sind. Eine solche Aufforderung kommt mir so vor,

wie wenn das Plenum den Ältestenrat auffordern würde zu beschließen, dass die nächste Plenarsitzung um 16.00 Uhr endet. Das ist natürlich ein Blödsinn; denn die Leute sitzen doch im Ältestenrat und können es dort selbst beschließen. Es ist also ein Unsinn, wenn hier ein Gremium des Landtags vom Plenum des Landtags aufgefordert wird.

Was Sie hier machen, ist aber nicht nur Unsinn, sondern sogar äußerst problematisch; denn für die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums und für dessen Zuständigkeiten hat sich dieses Parlament ein Gesetz gegeben. Am 8. November 2010 ist die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums ganz klar geregelt worden. In Artikel 1 ist der Rahmen dessen geregelt worden, was zu kontrollieren ist. In Artikel 5 sind die Befugnisse aufgeführt worden. Sie sind damals sogar wesentlich erweitert worden. Sie beinhalten das Recht auf Akteneinsicht und auf die Befragung von Mitarbeitern, wenn es das Parlamentarische Kontrollgremium für erforderlich hält. Das heißt also, wir haben alle rechtlichen Möglichkeiten zur Aufklärung des Sachverhalts.

Warum wollen Sie jetzt einen Sachverständigen? Haben Sie die Arroganz zu behaupten, dass die Mitalieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums fachlich nicht in der Lage wären, das zu klären? Ich darf Ihnen Folgendes sagen: Der Vorsitzende des Gremiums war Richter und Staatsanwalt und hat drei große Untersuchungsausschüsse geleitet. Im Untersuchungsausschuss "Wienerwald" ist es um schwierige Steuerfragen gegangen. Damals war Kollegin Carmen König von der SPD die Stellvertreterin. Im Untersuchungsausschuss "Schalck-Golodkowski" ist es um sehr komplizierte Fragen in Bezug auf die bayerische Wirtschaft, Behörden der DDR, Ministerium für Staatssicherheit usw. gegangen. Der Stellvertreter war Karl-Heinz Hiersemann von der SPD. Das war übrigens der einzige Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag, in dem es kein Minderheitenvotum gegeben hat. Im Untersuchungsausschuss "Plutonium" ging es darum, dass versucht wurde, waffenfähiges Uran aus Moskau hierher zu schmuggeln. Es ging um Scheinaufkäufe und Tätigkeiten des Landeskriminalamtes und der Polizeibehörden. Stellvertreter war damals Kollege Franz Schindler von der SPD. Bei all diesen Untersuchungsausschüssen hat nie jemand den Vorwurf gemacht, dass sie nicht richtig geleitet worden wären und dass es keine Sachkunde gegeben hätte.

Ich darf Sie auch auf Folgendes hinweisen: Im Parlamentarischen Kontrollgremium sitzen von den sieben Leuten sechs Juristen aus allen Fraktionen: Von der CSU sind das der Kollege Heike und der Kollege Weidenbusch, von der FDP der Kollege Dr. Fischer, von

den FREIEN WÄHLERN der Kollege Pointner, von den GRÜNEN die Kollegin Tausendfreund. Von der SPD sitzt der Kollege Schneider im Gremium, der den Antrag gestellt und begründet hat. Er ist zwar kein Jurist, aber ein erfahrener Polizeibeamter. Ich glaube nicht, dass er sagt: Ich sehe mich nicht in der Lage, die Fragen, die gestellt worden sind - so schwierig sind die Fragen ja gar nicht -, zu klären.

Kurzum: Ich glaube, das Gremium ist entsprechend qualifiziert, um die Aufgaben zu lösen, wahrscheinlich qualifizierter als jeder von Ihnen zu benennende Sachverständige.

Wir sollten nach meiner Meinung so vorgehen, wie es das Gesetz geregelt hat. Das Parlamentarische Kontrollgremium wird die anfallenden Fragen alle klären. Dazu wird es zunächst einen Bericht des Innenministeriums geben; das ist normal. Dann, wenn irgendwelche Zweifel bestünden oder irgendwelche Fragen nicht beantwortet werden könnten, haben wir selbstverständlich die Möglichkeit, Mitarbeiter zu befragen und Akteneinsicht zu nehmen. Aber ich muss deutlich sagen: Bisher waren die Antworten des Staatsministeriums des Innern so ausreichend, dass an sich keiner der Kollegen etwas dagegen sagen konnte. Auch die Kollegin Tausendfreund macht ihre Bedenken immer erst außerhalb der Sitzung geltend und nicht in der Sitzung.

(Zuruf von der CSU: Wie üblich!)

Das Parlamentarische Kontrollgremium wird entsprechend dem Gesetz die jeweils anstehenden Fragen behandeln. Wenn es einmal zu der Erkenntnis kommen sollte, dass es eine Aufgabe nicht selber lösen könnte, dann gibt es die Möglichkeit der Beauftragung eines Sachverständigen. Aber ich muss deutlich sagen: Dafür gibt es im Moment keinen Anhaltspunkt. Falls dieser Sachverständige einmal eingesetzt werden sollte, dann ist das nicht eine Entscheidung des Bayerischen Landtags, sondern nach dem Gesetz eine Entscheidung des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Ich glaube, das wird mit großem Verantwortungsbewusstsein gemacht. Ich würde bitten zu versuchen, sich als Außenstehender, der nur einen ganz geringen Einblick in die Materie hat, nicht einzumischen und nicht irgendwelche Aufforderungen auszusprechen, wenn man von der Sache möglicherweise gar nichts versteht.

Ich betrachte es wieder einmal als ein Manöver, um ein Feuerchen am Kochen zu halten. Es wärmt sowieso nur ganz wenig. Sie können schreiben, was Sie wollen: Wir haben noch keinen Anhaltspunkt für ein Fehlverhalten bayerischer Behörden, und wenn Sie zehnmal irgendetwas zitieren. Mit einem Satz, mit

einer Erklärung des Innenministeriums sind die angeblichen Vorwürfe in der Regel beseitigt. Ich meine, wir sollten die zuständigen Behörden und Gremien sauber klären lassen, und zwar - da gebe ich dem Kollegen Schneider recht - ohne Parteipolitik. Das ist auf jeden Fall besser, als wenn man versucht, mit solch fadenscheinigen Eindrücken Einfluss zu nehmen oder zumindest üble Stimmung zu verbreiten.

Ich bitte, beide Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Dr. Weiß. - Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Pohl. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mordserie rechtsextremer Terroristen hat uns alle betroffen gemacht. Ich fand es sehr angemessen, dass wir vor Weihnachten in einer Gedenkstunde dieser schrecklichen Ereignisse gedacht haben. Aber, meine Damen und Herren, damit darf es nicht sein Bewenden haben. Wir als Abgeordnete des Bayerischen Landtags haben einen Auftrag. Der Auftrag an uns, die Legislative, heißt Kontrolle der Exekutive. Da können wir nicht darauf verweisen, dass es einen Bundesinnenminister, einen Generalbundesanwalt, einen Landesinnenminister und Sicherheitsbehörden des Landes gibt. Deswegen, Herr Kollege Dr. Weiß, ist der Vorhalt, die Opposition wolle ein Feuer am Kochen halten oder ein Süppchen kochen, meiner Ansicht nach nicht angemessen.

Ich habe es bereits gestern im Innenausschuss gesagt: Ich begrüße den Antrag der GRÜNEN, einen Zwischenbericht zu erstatten, außerordentlich. Wir haben Ende Oktober den Beschluss gefasst, dass Bericht erstattet werden muss. Nach einigen Monaten wird man einen Zwischenbericht verlangen können, wiewohl es mir natürlich klar ist, dass man jetzt, zu diesem Zeitpunkt noch keinen Abschlussbericht geben kann.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kollegen des Deutschen Bundestages haben einstimmig einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Die Kollegen des Thüringer Landtags haben einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Ich halte dies für angemessen. Wir in Bayern begnügen uns derzeit noch damit, dass uns berichtet wird. Aber es kann doch nicht sein, dass man Berichte zurückhalten will, um die Opposition dazu zu zwingen, auch in Bayern einen Untersuchungsausschuss einzurichten. Wollen Sie das?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Ich muss schon sagen, der bayerische Innenminister hat Ihnen den Weg gewiesen. Sie haben gestern im Innenausschuss den Berichtsantrag der GRÜNEN aus unerfindlichen Gründen abgelehnt. Der Innenminister wird aber am 7. März dem Innenausschuss berichten. Da ist Staatsminister Herrmann weiter, als Sie es offensichtlich sind, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Nur scheinbar!)

Wenn dieser Bericht am 7. März gegeben wird, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, können Sie all diese Fragen stellen, die Sie in Ihrem Dringlichkeitsantrag haben. Sie können sie dem Innenminister auch vorab zuleiten.

Nachdem die Ausschussmehrheit gestern den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN abgelehnt hat, ist wiederum Raum für Ihren Antrag. Ansonsten würde ich sagen, der Antrag hat sich erledigt. Diesen Teil des Antrags unterstützen wir, ihm können wir zustimmen.

Die Sache mit dem Sonderermittler sehen wir allerdings kritisch. Der Sonderermittler hat keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage. Was soll der Sonderermittler leisten, was der Bayerische Landtag, was die Exekutive und was die Strafverfolgung nicht leisten könnten? Wenn schon, dann müsste man konsequenterweise einen Untersuchungsausschuss fordern. Wir sehen keinen Sinn darin, einen Sonderermittler einzusetzen. Deswegen wird sich unsere Fraktion zu Ihrem Antrag mehrheitlich enthalten, allerdings mit dem deutlichen Hinweis, dass es natürlich richtig und wichtig ist, Zwischenberichte zu bekommen und dieses Thema aktiv zu begleiten. Da muss ich Sie schon zitieren. Auch wir sind der Meinung, dass dieses Süppchen am Kochen gehalten werden muss; denn wir alle haben die verdammte Verantwortung, gegen Extremismus, gleich welcher Couleur - in dem Fall von rechts -, ganz entschlossen vorzugehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kurz zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag 16/11150 des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Da muss ich allerdings sagen, Frau Kollegin Tausendfreund, dem können wir schon aus formalen Gründen nicht zustimmen. In Ziffer 2 heißt es, dass wir etwas begrüßen sollen, was in geheimer Sitzung abgehandelt worden ist. Ich weiß doch um Gottes willen nicht, was Sie in Ihrem Parlamentarischen Kontrollgremium besprochen und beschlossen haben. Sie sagen, es sei "insbesondere" beantragt worden, einen Sachverständigen zu beauftragen usw. Ich weiß nicht, was Sie sonst noch beantragt haben. Ich weiß nicht, was andere dazu geäußert haben. Einen Blankoscheck verteilen wir grundsätzlich nicht. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Für die FDP-Fraktion meldet sich Herr Dr. Fischer. Bitte sehr.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen dieses Hauses sind in dem Bestreben einig, die schreckliche Mordserie aufzuklären, und zwar so schnell wie möglich. Es ist völlig unbestritten, dass heute noch viele Fragen offen sind und es wohl noch eine ganze Weile bleiben werden.

Die Frage, an denen sich die Anträge der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN messen lassen müssen, ist, ob sie dazu beitragen, schneller oder besser aufzuklären. Der Vergleich mit der Bundestagssituation ist durchaus erlaubt. In seltener Einmütigkeit hat der Bundestag einen Untersuchungsausschuss beschlossen, und alle Fraktionen haben dem zugestimmt. Dieser Ausschuss hat die Möglichkeit, einen Sonderermittler einzusetzen. Die Frage ist aber, ob sich das auf Bayern übertragen lässt.

Bayern war trauriger Schwerpunkt der Tatorte. Wir haben mit fünf Opfern mehr zu beklagen als andere Bundesländer. Fakt ist aber auch: Die Mordserie hat ihre blutige Spur in ganz Deutschland hinterlassen, und die Täter kamen nicht aus Bayern. Warum betone ich das? - Es geht um die Frage, wie wir am besten und effektivsten aufklären. Da ist die Situation in Bayern schon eine andere als im Bund oder in Thüringen, wo es konkrete Vorwürfe gibt.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜ-NE))

Drei Dinge stören mich an den Dringlichkeitsanträgen. Der erste Punkt ist, dass der Eindruck erweckt wird, es habe Versäumnisse gegeben. Niemand kann ausschließen, dass das der Fall war. Aber das liegt in der Natur der Sache, solange der Bericht nicht auf dem Tisch liegt. Kollege Schneider, Vertrauen in die bayerischen Ermittler stellen Sie jedenfalls mit solchen Anträgen nicht her.

Das Zweite, das mich stört, ist die Tatsache, dass es bewährte Praxis ist, erst einen Bericht anzuhören und dann zu reagieren. Dann entscheidet man auf Basis der Ergebnisse. Am 30.11. haben wir einstimmig einen Berichtsantrag beschlossen. Der Staatsminister des Innern wird im zuständigen Innenausschuss am 7. März einen Zwischenbericht geben. Deswegen halte ich es für sachgerecht, dass wir diesen Zwischenbericht und möglicherweise auch den Abschlussbericht abwarten, bevor wir uns über Schluss-

folgerungen unterhalten, die wir heute gar nicht treffen können.

Damit bin ich beim dritten Punkt, der mich stört. Das betrifft vor allem Sie, Frau Kollegin Tausendfreund. Um es ganz deutlich zu sagen: Sie stellen dem Parlamentarischen Kontrollgremium, dem Sie selbst angehören, mit Ihrem Antrag ein Armutszeugnis aus. Es gibt keinerlei Hinweis, dass in diesem Parlamentarischen Kontrollgremium nicht die nötige Sachkompetenz zur vollständigen Aufklärung vorhanden wäre. Wenn Sie sagen, Regierungsfraktionen können die Kontrolle verhindern, dann möchte ich doch darauf hinweisen, dass in Wahrheit im Parlamentarischen Kontrollgremium meistens Sie alleine gegen alle anderen Angehörigen dieses Gremiums stehen. Das ist die Wahrheit.

Deswegen bitte ich Sie, hören wir auf mit dem Aktionismus, mit ständigen Forderungen nach neuen Berichten, Zwischenberichten und Sachverständigen. Lassen wir die Dinge bei den zuständigen Stellen, die ihre Arbeit machen, und zwar so schnell wie möglich, so gründlich wie möglich. Das sind wir den Opfern schuldig. Das sind wir der Gesellschaft schuldig, und das wird auch der richtige Weg sein.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Fischer, wir haben zwei Zwischenbemerkungen - die erste von Kollegen Pohl. Herr Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Dr. Fischer, auch wenn ich mit manchem übereinstimme, was Sie sagen, eines sollte nicht so stehen bleiben: Sie sagen, dass beide Anträge Unterstellungen beinhalten, dass es Versäumnisse gegeben habe. Wir hatten gestern im Innenausschuss das Ganze dahin gehend ergänzt, dass wir formuliert haben: "mögliche Versäumnisse". Der Dringlichkeitsantrag der SPD ist in dieser Passage aus meiner Sicht perfekt formuliert: "In dem Bericht sind insbesondere mögliche Versäumnisse, ein eventuelles Versagen oder unterlassene Amtshilfe des Landesamts für Verfassungsschutz aufzuarbeiten ..." Auch in dem Antrag der GRÜNEN sehe ich keine Unterstellung dahin gehend, dass die Sicherheitsbehörden oder der Verfassungsschutz tatsächlich irgendwelche Versäumnisse begangen haben.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pohl, das, was ich gesagt habe, betrifft natürlich nicht nur die Anträge, sondern auch die Wortbeiträge. In den Wortbeiträgen wird implizit immer wieder der Eindruck erweckt - und das ist nicht nur hier im Plenum so -, dass etwas verschleiert oder unter den Tisch gekehrt werde oder dass es Ver-

säumnisse gegeben habe. Ich meine, es ist eine bewährte rechtsstaatliche Praxis, sich zunächst den Bericht anzuhören, den Zwischenbericht, möglicherweise auch den Abschlussbericht, und dann auf dieser Grundlage zu entscheiden. Ich glaube, darüber sind wir uns auch einig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Noch eine Zwischenbemerkung: Herr Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Kollege Fischer, Sie haben gerade wieder darauf hingewiesen, dass die Täter nicht aus Bayern gekommen seien. Ihnen ist aber schon bewusst, dass die Hälfte der Morde, nämlich fünf Morde, in Bayern begangen worden sind, dass die ersten Morde in Bayern begangen worden sind und dass die Ermittlungen auch in Bayern aufgenommen worden sind. Ihnen ist auch bewusst, dass die Linie, nach der ermittelt werden sollte, in Bayern festgelegt worden ist. Kollege Weiß hat vorhin gesagt, es gebe keine Hinweise darauf, dass sich die bayerischen Behörden falsch verhalten hätten. Ich möchte schon wissen, wie das möglich war. Ich hoffe, dass ich bald Hinweise auf ein Fehlverhalten bekomme, sonst hätte ich Angst. Nicht nur ich habe Angst, viele haben Angst, es könnte in Bayern so etwas wieder geschehen, ohne dass die Behörden mitbekommen, dass Mörderbanden zehn Jahre lang mordend durch Bayern ziehen und Banken überfallen. Ich hoffe nicht, dass das noch einmal passiert. Ich hoffe, dass Sie schleunigst Fehler finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Dürr, zum einen muss ich feststellen, dass Sie offensichtlich meinem Beitrag nicht zugehört haben; denn ich habe explizit erwähnt, dass in Bayern fünf Opfer und damit die meisten Opfer zu beklagen waren.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das habe ich ausdrücklich gesagt. Tatsache ist aber auch, dass in der Frage, ob beim Verfassungsschutz Versäumnisse vorliegen, auf die Täter abgestellt werden muss. Der Verfassungsschutz ist der erste Ansprechpartner.

In Ihrem zweiten Beitrag haben Sie gesagt, Sie hoffen darauf, dass es Versäumnisse gegeben hat. Herr Kollege Dürr, das ist eine derartige Ungeheuerlichkeit, dass ich meine, für eine solche Entgleisung wäre in diesem Parlament eine Entschuldigung angebracht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt hat Herr Staatssekretär Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium):

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die schreckliche Mordserie hat uns alle betroffen gemacht. Ich meine, das ist parteiübergreifend so. Ich stehe auch zu dieser Aussage. Umso mehr bin ich darüber verwundert, dass wir gerade heute in Anbetracht der schrecklichen Situation über solche Anträge diskutieren. Die Anträge wurden in zeitlicher Hinsicht vollkommen unlogisch gestellt. Die Anträge sind unausgegoren und unerfüllbar. Sie gehen schlicht und ergreifend ins Leere. Herr Dr. Weiß hat vorhin detaillierte Ausführungen dazu gemacht. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

Ich habe mich hier nur zu Wort gemeldet, weil ich deutlich zum Ausdruck bringen will, dass unser Ministerium Berichte über die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium uneingeschränkt abgibt und Rechenschaft ablegt. Das gilt insbesondere auch für die Hintergründe der Morde der Zwickauer Terrorzelle. Dass Defizite vorliegen, die den Einsatz eines unabhängigen Sonderermittlers erforderlich machen, ist schlichtweg nicht erkennbar. Dies entbehrt jeglicher Grundlage, meine Damen und Herren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie stützen hier Beiträge auf Zeitungsberichte, auf Berichterstattungen von Presse und Medien.

(Christine Stahl (GRÜNE): Auf was denn sonst?)

Deshalb muss ich infrage stellen, ob für jeden die Eindrücke entstanden, die eingangs formuliert wurden. Im November wurde der Berichtsantrag gestellt. Er war bis zum heutigen Tag noch nicht auf der Tagesordnung einer Plenarsitzung. Wir müssen auch die Reihenfolge einhalten, verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich wehre mich auch gegen die Forderung nach einem Sonderermittler. Es wird schlicht und ergreifend der Verdacht ausgesprochen, dass das Landesamt für Verfassungsschutz unzuverlässig und unzureichend gearbeitet hat. Das ist eben nicht richtig.

(Christine Stahl (GRÜNE): Woher wissen Sie denn das?)

Ich wehre mich an dieser Stelle ganz entschieden gegen diese Forderung. Bei keinem Antrag habe ich

erkannt, dass nur die geringsten Grundlagen für diese Forderung dargelegt worden wären. In Anbetracht der schlimmen Situation müssten wir sensibler mit diesen Anträgen umgehen. Ich bitte deshalb ganz herzlich darum, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Sie diese beiden Anträge ablehnen. Ich sage in aller Deutlichkeit: Wir werden lückenlos über die angesprochene Thematik berichten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatssekretär, einen Moment bitte! Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Staatssekretär, es genügt natürlich nicht, wenn Sie nur an sich und an die Kolleginnen und Kollegen der CSU denken. Denken Sie einmal an die Bevölkerung. Seit über zweieinhalb Monaten weiß die Bevölkerung von diesen schrecklichen Ereignissen. Große Teile der Bevölkerung sind beunruhigt. Geben Sie Erklärungen dazu ab. Tun Sie etwas, um die Bevölkerung zu beruhigen. Geben Sie einmal Auskunft. Es ist doch unerhört, dass wir jeden Tag etwas in der Zeitung lesen, in diesem Hohen Haus aber nie Erklärungen von Ihnen dazu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Dürr, ich habe es eben erwähnt. Im November wurde der Berichtsantrag gestellt. Normalerweise geht er durch die einzelnen Ausschüsse ins Plenum. Alles das ist noch nicht erfolgt. Unabhängig davon gibt es keinen Zweifel daran, dass berichtet wird. Selbstverständlich wird berichtet. Ich kann schon mit etwas Stolz hier sagen, dass Bayern das sicherste Land ist. Wir haben die besten Aufklärungsquoten. Wir werden uns dieser Herausforderung wie kein anderes Land stellen. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle versichern. Sobald wir fundierte Aussagen machen können, werden wir das auch tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11136 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD und GRÜNE sowie zwei Stimmen bei den FREIEN WÄHLERN. Die Gegenstimmen bitte. - CSU und FDP. Enthaltungen? - Der restliche Teil der Fraktion der FREIEN WÄHLER

und Frau Kollegin Pauli. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11150 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Die Gegenstimmen bitte. - CSU, FDP, FREIE WÄHLER und Frau Kollegin Pauli. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) EU Beihilfe-Verfahren/BayernLB (Drs. 16/11137)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU), Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumppenberg, Jörg Rohde und Fraktion (FDP) EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Beteiligung der bayerischen Sparkassen (Drs. 16/11151)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut drei Jahren - wir waren noch ganz neu hier im Parlament - ereilte uns der Tsunami in Sachen der BayernLB. 10 Milliarden Euro mussten zur Verfügung gestellt werden, um die Landesbank vor dem Kollaps zu bewahren. Über Ursachen, Verfehlungen etc. brauchen wir heute nicht zu sprechen; das haben wir in den vergangenen Jahren ausführlich getan. Wir hatten damals im November, Dezember 2008 die Situation, innerhalb weniger Wochen 10 Milliarden Euro bereitstellen zu müssen, um die BayernLB zu retten. Damals waren der Freistaat Bayern und die Sparkassen jeweils zur Hälfte Eigentümer. Wir haben uns damals dafür entschieden, als Freistaat Bayern diese Last allein zu stemmen und die Sparkassen zu entlasten, sie zu schonen.

Es gab ein Eckpunktepapier zwischen dem Freistaat Bayern und dem Sparkassenverband, das vorsah, dass der Freistaat Bayern die 10 Milliarden Euro schultert, der Sparkassenverband die Anteile an der BayernLB mit Ausnahme von etwas über 4 % abgibt und noch einige andere Punkte, insbesondere ein Vorkaufsrecht der Sparkassen für die BayernLB.

Diese Vereinbarung ist vom Landtag bislang noch nicht bestätigt und von der EU noch nicht genehmigt worden. Gleichwohl hat man diese Vereinbarung faktisch vollzogen. Die Beteiligungsverhältnisse haben sich zugunsten des Freistaates Bayern verändert.

Im Jahr 2009 haben wir auf der Grundlage dieses Papiers das Landesbank-Gesetz geändert und den Verwaltungsrat neu besetzt. Die Sparkassenseite ist im Verwaltungsrat nur noch mit einer kleinen Minderheit vertreten.

Mir und allen Kolleginnen und Kollegen ist bewusst, dass die Verfahrensherrschaft momentan bei der EU liegt. Der Freistaat Bayern und insbesondere der Finanzminister haben natürlich die Möglichkeit, in diesem Verfahren auf die EU einzuwirken. Während der frühere Finanzminister Georg Fahrenschon die damaligen Beschlüsse des Bayerischen Landtags in Brüssel verteidigt hat, äußert sich sein Nachfolger, Staatsminister Söder, gegenteilig; er möchte für den Freistaat Geld zurückholen, er möchte die Sparkassen nun belasten,

(Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Zu Recht!)

obwohl wir damals beschlossen hatten, sie zu entlasten

Ich zitiere aus dem Protokoll der Plenarsitzung vom 3. Dezember 2008:

Es war eine Leitentscheidung der Bayerischen Staatsregierung, obwohl die Kommunen und Sparkassen zur Hälfte Eigentümer der Bayerischen Landesbank sind, sie finanziell nicht an dieser Rettungsaktion zu beteiligen, weil dies die Sparkassen als Rückgrat unserer lokalen und regionalen Wirtschaft selbst in Schwierigkeiten gebracht hätte. Das ist eine wichtige und gute Entscheidung zugunsten der Kommunen und Sparkassen.

Das sagte Ministerpräsident Seehofer. Der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Maget sagte:

Wir sind auch dafür, jetzt sozusagen eine Brandmauer zu errichten, damit das Feuer nicht auf die Sparkassen übergreift. Das halten wir auch für richtig.

Thomas Hacker, FDP-Fraktionsvorsitzender, sagte:

Der Schutz der Sparkassen und die Versorgung des Mittelstandes, das sind die übergeordneten Ziele, die wir mittragen.

Auch Kollege Weidenbusch hat sich entsprechend geäußert:

Mit der vorgeschlagenen Lösung werden wir, der Bayerische Landtag, unsere Verbundenheit mit den bayerischen Kommunen in besonderer Weise unter Beweis stellen, auch wenn dieser Beweis vielleicht erst lange nach dem Ende der Bewältigung der Finanzkrise entsprechende Anerkennung finden wird. Die Freistellung der Bayerischen Sparkassen von den Verpflichtungen, die von den Sparkassen durch ihre Vertreter im Verwaltungsrat in der BayernLB übernommen worden sind, ist die große Leistung des Freistaats Bayern an seine Landkreise, an seine Städte und seine Gemeinden.

Meine Damen und Herren, auf dieser Geschäftsgrundlage haben wir 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Wir FREIE WÄHLER fordern, dass das, was wir damals besprochen und beschlossen haben, nun auch offensiv gegenüber der Europäischen Union vertreten wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Uns ist bewusst, dass das Ergebnis am Ende von Verhandlungen ein Kompromiss sein wird. Aber es kann nicht sein, dass sich der Finanzminister gemeinsam mit der Europäischen Union gegen die bayerischen Sparkassen stellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir fordern, dass sich mit dem gleichen Engagement, wie es Georg Fahrenschon gezeigt hat, auch sein Nachfolger für unsere Beschlüsse, für die bayerischen Sparkassen und damit, Herr Kollege Winter, nicht nur für ein paar Sparkassenvorstände, sondern auch für die Kreditversorgung des Mittelstands einsetzt und ein wichtiges Zeichen setzt; denn im Wesentlichen waren es die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken, die in der Krise, die noch gar nicht so lange her ist, den Mittelstand mit Geld versorgt und ganz wesentlich dazu beigetragen haben, dass wir die Krise so gut gemeistert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen; denn das, was momentan droht, der überteuerte Kauf der LBS und die Umwandlung der Stimmbeteiligungen in Eigenkapital, wird manche Sparkasse empfindlich treffen. Das wollen wir nicht. Wir wollen auch nicht, dass die Sparkassen die LBS geschenkt bekommen.

Deswegen haben wir klar und deutlich gesagt: Wir wollen ein Vorkaufsrecht, damit die Sparkassen die Landesbausparkasse zu dem Preis bekommen, der am Markt geboten wird, nicht mehr und nicht weniger.

Nun zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Den werden wir ablehnen, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens. Es heißt darin, dass die Verhandlungen mit der EU-Kommission weiterhin konsequent fortgesetzt werden sollen. Wir haben das Gefühl, dass sie nicht konsequent, zumindest nicht konsequent im Sinne der bayerischen Sparkassen, geführt werden.

Der letzte Satz in der Begründung lautet: "Das Staatsministerium der Finanzen wird aufgefordert, sich im EU-Verfahren dafür einzusetzen, dass dies zu einem angemessenen Kaufpreis erfolgt, " - und jetzt kommt's - "um damit die Kapitalausstattung der Bank zu stärken." Das heißt, Sie wollen ganz einseitig auf die Kapitalausstattung der Bayerischen Landesbank hinaus. Das konterkariert unsere Ziele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment noch, Herr Kollege. Freiherr zu Gumppenberg macht eine Zwischenbemerkung. - Bitte sehr.

Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Im Gegensatz zu der Anzeige auf dem Bildschirm bin ich Mitglied der FDP und bitte, das zu korrigieren. - Lieber Herr Kollege, es ist das erste Mal, dass ich in dieser Wahlperiode hier in diesem Parlament spreche. Erlauben Sie mir deswegen die Zwischenfrage: Unterstützen Sie mit Ihrem Antrag nicht die Staatswirtschaft? Sie stellen hier einen protektionistischen Antrag, der sehr pharisäerhaft ist; denn die Kreissparkassen waren an der Bayerischen Landesbank beteiligt. Ich bin, was die Bayerische Landesbank angeht, unverdächtig. Glauben Sie wirklich, dass Sie den Kreissparkassen und diesem Freistaat entgegenkommen, wenn Sie einen solchen Antrag stellen?

(Beifall bei der FDP)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, zunächst einmal fühle ich mich geehrt, dass ich der erste Adressat einer Zwischenfrage von Ihnen bin.

Ich weiß nicht, was das mit Staatswirtschaft zu tun hat. Ich habe vorhin Ihren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Hacker, und Herrn Ministerpräsident Seehofer zitiert. Wir alle haben diese Zielrichtung verfolgt. Wenn wir Sparkassen lebensfähig erhalten, hat das so meinen wir - nichts mit Staatswirtschaft zu tun, sondern damit, dass wir eine dritte Säule der Kreditfi-

nanzierung als sehr wichtig erachten. Wir wollen unsere Sparkassen im Interesse der Privatwirtschaft stärken, nicht im Interesse der Staatswirtschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich darf bekannt geben, dass die Fraktionen der CSU und der FDP für ihren nachgezogenen Dringlichkeitsantrag und die Fraktion der FREIEN WÄHLER für ihren Dringlichkeitsantrag jeweils namentliche Abstimmung beantragt haben.

Wir fahren zwischenzeitlich mit der Rednerliste fort. Der nächste Redner ist Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In der Pressekonferenz der Antragsteller am Dienstag wurde behauptet, 35 bayerische Sparkassen seien auf der Grundlage des aktuellen Verhandlungsstandes in Brüssel gefährdet. Außerdem wurde behauptet, darüber werde im Sparkassenverband gesprochen. Herr Aiwanger, wenn das zutrifft, dann sagen Sie Bayerns Bürgern, welche bayerischen Sparkassen das sein sollen, damit die betroffenen Bürger ihr Geld in Sicherheit bringen können. Oder war das nicht ernst gemeint? Meine Sparkasse, die Kreissparkasse München-Starnberg-Ebersberg, ist nicht gefährdet. Ich habe gestern extra telefonisch nachgefragt.

Herr Zellner vom Sparkassenverband hat in der letzten Januarwoche ein Interview gegeben und gesagt, dass die bayerischen Sparkassen wüssten, dass sie einen zusätzlichen Beitrag leisten müssten, und dass sie dies auch könnten. Das Beihilfeverfahren der Europäischen Union ist von elementarer Bedeutung für die BayernLB. Die Bank braucht Sicherheit, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen in Zukunft aussehen, welche Kompensationsmaßnahmen für die gewährte Beihilfe erforderlich sind und welchen Beitrag die Sparkassen leisten müssen. Die Bank muss sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren, das Bankgeschäft. Ein erfolgreiches Wirtschaften liegt im Interesse des Freistaates Bayern als Haupteigentümer.

Die wirtschaftlichen und die regulatorischen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Monaten für die BayernLB wie für alle Banken verschärft. Die Stichworte in diesem Zusammenhang heißen Staatsschuldenkrise, verschärfte EBA-Stresstests, also Stresstests der Europäischen Bankenaufsicht - und die schwierige Situation beispielsweise in Ungarn. Es handelt sich um Herausforderungen, die vom Management ebenso wenig wie von der Politik zu vertreten sind. Hier handelt es sich um Auswirkungen einer internationalen Krise. Dabei ist unklar, wie diese Entwicklung weitergeht. Diese Unwägbarkeit muss im

EU-Beihilfeverfahren berücksichtigt werden. Die BayernLB muss nach der gewährten Beihilfe vor allem stabil bleiben. Die Rückführung des Kapitals ist wichtig und auf Dauer alternativlos. Der richtige Zeitpunkt ist dabei das Allerwichtigste. Die BayernLB ist der Gegenentwurf zur Commerzbank.

Die bayerischen Sparkassen müssen - daran lässt die EU keinen Zweifel - ihren Beitrag leisten. Die Bank kann die verschärften Anforderungen der letzten Monate bestehen. Herr Pohl, die bayerischen Sparkassen verhandeln in Brüssel selber. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das wissen. Vor diesem Hintergrund ist die Behauptung, der bayerische Finanzminister würde die Forderungen nicht vernünftig durchsetzen - ich sage es mit aller Zurückhaltung - sehr ambitioniert. Sie wissen doch genau, dass er diese Verhandlung dem Sparkassenverband und seinem Präsidenten überlassen hat. Wenn Sie das nicht wissen, ist das ehrlich gesagt traurig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Zwei verhandeln besser als einer!)

Im Dringlichkeitsantrag 16/11137 der FREIEN WÄH-LER zielt Absatz 1 darauf ab, sich sofort zu einigen, ohne - so sinngemäß Absatz 2 - sich zu einigen. Das ist paradox. Die Europäische Union kritisiert die verdeckte Beihilfe an die bayerischen Sparkassen, die zu einem Wettbewerbsvorteil geführt hat. Das ist der Unterschied zu den Zitaten vom Dezember 2008, die Sie vorgelesen haben. Wegen dieses Wettbewerbsvorteils fordert die Europäische Union von den bayerischen Sparkassen eine Kompensation. Dabei bezieht sie sich auf die ursprünglich erklärte Bereitschaft der bayerischen Sparkassen, sogar bis zu 2,4 Milliarden Euro als Beitrag zu leisten. Die Europäische Union bezweifelt auf dieser Grundlage, dass die bayerischen Sparkassen dieses Geld angeblich nicht hätten.

Ich komme noch einmal auf die Pressekonferenz vom Dienstag zurück. Auf dieser Pressekonferenz wurde behauptet, 35 bayerische Sparkassen seien gefährdet. Wenn das Ihrer Meinung nach so ist, dann sagen Sie Bayerns Bürgern, welche bayerischen Sparkassen das sein sollen, damit die Leute ihr Geld in Sicherheit bringen können. Oder war das am Ende doch nicht ernst gemeint?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Klein das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt stelle ich mir die Frage, was eigentlich das Ziel dieses Dringlichkeitsantrags und der Pressekonferenz der

FREIEN WÄHLER ist. Herr Pohl hat Beiträge aus dem Jahr 2008 zitiert. Diese Worte wurden hier gesagt. Das ist keine Frage. Wir haben damals eine Kapitaleinlage von 10 Milliarden Euro und für den Schirm noch einmal 4,8 Milliarden Euro beschlossen. Dies war jedoch der damaligen Situation geschuldet und hatte nichts damit zu tun, dass wir in allen zukünftigen Situationen die Verantwortung für die Sparkassen übernehmen würden, die trotz der niedrigeren Beteiligungen immer noch Anteilseigner der Landesbank sind.

Im Übrigen ist der Anlass für die Diskussion, die wir jetzt führen und die Sie aufgeworfen haben, nicht durch die Bayerische Staatsregierung, die Bayerische Landesbank oder durch die die Bayerische Staatsregierung tragenden Fraktionen entstanden, sondern durch die EU-Kommission selbst, die die Sparkassen in einem Brief gebeten hat, über gewisse Vorgehensweisen informiert zu werden. Die Sparkassen haben daraufhin entsprechende Gespräche gestartet. Ich weiß deshalb nicht, mit welcher Intention Sie diese Thematik an den Bayerischen Landtag und die Staatsregierung herantragen. Ich glaube, die richtigen Adressaten dafür wären Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Sparkassenverband. Diese Leute sollten sich einbringen und ihre Interessen in Brüssel vertreten.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und der Freistaat Bayern verhandelt nicht?)

- Der Freistaat Bayern verhandelt in seiner Position als Anteilseigner an der Landesbank. Er verhandelt aber nicht für die bayerischen Sparkassen. Das macht der Bayerische Sparkassenverband selbst. Offensichtlich war Ihnen das nicht bewusst. Das erklärt auch, warum Sie diesen Dringlichkeitsantrag gestellt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur darum bitten, bei der Problematik der Bayerischen Landesbank, die kompliziert genug ist, zu sehen, dass es Verantwortlichkeiten der Sparkassen gibt und dass unsere Leistungen, die wir im Jahr 2008 gebracht haben, nicht klein geredet werden sollten. Auch auf der Seite der Sparkassen gibt es Verantwortlichkeiten. Diese Verantwortlichkeiten werden nicht von uns, sondern von der Europäischen Kommission in Brüssel eingefordert. Dort müssen die Gespräche geführt werden, und dort muss es zu Ergebnissen kommen. Im Übrigen ist der offizielle Verhandlungsteilnehmer bei diesem Thema die Bundesrepublik Deutschland und nicht der Freistaat Bayern. Deshalb kann ich nur empfehlen, diesen Dringlichkeitsantrag abzulehnen. Ich denke, wir haben einen

sehr vernünftigen Gegen-Dringlichkeitsantrag mit den richtigen Positionen formuliert. Ich bitte darum, die Diskussion in diesem Hause zu beenden.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt folgt Frau Kollegin Aures.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte gleich vorausschicken, dass wir den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER nicht mittragen können, weil die Staatsregierung aus unserer Sicht nicht aufgefordert werden muss, bei der EU tätig zu werden. Es ist eigentlich die Pflicht der Staatsregierung, für den Freistaat Bayern dort tätig zu sein. Zunächst einmal gehe ich davon aus, dass man das auch tut. Der Freistaat Bayern muss seine Vereinbarungen mit dem Sparkassenverband auf die Reihe kriegen. Wir haben in einer Anfrage klar danach gefragt, ob die Sparkassen mit am Verhandlungstisch sitzen. Das ist uns von Herrn Minister Söder bestätigt worden. Ich glaube also, dass die Sparkassen dort verhandeln.

Übrigens kursiert seit einem Jahr im Haushaltsausschuss ein Papier, mit dem diese Vereinbarung zwischen dem Freistaat Bayern und den Sparkassen abgehandelt werden sollte. Das ist bis heute nicht ratifiziert. Die Ratifizierung ist angehalten worden und schwebt immer noch im Raum. Deshalb muss ich deutlich machen, dass die Einräumung eines Vorkaufsrechts, wie Sie es gefordert haben, aus meiner Sicht rechtlich nicht möglich ist; denn auch das wäre eine Wettbewerbsverzerrung. Wenn sich die BayernLB von Einrichtungen trennt, dann unterliegt das auch dem Wettbewerbsverstoß und können die Sache nicht mittragen.

Wenn man der Presse Glauben schenken darf, sollen von den Sparkassen zukünftig drei Milliarden zurückfließen. Die Hälfte sollte aus der Umwandlung der stillen Einlagen kommen - das sind rund 800 Millionen -, und die andere Hälfte sollte durch den Verkauf der LBS erfolgen. Laut der Financial Times Deutschland, der FTD - so Redakteurin Meike Schreiber - hat Sparkassenpräsident Zellner am 25.01.2012 gesagt: Wir wissen, dass eine weitere nachträgliche Lastenübernahme auf uns zukommt. Ich gehe also davon aus, dass die Sparkassen sehr wohl wissen, dass sie mitbezahlen müssen und aus dieser Nummer nicht herauskommen.

Ich glaube, dass sich auch die Sparkassen in einem angemessenen Rahmen beteiligen müssen. Wir als Landtagsabgeordnete sind alle angetreten, um das Wohl des Volkes zu mehren und Schaden von ihm

abzuwenden. Dazu gehört auch, dass jene, die früher mit in der Verantwortung standen, sich auch jetzt nicht aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der SPD)

Ich denke, das kann mit Maß und Ziel geschehen.

Wir als SPD fordern nach wie vor ein tragfähiges Geschäftsmodell. Wir fordern einen klaren und detaillierten Tilgungsplan für die 10 Milliarden Euro. Der Ministerpräsident hat letztes Mal schon gesagt, dass das noch bis zum Sommer dauern wird. Deshalb möchte ich nur noch in Erinnerung rufen, dass wir jetzt schon drei Jahre und zwei Monate auf die Genehmigung der EU hoffen und warten. Irgendetwas kann da nicht stimmen, weil alle anderen Banken schon längst abgewickelt sind. Die haben ihren Stempel bekommen und wissen, wohin die Reise geht. Das fehlt hier bei uns.

Im Übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, dass eventuell der nächste Ärger von der EU ins Haus steht. Derzeit wird nämlich geprüft, ob es eine illegale Beihilfe war, dass man die Hypo Alpe Adria für einen Euro an Österreich zurückgegeben hat. Da kann also auch noch etwas auf uns zukommen.

Der Nachzieher 16/11151 der CSU und der FDP ist eigentlich ein Kracher. Die Regierungskoalition fordert sich selbst auf, dass endlich die Verhandlungen mit der EU konsequent fortgesetzt werden. Da fragt man sich schon, was das eigentlich soll. Sie erzählen uns immer, dass Sie tüchtig und fleißig seien und alles machten, und jetzt sind Sie sich nicht zu schade dafür, einen Antrag zu stellen, dass Sie selbst tätig und fleißig werden sollen und arbeiten sollen. Geben Sie sich darauf einmal selbst die Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Die Rolle der Sparkassen ist klar. Wir von der SPD und unsere Mandatsträger wissen, dass es nicht ganz ohne Folgen geht. Wir können dem Antrag der CSU und der FDP nicht zustimmen. Wir werden ihn auch nicht ablehnen, sondern wir werden uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment, wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pohl, bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie haben davon gesprochen, dass die Einräumung eines Vorkaufsrechts ein Wettbewerbsverstoß sein könnte. Wenn ein Vorkaufsrecht

eingeräumt wird, dann kann der Vorkaufsberechtigte zu dem Preis kaufen, den er mit dem bisherigen Eigentümer, mit der Landesbank, ausgehandelt hat. Das heißt also, dass die Sparkassen in den Vertrag eintreten, den der Markt geschlossen hat, also zum Marktpreis. Wo ist da der Wettbewerbsverstoß?

Inge Aures (SPD): Sie sind Mitglied der Begleitkommission und sind im Untersuchungsausschuss gewesen. Daher wissen Sie selbst, dass die EU eine ganz klare Ansage gemacht hat, wonach ein marktüblicher Preis bezahlt werden muss, wenn man sich von Teilen trennt, ob das nun die GBW, die Deutsche Kreditbank - DKB - oder die LBS ist. Der Preis muss gutachtlich belegt sein, und ein Vorkaufsrecht ist dabei nicht vorgesehen.

(Georg Winter (CSU): Es geht um eine Andienungspflicht!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will die künftige Regierungskoalition nicht gefährden. Deswegen will ich am Anfang feststellen, dass ich hier schon einigen Anträgen der FREIEN WÄHLER mit großer Begeisterung zugestimmt habe.

Nun zum Inhalt dieses Antrags: Dass wir in Deutschland einen relativ stabilen, starken Mittelstand als Motor und Basis unserer Wirtschaft haben, ist nicht zuletzt dem flächendeckenden Filialnetz der Raiffeisenbanken und Sparkassenbanken geschuldet. Wir stehen zu diesem Geschäftsmodell. Sozusagen in Klammern sage ich: Dass da Überschüsse oft nach Gutsherrenart verteilt werden, ist eine andere Frage. Grundsätzlich ist dieses Geschäftsmodell aber eine große Stärke Bayerns und Deutschlands. Diese grundsätzliche Unterstützung - ich glaube, alle Fraktionen im Landtag stimmen da zu - darf aber nicht den Blick auf die Realitäten verstellen, wie es dieser Antrag der FREIEN WÄHLER tut.

Die Sparkassen sind erstens nicht am Landesbankdesaster unschuldig. Ihre Leute saßen zu 50 % im Verwaltungsrat, haben zum Teil gepennt und zum Teil aktiv mitgemacht, als die CSU-Staatsregierung die BayernLB in ihre desaströsen Abenteuer stürzte. Das zeigt im Übrigen auch Ihr zweiter Dringlichkeitsantrag, dem wir hätten zustimmen können, der aber heute nicht mehr behandelt wird. In diesem Antrag fragen Sie zu Recht, wo denn die Durchsetzung der Schadenersatzansprüche gegen die Herren Naser, Schaidinger usw. derzeit herumsandelt.

Trotz ihrer Mitschuld hat der Landtag wegen der oben skizzierten Bedeutung der Sparkassen beschlossen, die Sparkassen so weit wie möglich von der Verantwortung für das Landesbankdesaster zu entlasten und es bei der Abschreibung von rund 1,4 Milliarden, welche die Sparkassen unstrittig hatten, zu belassen. Auch dazu stehen die GRÜNEN. Jeder aber, der sich mit der Sache mehr oder weniger intensiv befasst - eigentlich reicht schon weniger intensiv -, weiß, dass die EU von den Sparkassen im Beihilfeverfahren als ehemalige 50-%-Eigner den Kauf der LBS von der BayernLB und die Umwandlung der stillen Einlagen verlangt. Was möglicherweise bei den FREIEN WÄH-LERN aufgeschlagen hat, ist die Rhetorik des Herrn Söder, der gesagt hat: Ich verlange 1,5 Milliarden von den Sparkassen zurück. Es wäre hilfreich gewesen und hätte zur Aufklärung beigetragen, wenn Herr Söder gesagt hätte, in welcher Rolle er tatsächlich war. Er war nämlich nicht der Erfinder dessen, was da gezahlt werden muss, sondern er war bloß der Postbote. Er hat es natürlich so dargestellt, als wäre das seine Idee. Entsprechend macht er sich hier angreif-

Dass die stillen Einlagen in Eigenkapital umgewandelt werden müssen und dass der Kauf der LBS durch die Sparkassen zu erfolgen hat, wissen die FREIEN WÄHLER, das wissen wir alle, das weiß auch der Sparkassenverband, und das wissen alle Sparkassen. Sie haben es auch geschluckt. Sie wissen, dass dieses Paket vom Grundsatz her nicht verhandelbar ist.

Noch etwas hat die EU klargemacht, nämlich dass sie mit ihrer Geduld am Ende ist. Wenn die Sparkassen nicht bald zu Potte kommen - so die klare Ansage -, droht ihnen ein eigenes Beihilfeverfahren. Dann geht es nicht nur um 1,5 oder um 1,8 Milliarden Euro, sondern um die Hälfte der Landesbankstützung; dann geht es um 5 Milliarden. Dann mögen Sie mit Ihrer Vermutung, wie das auf die Sparkassen durchschlägt, recht haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, wenn die Staatsregierung und die Sparkassen das machen würden, was Sie ihnen vorschlagen, dann würde das unmittelbar zur Bedrohung der Existenz der Sparkassen führen, die Sie retten zu hoffen vorgeben.

Übersetzen wir das in Vorgänge in der Allianz-Arena: Sie schlagen dem Foul-Spieler ernsthaft vor, zum Schiedsrichter zu rennen, der schon die Rote Karte in der Hosentasche in der Hand hat, und die Entgegennahme der Gelben Karte lauthals zu verweigern. Sie wissen, was dann zwangsläufig passiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Antrag der FREI-EN WÄHLER ist nicht nur populistisch - das kommt bisweilen vor -, sondern er ist ein veritables Irrlicht. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU und der FDP)

Was den Nachzieher der CSU betrifft: Dieser ist zum Teil belanglos, zum Teil schräg. Ich nenne ein kleines Beispiel: Da steht: Die Staatsregierung soll im EU-Beihilfeverfahren weiterhin konsequent agieren. Jeder im Saal weiß, dass nicht konsequent und über lange Phasen überhaupt nicht agiert wurde. Anders ließe es sich auch nicht erklären, dass das Beihilfeverfahren das längste Verfahren ist und damit den Europarekord unter Deutschlands Banken hält. Wir halten es auch für falsch, wenn sich CSU und FDP rhetorisch mit einer mehr oder minder verklausulierten Forderung nach einem Maximalpreis für die LBS klar gegen die Interessen der Sparkassen positionieren. Deshalb werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. Ich fand aber echt klasse, dass zwei Vertreter der CSU und der FDP zu diesem Thema geredet haben, jedoch niemand seinen eigenen Antrag auch nur ansatzweise für so wertvoll und gehaltvoll hält, um wenigstens einen Satz darauf zu verschwenden, was Sie eigentlich wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie es uns nicht übel, dass wir Ihren kraftlosen Antrag ablehnen. Den von den FREIEN WÄH-LERN lehnen wir aus vollster Überzeugung auch ab. Ich hoffe, das schadet uns nicht nach der nächsten Landtagswahl.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Staatssekretär Pschierer das Wort. Bitte schön.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst, Herr Kollege Hallitzky und Frau Kollegin Aures, es fällt mir zwar nicht ganz leicht, aber ich will mich trotzdem für die durchaus differenzierte Betrachtungsweise und Argumentation in dieser Sache bedanken.

Das gilt für den Antrag der FREIEN WÄHLER leider nicht. Ich persönlich habe kein Problem mit Populismus. Er soll im politischen Tagesgeschäft vorkommen. Wenn Populismus aber neurotisch zu werden droht, wird es kritisch, meine Damen und Herren. Den Antrag kann ich nur als populistisch bezeichnen. Kollege Hallitzky hat den Begriff "Irrlicht" verwendet. Der "Fränkische Tag" hat zu Ihrem Antrag von der "Luft-

nummer der FREIEN WÄHLER" gesprochen. Dem müsste ich eigentlich nichts hinzufügen; denn der "Fränkische Tag" zählt normalerweise nicht zu den unbedingt nur der CSU geneigten Veröffentlichungsorganen.

Herr Kollege Pohl, ich habe einige Bemerkungen. Erstens. Herr des Verfahrens bei dem Beihilfeverfahren ist nicht der Bayerische Finanzminister Dr. Markus Söder oder die Bayerische Staatsregierung, sondern Herr Almunia als Europäischer Kommissar für Wettbewerb.

Zweitens. Ich weise ganz entschieden Ihre Aussage zurück, die Staatsregierung habe die Sparkassen belastet.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das wissen wir doch, haben Sie nicht zugehört!)

Es gibt keine Landesregierung in Deutschland, die bei einer Landesbank Eigentümerschaft hat und die die eigenen Sparkassen so geschont und aus der Verantwortung entlassen hat wie die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Jetzt können Sie alles wieder zurücknehmen!)

Schauen Sie sich in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern um.

Drittens. Selbstverständlich sind wir uns der Tatsache bewusst, dass die bayerischen Sparkassen gemeinsam mit den bayerischen Genossenschaftsbanken wesentliche Träger der bayerischen Mittelstandsfinanzierung waren, sind und immer bleiben werden und das insbesondere während der Krise.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Meine Damen und Herren von den FREIEN WÄH-LERN, diese Rolle haben die Sparkassen in anderen Bundesländern auch. Die baden-württembergischen Sparkassen sind ebenfalls Mittelstandsfinanzierer. Trotzdem ging man in Baden-Württemberg einen anderen Weg, den wir nicht gegangen sind,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber die haben keine CSU, die die Landesbank ruinierte!)

weil wir unsere Sparkassen schützen wollten; denn wir wissen, welche Bedeutung sie haben.

Ich weiß nicht, ob sich die geschätzte Kollegin Jutta Widmann im Plenarsaal aufhält. Frau Widmann, man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Kolle-

ge Weidenbusch hat bereits darüber gesprochen. Ich zitiere: "Das könnte 30 bis 35 Sparkassen in existenzbedrohende Probleme bringen."

(Alexander König (CSU): Das ist unverantwort-lich!)

Mit welcher Leichtfertigkeit und Unverantwortlichkeit Sie über eine der zentralen Bankensäulen im Freistaat Bavern diskutieren!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich halte das für skandalös.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es geht um den Verwaltungsrat!)

Meine Damen und Herren, wir werden nur vorankommen, wenn die Landesbank, die Sparkassen und die EU-Kommission an einem Strang ziehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Staatsregierung, nicht die Sparkassen!)

Unser erstes Ziel heißt: Wir wollen die Stabilität dieser Bank. Deshalb ist es gut und richtig, wenn man gelegentlich auf eine Bank stolz sein kann. Als Mitglieder des Parlaments sind wir Vertreter des Eigentümers. Die Bank gehört uns zu 94 %. Die Bank hat alle Stresstests bestanden. Sie hat beim letzten Stresstest besser abgeschnitten als die Deutsche Bank. Die Kernkapitalquote liegt bei 11 %. Sie ist deshalb als stabile Bank zu bezeichnen.

Als zweites Ziel wollen wir, dass das Beihilfeverfahren zügig abgeschlossen wird. Das ist der einzige Punkt, in dem ich mit den FREIEN WÄHLERN Übereinstimmung erzielen kann.

Drittens wollen wir, dass der Freistaat Bayern einen möglichst großen Anteil von dem zurückbekommt, was er eingezahlt hat. Klar ist auch, dass das ein schwieriger Transformationsprozess ist, eine kleinere und stabilere Bank zu entwickeln. Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um eines. Bei der Debatte soll nicht vergessen werden, dass die Bayerische Landesbank in den letzten Jahrzehnten einen großen Beitrag dazu geleistet hat, dass der bayerische Mittelstand weltweit präsent operieren konnte. Die hohe Exportorientiertheit des bayerischen Mittelstands war immer von der Bayerischen Landesbank begleitet. Deshalb sollte niemand diese Bank jetzt oder in Zukunft schlechtreden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun komme ich konkret zur Rolle der Sparkassen. Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER, Sie

haben mitbekommen, dass die EU-Kommission deutlich gemacht hat, sie wolle einen signifikanten Beitrag der bayerischen Sparkassen; sie wolle eine Lastenteilung.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer befeuert sie dabei?)

Die EU-Kommission hat das im Einzelnen konkretisiert. Sie will die Kapitalzuführung durch Umwandlung stiller Einlagen in Höhe von 800 Millionen Euro und den Erwerb der LBS zu einem angemessenen Kaufpreis. Ihr Antrag geht übrigens schon deshalb ins Leere, weil die EU fordert, dass der Erwerb der LBS durch die Sparkassen erfolgt. Insofern geht Ihr Antrag in die falsche Richtung.

Ich darf das unterstreichen, was Kollegin Aures deutlich gemacht hat. Sie haben es auf die Hypo Group Alpe Adria bezogen. Aber, Frau Kollegin, es gibt noch eine andere Gefahr für die Sparkassen. Im Schreiben vom 13. Dezember des letzten Jahres hat die EU-Kommission klar ein Auskunftsersuchen zur möglichen Beihilfe zugunsten der bayerischen Sparkassen gestellt. Die EU prüft, ob die Rettung der BayernLB gleichzeitig eine Beihilfe zugunsten der Sparkassen war.

Noch einmal, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Landesbank hat dem Freistaat Bayern und den bayerischen Sparkassen zu jeweils 50 % gehört. Während der Krise hat der Freistaat Bayern die Verantwortung zu 100 %, das waren unter anderem 10 Milliarden Euro, übernommen. Das wäre ein Problem für die bayerischen Sparkassen gewesen, nicht das, was Sie andeuten. Das Problem hätten die bayerischen Sparkassen bekommen, wenn wir darauf bestanden hätten, dass gemeinsame Eigentümerschaft auch gemeinsame Risikobelastung bedeutet und das gemeinsame Risiko zu teilen ist. Wir haben das nicht getan, weil wir wussten, dass die Sparkassen die fünf Milliarden Euro nicht hätten schultern können, ohne dass es zu Schwierigkeiten gekommen wäre. Ohne einen Lastenbeitrag der bayerischen Sparkassen wird es nicht gehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann stehen Sie dazu!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄH-LER, ich glaube nicht, dass die 72 Vorstände der bayerischen Sparkassen Freude mit Ihrem Antrag haben. Sie sind längst weiter. Sie wissen, dass es ohne die Beteiligung der bayerischen Sparkassen nicht geht. Deshalb bleibe ich dabei: Dieser Antrag ist und bleibt eine Luftnummer. Wir warten auf die Konkretisierung bezüglich der einzelnen Sparkassen durch Frau Widmann. Ich werde den Vorständen empfehlen, rechtliche Schritte gegen die Kollegin Widmann einzuleiten, weil es skandalös ist, zu behaupten, 30 bis 35 bayerische Sparkassen bekämen existenzbedrohende Probleme. Deshalb werden wir dem Hohen Haus empfehlen, den Antrag der FREIEN WÄHLER abzulehnen.

Wir bitten darum, dass der Antrag der CSU-Fraktion angenommen wird. Die CSU-Fraktion ist sich mit der FDP-Fraktion einig, was die wichtigen Modalitäten angeht, nämlich die Stabilität der Bank, das EU-Verfahren zügig abzuschließen und - ich sage das in aller Deutlichkeit - einen angemessenen Beitrag der Sparkassen einzufordern. Das ist nur recht und billig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zu den beiden namentlichen Abstimmungen. Soweit ich das sehe, sind die Urnen bereitgestellt. Dann kommen wir zunächst zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11137. Das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wir können die Abstimmung eröffnen. Bei der ersten Abstimmung haben Sie fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.00 bis 17.05 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich schließe die Abstimmung. Wir werden das Ergebnis außerhalb des Raumes auszählen und Ihnen so schnell wie möglich bekannt geben. Wir kommen nun, wie angekündigt, zum nächsten Dringlichkeitsantrag, über den auch namentlich abgestimmt wird. Es geht um den Dringlichkeitsantrag - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen, meine Damen und Herren: Es geht um den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11151, das ist der interfraktionelle Antrag der CSU- und der FDP-Fraktion. Ich bitte, die entsprechenden Abstimmungsurnen bereitzuhalten. Ich eröffne die Abstimmung, dieses Mal haben Sie drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.05 bis 17.08 Uhr)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, wir können dann zügig mit der nächsten Beratung weitermachen. Vielen Dank. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen auch dieses Ergebnis außerhalb des Raumes aus und geben das Ergebnis unmittelbar im Anschluss bekannt.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) GBW: Verantwortung übernehmen, mehr Transparenz herstellen! (Drs. 16/11138)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion (SPD)

Beim Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz! (Drs. 16/11152)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion (CSU),

Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumppenberg, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)

EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Wohnungen der GBW AG (Drs. 16/11153)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das erste Wort hat Frau Kollegin Kamm von den GRÜNEN. Sie ist bereits eingetroffen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Seit mittlerweile vier Jahren ist klar, dass die Bayerische Landesbank aufgefangen werden muss und dass es Probleme für die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen geben wird. Seit vier Jahren leben diese Mieterinnen und Mieter nun schon in der Sorge, was weiter passieren wird, ob sie auch weiterhin sicher in ihren Wohnungen werden bleiben können.

Wir haben verschiedene Anträge gestellt, die bislang alle abgelehnt worden sind. Wir haben beispielsweise auch einen Bericht gefordert. Dieser Antrag wurde im Plenum sogar angenommen. Das war im Januar 2010. Danach sollte die Staatsregierung berichten, wie sie die Rechte der Mieterinnen und Mieter sichern will und wie der Wohnungsbestand der GBW als wichtiger Beitrag zur Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert und nachhaltig bewirtschaftet wird. Außerdem wurde gefragt, wie der Bestand als preisgünstiger und bezahlbarer Wohnraum gesichert werden soll. Dieser Bericht ist noch nicht gegeben worden. Das halte ich für skandalös. Das erste, was wir brauchen, ist mehr Transparenz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, der Freistaat und die Kommunen sind gemeinsam verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger angemessenen Wohnraum haben, dass allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrer Einkommenssituation ein angemessener, diskriminierungsfreier Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Angemessener Wohnraum ist Grundvoraussetzung für vieles: für Arbeit, für Teilhabe am öffentlichen Leben und - last but not least - für gleiche Bildungschancen der Kinder. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht, dass es den Mieterinnen und Mietern der GBW in Bayern so ergeht, wie es den Mieterinnen und Mietern der 93.000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen erging, nachdem Schwarz-Gelb ihre Wohnungen vom Land an Privatinvestoren verkaufte. Im Jahr 2008 verkaufte nämlich die damalige schwarz-gelbe Regierung von Nordrhein-Westfalen 93.000 Wohnungen an den Whitehall-Fonds der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs. Die Folgen für die Mieterinnen und Mieter waren desaströs. Sofort wurden Verwaltungsstrukturen abgebaut, Instandhaltungen reduziert, alle Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen gestoppt und die Mieten zum Teil drastisch erhöht. Auch in Nordrhein-Westfalen gab es eine Sozialcharta; diese wurde jedoch ausgehöhlt.

Insofern reicht es nicht, Herr Söder - er ist leider nicht da -, jetzt eine Sozialcharta zu versprechen. Es muss endlich dafür gesorgt werden, dass die Wohnungen in die Hände von Menschen oder Organisationen gelangen, die in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie verantwortlich mit ihren Wohnungsbeständen umgehen, das heißt sozial verantwortlich handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

In Bayern gibt es immer weniger Sozialwohnungen; der Saldo des entsprechenden Wohnungsbestandes im Freistaat ist extrem negativ. Im vergangenen Jahr fielen 5.700 Wohnungen aus der Bindung; nur 1.580 wurden neu gebaut. Im letzten Jahrzehnt hat sich der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern um 60.000 verringert. Auch als Folge der unzureichenden Tätigkeit im sozialen Wohnungsbau ist der Freistaat verpflichtet, sich insoweit mehr zu engagieren, mehr zu tun als bisher.

Wir können nicht nachvollziehen, weshalb sich der Freistaat aus der Verantwortung stehlen will. Herr Söder hat hier behauptet, eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat sei ausgeschlossen. Wir fordern die Darlegung der angeblichen Gründe.

Wir fordern Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, auf, die Wohnungen in die

Verwaltung der Stabi zu übergeben und selbst weiterzubewirtschaften, falls die Übergabe an ein Konsortium der Kommunen nicht zustande kommt. Wir sähen es zwar als ideal an, wenn die Kommunen, die in der Vergangenheit gezeigt haben, dass sie wissen, wie man Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik macht, die Wohnungen hielten; aber wir sehen natürlich auch die Schwierigkeiten der Kommunen. Viele Kommunen verfügen nicht über eine angemessene Finanzausstattung. Da sie auch in anderen Bereichen investieren müssen, dürften sie sich schwertun, die nötigen Mittel aufzubringen. Dennoch wäre das unter den Aspekten der Zukunft der Wohnungen, der Sicherheit und der langfristigen Bewirtschaftung der beste Weg. Der Freistaat hat die Verantwortung, den Kommunen die Übernahme dieser Wohnungen zu ermöglichen.

Herr Söder hat vor zwei Wochen getönt, 1,5 Milliarden Euro seien der richtige Preis. Dann allerdings wäre die Übernahme durch die Kommunen nicht möglich; sie können die Wohnungen nur zu einem am Ertragswert orientierten Preis übernehmen, nicht aber zu einem Preis, den ein Finanzinvestor zahlt, der von langfristiger Wohnungsbewirtschaftung nicht viel Ahnung hat und bloß an kurzfristiger Verwertung interessiert ist.

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass künftig kein Wahlkampf auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter gemacht wird. Der Freistaat und die Kommunen gemeinsam sollen sich der GBW-Wohnungen annehmen. Es ist richtig, dass zuvörderst der Freistaat gefordert ist, sowohl die GBW-Wohnungen als auch die Rechte der Mieterinnen und Mieter zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Label "Sozialstandards" allein ist das nicht zu erreichen. Deswegen fordern wir Sie auf: Stellen Sie Transparenz her! Übernehmen Sie Verantwortung für die GBW-Mieterinnen und -mieter! Tragen Sie Sorge dafür, dass sie nicht für Fehler zahlen müssen, die ganz andere bei der Landesbank gemacht haben! Wirken Sie auf die GBW ein, damit die derzeitigen enormen Mieterhöhungen, die nicht durch die Modernisierung gerechtfertigt sind, gestoppt werden! Sichern Sie die Sozialcharta durch konkrete Zusatzverträge ab! Unterbreiten Sie den Kommunen ein Angebot, das sie tatsächlich annehmen können! Machen Sie keinen Wahlkampf auf Kosten der Mieterinnen und Mieter!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Als nächsten Redner darf ich Harald

Güller von der SPD-Fraktion an das Mikrofon bitten. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein ausgesprochenes Ärgernis, dass wir uns heute schon wieder mit dem Thema GBW-Wohnungen beschäftigen müssen. Seit zweieinhalb Jahren krümmt niemand in der Bayerischen Staatsregierung einen Finger für den Schutz der 33.000 Wohnungen und der 85.000 Mieterinnen und Mieter.

(Beifall bei der SPD)

Es sind die Mieterinnen und Mieter der GBW AG, die das Landesbankdesaster, das ja wohl eindeutig auch von Mitgliedern der CSU-Staatsregierung angerichtet worden ist, jetzt ausbaden sollen. Es wäre ein Leichtes für Sie gewesen, über die Bayerische Landesbank darauf hinzuwirken, dass den Mietern 33.000 Wohnungen Zusatzmietverträge angeboten werden, die Luxussanierungen, hohe Mietsteigerungen und einen Verkauf ausschließen sowie Mieterinnen und Mietern, die zum Beispiel das 65. Lebensjahr vollendet haben, ein lebenslanges Mietrecht einräumen. All das wäre ohne Probleme möglich gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Der Fortschritt in der Bayerischen Staatsregierung bewegt sich als Schnecke. Herr Fahrenschon hatte es an dieser Stelle noch abgelehnt, überhaupt tätig zu werden. Zwischenzeitlich sagt Herr Söder, wir könnten doch die Sozialcharta der GBW AG zugrunde legen. Dazu stelle ich fest: Eine Sozialcharta, auch wenn Richtiges drinsteht, ist nur ein Stück Papier, für das sich keine Mieterin und kein Mieter vor irgendeinem Gericht in Deutschland etwas kaufen kann. Effektiver Schutz ist nur dann möglich, wenn tatsächlich die Mietverträge geändert werden.

Im Haushaltausschuss hat Frau Görlitz geradezu niedlich behauptet: "Kauf bricht nicht Miete!" Frau Görlitz und liebe CSU-Kolleginnen und -Kollegen, ich glaube, Sie sind nicht richtig informiert, was es bedeutet, wenn ein neuer Eigentümer eine Sanierung vornimmt, wenn er verkauft, wenn es Eigenbedarfskündigungen gibt. Da hilft es überhaupt nicht, sich auf einen Mietvertrag zu berufen, der heute leider ohne Zusatzvereinbarung besteht.

Deshalb geht es jetzt auch um die Frage: Wer ist dafür verantwortlich, wenn die GBW aus dem Bestand der BayernLB verkauft werden muss? Wer muss da kaufen? Wir sind eindeutig der Auffassung, dass der, der den Karren in den Dreck gefahren hat, ihn auch herausziehen muss.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Freistaat Bayern, das ist die CSU-Staatsregierung. Sie müssen bereit sein, auf einem rechtlich zulässigen Weg die GBW-Wohnungen in den Bestand des Freistaats zu übernehmen.

Hierfür gibt es drei Möglichkeiten: entweder ein Kauf oder eine Naturalübernahme der Wohnungen zum Beispiel in die Immobilien Freistaat Bayern oder eine Stiftungslösung. Wir sind für alle drei Lösungen offen. Noch gestern haben wir zur rechtlichen Prüfung eine Anfrage an das Finanzministerium gerichtet.

Wir sind eindeutig der Auffassung, dass nicht die Kommunen an vorderster Front dafür zuständig sind, den von Ihnen in den Dreck gefahrenen Karren flottzumachen. Sie nehmen die bayerischen Kommunen in Geiselhaft dafür, was Sie bei der Bayerischen Landesbank verbockt haben. Das darf so nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Es ehrt die Kommunen, dass sie jetzt bereit sind, mit Ihnen zu verhandeln. Die Kommunen sind die drittbeste Lösung. Die erstbeste Lösung ist: kein Verkauf. Die zweitbeste Lösung ist die Übernahme in den Freistaat Bayern. Die drittbeste Lösung ist die Übernahme durch die Kommunen.

Wenn es aber einen Verkauf an die Kommunen geben sollte, muss eines klar sein: Der Wert der Wohnungen muss danach bestimmt werden, dass es einen Mieterschutz gibt. Daher können sie nicht so hoch eingeschätzt werden; denn sie dürfen zum Beispiel nicht luxussaniert werden.

Klar muss auch dies sein: Die Kommunen zahlen dafür leider einen hohen Preis. Das Geld, das sie dafür ausgeben, fehlt ihnen für andere - z. B. soziale - Belange, etwa für die Familienpolitik vor Ort. Wenn es kommunale Wohnungsbaugesellschaften sind, welche die Wohnungen kaufen, dann fehlt ihnen dieses Geld für den Bau neuer Wohnungen an anderer Stelle. Es fehlt ihnen für energetische Sanierungen anderer Wohngebäude. Und es fehlt ihnen zum Beispiel auch für Modernisierungen im Sinne eines barrierefreien Zugangs der Wohnungen.

Da der Freistaat damit indirekt daran schuld ist, dass andere Mieter keine Verbesserungen im Rahmen ihrer Mietverhältnisse bekommen, fordern wir Sie auf, uns darzulegen, wie Sie andere Programme zur energetischen Sanierung oder zur Modernisierung im kommunalen Wohnungsbau in den kommenden Jahren zu fördern gedenken, bis wir in den Jahren 2013/14 zuständig sind.

Der Antrag der CSU schließt einen Kauf durch den Freistaat Bayern und jede Übernahme der Wohnun-

gen durch den Freistaat kategorisch aus. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen.

Dem Antrag der GRÜNEN, der hauptsächlich ein Berichtsantrag ist, der richtigerweise aber den vertraglichen Mieterschutz in den Mittelpunkt stellt, werden wir selbstverständlich zustimmen.

Wenn Sie nicht bereits sechs Anträge von uns zu diesem Thema abgelehnt hätten, hätten wir uns diese Debatte heute sparen können, und der Bayerische Mieterbund, die Mietervereine in München, Augsburg und Nürnberg könnten sich ihre sorgenvollen Briefe ebenfalls sparen. Sie haben bisher nicht gehandelt. Nehmen Sie diese letzte Chance zu handeln für die Mieterinnen und Mieter in Bayern wahr. 85.000 Menschen in Bayern dürfen nicht darunter leiden, dass Sie bei der Bayerischen Landesbank eine verfehlte Politik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich gebe jetzt die Ergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen bekannt, die wir eben durchgeführt haben.

Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Pohl und Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "EU-Beihilfeverfahren/BayernLB", Drucksache 16/11137, haben 18 Abgeordnete mit Ja, 120 mit Nein gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Bei dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Dodell, Winter und Fraktion (CSU) sowie der Abgeordneten Klein, Freiherr von Gumppenberg, Rohde und Fraktion (FDP) betreffend "EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Beteiligung der bayerischen Sparkassen", Drucksache 16/11151, haben 72 Abgeordnete mit Ja, 35 mit Nein gestimmt. Es gab 30 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Diese Übung können wir jetzt fortsetzen; denn zu allen drei vorliegenden Anträgen sind mittlerweile namentliche Abstimmungen beantragt worden. Das betrifft die Anträge auf den Drucksachen 16/11138, 11152 und 11153. Über diese wird also nach der Debatte namentlich abgestimmt.

Jetzt fahren wir in den Wortmeldungen fort. Herr Kollege Weidenbusch, Sie haben das Wort für die CSU-Fraktion.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Schutz der Mieter vor Spekulanten ist extrem wichtig. Für die BayernLB ist der Verkauf der Beteiligung an der GBW AG im Rahmen der Konzentration auf das Kerngeschäft notwendig. Der Verkauf der GBW AG mit ihren über 30.000 Wohnungen an ein Konsortium der betroffenen Kommunen wäre nicht eine gute, auch nicht die bessere Lösung, er wäre die mit Abstand beste Lösung.

Dabei darf die BayernLB die GBW AG nicht unter Wert verkaufen. Die Europäische Union - Generaldirektion Wettbewerb - fordert einen Verkauf zu einem angemessenen Preis. Nur unter diesen Voraussetzungen kann gegebenenfalls auf ein Bieterverfahren verzichtet werden. Diese Vorgabe aus Brüssel macht es nicht einfacher.

Wichtiger ist deshalb, dass die Gespräche mit den Kommunen fortgesetzt werden, damit ein abgestimmter und vermittelbarer Vorschlag in Brüssel unterbreitet wird und es gelingen kann, ein Bieterverfahren zu vermeiden. Der beste Schutz für die Mieter ist gegeben, wenn Eigentümer der GBW AG und damit der Wohnungen ein Konsortium derjenigen Kommunen wird, in denen die Wohnungen liegen. Die BayernLB sollte diesem Konsortium ein faires Finanzierungsangebot für den Kaufpreis machen. Es handelt sich um eine Kaufpreisfinanzierung, also schließlich um das Kerngeschäft der BayernLB. Wer hätte denn eine bessere Bonität vorzuweisen als die bayerischen Kommunen!

Der Antrag der GRÜNEN ist wohl eher aus der sozialpolitischen Sicht formuliert. Das verstehe ich auch. Man macht sich Sorgen um die Mieter, fordert aber auch, bestimmte Bieter auszuschließen, Zusatzverträge abzuschließen und auf Werte zu verzichten. Das alles sind Maßnahmen zulasten der Unternehmen, zulasten der BayernLB und der GBW AG.

Das führt tatsächlich dazu, dass es zu einer Wertminderung kommt. Das Defizit nimmt dann zu. Das Geld fehlt Bayerns Bürgern dann an anderer Stelle. Insofern ist dieses Verfahren nicht zulässig. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Ich sage aber noch einmal: Aus meiner Sicht ist es richtig, an die Kommunen als Konsortium zu verkaufen und mit der BayernLB den Kaufpreis zu hundert Prozent zu finanzieren.

An dieser Stelle verkennt der Antrag der SPD-Fraktion meines Erachtens den Grundsatz der Subsidiarität. Es ist eigentlich nicht unsere Aufgabe im Landtag, darüber zu diskutieren - das wäre doch, wenn man Ihren Vorschlag zu Ende denkt, das Ergebnis -, welche Entwicklungen in Aschaffenburg, München, Passau oder

Kempten notwendig sind. Das wissen doch die Gemeinderäte, die Stadträte und die Marktgemeinderäte vor Ort sehr viel besser. Genau deshalb gibt es doch die vielen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

Wenn das alles kostenneutral gemacht wird, weil der Kaufpreis nämlich nicht aus eigener Kraft finanziert werden muss, sondern durch die BayernLB fremdfinanziert wird, dann findet natürlich keine Belastung der Haushalte statt. Dann haben die Kommunen genügend Geld, um die Maßnahmen, die Sie genannt haben, weiterhin durchzuführen. Das bedeutet natürlich, dass München dann ein Wohnungsbauprogramm machen kann. Wir werden sehr genau schauen, ob es wirklich gemacht wird. Bisher ist das ja eher nur angekündigt.

Ich muss schon sagen: Die SPD lässt hier jemanden sprechen, der sagt, es gehe ihm gar nicht darum, möglichst oft zu dem Thema zu reden, und er bedaure direkt, dass er hier dazu ständig reden müsse. Ich persönlich habe das Gefühl, dass es eigentlich nur darum geht, die betroffenen Mieter zu verunsichern und zu verhetzen,

(Beifall bei der CSU)

anstatt endlich einmal dazu beizutragen - -

(Dr. Paul Wengert (SPD): Es ist eine üble Unterstellung, dass wir Mieter verunsichern wollen!)

- Herr Wengert, Lautstärke ersetzt intellektuelle Kraft nicht. Das gibt es schon seit 2000 Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Kollege?

Ernst Weidenbusch (CSU): Selbstverständlich. Frau Kamm hat ja einen richtigen Ansatz.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte sehr, Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gesagt, unser Antrag enthalte die Aufforderung zu einem Verkauf zulasten der Landesbank. Das kann ich darin nicht erkennen. Letztendlich muss hinterher die Rechnung stimmen. Wenn Sie als Kommune sagen, Sie finanzieren den Kauf zu 100 %, dann müssen Sie natürlich auch 100 % Zins und Tilgung erwirtschaften, gleichzeitig eine gewisse Instandhaltung leisten und auch eine gewisse Modernisierung stemmen können, und das Ganze muss sich dann zum Mietpreis rechnen. Das muss berücksichtigt werden. Meiner Meinung nach ist das bei dem Preis

von 1,5 Milliarden Euro, den Herr Söder in den letzten Wochen den Medien immer wieder genannt hat, keineswegs der Fall.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte sehr, Herr Kollege, Sie haben das Wort zur Erwiderung.

Ernst Weidenbusch (CSU): Ihre Auffassung darüber, wie man das machen muss, teile ich, und die genaue Festlegung des Kaufpreises wird immer die Sache von Experten sein, die ausrechnen können, ob sich das amortisiert. Das ist weder unsere Aufgabe noch glaube ich, dass wir dazu in der Lage sind. Aber ansonsten haben Sie recht.

(Zuruf von der SPD: Aber mit Ihrem Modell steigen die Mieten dramatisch!)

Damit bin ich auch am Ende meiner Rede angelangt. Ich denke, der gemeinsame Antrag von CSU und FDP bringt alles zum Ausdruck, was passieren muss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch kurz am Redepult; denn jetzt erhält Herr Kollege Güller das Wort zu einer Zwischenbemerkung. - Bitte sehr, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Zunächst darf ich noch einmal feststellen: Die Mietverhältnisse der 85.000 Mieterinnen und Mieter sind durch das Desaster der Bayerischen Landesbank unsicher geworden. Ich wüsste nicht, dass dafür die SPD verantwortlich ist, sondern glaube eher, dass Ihre Partei dafür zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sind nicht wir diejenigen, die die Mieterinnen und Mieter verunsichern. Wir kümmern uns vielmehr um die Mieterinteressen

(Zuruf von der CSU: Null!)

genauso wie der Mieterbund Bayern und die Mietervereine, die hier auf einer Linie mit uns liegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber nun zu einer Frage. Eines verstehe ich nicht, Herr Weidenbusch. Sie sagen, Sie müssten sowohl den Antrag der GRÜNEN als auch unseren Antrag ablehnen, in denen fast wörtlich das Gleiche darin stehe, da es sei nicht zulässig sei, den Kaufpreis dadurch zu mindern, dass Zusatzmietverträge abgeschlossen werden. Sie sagen gleichzeitig, dass Sie sich an die Sozialcharta der GBW halten wollen. Die Sozialcharta der GBW enthält aber jetzt schon, zu-

mindest auf dem Papier, die Forderungen, die wir erheben. Es ist also schlicht und einfach - - Würde ich es unparlamentarisch sagen, würde ich "Blödsinn" sagen. Das darf man hier nicht sagen. Deshalb sage ich: Ihre Argumentation ist nicht ganz konsistent.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Weidenbusch zur Erwiderung, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Güller, bereits Ihre Feststellung, dass die Mietverhältnisse unsicherer geworden seien, ist falsch. Das heißt, Sie gehen schon von einer grundsätzlich falschen Voraussetzung aus. In Oberbayern sagt man: Da fehlt's vom Boa weg. Dass Sie dann in der Folge zu einem falschen Schluss kommen, was die Bewertung dieser Verträge betrifft, ist in sich nur logisch, macht es aber nicht besser. Insofern sind Sie zwar konsistent, aber es nützt Ihnen nichts, weil es woanders fehlt. - Danke schön.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen liegen mir nicht vor. Somit hat Herr Kollege Klein für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte sehr.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ausgangspunkt dafür, dass wir über den möglichen Verkauf der GBW reden, ist das EU-Beihilfeverfahren und sind damit einhergehende Forderungen nach einer Schrumpfung der Bayerischen Landesbank. Keinesfalls jedoch, Herr Kollege Güller, ist damit eine Verunsicherung und eine Verschlechterung der Mietverhältnisse der Mieter von GBW-Wohnungen in Verbindung zu bringen; denn die Mietverhältnisse der Mieterinnen und Mieter mit der GBW AG sind natürlich von diesen Überlegungen in erster Linie überhaupt nicht betroffen.

Besonders putzig fand ich die Aufforderung der Kollegin der GRÜNEN, Frau Kamm, dass wir doch bitte dieses Thema nicht zu Wahlkampfzwecken missbrauchen sollten. Es ist geradezu aberwitzig, dass Sie sich wirklich trauen, an dieses Podium zu gehen und eine solche Forderung aufzustellen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich habe in den letzten Monaten nur erlebt, dass dieses Thema von SPD und GRÜNEN missbraucht wurde. Von den Kommunalparlamenten bis hier in den Bayerischen Landtag wurde es immer wieder aufgegriffen, um damit Schlagzeilen zu produzieren. Ob es Ihnen, Herr Kollege Güller, wirklich darum geht, die

Interessen der Mieterinnen und Mieter zu vertreten, wage ich von dieser Stelle aus in Zweifel zu ziehen. Ich werde Ihnen auch gleich ein paar Gründe nennen.

Ihr Antrag ist schon deshalb obsolet, weil der Finanzminister klipp und klar zum Ausdruck gebracht hat, dass er dem Konsortium ein Exklusiv-Verhandlungsangebot macht. Das begrüßen wir auch. Es steht auch in unserem Antrag, dass wir die Gründung und die Verhandlungen mit diesem kommunalen Bieterkonsortium begrüßen. Wir schließen allerdings eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat Bayern aus.

An dieser Stelle möchte ich auch einmal an die Grundsätze erinnern, die wir uns gegeben haben. Die von Ihnen geforderte Übernahme durch den Freistaat hätte zur Folge, dass wir im Anschluss entweder die Anteile im Gesamtpaket dahin gehend überprüfen müssten, ob überhaupt ein Staatsinteresse vorliegt, und wenn es nicht vorliegt, diese Anteile wieder durch ein Bieterverfahren verkaufen müssten - damit wäre in dem Sinne, wie Sie dies möchten, überhaupt nichts gewonnen - oder dass wir diese Entscheidung nach den Regeln unserer Haushaltsordnung und nach den Gesetzen, die wir uns momentan geben, hinsichtlich der einzelnen Wohnungen treffen müssten.

Diese Forderung der Anteilsübernahme durch den Freistaat ist also nicht nur ordnungspolitisch total daneben - das kann, wie gesagt, nur einem Sozialdemokraten einfallen -, sie ist auch noch inhaltswidersprüchlich zu unseren Regeln.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Karsten Klein (FDP): Nein, jetzt nicht. Am Schluss meiner Rede gern.

Außerdem gibt es - es hat mich doch erfreut, dass das vonseiten der SPD einmal anerkannt wird - soziale Leitlinien bei der GBW, die auch Geltung haben und die im Übrigen erst einmal ihre Gültigkeit behielten, wenn die Anteile vom Freistaat bzw. von der Landesbank verkauft würden.

(Harald Güller (SPD): Diese Leitlinien können jederzeit geändert werden!)

Diese Leitlinien - das ist unsere Aussage - werden selbstverständlich dann auch in dieser Sozialcharta ihren Widerhall finden.

Frau Kamm, wir schließen natürlich nicht aus, dass wir aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen lernen. Vielleicht könnten Sie die Expertise, die Sie hierzu jetzt gesammelt haben, auch dem Finanzministerium zukommen lassen.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Warum sperren Sie sich gegen vertragliche Regelungen?)

Aber, Herr Güller, wir müssen uns doch heute nicht mit dem Thema auseinandersetzen, weil es einen Zwang gibt, es auf die Tagesordnung zu setzen, sondern weil der SPD-Landesvorstand am letzten Wochenende einen Beschluss zu diesem Thema gefasst hat. Das ist deshalb so interessant, weil er in diesem Beschluss vermerkt, dass man eigentlich der Meinung sei, dass die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und die Kommunen einen solchen Kauf überhaupt nicht schultern können.

(Harald Güller (SPD): Wo steht das drin?)

- Ich lese Ihnen gleich die Stelle aus Ihrem Beschluss vor. Sie werden sich noch sehr wundern, was ich aus diesem Beschluss alles vorlesen werde. - Da ist es doch besonders verwunderlich, dass sich Ihre Oberbürgermeister ins Finanzministerium setzten, Verhandlungen führten, und Herr Maly am Montag über die Presse mitteilte, dass diese Verhandlungen fortgesetzt würden.

(Harald Güller (SPD): Selbstverständlich!)

Sie aber am Wochenende bezweifeln, dass das überhaupt sinnvoll ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist keine ehrliche Politik. Schlagzeilen produziert man damit, aber keine politischen Tatsachen.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Das ist doch Quatsch!)

- Sie sagen, das sei Quatsch. Ich möchte einmal aus diesem Beschluss und aus Ihrer Veröffentlichung im Internet zitieren, damit man sieht, wie sehr hier Sachlichkeit geboten ist. Da ist von einem Debakel, von Ausbaden, von Notverkauf, von In-die-Bresche-Springen, von einem massiven Beschneiden, von Ausbluten die Rede.

(Harald Güller (SPD): Das ist alles richtig! Jeder dieser Ausdrücke ist richtig!)

Dann wird noch auf die Tränendrüse gedrückt und gesagt, dass die Kommunen aufgrund dieser Aktion nicht mehr in der Lage seien, ihre Aufgaben bei der Kinderbetreuung wahrzunehmen, dass sie der Sanierung im Hinblick auf einen senioren-, kinder- und be-

hindertengerechten Ausbau nicht nachkommen könnten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum schüren Sie bei den Mieterinnen und Mietern und bei der Bevölkerung Ängste, anstatt sich hier einer sachlichen Debatte zu stellen?

(Beifall bei der FDP und der CSU - Harald Güller (SPD): Weil inhaltlich richtig ist, was in dem Beschluss steht!)

Dann schreiben Sie, uns ginge es nur um Gewinnmaximierung. Auch das steht in Ihrem Beschluss. Noch einmal: Es gibt ein Angebot des Finanzministers, exklusiv mit dem Konsortium zu verhandeln. Sieht das nach Gewinnmaximierung aus?

(Harald Güller (SPD): Zu welchem Preis?)

- Es ist völlig klar, dass wir zum Marktpreis verkaufen. Das verlangt die EU-Kommission. Das ist nicht allein eine Idee der Bayerischen Staatsregierung, sondern auch die EU-Kommission erwartet das. Deswegen ist es völlig falsch, uns vorzuwerfen, dass wir allein an Gewinnmaximierung interessiert wären.

Lieber Kollege Güller, ich muss wegen der Begriffe, mit denen Sie hantieren, bei diesem Thema schon sehr Ihre Ernsthaftigkeit infrage stellen. Deshalb werden wir Ihre beiden Anträge ablehnen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Kamm. Bitte schön.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Klein, Sie haben gesagt, wenn der Freistaat die GBW übernehmen würde, müsste man anschließend prüfen, ob das eine Aufgabe des Freistaats wäre. Mich wundert schon sehr, dass das bis jetzt Ihrerseits noch nicht geprüft worden ist.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kollegin Kamm, wir sind seit 2008 Mitglied der Bayerischen Staatsregierung. Seit 2008 haben wir bei der Bayerischen Landesbank eine Rettungsaktion durchgeführt. Im Zuge dieser Aktion gibt es ein EU-Beihilfeverfahren, in dessen Zuge jetzt diese Überprüfung stattfindet. Ich glaube nicht, dass sich die FDP-Fraktion hier irgendetwas vorzuwerfen hat.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir kommen nun zum nächsten Redner. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER darf ich Professor Dr. Bauer nach vorne bitten. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄH-LER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie ein roter Faden zieht sich heute wieder das Thema Landesbank durch die Sitzung. Wenn man das einmal ganz nüchtern betrachtet, sollte Ihnen das zu denken geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Seien Sie doch ehrlich. Das kommt nicht von ungefähr.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das kommt von Ihnen, nicht von ungefähr!)

Das ist kein Herbeireden. Aber es ist einfach ein Problem, und über dieses Problem muss man reden können.

Herr Weidenbusch, ich habe vorhin schlaue Worte von Herrn Söder gehört: Die Lautstärke ersetzt nicht den Intellekt. - Ich möchte das nicht zurückgeben, weil das nicht mein Stil ist. Aber ich bitte Sie, einmal in sich zu gehen und ehrlich über die Probleme und auch über das Verdecken nachzudenken, das hier dauernd im Zusammenhang mit der Landesbank passiert. Das ist doch das Thema.

Herr Klein, Sie haben nicht zu dem Abschlussbericht Stellung genommen, aber es ist auch vorbei. Ich glaube aber, bei dem Landesbank-Untersuchungsausschuss hätte durchaus etwas anderes herauskommen können.

Meine Damen und Herren, die negativen Konsequenzen im Sozialbereich, die sozialpolitisch negativen Folgen des Landesbank-Debakels beschäftigen uns heute. Darüber sollten wir sehr ernsthaft reden. Wir sollten die richtigen Konsequenzen ziehen und die Menschen mitnehmen, die davon betroffen sind.

Bei den FREIEN WÄHLERN heißt die Devise ganz klar: Die finanziellen Probleme der Landesbank dürfen nicht auf dem Rücken sozial schwacher Menschen ausgetragen werden. Das ist unsere ganz klare Stellung hierzu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die GBW befindet sich zu 92 % im Eigentum der Bayerischen Landesbank; das alles wissen wir. Ihr gehö-

ren rund 33.000 Wohnungen, von denen über 80.000 Menschen betroffen sind.

Örtlicher Schwerpunkt der Wohnungen ist München. Aber auch Nürnberg, Erlangen, Regensburg und andere bayerische Städte sind davon betroffen. Dort ist die Mietsituation besonders problematisch. Deshalb kommt dem sozialen Wohnungsbau eine besondere Bedeutung zu. Die Menschen sind in besonderem Maße auf kostengünstigen Wohnraum angewiesen.

Bei einem möglichen Verkauf der GBW-Wohnungen müssen deshalb auch soziale Gesichtspunkte ausreichend berücksichtigt werden; denn betroffen sind in diesem Fall vornehmlich Familien mit Kindern, ältere Menschen und sozial Schwache. Gerade der prekäre Wohnungsmarkt in den Ballungsräumen erfordert es, dass soziale Wohnungen beibehalten werden müssen.

Deshalb wäre nach der Vorstellung der Fraktion der FREIEN WÄHLER eine Stiftungslösung - diese ist noch überhaupt nicht angesprochen worden - zu thematisieren. Ich möchte an dieser Stelle für die Fraktion der FREIEN WÄHLER vorschlagen, dass wir ernsthaft über eine Stiftungslösung diskutieren.

(Harald Güller (SPD): Das ist meine Meinung! Darum habe ich das vorhin schon in meiner Rede gesagt!)

Meine Damen und Herren, Ziel muss es sein, unverhältnismäßige Mieterhöhungen für die betroffenen Mieter zu vermeiden und das bisherige Mietniveau beizubehalten bzw. sozialverträglich anzupassen. Der soziale Wohnungsmarkt in Bayern, insbesondere in den Ballungsgebieten, muss auch in der Landeshauptstadt München kostengünstigen Wohnraum für GBW-Bewohner und -mieter ausweisen. Hier sind sie darauf angewiesen.

Eines dürfen wir nicht vergessen, meine Damen und Herren; denn Wohnen ist ein existenzielles Grundrecht: Eine Wohnung stellt die Voraussetzung für jede soziale Teilhabe dar. Das steht in der Bayerischen Verfassung. Ich möchte gerne den Artikel 106 der Bayerischen Verfassung zitieren. Er lautet: "Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung."

Ich denke, da können wir uns in Ruhe und im stillen Kämmerlein einmal selber an die Nase fassen und darüber nachdenken.

Zusammenfassend gesagt: Wir werden dem Dringlichkeitsantrag 16/11138 der Fraktion der GRÜNEN zustimmen, auch wenn einige Punkte noch schärfer formuliert werden müssten, bzw. wir hätten es anders formuliert. Zu dem Antrag 16/11152 der SPD-Fraktion ist zu sagen, dass er sehr umfangreich, sehr detailliert und äußerst bürokratisch ist. Hierzu wird sich unsere Fraktion enthalten.

Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag 16/11153 der Fraktionen der CSU und der FDP ist sachlich falsch. Bernhard Pohl hat schon in einem anderen Zusammenhang Zitate gebracht und Sie darüber aufgeklärt und das dargelegt. Der nachgezogene Dringlichkeitsantrag ist ein Feigenblatt für die CSU und für die verfehlte Politik der Bayerischen Landesbank. Deshalb lehnen die FREIEN WÄHLER den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Es kommt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Weidenbusch. Bitte, Herr Kollege Weidenbusch. Die Antwort folgt dann auf dem Fuße.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege, wenn 33.000 Wohnungen 1,5 Milliarden Euro kosten sollen, dann ist das ein Durchschnittspreis von 45.400 Euro pro Wohnung. Das bedeutet bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 18 Jahren beim Ertragswertverfahren einen durchschnittlichen monatlichen Mietpreis von 200 Euro.

Erstens. Glauben Sie, dass das Finanzministerium bei dieser Berechnung ernsthaft irgendjemanden über den Tisch gezogen hat? Oder finden Sie nicht auch, dass ein Durchschnittspreis von circa 45.000 Euro für 33.000 Wohnungen für eine ganze Wohnung durchaus sozial verträglich ist?

Zweitens. Könnten Sie mir einmal irgendein Beispiel dafür nennen, dass auch nur ein Mieter der GBW AG - dann bitte mit Namen und Wohnbereich - tatsächlich in Schwierigkeiten ist? Oder müssen Sie nicht einräumen, dass wir hier eine Geisterdiskussion führen, weil Sie nur von Mietern sprechen, die vielleicht in Schwierigkeiten kommen könnten? Sie tun das schon seit drei Jahren, haben aber noch keinen einzigen Fall.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Bitte schön, Herr Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄH-LER): Ich denke, wir haben bei den anderen Anträgen, die zu diesem Thema noch aufgerufen werden ich hoffe es zumindest -, genügend Gelegenheit, diese Fragen ausführlich zu beantworten.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. - Weitere Zwischenbemerkungen liegen

mir nicht vor. Damit kommen wir zum nächsten und letzten Redner. Der Herr Staatssekretär ist noch ins Gespräch vertieft, kommt aber schon zum Pult und hat das Wort. Herr Kollege Pschierer, bitte schön.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ob wir jemals Kollegen werden, vermag ich heute noch nicht zu beurteilen. Landtagskollegen sind wir, Kabinettskollegen noch nicht.

Herr Kollege Güller, zunächst zu Ihnen: Ganz so schlimm wird es schon nicht kommen, was die Zuständigkeit für die Regierungsgeschäfte im Freistaat Bayern angeht. Ich vertraue da einfach auf die kollektive Weisheit des bayerischen Wählers; denn er weiß schon, dass es dort, wo die SPD zuständig ist, in der Regel mehr Arbeitslose, mehr Schulden und mehr Kriminalität gibt. Insofern bin ich der Meinung, dass Ihnen die Zuständigkeit für dieses Land wohl nicht übertragen wird.

Zweiter Punkt. Herr Kollege Güller, jetzt müssen Sie ein bisschen was aushalten. Wer in der Sache überhaupt keinen Finger rührt, das ist Ihr Münchner Oberbürgermeister.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn er nämlich möchte - und das betrifft einen Großteil der Wohnungen -, dann würde er seiner Verantwortung gerecht werden. Dann wäre er schon längst auf uns zugekommen und hätte gesagt: Ja, ich habe Interesse am Erwerb dieser Wohnungen. Sie sollten es sich also nicht so einfach machen.

Noch eine Anmerkung zum Kollegen Weidenbusch. Herr Kollege Weidenbusch, ich zitiere Sie gerne und korrigiere Sie nur ungern. Wenn Sie aber künftig Ortsbezeichnungen im Zusammenhang mit der GBW verwenden, dann sollten Sie zur besseren Orientierung des Münchner Oberbürgermeisters immer den Regierungsbezirk dazusagen. Also: Aschaffenburg - Klammer auf "Unterfranken" Klammer zu.

(Beifall bei der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Euch gehen die Argumente aus! - Harald Güller (SPD): Jetzt zum Inhalt! Warum lassen Sie die Mieter im Regen stehen?)

- Jetzt, Herr Kollege, zum Inhalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die GBW war, ist und wird auch weiter ein fairer und verlässlicher Partner sein. Herr Güller, Sie können den Leuten erzählen, was Sie wollen. Was Sie machen, ist Angst schüren, sonst gar nichts.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns der Verantwortung für die 85.000 Mieterinnen und Mieter bewusst, aber wir brauchen tragfähige Lösungen, die mit nationalem Recht vereinbar und auch mit EU-Recht vereinbar sind. Sie wissen so gut wie ich, dass die EU-Kommission eine Reduzierung der Bilanzsumme der BayernLB fordert. Zu dieser Reduzierung gehört eben auch eine massive Verkleinerung. Deshalb ist die Trennung von der GBW erforderlich.

Ich will kurz auf einige Aspekte des Antrags der GRÜ-NEN eingehen. Frau Kollegin Kamm, eine Entscheidung der EU-Kommission, ob und wann sich die BayernLB von der GBW trennen muss, liegt noch nicht vor. Es haben auch - darauf lege ich ganz besonderen Wert - keine Verkaufsgespräche der BayernLB mit etwaigen Investoren stattgefunden. Welche konkreten Vorgaben wir von der EU-Kommission erhalten werden, steht somit noch nicht fest. Wir haben aber der EU-Kommission signalisiert - das sollte Konsens in diesem Hohen Hause sein -, dass die BayernLB derzeit einen Verkauf an ein kommunales Konsortium auf der Grundlage eines Wertgutachtens anstrebt. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass die Kommission auf ein marktgerechtes Verkaufsverfahren Wert legt. Deshalb müssen wir bei den Gesprächen mit den Kommunen auch auf einem Wertgutachten bestehen.

Ich darf Ihnen aber eine Zusage machen. Vor Abschluss des EU-Verfahrens wird die Staatsregierung selbstverständlich hier im Landtag berichten.

Was das Thema Mieterhöhungen angeht, meine Damen und Herren von der Opposition, von einem, wie Sie immer so gerne sagen, "Aufhübschen der Braut" kann keine Rede sein. Es gibt keine Maßnahmen, die den Verkaufswert der GBW steigern würden. Das gilt auch für das Thema Mieterhöhungen. Was in der letzten Zeit stattgefunden hat, hat der bisherigen Routine entsprochen und steht in keinem Zusammenhang mit dem EU-Beihilfeverfahren. Bringen Sie bitte Mieterhöhungen, die völlig normal im Raster sind, die vorkommen und auch in den Verträgen vorgesehen sind, nicht mit dem EU-Beihilfeverfahren oder einem möglichen Verkauf in Verbindung.

Sie erstellen Auswahlkriterien für potenzielle Erwerber und fragen, warum nicht der Freistaat Bayern selbst erwirbt. Ich darf Ihnen dazu eine klare Antwort geben. Wir sind aufseiten der Staatsregierung der festen Überzeugung, dass ein kommunales Konsortium im Freistaat Bayern die beste Lösung ist, um Mieterschutz für die 33.000 GBW-Wohnungen zu gewährleisten. Wir erwarten auch von der Opposition, dass

sie das, was die Kommunen zu einem großen Teil auch wünschen, mitträgt und mit unterstützt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das könnte auch der Freistaat Bayern!)

Die städtischen Wohnungsbaugenossenschaften haben in den Kommunen einschlägige Erfahrungen.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Meine Damen und Herren von der Opposition, gehen Sie doch mal raus in die Städte und Kommunen. Sie werden Bürgermeister und Oberbürgermeister der SPD finden, die sagen: Ja, der Verkauf an ein kommunales Konsortium ist der richtige Weg. Hintertreiben Sie deshalb doch diese Lösung nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Ist es rechtlich zulässig, dass das der Freistaat Bayern übernimmt? Antworten Sie auf meine Frage!)

- Herr Güller, hören Sie einfach zu.

Es gibt ein Angebot an die bayerischen Kommunen, exklusive Gespräche mit den Kommunen über die Möglichkeit eines Verkaufs zu führen. Am 16. Januar gab es den ersten runden Tisch mit Staatsminister Söder. Eingeladen waren Bürgermeister und Landräte der 20 Kommunen mit den meisten GBW-Wohnungen: Oberbürgermeister Maly, OB Ude und andere. Die Herren haben ihr klares grundsätzliches Interesse bekundet. Deshalb sage ich auch an die Adresse der bayerischen Kommunen und an die Adresse der Spitzenvertreter der baverischen Kommunen: Sie müssen jetzt Flagge zeigen und sagen, was Sie wollen. Wollen Sie den Verkauf an ein Konsortium mit einem belastbaren Angebot, oder wollen Sie ein freihändiges Verfahren? Oder wollen Sie ein anderes Verfahren? Das heißt, dass wir ausschreiben müssen und nicht garantieren können, dass den Zuschlag nicht jemand bekommt, den wir nicht wollen.

Wir, die CSU und die FDP - diese Regierungskoalition - stehen dazu: Wir wollen den Verkauf an ein kommunales Konsortium.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf Ihnen aber auch sagen, Herr Kollege Güller, dass die exklusive Phase für die Kommunen nicht unbegrenzt sein kann. Sofern der Verkauf an ein kommunales Konsortium scheitert, müssen anderweitige Verkaufsmöglichkeiten, also ein Bieterverfahren, geprüft werden. Aber auch hier gilt: Die Staatsregierung wird sich weiter mit Nachdruck bei der EU-Kommissi-

on dafür einsetzen, dass bei einem Verkaufsprozess soziale Belange berücksichtigt werden können.

Meine Damen und Herren, das alles können wir vermeiden, wenn sich die kommunalen Spitzenvertreter, die Vertreter der Kommunen, die Wohnungen haben, gemeinsam mit den Vertretern der GBW und uns sowie der Kommission an einen Tisch setzen und den Verkauf an ein kommunales Konsortium betreiben.

Die Frage, die bei Ihnen immer wieder auftritt - das muss man sich auch auf der Zunge zergehen lassen: Warum kauft nicht der Freistaat Bayern die GBW-Anteile?

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Das kapiere ich jetzt nicht. Das müsst ihr mir mal erklären. Wir sind über die BayernLB und die GBW Eigentümer. Wir sollen aber nicht mehr Eigentümer bleiben. Das ist der ausdrückliche Wunsch, die ausdrückliche Ansage der EU-Kommission.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Das würde heißen, man geht aus der Landesbank raus und über den Freistaat Bayern rein. Das ist doch völlig verrückt, meine Damen und Herren. Es kann doch nicht Aufgabe des Freistaats Bayern und des bayerischen Finanzministers sein, Vermieter für 33.000 Wohnungen zu spielen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Schauen Sie mal in die Bayerische Verfassung, schauen Sie mal in das Haushaltsrecht. Wir können und dürfen das gar nicht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das müssen Sie uns genauer erklären!)

Sobald es andere Möglichkeiten gibt, einen Zweck zu erfüllen, als dass ihn der Staat erfüllt, müssen wir den anderen Weg gehen.

(Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Diesen angestrebten Zweck, meine Damen und Herren, erfüllt nicht der Staat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie machen sich aus dem Staub! Das ist die Wahrheit!)

- Herr Rinderspacher, Sie haben von nix eine Ahnung. Das muss ich Ihnen jetzt leider sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für Wohnungsförderung, für die Unterstützung von Wohnungsbau kann man den Freistaat Bayern in die Verantwortung nehmen, und das tun wir über die Labo, das heißt, ein Förderinstitut der BayernLB, und andere Instrumente.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Man kann uns in die Verantwortung nehmen, was Mieterschutz angeht. Aber wir sind doch nicht für das Schaffen von Wohnraum im Freistaat Bayern zuständig. Das ist Aufgabe der Kommunen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das nehmen Ihnen selbst Ihre eigenen Bürgermeister und Landräte nicht ab. Die nehmen Sie doch nicht ernst. Das ist ja Ihr Problem, dass die paar guten Leute, die Sie in der SPD noch haben, draußen sind und nicht hier im Bayerischen Landtag.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Die Bereitstellung von Wohnraum im Freistaat Bayern ist und bleibt primär Aufgabe der bayerischen Kommunen und nicht des Freistaats Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine schwache Vorstellung! - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) - Anhaltende Unruhe bei der SPD)

Die EU-Kommission würde das gar nicht akzeptieren. Als Wettbewerbsbehörde favorisiert die Kommission eindeutig einen Verkauf an den Markt. Hören Sie gut zu, Herr Rinderspacher! Die EU-Kommission will den Verkauf an den Markt. Das wollen wir aber gar nicht. Wir wollen den Verkauf in einem transparenten Verfahren an die Kommunen. Deshalb werden wir weiter dafür kämpfen, dass es dieses kommunale Konsortium gibt. Ich bin davon überzeugt, dass Ihnen in den nächsten Wochen bewiesen wird, dass das Interesse der bayerischen Kommunen und der städtischen Wohnungsbaugesellschaften durchaus da ist.

Was nicht geht und was sehr bedenklich ist: weitere Zusatzverträge flächendeckend vorschreiben zu wollen. Das würde die Kommission sicherlich nicht als transparentes Verfahren honorieren. Deshalb geht das nicht. Wir können nicht im Nachhinein sagen, wir machen flächendeckend Zugriffs- und Zusatzverträge.

(Harald Güller (SPD): Das hätten wir schon zwei Jahre machen können!)

- Herr Güller, informieren Sie sich einfach erst einmal. Wir sind nicht Alleinaktionär. Wir sind Mehrheitsaktionär, aber es gibt auch Minderheitsaktionäre. Sie werden es sicherlich nicht akzeptieren, wenn wir einen Beitrag dazu leisten, dass der Wert der Gesellschaft gemindert wird. Sie würden es nicht nur nicht akzeptieren, sondern sie würden gegebenenfalls rechtliche Schritte dagegen einleiten. Das ist doch völlig klar. Kein Minderheitsaktionär wird das akzeptieren.

(Harald Güller (SPD): Haben Sie es schon probiert?)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleiben wir dabei: Die Bayerische Staatsregierung will die 33.000 GBW-Wohnungen, von denen übrigens ein Drittel sozial gefördert ist, an ein kommunales Konsortium verkaufen. Diesen Weg werden wir weitergehen. Wir lehnen deshalb die Anträge von SPD und GRÜNEN ab und bitten um Zustimmung zum Antrag der CSU.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Wild von der SPD-Fraktion abzuhandeln.

Margit Wild (SPD): Herr Staatssekretär Pschierer, trotz Ihres Echauffierens und Ihrer zahlreichen Seitenhiebe konnten Sie nicht deutlich darlegen, was Herr Kollege Söder mit seiner Bemerkung gemeint hat. Ich zitiere ihn: "Die EU-Kommission verbietet uns das." Sie haben zahlreiche Bemerkungen gemacht, Sie könnten es nicht, Sie wollten, dass ein kommunales Konsortium die Wohnungen kauft. Herr Söder muss doch wissen, worauf er sich bezieht. Das konnten Sie in Ihren langen Ausführungen nicht eindeutig klären.

(Zurufe von der CSU: Zuhören!)

Er wird hier zitiert, die EU verbiete, dass der Freistaat die Wohnungen kauft. Wo steht das? Ich möchte die Quelle schon genau wissen.

Noch etwas zum Wunsch der Kommunen und der Oberbürgermeister, die Sie immer erwähnt haben. Wir in Regensburg haben auch einen Oberbürgermeister, und wir haben sehr viele GBW-Wohnungen. Sie zitieren immer nur die beiden SPD-Oberbürgermeister. Was aber sagt Herr Schaidinger zu Ihrem Ansinnen, dass die Wohnungen gekauft werden sollten? Das hätte ich gern einmal gewusst. Herr Schaidinger gehört bekanntlich der CSU an. Er war auch damals für das Landesbankdebakel verantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Staatssekretär zur Erwiderung.

terium): Frau Kollegin Wild, zur ersten Frage: Die EU-Kommission ist gegebenenfalls bereit, mit uns den Weg des Verkaufs an ein kommunales Konsortium zu gehen. Die EU-Kommission favorisiert - das habe ich vorher deutlich gesagt - per se allerdings den Verkauf

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzminis-

am Markt in einem Bieterverfahren. Das wäre der völlig normale Weg. Die Bayerische Staatsregierung hat in Brüssel aber deutlich gemacht, dass wir den Verkauf an ein kommunales Konsortium wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer verbietet den Verkauf durch den Freistaat Bayern?)

Zum Thema Verbieten: Als Erstes verbietet das Haushaltsrecht des Freistaats Bayern einen Kauf. Wenn der Zweck auch durch andere Mittel erfüllt werden kann, dürfen wir nicht kaufen.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Wer sagt das?)

- Auch Ihnen sollte der Begriff "Subsidiarität" etwas sagen. Der Freistaat Bayern hat nicht die Aufgabe, Mietwohnungen zu erwerben und zu verwalten. Überlegen Sie sich das einmal: Der bayerische Finanzminister ist Vermieter für 33.000 Wohnungen. Das ist Aufgabe städtischer Wohnungsbaugesellschaften oder der Privatwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Wild, Sie haben die Bemerkung von Herrn Staatsminister Söder angesprochen. Die EU-Kommission würde es sicher nicht gutheißen, wenn sich die BayernLB, die uns zu 94 % gehört, von der GBW trennt und der Freistaat Bayern dann zu 100 % Eigentümer der GBW wird. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der SPD: Wieso denn nicht?)

Auch wenn Sie es nicht gerne hören wollen: Es wäre völlig verrückt, wenn der Freistaat Bayern 33.000 Wohnungen kauft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir versuchen, uns heute von Beteiligungen zu trennen, die nicht zu den ursprünglichen Aufgaben des Freistaates Bayern gehören.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen bei der SPD)

Wir bleiben beim Verkauf an ein kommunales Konsortium.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Schaidinger?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die Staatsregierung hat jederzeit die Möglichkeit zu antworten, wenn Sie noch antworten wollen.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Wenn von der linken Seite nichts mehr Vernünftiges kommt, können wir es dabei bewenden lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD: Was ist mit Schaidinger?)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Für mich ist jeder gewählte Abgeordnete ein Kollege, egal von welcher Fraktion er kommt. Deswegen kann ich jetzt die Debatte schließen.

(Alexander König (CSU): Wir haben noch eine Wortmeldung! Der Abgeordnete Spaenle will etwas sagen!)

Eine persönliche Erklärung? Ein Mitglied der Staatsregierung kann jederzeit reden.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Ich bin auch Abgeordneter dieses Hauses und kann etwas dazu sagen! - Alexander König (CSU): Wir haben noch Redezeit zur Verfügung!)

Die CSU hat noch drei Minuten Redezeit. Kein Problem. Bitte schön, Herr Kollege Spaenle.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich möchte zwei kurze Bemerkungen machen. Bemerkenswert ist, wie die SPD ihr Verhältnis zu den Kommunen am vergangenen Wochenende geklärt hat. Der SPD-Landesvorstand entmündigt die bayerischen Kommunen, wenn er beschließt, dass man es ablehnt, sich auf das Angebot des Freistaates Bayern in einer mieterfreundlichen Form einzulassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat der SPD-Landesvorstand nicht beschlossen!)

Wer dieses Angebot ablehnt, ist verantwortlich, wenn die Heuschrecken nach Bayern kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD - Alexander König (CSU): Kurz und prägnant alles gesagt!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich schaue aufmerksam, sehe aber keinerlei Wortmeldungen mehr. Damit schließe ich die Debatte und komme zu den

Abstimmungen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich komme zuerst zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11138. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Namentliche Abstimmung ist beantragt. Für die erste Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Zurufe: Drei reichen!)

- Nein, für die erste machen wir fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.07 bis 18.12 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Wir kommen sofort zur nächsten Abstimmung,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und zwar zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11152. Das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion. Die Abstimmung ist eröffnet und dauert drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.12 bis 18.15 Uhr)

Wir kommen zum Ende. Ich schließe die zweite namentliche Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir kommen nun zur nächsten namentlichen Abstimmung, und zwar zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11153. Das ist der interfraktionelle Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Ich eröffne die Abstimmung. Sie dauert wieder drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.15 bis 18.18 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die dritte namentliche Abstimmung.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen. Ich darf auch um Ruhe bitten, meine Damen und Herren. - Sonst wissen Sie nämlich nicht, worüber Sie gleich abstimmen werden.

Ich stelle den nächsten Dringlichkeitsantrag etwas zurück, und wir kommen erst zu anderen Tagesordnungspunkten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Anpassung der Bezüge 2012 (Drs. 16/11000) - Erste Lesung -

Auf die Aussprache wird seitens der Fraktionen verzichtet. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall, dann ist das so beschlossen.

Im Einvernehmen mit den Fraktionen rufe ich zunächst den <u>Tagesordnungspunkt 6</u> auf:

Abstimmung über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 6)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 2 mit 5 und 7, die einzeln beraten werden sollen. Ausgenommen von der Abstimmung ist auch die Listennummer 1, über die im Anschluss ohne Aussprache einzeln abgestimmt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen zu den übrigen Anträgen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe ganz viele Hände. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Nun kommen wir zur Einzelabstimmung zur Nummer 1 der Antragsliste:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

"Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechteren Wirtschaft" - Expertinnen- und Expertenanhörung zur Care-Ökonomie (Drs. 16/9398)

Während der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen empfiehlt, schlägt der mitberatende Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit die unveränderte Annahme vor. Ich verweise

insoweit auf Drucksache 16/10802. Die CSU-Fraktion hat beantragt, der Abstimmung das abweichende Votum des mitberatenden Ausschusses zugrunde zu legen. Besteht damit Einverständnis? - Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen. Wer dem Antrag in unveränderter Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. Ich sehe Hände aus allen Fraktionen. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag einstimmig in unveränderter Fassung angenommen.

Die Einzelberatung der weiteren hochgezogenen Anträge auf den Listennummern 2 mit 5 und 7 kann aus zeitlichen Gründen erst im nächsten Plenum am 14. Februar erfolgen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung noch bekannt, dass die CSU-Fraktion folgenden Wechsel im Ältestenrat mitgeteilt hat: Anstelle von Herrn Gerhard Wägemann wurde Frau Kollegin Christa Matschl als neue zweite Stellvertreterin von Frau Petra Guttenberger benannt.

Außerdem gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die FDP-Fraktion anstelle des ausgeschiedenen Kollegen Dr. Franz Xaver Kirschner Herrn Kollegen Dietrich Freiherr von Gumppenberg als neues Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie benannt hat. Als Nachfolger für den ausgeschiedenen Kollegen Dr. Kirschner in der Kommission zur parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der BayernLB wurde seitens der FDP-Fraktion Herr Kollege Karsten Klein benannt. Dessen bisherige Stellvertreterfunktion übernimmt Kollege Dietrich Freiherr von Gumppenberg.

Außerdem gebe ich bekannt, dass die Mitglieder der Kinderkommission des Bayerischen Landtags in ihrer Sitzung am 30. Januar für den vierten Turnus vom 31. Januar 2012 bis einschließlich 22. Oktober 2012 Frau Kollegin Claudia Stamm zur Vorsitzenden und Frau Kollegin Brigitte Meyer zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt haben.

Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion und der CSU-Fraktion auf Drucksache 16/11139, "Keine Kürzungen bei der EU-Jugendarbeit". Hat sich die Fraktion der FDP entschieden, ob dazu eine Debatte erfolgen soll oder ob wir diesen Dringlichkeitsantrag in den Ausschuss überweisen? - Dann wird dieser Dringlichkeitsantrag zusammen mit den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 16/11140 mit 16/11145 sowie den Dringlichkeitsanträgen auf den Drucksachen 16/11154 mit

16/11156 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Damit kommen wir sogar ein paar Minuten vor 18.30 Uhr zum Ende unserer Parlamentssitzung. Ich wünsche allen einen guten Nachhauseweg. Wir sehen uns am 14. Februar wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 18.23 Uhr)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/11138:

Ja-Stimmen: 62 | Nein-Stimmen: 73 | Stimment-

haltungen: 1

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/11152:

Ja-Stimmen: 31 | Nein-Stimmen: 76 | Stimment-haltungen: 29

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum CSU/FDP-Dringlichkeitsantrag 16/11153

Ja-Stimmen: 74 | Nein-Stimmen: 59 | Stimment-

haltungen: 3

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; EU Beihilfe-Verfahren/BayernLB (Drucksache 16/11137)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			1
Arnold Horst			+
Aures Inge		Х	+
Aures inge			+
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg			†
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	Х		+
Prof. Dr. Bausback Winfried	- ^ `		1
Bause Margarete			1
Dr. Beckstein Günther		Х	+
Dr. Bernhard Otmar		X	+
Dr. Bertermann Otto		X	+
Dr. Beyer Thomas		X	+
Biechl Annemarie		X	+
Biedefeld Susann			+
Blume Markus		Х	+
Bocklet Reinhold		X	+
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut	+		
Dr. Bulfon Annette	-	X	-
Dr. Buiton Annelle			+
Dechant Thomas		Х	
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine		Х	
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp		Х	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		.,	
Eisenreich Georg		Х	
Dr. Fahr Hans Järren			
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		1
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther	Х	.,	
Dr. Fischer Andreas	-	X	
Dr. Förster Linus	-	X	
Franke Anne		X	
Freller Karl		Х	
Füracker Albert	-	Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		Х	+
Gehring Thomas	+	X	+
Glauber Thorsten	X	<u> </u>	\vdash
Goderbauer Gertraud	+^-	Х	+
- Caribado Contada	1	_ ^	1

	•	1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva	Χ		
Güll Martin		Х	
Güller Harald		Х	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		Х	
Guttenberger Petra		Χ	
Hacker Thomas		Χ	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		Х	
Hallitzky Eike		Х	
Hanisch Joachim	Χ		
Hartmann Ludwig		Х	
Heckner Ingrid		Χ	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Χ		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		Χ	
Huml Melanie		Х	
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		Х	
Jung Claudia	Χ		
Kamm Christine		Х	
Karl Annette		Χ	
Kiesel Robert			
Klein Karsten		Х	
Kobler Konrad		Х	
König Alexander		Х	
Kohnen Natascha		Х	
Kränzle Bernd		Х	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		Х	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		Х	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		Х	
Prof. Männle Ursula		Χ	
Dr. Magerl Christian		Х	
Maget Franz		Χ	
Matschl Christa		Χ	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Χ		
Miller Josef			
Müller Ulrike	Χ		
Mütze Thomas		Х	
Muthmann Alexander	Χ		
Naaß Christa		Χ	
Nadler Walter		Χ	
Neumeyer Martin		Χ	
Nöth Eduard		Χ	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele	Х		
Perlak Reinhold		Х	-
Pfaffmann Hans-Ulrich		Х	
Prof. Dr. Piazolo Michael	Х		-
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		Х	
- COMOTO 1 1 (41)2 00001			
Dr. Rabenstein Christoph		Х	
Radwan Alexander		Χ	
Reichhart Markus	Χ		
Reiß Tobias		Χ	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus		Χ	
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	1
Roos Bernhard		Х	
Rotter Eberhard		Χ	
Rudrof Heinrich		Х	
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		Χ	
Scharfenberg Maria		Χ	
Schindler Franz			
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		Х	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin			
Schopper Theresa		Х	1
	1	<u> </u>	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan		Х	
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		Х	-
Dr. Söder Markus			-
Sonnenholzner Kathrin		Х	
-		X	-
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	<u> </u>
Stachowitz Diana		X	ļ
Stahl Christine		Х	ļ
Stamm Barbara		Χ	
Stamm Claudia		Х	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus			
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		Х	-
Strehle Max		Х	
Streibl Florian	Х		
Strobl Reinhold		Х	-
Ströbel Jürgen		X	
-		_ ^	
Dr. Strohmayr Simone		<u> </u>	
Taukanadar Makar		V	
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna		X	ļ
Thalhammer Tobias		Х	ļ
Tolle Simone			ļ
·			
Unterländer Joachim		Х	<u> </u>
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		Х	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		Х	
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul		Х	
Werner Hans Joachim		Х	
Werner-Muggendorfer Johanna		Х	
Widmann Jutta			
Wild Margit		Х	-
Will Renate		X	-
Winter Georg		X	-
		X	-
Winter Peter			
Wörner Ludwig		Х	
		L	ļ
Zacharias Isabell		Χ	
Zeil Martin			<u> </u>
Zeitler Otto		Х	<u> </u>
Zellmeier Josef		Χ	
Dr. Zimmermann Thomas		Χ	
Gesamtsumme	18	120	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Karsten Klein, Jörg Rohde und Fraktion FDP; EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Beteiligung der bayerischen Sparkassen (Drucksache 16/11151)

	-	,	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		Х	
Aiwanger Hubert		Х	
Arnold Horst			
Aures Inge			Х
Bachhuber Martin	Х		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		Х	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	Х		
Dr. Bernhard Otmar	Х		
Dr. Bertermann Otto	Х		
Dr. Beyer Thomas			Х
Biechl Annemarie	Х		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		1
Brendel-Fischer Gudrun	- ^		1
Brunner Helmut		1	
Dr. Bulfon Annette		1	
DI. Builon Annette			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine	^		Х
Dodell Renate	X		_^
Donhauser Heinz	^		
Dr. Dürr Sepp		X	
Dr. Durr Sepp		_ ^	
Eak Carbard		-	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		-	-
Eisenreich Georg	X	-	-
D. E.J II III.		\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Dr. Fahn Hans Jürgen		Х	
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther		Х	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			Х
Franke Anne		Х	
Freller Karl	Х		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			Χ
Gehring Thomas		Χ	
Glauber Thorsten		Х	
Goderbauer Gertraud	Х		

			,
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva		Х	
Güll Martin			Х
Güller Harald			Х
Freiherr von Gumppenberg Dietrich	Х		
Guttenberger Petra	Х		
Hacker Thomas	Х		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			Х
Hallitzky Eike		Х	
Hanisch Joachim		Х	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	Х		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	^\		
Herrmann Joachim	1		
Dr. Herz Leopold		Х	
Hessel Katja		<u> </u>	
Dr. Heubisch Wolfgang	Х		
Hintersberger Johannes	 ^		
Huber Erwin	Х		
Dr. Huber Marcel	 ^		
Dr. Hünnerkopf Otto	Х		
Huml Melanie	 ^		
Turn Welanic		1	
Imhof Hermann	Х		
innor riennami			
Jörg Oliver	Х		
Jung Claudia	^	Х	
July Claudia			
Kamm Christine		Х	
Karl Annette			Х
Kiesel Robert	1		
Klein Karsten	Х		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha			Х
Kränzle Bernd	Х		
Kreuzer Thomas		<u> </u>	-
MEUZEI IIIUIIIAS		1	
Ländner Manfred	Х		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X	<u> </u>	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Grai von una za Ecronomicia i milipp		1	1

Name	Ja	Nein	Enthalte
	ou .	110	mich
Lorenz Andreas	Χ		
Prof. Männle Ursula	Х		
Dr. Magerl Christian		Х	
Maget Franz			Х
Matschl Christa	Х		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	Х		
Meyer Peter		Х	
Miller Josef			
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas		Х	
Muthmann Alexander		Χ	
Naaß Christa			X
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	Χ		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	Χ		
Dr. Pauli Gabriele		Χ	
Perlak Reinhold			Х
Pfaffmann Hans-Ulrich			Х
Prof. Dr. Piazolo Michael		Х	
Pohl Bernhard		Х	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	Х		
- Comordi Tranz Cocci			
Dr. Rabenstein Christoph			Х
Radwan Alexander	Х		
Reichhart Markus		Х	
Reiß Tobias	Х		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			Х
Ritter Florian			^
Rohde Jörg	Х		
Roos Bernhard	^		
Rotter Eberhard	Х		X
	X		
Rudrof Heinrich Rüth Berthold	X		
	^		
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid			
Oct of the last			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	Х	.,	
Scharfenberg Maria		Х	
Schindler Franz	L		
Schmid Georg	Х		
Schmid Peter		ļ	_
Schmitt-Bussinger Helga		ļ	Х
Schneider Harald			Х
Schöffel Martin			
Schopper Theresa		Χ	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			1111011
-			<u> </u>
Schreyer-Stablein Kerstin	Х		-
Schuster Stefan		V	X
Schweiger Tanja		Х	ļ
Schwimmer Jakob			ļ
Seidenath Bernhard	Х		<u> </u>
Sem Reserl			ļ
Sibler Bernd			<u> </u>
Sinner Eberhard			<u> </u>
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig	Х		
Sprinkart Adi		Х	
Stachowitz Diana			X
Stahl Christine		Х	ļ
Stamm Barbara	Χ		ļ
Stamm Claudia		Χ	
Steiger Christa			X
Steiner Klaus			
Stewens Christa	Χ		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	Χ		
Strehle Max	Χ		
Streibl Florian		Х	
Strobl Reinhold			Х
Ströbel Jürgen	Χ		
Dr. Strohmayr Simone			
· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·			
Taubeneder Walter	Χ		
Tausendfreund Susanna		Х	
Thalhammer Tobias	Χ		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	Х		
			
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst	Х		<u> </u>
Weikert Angelika	<u> </u>		
Dr. Weiß Bernd	Х		<u> </u>
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			X
Werner Hans Joachim			X
Werner-Muggendorfer Johanna			X
Widmann Jutta			
		-	
Will Banata			X
Winter Coord	X		ļ
Winter Georg			<u> </u>
Winter Peter	Х		- V
Wörner Ludwig			X
Zacharias Isabell			X
Zeil Martin		1	
Zeitler Otto	Х		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	72	35	30
Gesamisumme	12	33	30

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; GBW: Verantwortung übernehmen, mehr Transparenz herstellen! (Drucksache 16/11138)

	1	1	1
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	Х		
Aiwanger Hubert	Х		
Arnold Horst			
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			+
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	Х		+
Prof. Dr. Bausback Winfried	^	-	
	+		
Bause Margarete Dr. Beckstein Günther		V	
		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	-
Dr. Bertermann Otto	V	_ ^	
Dr. Beyer Thomas	X	V	-
Biechl Annemarie		Х	-
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		.,	
Breitschwert Klaus Dieter		Х	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			-
Dettenhöfer Petra		Х	
Dittmar Sabine	Х		
Dodell Renate		Х	
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp	Х		
Eak Carbard			
Eck Gerhard Eckstein Kurt	+		
	+	X	
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	Х		
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther	Х		
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus	Х		†
Franke Anne	Х		
Freller Karl		Х	†
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X	L	
Goderbauer Gertraud	_1	Х	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas		Х	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	Х		
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		Х	
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike	Х		
Hanisch Joachim	Х		
Hartmann Ludwig	Х		
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		Х	
Herold Hans		Х	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	Х		
Hessel Katja		Х	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		Х	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		,,	
Talli Molario			
Imhof Hermann		Х	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X	_ ^	
Julig Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert	 ^		
Klein Karsten	1	Х	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		-
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		_ ^	
Nieuzei IIIOIIIas		-	
Ländner Manfred	+	Х	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
	1		1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		Х	
Prof. Männle Ursula		Х	
Dr. Magerl Christian	Х		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		Х	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		Х	
Meyer Peter	Х		
Miller Josef			
Müller Ulrike	Х		
Mütze Thomas	Х		
Muthmann Alexander	Х		
Naaß Christa	Х		
Nadler Walter		Χ	
Neumeyer Martin		Х	
Nöth Eduard		Χ	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		Х	
Dr. Pauli Gabriele	Х		
Perlak Reinhold	Х		
Pfaffmann Hans-Ulrich	Х		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			Х
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		Х	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		Х	
Reichhart Markus	Х		
Reiß Tobias		Х	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid			
rapp / demeid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		V	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X	^	
Schindler Franz	^		
		V	ļ
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter		<u> </u>	
Schmitt-Bussinger Helga	X	<u> </u>	
Schneider Harald	Х	1	
Schöffel Martin		ļ	
Schopper Theresa	l X	1	i

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Χ		
Schweiger Tanja	Χ		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		Χ	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Χ		
Dr. Spaenle Ludwig		Х	
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana	Χ		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia	Х		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus	^		
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		Х	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	V	^	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	^	Х	
		^	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna	Х	^	
Thalhammer Tobias	^	Х	
Tolle Simone		^	
Tolle Sillione			
Unterländer Joachim			
Officerialides Soacriiiii			
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		Χ	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		Χ	
Dr. Wengert Paul	Χ		
Werner Hans Joachim	Χ		
Werner-Muggendorfer Johanna	Χ		
Widmann Jutta			
Wild Margit	Χ		
Will Renate		Х	
Winter Georg		Х	
Winter Peter		Х	
Wörner Ludwig	Χ		
Zacharias Isabell	Χ		
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto		X	<u> </u>
Zellmeier Josef		X	<u> </u>
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	62	73	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Ludwig Wörner u. a. und Fraktion SPD; Beim Verkauf der GBW AG:; Mieterinnen und Mieter sowie die Kommunen dürfen nicht für das Landesbank-Desaster büßen! Vorrang für den Mieterschutz! (Drucksache 16/11152)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			Х
Aiwanger Hubert			Х
Arnold Horst			
Aures Inge	Х		
Bachhuber Martin		Х	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			Х
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther		Χ	
Dr. Bernhard Otmar		Х	
Dr. Bertermann Otto		Х	
Dr. Beyer Thomas	Х		1
Biechl Annemarie		Х	+
Biedefeld Susann			+
Blume Markus		Х	1
Bocklet Reinhold			1
Breitschwert Klaus Dieter	+	Х	+
Brendel-Fischer Gudrun	+		+
Brunner Helmut			+
Dr. Bulfon Annette		Х	+
DI. Builon Almette			+
Dechant Thomas			+
Dettenhöfer Petra		Х	+
Dittmar Sabine		X	+
Dodell Renate		X	1
Donhauser Heinz			1
			X
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	_	V	-
Eisenreich Georg	_	Х	-
D. E.J II III.			
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fahrenschon Georg			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas		Х	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne			Х
Freller Karl		Х	
Füracker Albert		Х	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	Х		
Gehring Thomas			Χ
Glauber Thorsten			Х
Goderbauer Gertraud		Х	

	1	1	
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas		Χ	
Gote Ulrike			Х
Gottstein Eva		Х	
Güll Martin	Х		
Güller Harald	Х		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		Х	
Guttenberger Petra		Х	
Hacker Thomas		Х	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	Х		
Hallitzky Eike			Х
Hanisch Joachim			Х
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		Х	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian	1	<u> </u>	
Herrmann Joachim	1	1	
Dr. Herz Leopold			Х
Hessel Katja		Х	<u> </u>
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		<u> </u>	
Huber Erwin		Х	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie	<u> </u>	_ ^	
Turn welane			
Imhof Hermann	<u> </u>	Х	
IIIIIOI Heimaiii	<u> </u>	_ ^	
Jörg Oliver	1	Х	
Jung Claudia		^	Х
Julig Claudia	1	1	
Kamm Christine			X
Karl Annette	Х		^
Kiesel Robert	_ ^	<u> </u>	
Klein Karsten	<u> </u>		
	1	X	
Kobler Konrad	1	X	
König Alexander		Α.	
Kohnen Natascha	Х	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Kränzle Bernd	ļ	Х	
Kreuzer Thomas	<u> </u>	<u> </u>	<u> </u>
L Sanda an Maratan d	1	.,	
Ländner Manfred	1	X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	<u> </u>	X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		Х	

			•
Name	Ja	Nein	Enthalte
			mich
Lorenz Andreas		Χ	
Prof. Männle Ursula		Χ	
Dr. Magerl Christian			Х
Maget Franz	Χ		
Matschl Christa		Χ	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		Χ	
Meyer Peter			Х
Miller Josef			
Müller Ulrike			Х
Mütze Thomas	Χ		
Muthmann Alexander			Х
Naaß Christa	Χ		
Nadler Walter		Х	
Neumeyer Martin		Χ	
Nöth Eduard		Χ	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		Χ	
Dr. Pauli Gabriele			Х
Perlak Reinhold	Χ		
Pfaffmann Hans-Ulrich	Χ		
Prof. Dr. Piazolo Michael			Х
Pohl Bernhard			Х
Pointner Mannfred			Х
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		Χ	
-			
Dr. Rabenstein Christoph	Χ		
Radwan Alexander		Χ	
Reichhart Markus			Х
Reiß Tobias		Χ	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	Χ		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		Х	
Roos Bernhard	Х		
Rotter Eberhard		Х	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		Х	
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		Х	
Sauter Alfred		X	<u> </u>
Scharfenberg Maria			Х
Schindler Franz			<u> </u>
Schmid Georg		Х	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	Х		1
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin	^		
Schopper Theresa	Х		
- Chieppoi Thoroda		<u> </u>	<u> </u>

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		Х	
Schuster Stefan	Х		
Schweiger Tanja			Х
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		Х	
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	Х	.,	
Dr. Spaenle Ludwig		Х	
Sprinkart Adi	.,		
Stachowitz Diana	Х		
Stahl Christine			Х
Stamm Barbara		Х	
Stamm Claudia			Х
Steiger Christa	Х		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		Х	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		Х	
Strehle Max		Х	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	Χ		
Ströbel Jürgen		Х	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		Х	
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias		Х	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	 		
Dr. Weiß Manfred		Х	
Dr. Wengert Paul	Х		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	Х		
Will Renate		Х	
Winter Georg		X	
Winter Georg Winter Peter	1	X	
Wörner Ludwig	Х		
Zacharias Isabell	Х		
Zeil Martin		Х	
Zeitler Otto		Х	
Zellmeier Josef		Х	
Dr. Zimmermann Thomas		Х	
Gesamtsumme	31	76	29

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 02.02.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumppenberg u. a. und Fraktion FDP; EU-Beihilfeverfahren der BayernLB - Wohnungen der GBW AG (Drucksache 16/11153)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		Х	
Aiwanger Hubert		Х	
Arnold Horst			
Aures Inge		Х	
Bachhuber Martin	Х		
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		Х	
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete			
Dr. Beckstein Günther	Х		
Dr. Bernhard Otmar	Х		
Dr. Bertermann Otto	Х		
Dr. Beyer Thomas		Х	
Biechl Annemarie	Х		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	Х		
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter	Х		
Brendel-Fischer Gudrun	+		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	Х		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	Х		
Donhauser Heinz			
Dr. Dürr Sepp		Х	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	Х		
De Felon House 18 mars		V	
Dr. Fahn Hans Jürgen		Х	
Fahrenschon Georg		V	
Felbinger Günther		Х	
Dr. Fischer Andreas	Х	\ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \ \	
Dr. Förster Linus		Х	
Franke Anne			ļ
Freller Karl	X		
Füracker Albert	Х		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	<u> </u>
Glauber Thorston		X	-
Glauber Thorsten	V	X	1
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika			
Dr. Goppel Thomas	Х		
Gote Ulrike		Х	
Gottstein Eva		Х	
Güll Martin		Х	
Güller Harald		Х	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich	Х		
Guttenberger Petra	Х		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		Х	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	1		Х
Heckner Ingrid	Х		<u> </u>
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		Х	
Hessel Katja	Х	<u> </u>	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	1		
Huber Erwin	Х		
Dr. Huber Marcel	Х		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	1		
Imhof Hermann	Х		
Jörg Oliver	Х		
Jung Claudia		Х	
Kamm Christine		Х	
Karl Annette		Х	
Kiesel Robert			
Klein Karsten	Х		
Kobler Konrad	Х		
König Alexander	Х		
Kohnen Natascha		Х	
Kränzle Bernd	Х		
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X	1	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X	 	}

-			1
Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
-			
Prof. Männle Ursula	Х		
Dr. Magerl Christian		Х	
Maget Franz		Х	
Matschl Christa	Х		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	Х		
Meyer Peter	+ ^	Х	
Miller Josef	1	- ^	
Müller Ulrike		Х	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Mutilina ili Alexandei		^	
Nacl Christs	-	V	
Naaß Christa	V	Х	
Nadler Walter	X	<u> </u>	
Neumeyer Martin	X	ļ	
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		Х	
Perlak Reinhold		Χ	
Pfaffmann Hans-Ulrich		Х	
Prof. Dr. Piazolo Michael		Х	
Pohl Bernhard			Х
Pointner Mannfred		Х	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	Х		
Dr. Rabenstein Christoph		Х	
Radwan Alexander	Х		
Reichhart Markus		Х	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	- · ·	1	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	1	Х	
Ritter Florian	1		
Rohde Jörg	X		
-		V	
Roos Bernhard Rotter Eberhard		Х	
	X		
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold	Х		
Dr. Runge Martin			
Rupp Adelheid			
- 			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	Х		
Sauter Alfred	Х		
Scharfenberg Maria		Х	
Schindler Franz			
Schmid Georg	Х		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		Х	
Schneider Harald		Х	
Schöffel Martin	1		
Schopper Theresa	1	Х	
	1	· · ·	1

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin	Χ		
Schuster Stefan		Χ	
Schweiger Tanja		Х	
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard	Χ		
Sem Reserl			
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	Χ		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		Х	
Dr. Spaenle Ludwig	Х		
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		Х	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	Х	- ^ -	
Stamm Claudia		Х	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus			
Stewens Christa	Х		
	^	<u> </u>	
Stierstorfer Sylvia		1	
Stöttner Klaus			
Strehle Max	Х		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		Х	
Ströbel Jürgen	Х		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	Х		
Tausendfreund Susanna			X
Thalhammer Tobias	Х	1	
Tolle Simone		1	
Hutauländen laaskins		1	
Unterländer Joachim	Х		
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst	Х		
Weikert Angelika		1	
Dr. Weiß Bernd		1	
	V	<u> </u>	
Dr. Weiß Manfred	Х		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		Х	
Widmann Jutta			
Wild Margit		Х	
Will Renate	X		
Winter Georg	Χ		
Winter Peter	Χ		
Wörner Ludwig		Х	
Zechovice lookell		V	
Zacharias Isabell	· ·	Х	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X	1	
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X	<u> </u>	
Gesamtsumme	74	59	3

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Auf dem Weg zu einer geschlechtergerechteren Wirtschaft" – Experten- und Expertinnenanhörung zur Care-Ökonomie Drs. 16/9398, 16/10802 (E) [X]

Der Antrag wird einzeln beraten.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Jörg Rohde, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP) GBW Verkauf - Im EU-Beihilfeverfahren auch weiterhin soziale Gesichtspunkte berücksichtigen Drs. 16/9912, 16/11066 (G)

Der Antrag wird einzeln beraten.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
 Drohender Verkauf der GBW AG: Mieterinnen und Mieter endlich effektiv schützen!
 Drs. 16/9918, 16/11068 (A)

Der Antrag wird einzeln beraten.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) GBW-Wohnungen: Soziale Verantwortung übernehmen Drs. 16/9920, 16/11069 (A)

Der Antrag wird einzeln beraten.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Veräußerung der GBW-Wohnungen Drs. 16/9922, 16/11070 (A)

Der Antrag wird einzeln beraten.

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement an Bayerischen Hochschulen Drs. 16/9978, 16/10684 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	$\overline{\mathbf{Z}}$	$\overline{\mathbf{Z}}$	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bürgerschaftliches Engagement: Viel Amt, wenig Ehre -Finanzierung der Ehrenamtscard sicherstellen Drs. 16/9979, 16/10622 (A)

Der Antrag wird einzeln beraten.

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger u.a. und Fraktion (SPD) Vollständige Kostenübernahme des Bundes bei der Grundsicherung Drs. 16/10184, 16/11034 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	Α

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Entschädigungszahlungen für Funkmikrofone im Zuge der Frequenzumwidmung (LTE) Drs. 16/10284, 16/10685 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

Antrag des Abgeordneten Christian Meißner CSU,
 Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde FDP
 Bericht zur Beteiligung Privater bei der kommunalen Verkehrsüberwachung
 Drs. 16/10348, 16/10700 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	团	Z	\mathbf{Z}

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Ursula Männle, Konrad Kobler,

Alexander König u.a. CSU,

Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp SPD,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. FREIE WÄHLER,

Christine Kamm, Anne Franke BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

Thomas Dechant FDP

Subsidiarität - Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe - KOM(2011) 897 endg. (BR-Drs. 874/11)

Drs. 16/11067, Drs. 16/11122 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
Z	Z	团	Z	Z